

Heft 6

Denkströme

Journal der
Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig
herausgegeben von Pirmin Stekeler-Weithofer



Leipziger Universitätsverlag 2011

Gedruckt mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft und Kunst

Wissenschaftlicher Beirat: Ute Ecker, Dagmar Hülsenberg, Heiner Kaden, Hans-Joachim Knölker, Heiner Lück, Dieter Michel, Manfred Rudersdorf, Hartmut Worch

Redakteur: Agnes Schaefer

Redaktion Denkströme:

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Karl-Tauchnitz-Str. 1, 04107 Leipzig, denkstroeme@saw-leipzig.de

Die Online-Ausgabe ist über <<http://www.denkstroeme.de>> abrufbar.

Dort finden sich auch alle Informationen zur Manuskripteinreichung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen. [Der voranstehende Eintrag bezieht sich nur auf die beim Leipziger Universitätsverlag erschienene Druckauflage. Die PDF-Dateien der Online-Ausgabe stehen unter der Creative Commons BY-NC-ND-Lizenz <<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>>. Für weitergehende Nutzungen setzen Sie sich bitte mit den jeweiligen Autoren in Verbindung.]

© 2011 Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Verlag: Leipziger Universitätsverlag

Gestaltung und Satz:

Barbara Zwiener, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Druck: druckhaus köthen GmbH

Printed in Germany

ISSN: 1867-6413

Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
Beiträge	
Jürgen Trabant	
Über abgefahrene Züge, das Deutsche und andere Sprachen der Wissenschaft	9
Hans Joachim Meyer	
Die akademischen Grade im englischen Sprachraum und der deutsche Wissenschaftsbegriff	23
Theo Kölzer	
Urkundeneditionen heute?!	44
Karl Mannsfeld	
Landeskunde als interdisziplinäre Regionalforschung	56
Enno Bünz	
Landesgeschichte in Sachsen – Traditionen und Perspektiven	61
Rosemarie Pohlack	
Vielfalt und Werte der sächsischen Denkmallandschaft	84
Luise Grundmann	
Siedlungen im ländlichen Raum – Tendenzen des Wandels	117
Michael Stock	
Ur- und frühgeschichtliche Archäologie und Landeskunde – Beispiele aus Sachsen-Anhalt	137

Inhalt

Michael Börngen und Mathias Deutsch »Historisch-geographische Probleme« – Quellensammlungen zur mitteleuropäischen Witterungsgeschichte	168
Diskussionen	
Hans Wiesmeth Energie und Umwelt. Perspektiven für Mitteldeutschland	191
Eva Sternfeld Ein Wirtschaftswunder gebaut auf Kohle – Herausforderungen für Chinas Energiesektor und den Klimaschutz	205
Berichte & Notizen	
Bericht über das interdisziplinäre Symposium »Skin Meets Gut«, Leipzig, 29.–30. Januar 2010 Beitrag von Uwe-Frithjof Hausteil, Jan C. Simon und Joachim Mössner	225
Kurt Schwabe. Chemiker, Hochschullehrer, Rektor, Akademiepräsident, Unternehmer Beitrag von Heiner Kaden	229
Russische Karrieren. Leibärzte im 19. Jahrhundert Beitrag von Ortrun Riha	233
Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen. Dritter Band 1528–1534 Beitrag von Christian Winter	235
Vier Neuerscheinungen im Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen Beitrag von Jana Moser	239
Ouvertüren I, Arrangements für Klavier. Leipziger Ausgabe der Werke von Felix Mendelssohn Bartholdy, Serie I, Band 8 B Beitrag von Christian Martin Schmidt	245
Autoren	247

Editorial

Welche Sprache soll die Wissenschaft sprechen? Jürgen Trabants Beitrag zu diesem Thema sagt, ebenso schnell wie ironisch, dass der Zug in Richtung Englisch als Wissenschaftssprache schon abgefahren sei. Dabei steht der Nutzen des Englischen absolut nicht infrage, wohl aber, ob wir in normalen Kommunikations- und Kooperationskontexten nicht doch besser diejenige Sprache benutzen, welche wir am genauesten und schnellsten beherrschen. Noch für Jean-Paul Sartre war klar gewesen, dass lesenswerte Texte nicht bloß in Literatur und Poesie, sondern auch in den ethisch und politisch engagierten Wissenschaften immer nur von Autoren verfasst werden können, welche in ihrer Sprache voll und ganz heimisch sind. Übersetzungen einer Auswahl in andere Sprachen verlangen sozusagen eine kompetitive Vorverkostung im regionalen Bereich und sind von professionellen Übersetzern herzustellen. In den Natur- und den Technikwissenschaften wird dies deswegen leicht übersehen, weil die ›exakte‹ Ausdruckskraft der in der Tat mutterspracheninvarianten Schrift- oder Formelsprachen der Mathematik überschätzt und im Übrigen die Sprachkompetenz in der Eigensprache für ein volles Berufsleben unterschätzt wird.

Auch in der Benennung der neuen Studiengänge »Bachelor« und »Master« zeigt sich eine neue Provinzialität deutscher ›Bildungspolitik‹. Alles Schönen vertuscht dabei nur reale Unpolitik. Als strukturelle Langfristfolge droht eine Entbildung der Eliten. Alle Exzellenzinitiative verkehrt sich dann in ihr Gegenteil. Hans Joachim Meyer weist entsprechend auf die Illusionen einer vermeintlichen Europäisierung und Globalisierung im sogenannten Bologna-Prozess hin, nicht zuletzt aufgrund der Unkenntnis der strukturdifferenten Verhältnisse an den Hochschulen in England, Schottland, den USA und anderen Ländern, um vom mangelnden Augenmaß in der Adaption von mutmaßlichen Bestpraktiken gar nicht zu reden. Nur eine gute Praxis wäre gut gewesen.

Der begriffliche Unterschied zwischen Provinz und Region wird gerade auch für einen Forschungs- und Wissensbereich wichtig, dem die Denkströme ab diesem Band ihre vertiefte Aufmerksamkeit als Schwerpunkt widmen: der

Landeskunde und den Regionalstudien. Jedes autonome kooperative Handeln ist in seinen regionalen Kontexten unmittelbar räumlich. Die Bindung an diese Wurzeln ist und bleibt basal für allen Erfolg einer Region, von der »Nation« bis zum kleinen Kontinent Europa. Hierher gehört auch Theo Kölzers Erinnerung an die Wichtigkeit genauer Quellenstudien und Editionsarbeit. Daher ist Regionalforschung alles andere als provinziell. Sie ist interdisziplinär, wie Karl Mannsfeld ausführt und die Beiträge von Enno Bünz und weiteren Kollegen zeigen. Die Bedeutung von Volks- und Landeskunde und der Werte der Heimat sind dabei insbesondere gegen den Missbrauch von Wörtern wie »Volk« und »Heimat« zu verteidigen – im Wissen darum, dass es nichts Gutes gibt, schon gar kein gutes Wort einer Sprache, das nicht immer auch schon rhetorisch missbraucht wurde. Echtes Wissen bleibt dabei als ein Können in den Personen zentriert – und darf daher nicht etwa mit Anhäufungen von Daten und Texten verwechselt werden: Das globale Internet ist entsprechend nur eine extrem nützliche Neufassung der Idee des *Konversationslexikons*. *Konversationswissen* aber ist bestenfalls *Teil* personaler Bildung. In der Wissenschaft geht es um seine kritische *Entwicklung*. Die zugehörige Einsicht in die regionale Perspektivität wissenschaftlicher Diskurse könnte und müsste dann auch zu einer Neubestimmung des Platzes der Geisteswissenschaften in der *universitas litterarum*, dem System des Diskurses um das verschriftlichte Wissen, führen, und zwar gerade auch im Blick auf ihre Aufgaben für eine regionale Gesellschaftsentwicklung, also nicht in einem allzu unmittelbaren und daher illusionären Dialog mit dem, was Kollegen etwa in Wales oder Idaho für »objektiv wahr« bzw. wichtig halten.

Wie nah uns dennoch Ereignisse in weit entfernten Regionen inzwischen kommen, wird aktuell wohl nirgends klarer als in den globalen Folgen einer zunächst immer auch lokalen Energiepolitik. Eva Sternfelds Blick auf die Folgeprobleme der bisher weitgehend auf Kohleverbrennung ruhenden Wirtschaftsentwicklung Chinas zeigen dies auf dramatische Weise. Hans Wiesmeth verbindet entsprechend regionale und globale Perspektiven am Beispiel der sächsischen Braunkohle und einer Politik der Förderung erneuerbarer Energien mit den Folgen für die Energiewirtschaft im nationalen und internationalen Kontext. Auch an den Besprechungen der Publikationen zeigt sich, dass ein Verständnis von kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen immer auch die Wechselwirkung von Region und globalerer (Um-)Welt zu betrachten hat.

Pirmin Stekeler-Weithofer

Beiträge

Jürgen Trabant

Über abgefahrene Züge, das Deutsche und andere Sprachen der Wissenschaft¹

Eine Diskussion über das Deutsche als Wissenschaftssprache passt aus meiner Sicht gut zu den Aufgaben einer Akademie, wie sie Jürgen Mittelstrass kürzlich definiert hat: »In der Akademie schaut sich die Wissenschaft selbst an, und in der Akademie reflektiert die Gesellschaft ihr wissenschaftliches Wesen. Die Wissenschaft erkennt sich selbst und die Gesellschaft ihre Zukunft, die ohne Wissenschaft, die nach ihren eigenen Regeln lebt und arbeitet, nicht zu haben ist.«²

Ein Akademie-Forum zum Deutschen als Wissenschaftssprache ist ein wichtiges Moment einer derartigen Selbstreflexion von Wissenschaft. Aber gerade das dürfte vielleicht schon strittig sein in einer solchen Gemeinschaft von Wissenschaftlern.

Denn, wer so etwas tun will, wer also nach dem Deutschen in der Wissenschaft fragt, wird oft schon abgebürstet, bevor es überhaupt losgeht: Der Zug sei längst abgefahren, hört man immer ungehaltener von genervten Kollegen, wenn man es wagt, diese Frage zu stellen. Der Zug, der da abgefahren ist, ist natürlich der TGV, der Shinkansen der Wissenschaften, das globale Englisch, Globalesisch. Es transportiert unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse schnell, effektiv und – mit Anschluss an die Flughäfen – weltweit. Es ist die Sprache der weltweiten Distanz, die uns mit allen Wissenschaftlern auf der Welt verbindet und – vor allem und noch wichtiger – unsere eigenen Forschungen bis nach Sydney und Poughkeepsie bringt und nicht nur bis nach Flensburg und zum Brenner oder nach Riesa. Das ist doch wunderbar so, oder? Und da kommst du noch mit deinem alten Deutschen. Sicher, das Deutsche war einmal, für eine relativ kurze Zeit, auch ein solcher Zug. Doch dies ist lange her. Nun ist es höchstens noch ein Regionalzug, langsam, mit deutlich weniger Komfort, und nicht sehr

1 Vortrag im Rahmen des Akademie-Forums *Deutsch als Wissenschaftssprache* am 21.1.2011 in der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

2 Jürgen Mittelstrass, »Wissenschaftskultur. Zur Vernunft wissenschaftlicher Institutionen«, Rede vor der Leopoldina am 26.2.2010, gekürzt publiziert in *Forschung & Lehre* (6.6.2010).

weitreichend. Da braust das globale Englisch dahin. Auf dem Bahnsteig bleiben diejenigen zurück, die das Leben bestraft, die Zuspätgekommenen. Sie schauen noch den Rückleuchten des Luxuszuges hinterher. Die Redeweise von dem abgefahrenen Zug sagt es uns überdeutlich: Die Debatte ist eigentlich überflüssig.

Dass die Sächsische Akademie der Wissenschaften trotzdem die Frage noch einmal stellt, deutet zumindest darauf hin, dass es noch eine ganze Menge Zurückgebliebener gibt, die nicht glücklich sind mit dieser Situation, vielleicht aber auch, dass an der Situationsbeschreibung etwas falsch ist. Vielleicht ist es nämlich so, dass gerade die Türen des Shinkansen – wie es bei den ICE-Trains der Deutschen Bahn heißt – »selbsttätig« schließen.³ Es könnte also eher ein Moment des Zögerns sein als ein Moment des völligen Abfahreneins. Gerade im Superschnellzug-Bereich gab es ja letzgens einige Probleme. Vor allem aber könnte es auch sein, dass dies ein Moment ist, in dem klar wird, dass es gar nicht nur auf den TGV ankommt, dass es vielleicht auch gar nicht nur um den schnellen und weltweiten Transport geht, sondern dass Wissenschaft – wie das Reisen – eine vielfältige und komplizierte Tätigkeit ist, die nicht nur in den abgefahrenen Schnellzügen stattfindet. Vielleicht ist es aber tatsächlich nur ein Vergießen von Abschiedstränen. Aber auch die wollen vergossen sein!

Die Berliner Akademie hat sich im letzten Jahr ebenfalls in einer großen Plenar-Debatte auf die Frage der Sprache der Wissenschaften eingelassen. Und am 11. und 12. Januar 2010 haben auf Einladung von Konrad Ehlich und Hans Joachim Meyer und der Volkswagenstiftung in Tutzing Wissenschaftler mit einigen Politikern und anderen wissenschaftspolitischen Akteuren die Frage des Deutschen als Wissenschaftssprache diskutiert. Es scheint also doch alles ein bisschen komplizierter zu sein, als die genervten Kollegen meinen.

Ich will aber doch zunächst zu erklären versuchen, warum so viele Wissenschaftler genervt sind von der Frage nach der Sprache in den Wissenschaften, warum sie das eigentlich für ein Thema halten, das völlig sekundär ist für ihr Tun als Wissenschaftler. Dann versuche ich zu zeigen, dass das nicht immer so ist, und schließe mit einer Bemerkung über die Schule.

1. Sprachfeindschaft der Wissenschaft

Das europäische wissenschaftliche Denken hatte von Anfang an Schwierigkeiten mit der Sprache. Es hat zwar von Anfang an die beiden Funktionen von Sprache erkannt, also dass Sprache ein *kommunikatives* und *kognitives* Instru-

³ Dieser künstliche Germanismus für »automatisch« ist geradezu rührend angesichts des globalesischen Sprachfurors der Deutschen Bahn AG.

ment zugleich ist, dass Sprache zum Denken, zum Erfassen der Welt, ebenso nötig ist wie zum Kommunizieren des Gedachten. Aber es hat auch von Anfang an gesehen, dass die Sprache bei einem ganz bestimmten Denken, nämlich dem Denken der Wahrheit, dem wirklichen, echten, unverstellten Erkennen, also beim wissenschaftlichen Erkennen der Welt, stört. Im Dialog *Kratylos* nennt Platon das Wort – Sprache wird lange Zeit wesentlich als Wort oder Ensemble von Wörtern gedacht – ein *organon didaskalikon kai diakritikon tes ousias*, ein unterrichtendes, wir würden sagen: kommunikatives, und ein das Sein unterscheidendes, also kognitives, Werkzeug. Die »Unterscheidungen des Seins« sind die begrifflichen Scheidungen, die das Denken mittels der Wörter in der Welt macht: Es scheidet den Baum vom Busch, das Grüne vom Blauen, Roten und Gelben, das Warme vom Heißen usw. Humboldt hat dies später einmal schön »Portionen des Denkens« genannt. Aber dann untersucht Platon dieses Denk-Werkzeug doch ein bisschen näher und stellt fest, dass die Wörter als kognitive Größen, als »Unterscheidungen des Seins«, als Einsichten in die Welt, nicht so recht taugen: Sind sie Abbilder oder nicht, ist die erste Frage. Und wenn sie Abbilder sind, sind sie gute Abbilder? Sokrates und Kratylos kommen am Ende des Dialogs überein, dass die Wörter für das Erkennen des Seins nicht wirklich zuverlässige Instrumente sind:

»Sokrates: Auf welche Weise man nun Erkenntnis der Dinge erlernen oder selbst finden soll, das einzusehen sind wir vielleicht nicht genug, ich und du: es genüge uns aber schon, darin übereinzukommen, daß nicht durch die Worte, sondern weit lieber durch sie selbst man sie erforschen und kennenlernen muß als durch die Worte. Kratylos: Offenbar, Sokrates.«⁴

Wäre es nicht besser, wenn wir ohne diese schlechten Abbilder auskämen, wenn wir uns ohne Wörter direkt dem Sein zuwenden könnten? Ja, das wäre natürlich wunderbar, gesteht Kratylos ein. Phainetai, o Sokrates. Es wäre also besser, so die Konklusion, die Erkennenden kämen ohne Sprache aus.

Platon artikuliert hier die grundlegende Sehnsucht des aufgeklärten, rationalen Denkens – wir können das ruhig einmal »Wissenschaft« nennen – nach Sprachlosigkeit. Platon ist ohne Zweifel der Ur-Wissenschaftler, der erste kritische Geist, der endlich der Rationalität folgen möchte und nicht mehr dem alten Glauben der Väter, dem Mythos, dem Hergebrachten. Nichts ist aber nun so sehr »Hergebrachtes« wie die Sprache. Die Kritik an der Sprache erzeugt die Sehnsucht der Wissenschaft nach Sprachlosigkeit. Denn Platon hat hier schon die ganz richtige Intuition, dass das Denken zwar nicht ohne Sprache aus-

4 Platon, *Sämtliche Werke*, auf der Grundlage der Bearb. von Walter F. Otto, hg. von Ursula Wolf, übers. von Friedrich Schleiermacher, Band 3, *Kratylos* [u. a.], Reinbek bei Hamburg 1994, 439b.

kommt, dass aber dieses sprachliche Denken nicht den Standards von Wissenschaft genügt und dass es deswegen besser wäre, man könnte dies alles hinter sich lassen.

Im *Kratylos* wird das als Wunschvorstellung – im Irrealis: »wäre es nicht ...« – vorgetragen. Es bleibt offen, ob dies möglich ist, ob man die Sprache hinter sich lassen kann oder nicht. Dennoch enthält diese Wunschvorstellung von Anfang an das richtige Moment, dass Wissenschaft die hergebrachte Sprache hinter sich lassen *muss*. Denn Sprache ist, wenn sie auch ein kognitives Instrument ist, doch eines, das nicht-wissenschaftlichem, nicht-rationalem Denken entstammt. Das in der Sprache enthaltene Denken ist ungenau und variabel. Wissenschaftliches Denken dagegen braucht Genauigkeit und Festigkeit.

Platon benennt das Problem, schlägt aber eigentlich keine Lösung vor. Das tut dann Aristoteles. Er entscheidet die Frage für die nächsten Jahrtausende – im Grunde bis heute. Er entscheidet sie so – das meinte ich anfangs – dass die meisten Wissenschaftler denken, dass die Sprache eigentlich kein Problem sei. Er trennt Kommunikation und Kognition und setzt die Kognition universell. Die Menschen, so sagt er, machen sich Vorstellungen von der Welt, die bei allen Menschen gleich sind. Die denkende Erfassung der Welt ist also eine universelle Angelegenheit. Und sie hat mit Sprache nichts zu tun. Wenn die Menschen nun diese Gedanken den anderen Menschen mitteilen wollen, so stehen ihnen Laute zur Verfügung. Diese sind in den Sprachen verschieden. Also: Denken ist sprachlos und universell, Sprache kommt hinterher und dient nur der Kommunikation. Natürlich gibt es verschiedene Sprachen; diese Verschiedenheit ist aber nur eine der Laute, eine materielle Verschiedenheit. Sie ist für das Denken völlig unerheblich.

Dieses Sprachmodell bleibt jahrhundertlang das bestimmende. Alle europäischen Studenten hatten *De interpretatione* von Aristoteles auf dem Lehrplan. Und die jahrtausendelange Einsprachigkeit der Wissenschaft oder der Gelehrsamkeit – es gab ja im Westen faktisch nur eine Sprache, Latein, wie sollte das nicht die richtige sein? – bestätigte die Annahme des Aristoteles, dass tatsächlich auch das Denken der Menschen überall dasselbe ist.

Aber: Die Erfahrungen der Europäer mit der Verschiedenheit der Sprachen seit der Renaissance erschüttern das aristotelische Modell. Die Europäer lernen, dass es nicht so ist, wie Aristoteles sagt: Sie erkennen (in einem mühsamen, schmerzhaften Prozess), dass Menschen mit verschiedenen Sprachen durchaus nicht dieselben Vorstellungen bilden, dass z.B. die Sprachen der amerikanischen Völker tatsächlich andere Vorstellungen enthalten, dass sie andere semantische Universen sind. Sie sehen dann, dass auch ihre eigenen Volkssprachen partikuläre Semantiken enthalten, dass die Sprachen der Welt –

wie Humboldt viel später sagen wird – verschiedene »Weltansichten« sind und nicht nur verschiedene materielle Zeichen. Das heißt, dass auch die Vorstellungen der Menschen zunächst nicht universell und sprachunabhängig sind, sondern – wie Herder sagt – an den Wörtern kleben.

Immer tiefere Erfahrungen der Europäer mit den verschiedenen Sprachen stellen immer radikaler die aristotelische Unterstellung eines bei allen Menschen gleichen sprachunabhängigen Denkens in Frage. Die Europäer machen die Erfahrung, dass die Welt zunächst nun einmal *sprachlich* gegeben ist. Humboldt schreibt dazu:

»Der Mensch lebt mit den Gegenständen hauptsächlich, ja, da Empfinden und Handeln in ihm von seinen Vorstellungen abhängen, sogar ausschließlich so, wie die Sprache sie ihm zuführt.«⁵

Gemeint ist damit zugleich: So wie die *einzelne* Sprache sie ihm zuführt, also englisch, deutsch, nahuatl, djirbal. Es gibt nicht die Sprache überhaupt, Sprache ist nur als diese bestimmte Sprache zu haben. Und deswegen ist auch das Denken zunächst partikular und verschieden.

Dieses an die Sprache gebundene Denken ist nun in zweierlei Hinsicht eine Herausforderung für die Wissenschaft: Es ist, erstens, ungenau und volkstümlich. Bacon sagt schon 1620, dass die Wörter die Welt gemäß dem *captus vulgi*, der Intelligenz des (dummen) Volkes, einteilen, d. h. eben ungenau und unwissenschaftlich. Und zweitens – das fügt Locke 1690 hinzu – sind diese volkstümlichen Vorstellungen dann auch noch von Sprache zu Sprache verschieden. Ungenauigkeit und Veränderbarkeit sind die Merkmale der Semantik der natürlichen Sprache. Seit Bacon – also seit dieser Einsicht in die aus wissenschaftlicher Sicht unbefriedigende kognitive Rolle der Sprache – kämpft dann die Wissenschaft auch wieder ausdrücklich gegen die natürliche Sprache. Das heißt, Platons Frage kehrt radikaler und tiefer in der Moderne zurück. »Wäre es nicht besser, o Sokrates, wir würden das alles ohne Sprache denken?« Und die Lösung scheint tatsächlich zu sein, die Semantik der volkstümlichen und einzelnen Sprachen, so gut es geht, hinter sich zu lassen.

Niemand hat das so deutlich gesehen wie Gottlob Frege:

»Die hervorgehobenen Mängel haben ihren Grund in einer gewissen *Weichheit* und *Veränderlichkeit* der Sprache, die andererseits Bedingung ihrer Entwicklungsfähigkeit und vielseitigen Tauglichkeit ist. Die Sprache kann in dieser Hinsicht mit der Hand verglichen werden, die uns trotz ihrer Fähigkeit, sich den verschiedensten Aufgaben anzupassen, nicht genügt. Wir schaffen uns künstliche Hände, Werkzeuge für besondere Zwecke, die so genau arbeiten,

5 Wilhelm von Humboldt, *Gesammelte Schriften*, hg. von Albert Leitzmann u. a., Bd. VII, Berlin 1903–36, S. 60f.

wie die Hand es nicht vermöchte. Und wodurch wird diese Genauigkeit möglich? Durch eben die Starrheit, die Unveränderlichkeit der Teile, deren Mangel die Hand so vielseitig geschickt macht. So genügt die Wortsprache nicht. Wir bedürfen eines Ganzen von Zeichen, aus dem jede Vieldeutigkeit verbannt ist, dessen strenger logischer Form der Inhalt nicht ent schlüpfen kann.«⁶

Weil die Sprache ungenau und variabel ist, ist sie ungeeignet für die Wissenschaft und muss die Wissenschaft ein genaues und unveränderbares Zeichensystem entwickeln. Die Parallele zur Hand ist besonders erhellend: Natürlich ist die Hand ein wunderbares Instrument, aber die Technik muss die Hand hinter sich lassen. Genauso muss die Wissenschaft die Sprache hinter sich lassen. Sprache muss in der Wissenschaft zum *Zeichen* werden. Freges berühmtes Beispiel ist ja das folgende: Das Deutsche fasst einen bestimmten Gegenstand der Welt einmal als »Morgenstern«, einmal als »Abendstern«. Nicht nur diese Variation – mal so, mal so – ist unwissenschaftlich, sondern auch die mit dem Wort verbundene Vorstellung, die einzelsprachliche Semantik: »Stern des Abends«. Diese darf in der Wissenschaft keine Rolle spielen, und das materielle Wort muss als Zeichen eindeutig auf die Sache selbst, den Himmelskörper Venus verweisen.

Wissenschaft lässt also die semantische Verschiedenheit und Veränderlichkeit der Sprache hinter sich, so dass sie letztlich doch wieder beim aristotelischen Modell ankommt. Dieses ist also gar nicht das Modell für Sprache gewesen, sondern für *wissenschaftliches* Sprechen – *nach* der Überwindung der (partikularen) Sprache. Es ist das Modell für das *Zeichen* und die wissenschaftliche Bezeichnung, nicht für die Sprache.

Aus der Fixierung der Sprache zu Zeichen in der Wissenschaft ergibt sich tatsächlich eine völlige Gleichgültigkeit *bestimmter* Wörter oder *bestimmter* Sprachen. Sprache ist hier im Wesentlichen nur ein – in ihrem Sosein *gleichgültiges* – Mittel zur Bezeichnung und Kommunikation des außersprachlich Erforschten. Sprache in der Wissenschaft ist daher tatsächlich *lingua franca* im ursprünglichen Sinne dieses Ausdrucks, nämlich ein rein kommunikatives Mittel zur Bezeichnung von Sachverhalten. Humboldt hat das glasklar gesehen: Eine *lingua franca* ist eigentlich gar keine Sprache.⁷

Diese seit Jahrtausenden verbreitete Auffassung lässt natürlich Sprache als etwas völlig Unwichtiges erscheinen, etwas, das mit dem Erkenntnisprozess des Wissenschaftlers überhaupt nichts zu tun hat, das nur der Verlautbarung

6 Gottlob Frege, »Über die wissenschaftliche Berechtigung einer Begriffsschrift« (1882), in Ders., *Funktion, Begriff, Bedeutung. Fünf logische Studien*, hg. von Günther Patzig, Göttingen 1994, S. 91–97, hier S. 94.

7 Vgl. Humboldt, *Gesammelte Schriften* (Fn. 5), S. 175 f.

des Erkannten dient, das man aus rein praktisch-kommunikativen Gründen wählt. Und weil das so ist, ist es nur vernünftig, wenn das Erforschte in der Sprache kommuniziert wird, die am meisten verbreitet ist, warum also nicht im global verbreiteten Englisch. Jede weitere Überlegung dazu erregt daher den Unwillen der Wissenschaftler: Macht nicht so ein Gedöns, der Zug ist abgefahren!

Nun aber kommt das große Aber, das die Diskussion bestimmt: Die Frage, die sich nämlich im Prozess der Selbstreflexion von Wissenschaft stellt, ist, ob alle Wissenschaft so ist, wie ich das bisher angedeutet habe, ob alle Sprache der Wissenschaft so ist, wie sie Frege – oder vor ihm alle Wissenschaftstheoretiker seit Bacon – sich wünschen: also als klare und feste Bezeichnung universeller Sachverhalte in der Welt da draußen. Die Antwort ist doppelt: Erstens gibt es Wissenschaft, die nicht so ist, und zweitens ist selbst die Wissenschaft, die Sprache als *lingua franca* verwendet, komplizierter hinsichtlich ihrer Sprachlichkeit als es die genervten Basta-Wissenschaftler wahrhaben wollen.

2. Verkörperung des Denkens in Sprache

Die Frage der Sprache stellt sich tatsächlich anders in der – in unserer Sprache ja ebenfalls »Wissenschaft« genannten – Erforschung der Kultur. Diese kann – daran besteht kein Zweifel – durchaus ebenfalls wie die Natur erforscht werden. Grob gesagt, kann auch die Kultur nach allgemeinen Gesetzen befragt und mit quantitativen Methoden untersucht werden. Die modernen Sozialwissenschaften tun das ja weitgehend. Nur ist dies nicht alles und sicher nicht die wichtigste Art der Erforschung von Kultur. Die Deutung eines Hölderlin-Gedichts, die Erkundungen zu Bildern auf griechischen Vasen, Überlegungen zum Vergessen und Vergeben in der Geschichte, literarhistorische Ausführungen zu Stefan George (das sind ein paar Themen, die wir im letzten Jahr in der geisteswissenschaftlichen Klasse unserer Akademie verhandelt haben), präsentieren sich als Reden, deren Erkenntnis-Ertrag sich aus der Lektüre von Texten, Bildern und anderen symbolischen Formen ergibt und die ihrerseits hochkomplexe Wortschöpfungen sind. Diese Reden entstehen aus einem Gespräch mit sprechenden Gegenständen. Sie sind Antworten besonders erfahrener Sprecher auf dieses Sprechen. Das Vorgehen ist dabei durchaus rational: Nachvollziehbare Beobachtungen am (sprachlichen) Gegenstand werden gemacht und Argumente für bestimmte Thesen werden vorgebracht. Diese Texte sind aber nicht das Bezeichnen sprachunabhängig existenter und sprachunabhängig – etwa mit Experimenten, Apparaten, Messungen – erforschter Sachverhalte. Diese Geschöpfe aus Sprache sind Antworten auf Sprache, Dialoge mit

Worten und anderen Symbolen. Und dieses Sprachspiel braucht die Feinheiten der sogenannten natürlichen Sprache, um sein Erkenntnisziel zu erreichen. Sprache ist hier gerade nicht *lingua franca*. Die Handhabung der Sprache ist in diesem Sprachspiel – wie immer man es nennen mag, »Wissenschaft« oder anders – so wichtig, dass der Forscher die Sprache verwenden muss, die er am besten kann, als sein wichtigstes Forschungs-Instrument. Das ist heute zumeist noch die nationale Hochsprache, in unserem Fall also Deutsch. Deswegen fällt es hier schwerer, ins Globalesische überzugehen, denn dieses ist nicht das feine Instrument, das der deutende Forscher braucht. Globalesisch ist nur ein Zeichensystem und keine Sprache.

Was in diesen (wir nennen sie »geistes-wissenschaftlichen«) Texten gesagt wird, kann natürlich auch in einer anderen Sprache gesagt werden. Ich sage also nicht, dass die Hölderlin-Deutung, die historische Betrachtung von Schuld und Vergebung, der neue Blick auf George nur auf Deutsch gedacht und gesagt werden kann. Natürlich kann dies in jeder anderen Sprache geschehen. Nur: In anderer Sprache wäre dies dann doch ein ziemlich anderer sprachlicher Gegenstand. Denn die Sprache ist hier tatsächlich der Stoff selbst, aus dem die wissenschaftliche Erkenntnis stammt und aus dem das wissenschaftliche Produkt gemacht ist. Es ist, wie Michael Hagner gesagt hat, in Sprache verkörper-tes Denken. Dies ist umso besser, also wissenschaftlicher, je besser der Sprecher die Sprache beherrscht:

»Man nehme Chemikern oder Physikern ihre Formel weg, und sie bekommen erhebliche Schwierigkeiten, überhaupt noch angemessen wissenschaftlich denken zu können. Dazu gibt es bei den Geisteswissenschaftlern ein Äquivalent. Man nehme ihnen die Sprache weg, und sie haben die gleichen Probleme.«⁸

Für diese Art der gelehrten oder wissenschaftlichen Betätigung hat die Sprache eine ganz andere Funktion und ein ganz anderes Gewicht als in den zuerst geschilderten wissenschaftlichen Betätigungen, wo sie ein im Grunde gleichgültiges Bezeichnungsinstrument ist. Sie ist hier – wie im Gedicht, wie im Roman – das Material des Denkens, und wie diese sind diese wissenschaftlichen Texte (ich möchte doch auf dem Ausdruck »wissenschaftlich« bestehen) Welten aus Sprache.

Daher ist das Deutsche – ebenso wie die anderen Sprachen, die eine entsprechende Tradition haben – in diesen Wissenschaften notwendig und ja auch durchaus noch lebendig. Die wichtigsten geisteswissenschaftlichen Werke deutscher Forscher, die an deutschen Universitäten arbeiten, werden immer noch deutsch geschrieben. Gerade eben hat zum Beispiel Horst Bredekamp seine wunderbare *Theorie des Bildakts* vorgelegt – auf Deutsch.

8 Michael Hagner, »Verkörper-tes Denken«, in *Neue Zürcher Zeitung*, 22./23.11.2008.

Und wir sollten entsprechendem Druck aus einer völlig von den Naturwissenschaften dominierten wissenschaftlichen Welt nicht nachgeben, diese Texte auf Englisch zu verfassen. Zumeist können wir das weniger gut als unsere Kultursprache. Die entsprechenden Texte, also die wissenschaftlichen Produkte, wären dann einfach schlechter, weil wir nicht die besten Instrumente benutzen. Naturwissenschaftler bestehen ja auch auf den besten Apparaten, warum sollten wir darauf verzichten und schlechtere Instrumente verwenden?

Der Druck nimmt allerdings zu. Jüngere Wissenschaftler sehen sich zunehmend genötigt, auf Englisch zu schreiben. Und oft sind sie auch ganz stolz, dass sie das so schön können. Hier ist der Übergang in die andere Sprache aber durchaus dramatischer als in dem Ersatz einer *lingua franca* durch eine andere wie in den Naturwissenschaften. Es ist ein voller Übergang in eine andere Sprach-Kultur, in ein anderes Denken. Das in den Geisteswissenschaften zu schreibende Englisch ist ja nicht einfach Bad Simple English, also *lingua franca*, sondern es ist notwendigerweise voll entfaltetes gutes Hohes Englisch. Als einzelsprachlich elaborierte Texte manifestieren die englischen Texte eine partikulare Sprachwelt wie die anderen partikularen Sprachwelten auch. Wenn wir unsere Bücher nun auf Englisch schreiben, dann dehnt sich diese partikulare Sprach-Kultur global aus, setzt sich, zunehmend imperialistisch, an die Stelle der alten Kultur, und breitet ihre partikulare »Weltansicht« auf die ganze Welt aus. Zumeist werden damit – wie wir längst schon erfahren – die bisherigen Forschungen in den anderen Sprachen missachtet und eliminiert. Die Ausweitung des Englischen in den Geisteswissenschaften, also die Ersetzung der alten Kultursprachen durch die Welt-Sprache, führt letztlich zur Eliminierung ganzer Wissenskontinente.

Gut, es ist noch nicht ganz so weit. Hier ist der Zug noch nicht abgefahren. Gerade deswegen ist hier – wie auch in den Diskussionen in der Berliner Akademie und in Tutzing – der Moment, sich dessen bewusst zu werden und entsprechend zu handeln.

Ich sehe zwei vernünftige Antworten auf die – ja auch großartige – Herausforderung der Globalisierung in den Geisteswissenschaften: erstens eine großzügige Förderung von Übersetzungen unserer Werke ins Englische. Zweitens eine gezähmte und kontrollierte Mehrsprachigkeit in unserer wissenschaftlichen Produktion. D.h. wir müssen natürlich auch auf Englisch schreiben, aber vielleicht nur, wenn wir es tatsächlich müssen, für Distanz-Kommunikation, nicht zur Generierung unseres Wissens, nicht in der kognitiven Funktion der Sprache. Widersetzen müssen wir uns dem Umerziehungsprogramm ins Globalesische, wie es unsere Universitätspräsidenten und vor allem auch bestimmte Verlage massiv ins Werk setzen.

Und drittens: Wie wäre es denn, wenn der Hegemon auch einmal wieder die Sprachen der beherrschten Völker lernte? Hegemoniale Einsprachigkeit ist nun wirklich die skandalöseste geistige Haltung, die man sich vorstellen kann. Sie wissen, dass die englischen Universitäten keine Kenntnis fremder Sprachen mehr fordern? Die Masters of the Universe sind zunehmend provinzielle Monolinguale.

Und – da ich gerade am Polemisieren bin – erlauben Sie mir eine Bemerkung zu meiner persönlichen sprachlichen Globalisierung und deren Auswirkungen. Ich befinde mich ja derzeit in einem radikalen Selbstversuch. Seit zweieinhalb Jahre unterrichte ich an einer globalophonen Universität in Deutschland. Eine solche Unternehmung ist insofern nicht fehl am Platze, als damit die Jugend der Welt, die nun einmal kein Deutsch mehr lernt, in unser Land gelockt wird und sich vielleicht mit diesem anfreundet. Jedenfalls sind dort Studenten aus mehr als hundert Ländern. In meinem Seminar im letzten Semester hatten die acht Studenten tatsächlich acht verschiedene Muttersprachen. Auf Deutsch oder auf Amharisch zu unterrichten hätte keinen Zweck gehabt, also findet die Unterweisung auf Englisch statt. Da ich gern fremde Sprachen spreche – ich bin ja ein Philologe – und da ich auch lange in Amerika war, macht mir das Unterrichten auf Englisch auch Spaß, es ist eine Herausforderung. Allerdings hat der Selbstversuch einer sprachlichen Globalisierung doch deutlich folgende für die Wissenschaft nicht förderlichen Konsequenzen:

1. Obwohl ich ziemlich gut Englisch kann, fehlt mir manchmal das richtige Wort, misslingt die witzige Replik, die elegante Rhetorik im mündlichen Gebrauch des Englischen. Das gehört nämlich auch zur erfolgreichen wissenschaftlichen Tätigkeit.

2. Das ganze Englisch-Reden inspiriert mich nicht zum Schreiben auf Englisch. Und es blockiert die Nähe zu meiner eigenen Sprache, meiner alten Schreibsprache. Ich schreibe also weder auf Deutsch noch auf Englisch, ich habe noch nie so wenig produziert wie in diesen beiden Jahren.

3. Schockartig ist die Begegnung mit der englischsprachigen wissenschaftlichen Literatur, die ich zur Kursvorbereitung nunmehr ausschließlich lese: So gut wie alles, was ich vorher kannte – in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch – kommt dort nicht vor. Wir sind einfach inexistent in der Anglo-Welt. Übersetzt werden wir kaum ins Englische, die Anglo-Welt ist ja keine generöse, weltoffene Übersetzungswelt.

4. Das Wenige, was ins Englische übersetzt ist – zumeist sind das nur die Klassiker, in meinem Fall z.B. Aristoteles, Dante, Vico, Humboldt etc. –, ist oft einfach katastrophal übersetzt. Die offensichtlich starke Tradition der sogenannten freien Übersetzung im Anglo-Raum lässt oft keine Begegnung mit

dem Original zu, da dessen sprachliche und gedankliche Alterität in brutalen Zugriffen eliminiert wird.

5. Da die Studenten nur Englisch als Fremdsprache können, können kaum anderssprachige Texte im Unterricht zum Einsatz kommen. Die wissenschaftliche Einsprachigkeit ist total. Das ist keine gute Ausgangslage für eine wirklich globale, also auf die Welt offene Geisteswissenschaft.

3. Das Sprachspiel Wissenschaft

Unabhängig von der sicher tiefen, prinzipiellen Differenz beim Gebrauch der Sprache zwischen den beiden Wissenschaftstypen – natürlich gibt es zwei Kulturen, zwei ziemlich fundamental verschiedene Sprach-Kulturen nämlich – möchte ich nun allerdings auch für die Naturwissenschaften nachtragen, dass deren Sprachverwendung sich mitnichten in der abschließenden, irgendwie objektiven Bezeichnung sprachlos gewonnener Erkenntnisse erschöpft. Es ist ja nicht so, dass ein Forscher sprachlos das Reagenzglas ergreift, Substanz A und Substanz B zusammengießt, schüttelt, die Reaktion abwartet, diese misst, eine Zahl aufschreibt, dies zehnmal wiederholt und abschließend einen Protokollsatz formuliert, den er dann der wissenschaftlichen Welt auf Englisch verkündet. Auch naturwissenschaftliches Tun ist eingebettet in komplizierte Sprach- und Zeichenwelten: So wird der Forscher nach einem weitgehend sprachlich vermittelten Studium in der Diskussion mit seinen Fachkollegen und nach ausgedehnter Lektüre auf ein Problem stoßen, das er sprachlich formuliert, bevor er eine Versuchsanordnung tatsächlich realisiert und Ergebnisse produziert. Diese verlautbart er auch nicht nur in dürren objektiven Protokoll-Sätzen in geschriebenem Englisch, sondern er muss sie auf Kongressen seinen Kollegen oder in der Universität seinen Studenten mit einem Witz oder einer eleganten Formulierung mitteilen, und er muss sie in der Diskussion mit den Kollegen und Schülern diskursiv verteidigen.

Zu alledem ist eine möglichst gute Sprachbeherrschung vonnöten. Auch für den Naturwissenschaftler ist es also von Vorteil, wenn er die Sprache verwendet, die er am besten kann. Sie ist ein wichtiges Arbeitsinstrument in der Gewinnung und der präzisen Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Kurzum, auch hier ist das Sprachspiel Wissenschaft bedeutend komplizierter, als es die wissenschaftliche Sprachkritik wahrhaben möchte. Deswegen ist es natürlich auch hier mitnichten gleichgültig, in welcher Sprache diese wissenschaftlichen Sprachverwendungen sich vollziehen. Die Partikularität der jeweiligen Sprache schlägt natürlich auch hier voll durch. Dabei sind nicht nur oder nicht so sehr die lexikalischen und grammatischen Strukturen einer Sprache

im Spiel, als vielmehr auch bestimmte Text-Strukturen und Diskurstraditionen, die in den verschiedenen Sprach-Gemeinschaften sehr verschieden sein können. In einer äußerst interessanten Untersuchung hat kürzlich Winfried Thielmann eindrucksvoll gezeigt, wie verschieden deutsche und englische wissenschaftliche Texte aufgebaut sind und wie sich daher auch die jeweilige Argumentation stark unterscheidet.⁹ Ob man in der einen oder der anderen Sprach- und Text-Tradition steht, ist auch für Naturwissenschaftler nicht unerheblich.

Dennoch ist es sicher so, dass, anders als bei den Geisteswissenschaften, die Sprache nicht der Gegenstand und auch nicht das Material ist, aus dem die wissenschaftlichen Ergebnisse gemacht sind. In den Naturwissenschaften und Techniken spielen darüber hinaus andere, nichtsprachliche Zeichensysteme sowohl in der Erkenntnisgenerierung als auch in der Kommunikation von Erkenntnis eine viel wichtigere Rolle: Formeln, Zeichnungen, Bilder sind zumindest ebenso wichtige »Sprachen« wie die natürliche Sprache.

Nun, wie dem auch sei: Hier ist der Zug wirklich abgefahren. In welchen Sprachen auch immer die naturwissenschaftliche Erkenntnis generiert worden ist, sie muss anscheinend – so sagen es die Naturwissenschaftler unisono – auf jeden Fall, wenn sie die internationale Gemeinschaft der Wissenschaftler erreichen will, auf Englisch publiziert werden.

Allerdings könnte man diesen Zwang durchaus einmal hinterfragen oder gar unterlaufen, aber es traut sich niemand. Auf der Tagung in Tutzing ist völlig klar geworden, dass sich die Naturwissenschaftler widerspruchslos dem von Verlagen aus der Anglowelt auferlegten Zwang beugen: Mehr noch als der edle Wunsch nach weltweiter Verständigung scheint nämlich der *impact factor* – also die Maximierung persönlicher Geltung – den Gebrauch des Globalesischen zu diktieren: Die englischsprachigen Zeitschriften haben einen ungleich höheren *impact factor* als deutschsprachige Zeitschriften, die kaum zählen. Deutsch geschriebene Aufsätze sind für die Karriere überhaupt nicht existent, es ist, als ob man direkt für den Papierkorb produzierte. Sich gegen den *impact factor* zu wehren, käme einem wissenschaftlichen Selbstmord gleich. Aber sich des skandalösen Zwangscharakters dieses Systems bewusst zu werden, wäre ja schon einmal ein erster Schritt zur Befreiung.

Des Weiteren gibt es noch eine gar nicht so unerhebliche Einschränkung der exklusiven Anglizifizierung der Wissenschaften: Bei gewissen angewandten Disziplinen, dort also, wo Wissenschaft direkt in eine gesellschaftliche Praxis geht, gibt es noch eine wissenschaftliche Publikationstätigkeit auf Deutsch. Techniker zum Beispiel publizieren durchaus noch auf Deutsch. Auch in der

⁹ Winfried Thielmann, *Deutsche und englische Wissenschaftssprache im Vergleich. Hinführen – Verknüpfen – Benennen*, Heidelberg 2009.

Medizin wird für Praktiker auf Deutsch geschrieben. Der Potsdamer Psychologe Reinhold Kliegl hat bei der Berliner Diskussion gezeigt, dass die theoretische Forschung weitgehend auf Englisch schreibt, dass aber ein großer Teil psychologischer Publikationen, eben die auf die Praxis bezogenen, durchaus weiter deutsch bleibt. Immerhin 80 % der psychologischen Publikationen sind auch nach der Internationalisierung der »Spitzenforschung« deutschsprachig. Hier wäre es geradezu irrsinnig, in den TGV einzusteigen und an den Patienten und Praktikern vorbeizurauschen.

Auch in den Naturwissenschaften gibt es also die Notwendigkeit wissenschaftlicher Mehrsprachigkeit. Anders als in den Geisteswissenschaften scheint sich hier aber die Differenzierung nach anderen Parametern zu vollziehen. Es geht nicht um Tiefe und Präzision des Denkens (Deutsch) gegenüber Distanz-Kommunikation (Englisch), sondern um oben und unten: oben – für die Forschung, das Prestige und den Nobelpreis – Englisch; unten – für die Praxis, für das Volk – Deutsch oder eine andere Sprache des Volkes.

4. Sprache der Wissenschaft in der Schule

An dieser Stelle sei eine letzte Bemerkung zu einem weiteren – letztlich vielleicht dem wichtigsten – Aspekt unseres Themas, den ich hier nur anreißen kann, angefügt. Gerade angesichts solcher funktionalen Differenzierung von Wissenschaft je nach den verschiedenen gesellschaftlichen Praktiken stellt sich die Frage nach der Verwendung der Sprache in den Bildungsanstalten. Ist es angemessen, dass schon in der Schule bestimmte Wissenschaften zunehmend nicht mehr auf Deutsch unterrichtet werden, dass die Propädeutik von Wissenschaft sich zunehmend in der globalen Sprache vollzieht? Lehrer und Eltern lieben das, sie lieben CLIL, *content and language integrated learning*, oft auch fälschlich bilingualer Fachunterricht genannt. Er ist nicht bilingual, sondern einsprachig, englisch. Die Lehrer lieben CLIL, weil er es ihnen erlaubt, die lernstarken Schüler von den schwächeren zu trennen. Die Eltern lieben CLIL, weil sie denken, dass damit die höhere Karriere ihres Sprösslings garantiert ist: Wer Politische Wissenschaft schon in der Schule auf Englisch gemacht hat, ist für höhere Posten in Bankwesen und Wirtschaft prädestiniert, Biologie auf Englisch garantiert den Aufstieg in die Wissenschaft und Industrie. Verkauft werden diese schulischen Angebote unter dem Etikett der »Mehrsprachigkeit«. In Wirklichkeit wird anglophone Einsprachigkeit angestrebt. Denn es geht tatsächlich um das Training in der »höheren« Sprache, so wie es früher um das Training in der höheren Sprache Hochdeutsch ging. Das anglophone private Schulwesen, das derzeit ungemein boomt, zeigt hier, was eigentlich gemeint ist:

alles auf Englisch, Englisch als neue Hochsprache. Die Staatsschulen können das oft noch nicht so gut. Das Schulwesen einiger Länder allerdings bewegt sich zunehmend auf ein englischsprachiges Schulwesen zu, zumindest für die Begabten. Die Dummen sprechen und schreiben weiter deutsch, die Schlaunen werden auf Englisch erzogen.

Hier findet eine Kulturrevolution statt, die nicht nur die Sprache der Wissenschaft betrifft, sondern die Gesellschaft insgesamt. Hier wird einerseits »von unten« – von der Schule und den Kindern her – der größte Angriff auf das Deutsche als Wissenschaftssprache, ja auf das Deutsche überhaupt in Gang gesetzt. Ganze Wissenschaftsbereiche – im Moment vor allem politische Wissenschaft und Biologie – sind dadurch jungen Deutschen nur noch auf Englisch verfügbar. Sie haben über diese Wissenschaften nie anders als auf Englisch gesprochen. Tendenziell wird daher niemand in der Zukunft mehr deutsch in diesen Gebieten sprechen. Hier gibt es dann auch keinen Weg mehr zurück zu einer Wissenschaftssprache Deutsch. Das Deutsche verliert ganze Landschaften seines »Ausbaus«, wie dies die Linguistik nennt, und damit zunehmend auch sein Prestige. Der »Status« des Deutschen sinkt: Hier bröckelt die Hochsprache Deutsch, hier wird Deutsch zur Vernakularsprache.

Diese Tendenz korrespondiert mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die für eine Demokratie nicht besonders bekömmlich ist: Für die englisch erzogene Elite ist Englisch die Hoch-Sprache, es ist die Sprache ihres Schreibens, ihrer Literatur, ihrer Bildung und natürlich ihrer Geschäfte (dafür vor allem hat sie ja so schön Englisch gelernt). Deutsch dagegen ist die Sprache, mit der man – wenn überhaupt – über Unwichtiges, Alltägliches spricht und mit den Dienstboten verkehrt. Hier wird das Deutsche als Hochsprache überhaupt, nicht nur als Wissenschaftssprache, liquidiert.

Oder auch: Hier schafft sich wirklich Deutschland ab, von oben, ganz bewusst und mit der elitären Arroganz einer Bourgeoisie, die über die da unten barmt, die Deutschland vermeintlich abschaffen. Diese – wirkliche oder vermeintliche – Elite steigt aktiv aus der eigenen Kultur aus. Sie ist dabei, aus Deutschland abzuhausen, ins Globale.

Hans Joachim Meyer

Die akademischen Grade im englischen Sprachraum und der deutsche Wissenschaftsbegriff

Schon vor der Bologna-Erklärung sind die akademischen Grade im englischen Sprachraum in der deutschen Öffentlichkeit gern und häufig als angloamerikanisches Graduierungssystem bezeichnet worden, das überdies international anerkannt sei. Bevor wir das Verhältnis der englischsprachigen Grade zum Wissenschaftsbegriff der deutschen Sprache untersuchen, scheint es notwendig, zunächst zu prüfen, wieweit man überhaupt von einem angloamerikanischen Graduierungssystem sprechen kann und was es mit der Behauptung auf sich hat, dieses sei international anerkannt. Dabei konzentriere ich mich auf die wissenschaftlich führenden Länder des englischen Sprachraums, nämlich auf Großbritannien und die USA, und wende mich in einem ersten Schritt den Gradbezeichnungen *bachelor* und *master* zu.

Der britische *bachelor* (*BA*, *BSc*) stellt in der Abfolge der akademischen Grade den ersten Grad dar und bezeichnet den erfolgreichen Abschluss von dreijährigen berufsbefähigenden Studiengängen. Diese weisen im Vergleich mit den bisherigen deutschen Diplom- und Magisterstudiengängen eine deutlich geringere fachliche Breite auf. Hinzuzufügen sind allerdings für Großbritannien zwei Besonderheiten, nämlich dass die von der Universität Oxford ebenfalls noch verliehenen *Bachelor of Philosophy* (*BPhil*) und *Bachelor of Letters/Literature* (*B.Litt*) höhere akademische Grade darstellen und dass die älteren schottischen Universitäten Edinburgh, Glasgow, Aberdeen und St. Andrews in den Geisteswissenschaften, und zwar nach einem vierjährigen Studium, den Grad eines *master* verleihen, ohne dass diesem ein *bachelor* vorangeht.

In den USA¹ müssen beim *undergraduate study*, das mit dem *bachelor* als erstem Grad abgeschlossen wird, zwei Arten von Studiengängen unterschieden werden. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um ein relativ breit angelegtes vierjähriges Studium mit einem Hauptfach (»*major*«) und Nebenfächern

1 Hier stütze ich mich auf die übersichtliche Darstellung bei V. R. Cardozier, *American Higher Education. An International Perspective*, Avebury 1987, S. 71–79.

(»*minor*«). Ihre Curricula zielen darauf ab, akademische Bildung zu vermitteln und eine erste Orientierung in der Wissenschaft zu ermöglichen. Nach dem Erwerb des *high-school diploma* führt dieser – oft auch »*college education*« genannte – akademische Bildungsgang zu wissenschaftlichen Grundkenntnissen und bereitet auf ein mögliches künftiges Fachstudium vor. Ein solches *undergraduate study* gibt jedoch keine konkrete Berufsbefähigung. Die Mehrzahl der Absolventen entscheidet sich gleichwohl anschließend für einen Weg im Berufsleben, während andere ein eigentliches Fachstudium an einer Universität als *graduate study* anschließen. Hier besteht also ein wesentlicher Unterschied zwischen dem britischen und dem amerikanischen *bachelor*. Daneben gibt es allerdings auch eine größere Zahl von berufsorientierten *professional undergraduate studies*, so z. B. im Ingenieurwesen, in der Landwirtschaft, im Erziehungswesen oder für Pflegeberufe, die ebenfalls vier Jahre und in wenigen Fällen (Architektur und Pharmazie) sogar fünf Jahre umfassen.

Unabhängig von der Unterscheidung zwischen *undergraduate studies* und *professional undergraduate studies* muss nun wiederum die Spezifizierung des *Bachelor*-Grades gesehen werden. Zunächst ist festzuhalten, dass der *Bachelor of Arts (BA)* der älteste und wohl immer noch häufigste *Bachelor*-Grad in den USA ist:

»The Bachelor of Arts (BA) degree was the first to be awarded in America and continues to be the basic first degree awarded in most of the liberal arts.«²

Daneben findet man häufig den später eingeführten *Bachelor of Science (BSc)*, welcher übrigens anfänglich, weil er keinen Fremdsprachennachweis erforderte, nicht als gleichwertig mit dem *BA* galt.³ Beide *Bachelor*-Grade werden in beiden Studienarten verliehen – also sowohl als Abschluss der allgemeiner angelegten *undergraduate studies* als auch der berufsorientierten *professional undergraduate studies*. Bei den letzteren findet man jedoch auch fachbezogene *Bachelor*-Grade, wie z. B. *BSEE* für *electrical engineering*, *BSEd* für *education*, *BSN* für *nursing* und *BSAgr* für *agriculture*. Von diesen ist der *Bachelor of Business Administration (BBA)* relativ häufig, weil er bei Studenten wie Arbeitgebern beliebt und angesehen ist.

Wenden wir uns nun dem – in der Regel – zweiten Grad, dem *master*, zu. In Großbritannien sind die häufigsten *Master*-Grade die des *Master of Arts (MA)* und die des *Master of Science (MSc)*. In der Regel setzen diese den *bachelor* als Abschluss von *undergraduate studies* voraus und werden in einem meist einjährigen Studium an einer Universität durch den Besuch einer Reihe von Kur-

2 Ebd., S. 72.

3 Ebd., S. 74.

sen und die Vorlage einer kürzeren Arbeit (*dissertation*) erworben. Deutlich seltener sind die höheren *Master*-Grade *MPhil* oder *MLitt* (auch als »*research master*« bezeichnet), welche auf der Basis einer in einer *thesis* dargestellten eigenen Forschungsarbeit verliehen werden. Und schließlich gibt es in den Technik- und Naturwissenschaften einige wenige vier- bis fünfjährige Studiengänge, die mit *Master*-Graden wie dem *Master of Engineering* (*MEng*) oder dem *Master of Physics* (*MPhys*) abgeschlossen werden.

Auch in den USA sind der *MA* und der *MSc* die häufigsten *Master*-Grade, doch findet man dort bei den »*graduate degrees*« eine noch größere Vielfalt. Das gilt schon – wie bei den amerikanischen *Bachelor*-Graden – für den *Master*-Grad selbst. Cardozier schreibt:

»The Master of Arts (MA) and Master of Science (MSc) degrees are standard in the arts and sciences disciplines and are also offered in many professional fields. In addition we find dozens of professional degrees designating the discipline, such as MEd, MAgr, MEngr, MF (forestry), MSW (social works), MLS (librarianship), MBA (business administration), MArch, and more.«⁴

Noch wichtiger jedoch als das von den *Master*-Graden bezeichnete Wissenschaftsgebiet kann in den USA die Bestimmung des Statuswertes eines akademischen Grades innerhalb der jeweiligen Disziplin sein, und zwar ganz unabhängig von seiner Bezeichnung. Anders gesagt: Was ein »*professional degree*«, also eine wissenschaftliche Berufsbezeichnung, ist, und was ein »*research degree*«, also ein akademischer Grad auf Grund einer Forschungsleistung – das ergibt sich primär aus der fachinternen Gradhierarchie. So sind der *Doctor of Dental Surgery* (*DDS*) und der *Doctor of Dental Medicine* (*DMD*) wie auch andere amerikanische Dokortitel in der Medizin »*professional degrees*«, also Berufsbezeichnungen als Abschlüsse entsprechender Studiengänge. Durch ein weiteres (forschungsorientiertes) Studienjahr kann anschließend darüber hinaus auf dem gleichen Gebiet ein *Master*-Grad als »*research degree*« erworben werden. Noch erstaunlicher ist die Situation in der Jurisprudenz. Wurde vor 1970 von den amerikanischen *law schools* ein *LL.B.*, also ein *Bachelor of Laws* (eigentlich ein *Baccalaureus Legum*) als erster Grad verliehen, so lautet diese Berufsbezeichnung heute *J.D.* von *Juris doctor*, weil inzwischen vor Antritt des Jurastudiums der Abschluss eines *undergraduate study* mit einem *Bachelor*-Grad gefordert wird. Als erster »*graduate degree*« im Sinne eines Forschungsgrades fungiert in der Rechtswissenschaft jedoch weiterhin der *LL.M* (*Master of Laws* bzw. *Magister Legum*), worauf dann – als der höchste juristische Forschungsgrad – noch der *JSD* folgt, welcher für den *Doctor of Scientific Jurisprudence* / *Doctor of the Science of Law* steht.

4 Ebd., S. 74.

Man wird dies in aller Zurückhaltung ein eher verwirrendes Bild nennen können. Und würde man die Bedeutung der gleichnamigen Grade in anderen englischsprachigen Ländern in die Betrachtung einbeziehen, so träten noch weitere Unterschiede hinzu. Konzentriert man sich freilich auf die Grundlinien und sieht nur auf die akademischen Gradbezeichnungen *bachelor*, *master* und *doctor*, so erkennt man unschwer die Strukturen und Formen der mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Universität, die sich auf den britischen Inseln in viel höherem Grade erhalten haben als auf dem europäischen Kontinent. Auch in der alten europäischen Universität stieg der Grad der Lehr- und Berufsbefähigung vom Baccalaureus oder Bakkalar über den Magister bis zum Doctor, wobei die beiden letzteren Grade längere Zeit in ihrem Status konkurrierten. Für die Universitäten Oxford und Cambridge und für die ersten Collegegründungen in den USA, wie z. B. Harvard, wurde diese Aufgabe der Lehr- und Berufsbefähigung von dem Ideal überwölbt, für die Führungselite in Staat, Kirche und Gesellschaft einen als *gentleman* bezeichneten Persönlichkeitstyp heranzubilden. An der traditionellen Gradabfolge festzuhalten, auch als sich diese an anderen europäischen Universitäten veränderte, entsprach also dem Selbstverständnis und der Vorgehensweise der englischen Universität und der sich an ihr orientierenden Einrichtungen im englischen Sprachraum. Dabei wurde auch der Charakter der englischen wie der jungen amerikanischen Universität als einer sich nur der Lehre und der Persönlichkeitsbildung widmenden Einrichtung länger bewahrt als z. B. in Deutschland. Dort setzte sich nach der Gründung der Berliner Universität im Jahre 1810 zunehmend das von Wilhelm von Humboldt und Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher konzipierte Modell einer gleichermaßen der Lehre und der Forschung verpflichteten Universität durch. Ihr Bildungsideal bestand daher, wie Wilhelm v. Humboldt betonte, in der Teilhabe der Studenten am wissenschaftlichen Denken und Forschen:

»Das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler wird daher durchaus ein anderes als vorher. Der erstere ist nicht für die letzteren, beide sind für die Wissenschaft da; sein Geschäft hängt mit an ihrer Gegenwart und würde, ohne sie, nicht gleich glücklich von statten gehen; er würde, wenn sie sich nicht von selbst um ihn versammelten, sie aufsuchen, um seinem Ziele näher zu kommen durch die Verbindung der geübten, aber eben darum auch leichter einseitigen und schon weniger lebhaften Kraft mit der schwächeren und noch parteilosen nach allen Richtungen muthig hinstrebenden.«⁵

5 Wilhelm von Humboldt, »Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin«, in Ders., *Werke*, Bd. IV, Darmstadt 1960–81, S. 255–256.

Ein bemerkenswerter Beleg für den Unterschied zwischen dem traditionellen englischen und dem damals modernen deutschen Universitätsbegriff sind die Vorlesungen, die der große englische Theologe John Henry Newman über »*The Idea of a University*« in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehalten hat. Als er diese im Jahre 1852 begann, waren bereits 42 Jahre nach der Gründung der Berliner Universität als »einer höheren wissenschaftlichen Anstalt« durch Wilhelm v. Humboldt im Jahre 1810 vergangen. Dieser Beginn der modernen Universität lag jedoch nicht im Blickfeld Newmans. Sein Bezugspunkt waren die Universitäten Oxford und Cambridge, deren Bildungsideal er den unterprivilegierten englischen und irischen Katholiken näherbringen wollte, um diese geistig und gesellschaftlich zu stärken. Schon in der Einleitung zu den später gesammelt erschienenen Vorlesungen und Gedanken zur Universitätsidee wird der für das damalige englische Denken selbstverständliche Unterschied von Lehre und Forschung mehrfach akzentuiert:

»The view taken of a university in these discourses is the following: – That it is a place of teaching universal knowledge. This implies that its object is, on the one hand, intellectual, not moral; and on the other hand, that it is the diffusion and extension of knowledge rather than the advancement. If its object were scientific and philosophical discovery, I do not see why a University should have students ...«

»... there are other institutions far more suited to act as instruments of stimulating philosophical inquiry, and extending the boundaries of our knowledge, than a university. Such, for instance are the literary and scientific ›Academies‹ ...«

»The nature of the case and the history of philosophy combine to recommend to us this division of intellectual labour between Academies and Universities. To discover and to teach are distinct functions; they are also distinct gifts, and are not commonly found united in the same person.«⁶

Die von Newman zuletzt genannte Schwierigkeit ist in der Tat unbestreitbar. Man mag es eine Ironie der Geschichte nennen, dass im Jahre 1873, als die Vorlesungen als Buch erschienen, bereits eine Entwicklung eingesetzt hatte, welche – ausgehend von den USA – die Universitäten des englischen Sprachraums nach dem Vorbild des Humboldtschen Modells einer Forschungsuniversität grundlegend verändern sollte. Dafür steht der dem deutschen Dr. phil. nachgebildete *Ph.D.*, welcher den akademischen Grad *Philosophiae Doctor* (und nicht, wie in deutschen Publikationen gelegentlich zu lesen, »Philosophical Doctor«) abkürzt. Cardozier beschreibt dessen Geschichte für die USA kurz und bündig:

6 John Henry Newman, *The Idea of a University*, London 1873, S. IX, XII, XII.

»The Doctor of Philosophy (PhD) is the highest graduate degree awarded in the US. Unlike research doctorates in European universities, which are identified by the discipline, the PhD in the US is the most common research degree and applies to most disciplines. The first PhD was awarded by Yale University in 1861.

The American PhD degree was adopted from the doctorate in German universities where many Americans studied in the last century [d. h. im 19. Jahrhundert – H.J.M.], receiving the doctorate in the Faculty of Philosophy from which the degree took its name.«⁷

Möglich wurde diese nachhaltige Vorbildwirkung der deutschen Universität durch den Erfolg der von den Ideen Wilhelm v. Humboldts und Friedrich Daniel Ernst Schleiermachers geprägten neuen Berliner Universität. Die von Humboldt definierte »Eigenthümlichkeit der höheren wissenschaftlichen Anstalten, dass sie die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem behandeln und daher immer im Forschen bleiben, da die Schule es nur mit fertigen und abgemachten Kenntnissen zu thun hat und lernt«⁸, gab der entstehenden modernen Wissenschaft einen dynamischen Begriff in einem geeigneten institutionellen Rahmen. Das galt in Sonderheit für die neue Aufgabe der Philosophischen Fakultät. Seit dem Entstehen der europäischen Universität war die Philosophische Fakultät wie ihre Vorgängerin, die Artistische Fakultät, lange dazu bestimmt gewesen, den Studenten die artes liberales als intellektuelle Grundlage für das Studium an den höheren Fakultäten der Theologie, der Jurisprudenz und der Medizin zu vermitteln. In dieser vorbereitenden und mithin ohnehin untergeordneten Rolle geriet sie überdies zunehmend unter den Druck der später entstandenen und ebenfalls für ein Studium befähigenden Gymnasien. Durch Humboldt und Schleiermacher wurde dann jedoch die Philosophische Fakultät zum geistigen Mittelpunkt der Universität und zum Garanten ihrer Wissenschaftlichkeit.

Damit kam eine längere und widersprüchliche Geschichte zu einem krönenden Abschluss. Über mehrere Jahrhunderte hin hatten nämlich Lehrer dieser Fakultät versucht, ihrem drohenden Statusverlust zu wehren, in dem sie den schon durch die Kritik der Humanisten beschädigten Magister Artium durch einen Magister Philosophiae ersetzten oder ihn mit einem neu eingeführten Doctor Philosophiae koppelten. Das hatte aber zu widersprüchlichen Reaktionen der staatlichen und akademischen Obrigkeit geführt. So verbot Österreich zunächst 1752 den Dr. phil. und ließ ihn dann 1786 an Stelle des Magisters zu,

7 Cardozier, American Higher Education (Fn. 1), S. 75.

8 von Humboldt, »Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin« (Fn. 5), S. 255–256.

während Preußen 1777 die Koppelung beider Titel zuließ, freilich gegen Zahlung der doppelten Gebühr. In Sachsen dauerten die Auseinandersetzungen zwischen der Universität Leipzig und der Regierung über die Titelführung bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts an.⁹

In ihrer neuen Rolle wurde die neue Philosophische Fakultät zur Mutter der modernen Wissenschaft. Sie bot nicht nur den institutionellen Rahmen für die Entwicklung einer quellenkritischen Geschichtswissenschaft, einer mit wissenschaftlichen Methoden arbeitenden Philologie und der Philosophie als einer Fachwissenschaft, sondern bis in die zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts auch Raum für den Aufstieg der Naturwissenschaften als den »Leitwissenschaften« der Moderne. Laetitia Boehm kommt in ihrem geschichtlichen Abriss der akademischen Grade in Deutschland zu dem Urteil:

»Als Heimat des Dr. phil. erfuhr die Fakultät im Geist von Kant und des deutschen Idealismus – weil für Erkenntnis des organischen Ganzen der Wissenschaft, der Wahrheit, stehend – Anerkennung als Dach der neu entstandenen ›universitas litterarum‹.«¹⁰

Eben dieses Humboldtsche Universitätsmodell mit der Philosophischen Fakultät als wissenschaftlichem Mittelpunkt gab den entscheidenden Impuls für das Entstehen der *research university* in den USA und im englischen Sprachraum. Im Jahre 1876 wurde die *Johns Hopkins University* nach dem Muster der deutschen Universität gegründet. Yale hatte, wie bereits erwähnt, schon 1861 damit begonnen, den Grad eines *PhD* zu verleihen, der dann bald seinen Siegeszug antreten sollte. Zwar hatte die *University of London* in den Jahren 1857 und 1860 einen neuen *Doctor of Science* und im Jahre 1868 einen neuen *Doctor of Literature* verliehen, doch blieben solche Promotionen vereinzelte Vorgänge. Als vorbildhaft für den englischen Sprachraum außerhalb der USA sollte sich dagegen die Verleihung des *PhD* durch Cambridge im Jahre 1882 und durch Oxford im Jahre 1917 erweisen.¹¹ Auch in den USA waren Versuche, neben dem *PhD* andere Forschungsdokorate wie den *Doctor of Science (DSc)*, den *Doctor of Education (EdD)* oder den *Doctor of Public Administration (DPA)* zu kreieren, nur begrenzt erfolgreich.¹² Gleichwohl gehören sie weiterhin zum Bestand der akademischen Grade im englischen Sprachraum.

9 William Clark, *Academic Charisma and the Origins of the Research University*, Chicago/London 2006, S. 184–195.

10 Laetitia Boehm, »Akademische Grade«, in Rainer Christoph Schwinger (Hg.), *Examen, Titel, Promotionen*, Basel 2007, S. 11–54, Zitat auf S. 29.

11 Clark, *Academic Charisma* (Fn. 9), S. 183.

12 Cardozier, *American Higher Education* (Fn. 1), S. 75–77.

Auch heute bleibt für uns der nachhaltige Einfluss erinnerungswert, den das Humboldtsche Wissenschafts- und Universitätskonzept auf die Universitäten der USA sowie mit und nach ihnen auf die des englischen Sprachraums bei deren Weg zu forschungsorientierten Einrichtungen ausgeübt hat. Zugleich geben uns die damaligen akademischen Reformen in den USA ein zu beherzigendes Beispiel für den kreativen und selbstbestimmten Umgang mit Anregungen und Erfahrungen aus einer anderen, im Falle der USA aus der deutschen akademischen Tradition. Der amerikanische Philosoph Josiah Royce (1855–1916) schrieb 1891 von »a generation that dreamt of nothing but the German University. England was passed by. It was then understood not to be scholarly enough. France, too, was then neglected. German scholarship was our master and our guide.«¹³

Noch nach dem ersten Weltkrieg, welcher die deutsch-amerikanischen Beziehungen in schwerster Weise beschädigt hatte, schrieb Abraham Flexner, der Gründungsdirektor des *Institute for Advanced Study* in Princeton:

»The German university has for almost a century and a half fruitfully engaged in teaching and research. As long as those two tasks combine in fertile union, the German university, whatever its defects of detail, will retain its importance. It has stimulated university development in Great Britain; from it has sprung the graduate school of the new world; to it industry and health and every conceivable practical activity are infinitely indebted.«¹⁴

Unbestreitbar kann heute die deutsche Universität ihrerseits viel von den erfolgreichen *research universities* der USA und des ganzen englischen Sprachraums lernen. Ob dazu der Reimport des Humboldtschen Dr. phil. als *PhD* gehört, weil dieser die Krone des vorgeblich existierenden angloamerikanischen Graduierungssystems sei, muss jedoch entschieden bezweifelt werden. Unter Systemaspekt betrachtet hat der *PhD* die schwer durchschaubare Ansammlung akademischer Grade im englischen Sprachraum erhöht. Einerseits muss er unterschieden werden von den nur als Berufsabschlüssen erworbenen Dokortiteln wie dem *MD* (*Medicinae Doctor*) und dem *J.D.* (*Juris Doctor*) sowie dem fast nur noch als Ehrendoktor verliehenen *Doctor of Divinity* (*DD* für *doctor divinitatis*), welche allesamt den früher als »höher« angesehenen Fakultäten entstammen. Andererseits erhebt der *PhD* einen Geltungsanspruch für alle Wissenschaftsgebiete, der in keiner Beziehung zu seinem semantischen Gehalt besteht und zugleich von einigen anderen *research doctorates* wie dem *DSc* (*Doctor of Science*), dem *EdD* (*Doctor of Education*) oder dem *DSJ* (*Doctor of*

13 Zitiert bei Clark, *Academic Charisma* (Fn. 9), S. 462–463.

14 Zitiert bei Daniel Fallon, *The German University*, Colorado Press 1980, S. 3.

Scientific Jurisprudence) relativiert wird. Deutlicher gesagt: Dieser Doktorgrad begründet permanenten Erklärungsbedarf, weil er seinen Wert nicht aus seiner Stellung in einem rechtlich fixierten Graduierungssystem und schon gar nicht aus seiner lexikalischen Spezifizierung bezieht, sondern sein tatsächlicher Status nur geschichtlich erklärbar ist. Denn ein angloamerikanisches Graduierungssystem gibt es nicht und kann es nicht geben, weil jede Universität – oder auch jede Einrichtung, welche beansprucht, eine solche zu sein – ihr eigener Gesetzgeber ist. Es widerspricht eben dem in der englischsprachigen Welt akzeptierten Selbstverständnis von Universitäten und deren institutioneller Autonomie, die Vergabe akademischer Grade durch staatliche Gesetzgeber regeln zu lassen. Aus diesem Grunde kann das, was irreführend »angloamerikanisches Graduierungssystem« genannt wird, auch immer nur das allenfalls in großen Linien übereinstimmende, im Detail jedoch nicht selten widersprüchliche Ergebnis einer vielhundertjährigen Geschichte konkurrierender Akteure sein. Darum zeugt es auch von Unkenntnis, wenn nicht sogar von Verantwortungslosigkeit, bei jungen Leuten die Illusion zu erzeugen, weil sie englischsprachige akademische Grade erworben hätten, würden diese in der englischsprachigen Welt auch anerkannt. Das ist auch durch internationale Erklärungen und Verträge nicht erreichbar. Da es in den USA und in Großbritannien kein von einem staatlichen Gesetzgeber gesetztes Graduierungssystem gibt, kann es dort auch zwischen den graduierenden Institutionen keine systemischen Beziehungen geben, sondern der praktische Wert eines Grades hängt allein ab von der Stellung der Universität in der Meinung jener, die diesen Wert in der akademischen und beruflichen Welt zu beurteilen haben. Auch die amerikanischen Akkreditierungsverbände regeln dies nur für die zu ihnen gehörenden Institutionen.

Um zu wissen, was ein Graduierungssystem tatsächlich ist, braucht man sich nur an die gesetzlich geregelte Ordnung von Hochschulgraden (so der Terminus seit dem Hochschulrahmengesetz (HRG) der Bundesrepublik von 1976) zu erinnern, die bis zu der sich auf die Bologna-Erklärung von 1999 berufenden Studienreform in Deutschland gültig war. Dieses System bestand bekanntlich aus drei Stufen: Erstens den Staatsexamina, den Diplomabschlüssen und dem Magister Artium (MA)¹⁵, zweitens den Doktorgraden, deren Spezifikation ent-

15 Dieser Grad wurde für die Bundesrepublik ausgehend von der Universität Erlangen und der FU Berlin in den Jahren 1950 bis 1960 wiederbelebt, um für die Philosophische Fakultät einen Hochschulgrad unterhalb des Doktorgrades vergeben zu können. In der DDR wurde bis zur III. Hochschulreform von 1968 für jene, die an einer Philosophischen Fakultät kein Lehrerstudium absolviert hatten, das »Diplom der Philosophischen Fakultät«

weder auf die einzelne Wissenschaft oder auf das größere Wissenschaftsgebiet hinwies und drittens der Habilitation. Sieht man von der ideologischen und politischen Indienstnahme ab, so bestand in der DDR auch nach der III. Hochschulreform von 1968 das gleiche System, mit den Unterschieden, dass, erstens, als Konsequenz aus dem staatlichen Allmachtsanspruch keine Notwendigkeit gesehen wurde, zwischen Staatsexamina und akademischen Diplomgraden zu differenzieren, und deshalb alle berufsbefähigenden Hochschulabschlüsse die Bezeichnung Diplom trugen (es also auch Diplomlehrer, Diplomjuristen und Diplommediziner gab) und dass, zweitens, der Dr. habil. in Anlehnung an den sowjetischen *doktor nauk* durch den Dr. sc. ersetzt wurde. Jedenfalls war die klare Systematik, welche die beiden Ordnungen der Hochschulgrade aufwies, ein unbestreitbarer Vorteil.

Beiden Ordnungen waren auch zwei Nachteile gemeinsam: Erstens gab es keinen Zwischengrad oder ersten Grad, der eine Stufung der Studien erlaubt hätte, weil der Grad des Baccalaureus bzw. des Bakkalar im deutschen Sprachraum schon seit dem 16. Jahrhundert an Bedeutung verlor und in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts fast völlig verschwunden war.¹⁶ So war es weder möglich, die Universität bereits nach einer ersten Studienphase mit einem grundständigen wissenschaftlichen Bildungsnachweis zu verlassen, noch unterschiedliche Studienziele und Studienstufen flexibel zu kombinieren. Vor allem aber entsprach das nichtgestufte Studium nicht länger der seit Humboldt enorm gewachsenen Komplexität aller Wissenschaftszweige. Bildung durch Wissenschaft kann heute – jedenfalls im typischen Fall – nicht mehr allein durch das kommunikative und kooperative Miteinander von Lehrenden und Lernenden erreicht werden. Um einen Studienerfolg für viele wahrscheinlich zu machen, ist eine erste Studienphase dringend erforderlich, welche inhaltlich systematisch aufgebaut und didaktisch durchdacht ist. Als historisches Relikt war nur an einigen juristischen Fakultäten der bacc. jur. als Vorstufe zum Dr. jur. bis in die Zeit um 1930 erhalten geblieben. Erfolglos war 1967 in der Bundesrepublik im sogenannten Dahrendorf-Plan vorgeschlagen worden, das Baccalaureat für Kurzstudiengänge und das Lizentiat als akademischen Grad vor dem Doktorgrad wiederzubeleben.¹⁷ Das insbesondere in den Ingenieur- und Naturwissenschaften zur Studiengliederung entwickelte Vordiplom war von großem Nutzen, konnte jedoch die Aufgabe, eine wissenschaft-

(Dipl. Phil.) vergeben, das zwar eigentlich keine Berufsbezeichnung darstellte, aber faktisch meist so behandelt wurde.

16 Boehm, »Akademische Grade« (Fn. 10), S. 18–19.

17 Rüdiger vom Bruch, »Akademische Abschlüsse«, in Schwinger (Hg.), Examen, Titel, Promotionen (Fn. 10), S. 193–210, S. 207.

liche Grundbefähigung zu dokumentieren, nur begrenzt übernehmen, weil es außerhalb des jeweiligen Studienganges nicht verwertbar war.

Der zweite Nachteil ergab sich aus der Bezeichnung von Hochschulabschlüssen als Diplom (erstmal rechtlich geregelt in der preußischen Diplomprüfungsordnung von 1902¹⁸). Denn im Zeitalter der wachsenden Internationalisierung und Globalisierung ist es für deutsche Hochschulabsolventen nicht ohne Bedeutung, dass *diploma* im englischen Sprachraum fast nur Bildungsabschlüsse unterhalb oder außerhalb der universitären Studienabschlüsse bezeichnet. Mit Ausnahme von solch international anerkannten und hoch geschätzten Abschlüssen wie vor allem dem des Diplomingenieurs bestand also die Gefahr der gleichsam systematischen Unterbewertung des deutschen Diploms. Allerdings wären beide Nachteile im Rahmen des Bolognaprozesses korrigierbar gewesen, ohne das geschichtlich gewachsene deutsche Graduierungssystem aufzugeben. So schuf das sächsische Hochschulgesetz von 1993 die Möglichkeit des Baccalaureus als erstem Abschluss und einige deutsche Universitäten (wie z. B. Erfurt, Hamburg und Augsburg) führten in dieser Zeit für bestimmte Studiengänge den Baccalaureus wieder ein. Vor allem aber ergänzte Österreich, wo sich der Magister schon lange als Studienabschluss für die meisten Fächer bewährt hatte, diesen durch den vorgeschalteten Baccalaureus. Allerdings stieß in Deutschland die Anregung, dem österreichischen Beispiel zu folgen und die Abfolge Baccalaureus, Magister bzw. Diplomingenieur und Doktor einzuführen, auf taube Ohren. Und leider hat Österreich inzwischen seinen selbstbewussten Weg durch das Universitätsgesetz von 2002 für die Zeit ab 2007 aufgegeben. Hätte es genauso gehandelt, wenn in Deutschland nicht schon 1997 die Einführung von *Bachelor*, *Master* und *PhD* als das Markenzeichen der unabweislichen Studienreform proklamiert worden wäre? Das darf bezweifelt werden. Denn die erst später folgende Bologna-Erklärung von 1999 bekannte sich ausdrücklich zur Vielfalt der kulturellen und akademischen Traditionen Europas und empfahl darum auch nur »ein System verständlicher und vergleichbarer Grade«. Der *Bachelor* wird überhaupt nicht genannt. Er ist auch nach wie vor kein europaweiter Grad, was im Blick auf das *baccalauréat* als französischer Nachweis der Studienbefähigung auch nicht anders zu erwarten war. So heißt z. B. in Frankreich der erste Grad *license*, in Belgien *bachelier*, in Italien *Laura di primo livello*, in Spanien *titulo de grado*, in Polen *licenjat*, in Schweden *Kandidatexamen*.

Zweifellos bilden die jetzt in Deutschland verliehenen Grade des *Bachelor* und *Master* und, wenn es nach einflussreichen Protagonisten dieser Reform geht, künftig auch des *PhD* ihrerseits ein System – im Gegensatz zu dem

18 Ebd., S. 206.

angeblich existierenden angloamerikanischen Graduierungssystem. Auf dieses beruft man sich jedoch, weil man sich davon offenbar eine internationale wissenschaftliche Legitimierung der deutschen Grade erhofft. Diese Illusion trifft in Deutschland auf ein allzu williges Publikum. Denn viele Deutsche verwenden oder akzeptieren englische oder englisch klingende Ausdrücke als Symbol von Modernität, Innovation und Kreativität. In der wissenschaftlichen Realität zählt jedoch weiterhin vor allem die konkrete Leistung, zumal man mit dem angloamerikanischen Konglomerat akademischer Grade keine systemischen Beziehungen eingehen kann. Statt nach sattem bekannter bundesdeutscher Sitte auf einklagbare Rechtstitel setzen zu können, bleibt es also beim Umgang der englischsprachigen Welt mit in Deutschland verliehenen Graden bei der alten wissenschaftlichen Währung des Erkenntniswertes und des guten Rufes, aber auch bei den Barrieren der Ignoranz und der Anmaßung.

Aber wozu gibt es dann heute in Deutschland, das sich einiger der ältesten und berühmtesten Universitäten der Welt rühmen kann, überhaupt ein englischsprachiges Graduierungssystem? Glaubt man vielleicht, ein englischsprachiges Graduierungssystem drücke mehr Internationalität aus und sei schon deshalb, wie man immer wieder für das angeblich existierende angloamerikanische Graduierungssystem behauptet, »international anerkannt«? Vergleichen wir also die Internationalität des traditionellen deutschen und des vorgeblich existierenden angloamerikanischen Graduierungssystems unter sprachlichem, genauer unter lexikalischem Aspekt. Zwar stammen sowohl die deutschen als auch die englischen Gradbezeichnungen direkt oder indirekt aus dem Lateinischen, wenn auch die Etymologie von *baccalaureus* bzw. *bachelor* umstritten ist.¹⁹ Allerdings ist in beiden Sprachen nur beim Doktor bzw. *doctor* die sprachgeschichtliche Herkunft noch für jedermann erkennbar, dagegen nicht bei den anderen akademischen Graden. Nur im Deutschen gehören auch *Baccalaureus* und *Magister* eindeutig zur akademischen Sphäre, wohingegen *bachelor* und *master* für die meisten Sprachnutzer primär dem englischen Sprachraum als solchem zugehören, und zwar im Ergebnis einer langen Geschichte. Nach dem Oxford English Dictionary (OED) stammt der erste Beleg für *bachelor* als ›one who has the first or lowest degree‹ bereits aus dem Jahre 1362. Der sprachgeschichtlich bedingte Unterschied im Erscheinungsbild von dt. *Baccalaureus* /

19 So nennt Laetitia Boehm (Fn.10) als mögliche Herkunft das mittellateinische *baccalarius* ›Lehrling, Knecht‹ und die Kombination von *bacca* / *baca* ›Beere‹ und *laura* ›Lorbeer‹. Das Oxford English Dictionary verweist dagegen auf altfranzösisch *bas chevalier*. Für die unterschiedliche Signalwirkung von *baccalaureus* und *bachelor* scheinen mir diese Unterschiede nicht erheblich.

Bakkalar und engl. *bachelor* ist aber unter dem Aspekt der kommunikativen Wirksamkeit durchaus von Bedeutung. Denn Gradbezeichnungen, deren Herkunft aus dem Latein als der traditionellen europäischen Sprache der Gelehrsamkeit noch für jedermann erkennbar ist, vermögen dadurch die Internationalität von Wissenschaft zu signalisieren. Unter diesem Aspekt sind aber die englischsprachigen Gradbezeichnungen *bachelor* und *master* zum Ausdruck der Internationalität von Wissenschaft eher ungeeignet.

Vor allem aber sind *bachelor* und *master*, wie jedes englische Lexikon ausweist, polysem, und dies, wie das OED belegt, schon seit Jahrhunderten. Gewiss sind die dort für *bachelor* angeführten Bedeutungen ›a young knight, not old enough, or having too few vassals, to display his own banner‹ und ›a junior or inferior member ... of a trade-guild‹ heute obsolet, nicht jedoch die Bedeutung ›an unmarried man (of marriageable age)‹. Wie stark die Polysemie von *bachelor* nach wie vor im aktuellen Sprachbewusstsein präsent ist, kann man z. B. daran ersehen, dass die amerikanischen Linguisten J. J. Katz, J. A. Fodor und P. M. Postal in den sechziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts am Beispiel dieses Lexems die Möglichkeit erörterten, Mehrdeutigkeit in semantische Elemente zu zerlegen und diese hierarchisch zu ordnen, um die Lexik in die zunächst allein syntaxbasierte generative Theorie Noam Chomskys einordnen zu können.²⁰ Dabei gingen sie für *bachelor* von den Bedeutungen ›(male) who has never married‹, ›(human) who has the first or lowest academic degree‹, ›knight serving under the standard of another knight‹ und ›fur seal when without a mate during the breeding time‹ aus, also von einer erheblichen Mehrdeutigkeit. Schließlich nennt das OED noch die englischen Lexeme *bachelorism* und *bachelorly*, die in der Bedeutung ›a habit or peculiarity of a bachelor‹ auf die Eigentümlichkeiten von Junggesellen hinweisen. Man braucht also gar nicht an den von Katz, Fodor und Postal bemühten armen Seehund, der während der Brunstzeit ohne Weibchen ist, zu denken, um zu erkennen, dass mit diesem Wort kein ansehlicher sozialer Status assoziiert werden kann. So würden sich denn auch englische und amerikanische Träger dieses Grades kaum als »bachelor«, sondern in aller Regel mit »I have (got) a BA (degree)« vorstellen. Außerdem wird von amerikanischen Universitäten dieser Grad bzw. das entsprechende Examen gelegentlich als *baccalaureate* bezeichnet. Beides deutet auf das Bedürfnis hin, sich in Bezug auf den *bachelor* vor Missverständnissen zu schützen.

20 J. J. Katz und J. A. Fodor, »The Structure of Semantic Theory«, in *Language* 39, 2 (1963), S. 170–210. J. J. Katz und P. M. Postal, *An Integrated Theory of Linguistic Description*, Cambridge (Mass.) 1964.

Ähnlich liegen die Dinge beim *master*. Allerdings stellt sich hier nicht die Statusfrage, weil auch alle andere Bedeutungen dieses Wortes (und derer gibt es im OED und in den üblichen Wörterbüchern eine stattliche Zahl) mit der Vorstellung von Kompetenz, Autorität und sogar Herrschaft assoziiert sind oder diese explizit benennen, wie z. B. *the master of the house* oder *Master of Balliol College* (der Universität Oxford). Entscheidend ist jedoch auch bei dem Wort *master*, dass die Zugehörigkeit zur akademischen Sphäre und damit der Charakter als akademischer Grad nicht eindeutig sind. So wird auch in diesem Fall im Englischen faktisch nur die entsprechende Abkürzung, wie z. B. *MA*, verwendet. Daher kann man den Unterschied zwischen den im deutschen (jedenfalls traditionell) verwandten Gradbezeichnungen *Baccalaureus* und *Magister* und den im englischen Sprachraum verwendeten *bachelor* und *master* wie folgt charakterisieren: *Baccalaureus* und *Magister* evozieren durch ihre Eindeutigkeit einen akademischen Kontext. *Bachelor* und *master* dagegen bedürfen eines akademischen oder wissenschaftlichen Kontextes, um als Gradbezeichnungen erkannt zu werden. In beiden Fällen sind diese Gradbezeichnungen Ausdruck der jeweiligen Sprach- und Kulturgemeinschaft. »Heiße Magister, heiße Doktor gar,« lässt Goethe seinen Faust klagen. Und der ihn im ersten Teil der Tragödie höflich aufsuchende Schüler, taucht im zweiten Teil als vorlauter *Baccalaureus* wieder auf. Im Deutschen wird dabei jedoch stets durch die Sprachgestalt auf die akademische Sphäre und mithin indirekt auf die Internationalität der Wissenschaft verwiesen. *Bachelor* und *master* repräsentieren dagegen in erster Linie das Englische. Erst wenn man sich auf diesen Sprach- und Kulturraum einlässt, verweisen sie dort unter anderem auch auf den Bereich der Wissenschaft.

Wie aber verhält es sich mit dem Grad des *PhD*, der ja durch seine Bestandteile eindeutig der akademischen Sphäre zugehörig ist? Dem höchsten Forschungsgrad (»*research degree*«) des englischen Sprachraums begegnet man in der sprachlichen Realität fast nur in dieser Abkürzung und nicht als *Philosophiae Doctor* bzw. als *Doctor of Philosophy*, offenbar weil dieser, wenn auch nicht gänzlich konkurrenzlos, in allen Wissenschaftsgebieten für Promotionen auf der Grundlage einer eigenständigen Forschung verwendet wird. Daher ist es üblich geworden, diesem Doktorgrad eine fachliche Spezifizierung hinzuzufügen, wie z. B. *PhD in chemistry*. Auf diese Weise erscheint freilich der Begriff Philosophie seines Inhalts entleert. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die Tatsache, dass der *PhD* an den meisten amerikanischen Universitäten an einem *College of Arts and Sciences*²¹ erworben wird, dessen Rolle an die der früheren deutschen Philosophischen Fakultät erinnert, als diese noch die Naturwissen-

21 Zur Stellung eines *College of Arts and Sciences* in einer amerikanischen Universität siehe Cardozier (Fn. 1), S. 35.

schaften umfasste. Es gibt also keine sprachlich-begriffliche Beziehung zwischen der Institution und dem von ihr verliehenen Doktorgrad. Andererseits werden als *Master of Arts (MA)* oder als *Master of Science (MSc)* wiederum die meisten »graduate degrees« bezeichnet, die von Universitäten des englischen Sprachraums vergeben werden.

Das führt uns zum Kern unserer Frage, in welchem Verhältnis die akademischen Grade des englischen Sprachraums zum deutschen Wissenschaftsbegriff stehen. Anders gefragt, was für ein Verständnis von Wissenschaft tritt uns in dieser nur begrenzt konsistenten Praxis der Benennung akademischer Grade entgegen. Gewiss weisen auch die deutschen akademischen Grade eine Vielzahl fachlicher Spezifizierungen auf. Auch ist unbestreitbar, dass der Dr. phil. und der Dr. rer. nat. wie auch der Dr.-Ing. auf große disziplinär untergliederte Wissenschaftsgebiete verweisen, wohingegen der Dr. jur. und der Dr. theol. wie auch der Dr. rer. oec. eher für einzelne Wissenschaften stehen. Gleichwohl deckt die Gesamtheit der alten wie der neuen Doktorgrade mit grundsätzlich gleichem Rang²² die Gesamtheit eines Phänomens ab, für das sich in der deutschen Sprach- und Geistesgeschichte das Lexem und der Begriff »Wissenschaft« herausgebildet haben. Die Entwicklung des deutschen Wortes »Wissenschaft« wird in Wolfgang Pfeifers Etymologischem Wörterbuch des Deutschen übersichtlich nachgezeichnet – vom spätmhd. »wizzen(t)schaft« in der Bedeutung ›Wissen, Kenntnis, Kunde«, das bis ins 16. Jahrhundert in Konkurrenz stand zu »Wissenheit« (aus ahd. »wizzan(t)heit«, mhd. »wizzen(t)heit« in der Bedeutung ›Einsicht, Wissen, Bewusstsein‹). Dem entspricht, dass der im Verlauf der deutschen Kultur- und Geistesgeschichte, insbesondere unter dem Einfluss von Leibniz, Kant und Humboldt entstandene deutsche Wissenschaftsbegriff eindeutig alle Gebiete wissenschaftlichen Denkens und Forschens umfasst, und zwar sowohl im Singular als auch im Plural. Wird von »Wissenschaften«, wie z. B. in »Akademie der Wissenschaften« gesprochen, so wird damit zugleich deren Vielfalt als auch deren Zusammengehörigkeit betont. Zugleich erlaubt dieses Lexem interne Untergliederung sowohl durch Nominalkomposita wie »Geisteswissenschaften«, »Naturwissenschaften« oder »Technikwissenschaften« als auch durch Attribute, so z. B. bei Ausdrücken wie »politische Wissenschaft(en)« oder »angewandte Wissenschaften«.

Über einen solchen Gesamtbegriff von Wissenschaft verfügt das Englische nicht. Einerseits entsprach es den politischen und kulturellen Bedingungen,

22 Die Diskussion über den wissenschaftlichen Rang des deutschen Grades Dr. med., die immer mal wieder – wenn auch meist von außerhalb der Medizin – angestoßen wird, klammere ich hier aus.

unter denen die englische Sprachgeschichte nach der normannischen Eroberung im Jahre 1066 über viele Jahrhunderte verlief, dass Phänomene der höheren geistigen oder gesellschaftlichen Sphäre mit Wörtern lateinischen oder romanischen Ursprungs bezeichnet wurden. Andererseits wurden auch diese überwiegend in die allgemeine englische Laut- und Schreibungsentwicklung einbezogen, wie man gleichermaßen an *bachelor* und *master* wie an *arts* und *science* sehen kann. Bedeutsam ist jedoch vor allem, dass für das Verständnis dessen, was im Deutschen durch den umfassenden Begriff von *Wissenschaft* beschrieben wird, im Englischen die mit der Verwendung von *art(s)* und *science* angelegte Trennung bis heute maßgebend blieb. Zwar waren diese Wörter zunächst, wie das OED für *science* zeigt, nicht klar geschieden: »In the Middle Ages, ›the seven (liberal) sciences‹ was often used synonymously with ›the seven liberal arts‹ ...«. Dann jedoch setzte sich für *science* eine Verwendung »in a more restricted sense« durch, nämlich als Bezeichnung für »a branch of study which is concerned either with a connected body of demonstrated truths or with observed facts systematically classified and more or less colligated by being brought under general laws, and which includes trustworthy methods for the discovery of new truth within its own domain«. Daraus entwickelte sich die engere Bedeutung von *science* »as synonymous with ›Natural and Physical Science‹, and thus restricted to the phenomena of the material universe and their laws ...«. Zugleich blieb allerdings die Möglichkeit erhalten, mit Hilfe definierender Adjektive Fachgebiete außerhalb der Naturwissenschaften ebenfalls als *science* zu bezeichnen, wie in *political science* oder *educational science*. Vom Deutschen aus gesehen ist also *science*, so lange dieses Lexem nicht explizit anders spezifiziert wird, ausschließlich äquivalent mit »Naturwissenschaft«. Das schließt gleichwohl *social science(s)* als Äquivalent für »Sozialwissenschaft(en)« nicht aus.

Vergleicht man dies mit den Angaben des OED zu *art*, so bemerkt man zwei wesentliche Unterschiede zu *science*. Das ist erstens die Definition von *art*, meist *arts*, in der Bedeutung von »certain branches of learning which are of the nature of intellectual instruments or apparatus for more advanced studies, or for the work of life; their main principles having been already investigated and established, they are in the position of subjects requiring only to be acquired and practised«. Zweitens fällt die größere semantische Weite von *art(s)* auf. Während bei *science*, wie das OED ausweist, die ursprüngliche Bedeutung von »knowledge or cognizance« nur noch in bestimmten theologischen und philosophischen Kontexten erhalten blieb, ist die Bedeutung von *art* im Sinne von »skill« und »its display or application« nach wie vor semantisch vital. Vor allem aber ist die Äquivalenz von *art(s)* mit dem deutschen Wort »Kunst/Künste« zu beachten, die keineswegs auf eindeutige Verbindungen wie »*the fine arts*«

(ähnlich den deutschen »schönen Künsten«) beschränkt ist. Andererseits hat sich für die Bezeichnung von Geisteswissenschaften neben *arts* die Verwendung von *humanities* herausgebildet (erster Beleg von 1483 im OED), womit freilich ursprünglich nur die wissenschaftliche Beschäftigung mit Grammatik, Rhetorik und Dichtkunst gemeint war, »esp. the study of the ancient Latin and Greek classics« (OED) (also ähnlich dem deutschen Begriff der Humaniora). Im heutigen Englisch hat dieses Wort, wie der häufig zu findende Ausdruck »(the) Humanities and (the) Social Science(s)« zeigt, eine semantische Erweiterung erfahren. Das trägt zwar einerseits zur Differenzierung der Bezeichnungsmöglichkeiten bei, erhöht aber andererseits die begriffliche Unschärfe auf diesem Gebiet. In jedem Fall trennt die englische Sprache das, was die deutsche Sprache mit dem Wort »Wissenschaft« meint, in zwei – jedenfalls lexikalisch – unverbundene Gebiete. Dagegen wurde in der deutschen Geistesgeschichte, insbesondere in der Zeit der Aufklärung, das Wort »Wissenschaft« zur »Bezeichnung einer gelehrten Disziplin« und verdrängte das dafür vorher ebenfalls übliche »Kunst«.²³

Selbstverständlich beeinflussen solche sprachlichen Trennungen auch das Denken, zumal sie nach Begründungen rufen. So ist auch heute noch bemerkenswert, welchen Sinn John Henry Newman in seinen schon erwähnten Vorlesungen zur Universitätsidee dieser sprachlichen Unterscheidung gab.

»There are three great subjects on which Human Reason employs itself: – God, Nature, and Man: and theology put aside in the present argument, the physical and social world remains. These, when respectively subjected to Human Reason, form two books: the book of nature is called Science; the book of man is called Literature. Literature and Science, thus considered, nearly constitute the subject-matter of Liberal Education ...«

»Literature stands related to Man as Science stands to Nature; it is his history.«²⁴

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, Newman vertrete hier eine Einzelmeinung. Der schon für diese Zeit erwähnte Versuch der Universität London, einen *Doctor of Science (DSc)* und einen *Doctor of Literature (DLitt)* einzuführen, weist in die gleiche Richtung, nämlich von zwei unterschiedlichen Wissenschaftsbegriffen auszugehen. Nicht weniger wäre es ein Irrtum anzunehmen, die Überlegungen Newmans und die Bedeutungsdefinitionen des OED wären heute nur noch von geschichtlichem Interesse. Vielmehr tritt im gegenwärtigen Sprachgebrauch die Bezeichnungsfunktion von *science* für die Naturwis-

23 Siehe dazu den Artikel »wissen« in *Etymologisches Wörterbuch des Deutschen*, erarbeitet unter der Leitung von Wolfgang Pfeifer, 6. Auflage, München 2006.

24 Newman, *The Idea of a University* (Fn. 6), S. 219, 227.

senschaften eher noch stärker hervor. Überdies wird die sprachliche Trennung in zwei Arten von Wissenschaft nach wie vor in Großbritannien und in den USA institutionell gestützt. Die britische *Royal Society* und die amerikanische *National Academy of Sciences* mit dem ihr zugeordneten mächtigen *National Research Council* sind für die Naturwissenschaften zuständig, wohingegen sich die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften mit der viel weniger prominenten *British Academy* bzw. in den USA mit dem ebenfalls weniger bekannten *American Council of Learned Societies* begnügen müssen.

Fassen wir zusammen: Die akademischen Grade im englischen Sprachraum stellen ein geschichtlich gewachsenes Konglomerat von Bezeichnungen dar, die neben Übereinstimmungen und Ähnlichkeiten in der Bedeutung auch wesentliche Bedeutungsunterschiede aufweisen und daher lediglich tendenziell die Stufenfolge *bachelor*, *master* und *doctor* erkennen lassen. Da Bezeichnungen, Inhalt und Status dieser Grade ausschließlich von den Universitäten bestimmt werden, können sie weder untereinander noch mit Universitäten des Auslands in systemische Beziehungen mit rechtlich relevanten Konsequenzen treten. Im Unterschied zum Deutschen sind die wichtigen englischsprachigen Gradbezeichnungen *bachelor* und *master* weder durch ihre Sprachgestalt, noch in ihren Bedeutungen auf die akademische Sphäre beschränkt, sondern durch ihre Polysemie relativ eng auch mit anderen Aspekten des Lebens im englischen Sprachraum verbunden. Daher sind sie deutlich weniger als die deutschen akademischen Grade geeignet, die Internationalität von Wissenschaft zum Ausdruck zu bringen. Auch die fachlichen Spezifizierungen der englischsprachigen akademischen Grade bringen die reale Untergliederung der Wissenschaft weniger deutlich zum Ausdruck als die deutschen Grade. Stattdessen erinnern die meisten von ihnen an die Tatsache, dass es im Englischen keinen übergreifenden Wissenschaftsbegriff gibt, sondern im akademischen Selbstverständnis an der durch die moderne Wissenschaftsentwicklung längst überholten Trennung in »Können« und »Wissen« festgehalten wird.

Daher stellt sich die Frage: Warum wurde gleichwohl das Studium in Deutschland auf das angeblich existierende angloamerikanische Graduierungssystem umgestellt? Waren die Gründe nur kulturelle Ignoranz und politischer Dilettantismus? Als Antwort auf die Bologna-Erklärung von 1999 zu verweisen, führt in die Irre. Denn abgesehen davon, dass es sich dabei um ein rechtlich unverbindliches Dokument aller europäischer Erziehungsminister handelt und nicht um eine verbindliche Rechtsnorm der Europäischen Union, empfahl die Bologna-Erklärung zwar die Stufung der Studien, aber nicht europaweit gleiche Grade nach angloamerikanischem Muster, sondern stattdessen, wie bereits erwähnt, »die Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleich-

barer Abschlüsse«. Zugleich beschwor sie die »außergewöhnlichen kulturellen und wissenschaftlichen Traditionen« Europas und sprach die Verpflichtung aus, die »Vielfalt der Kulturen, der Sprachen, der nationalen Bildungssysteme und der Autonomie der Universitäten« uneingeschränkt zu achten. Allerdings war in Deutschland schon 1997, also bereits vor der Sorbonne-Erklärung von 1998 und der Bologna-Erklärung von 1999, die Absicht verkündet worden, das deutsche Hochschulstudium auf *Bachelor*, *Master* und *PhD* umzustellen. Im Blickpunkt stand dabei auch nicht so sehr Europa als, wie Rüdiger vom Bruch mit Recht vermutet, vielmehr das »Muster der als vorbildlich eingeschätzten USA«. ²⁵

In der Tat drängt sich der Eindruck auf, dass diese Studienreform ein Teil jener Globalisierungsstrategie einflussreicher Kräfte in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist, welche als gleichermaßen selbstverständlich wie wünschenswert davon ausgehen, dass die künftige globale Gesellschaft englisch spricht und amerikanisch denkt. Vor einem solchen Zukunftshorizont können geschichtliche Erinnerung, kulturelle Einbettung und sprachliche Verbundenheit nur stören. In diesem Kontext offenbart auch die Behauptung, das angloamerikanische Graduierungssystem sei »international anerkannt«, ihren wahren Sinn. Denn es heißt ja nichts anderes, als dass englisch und international identisch seien und sich deshalb Wissenschaftlichkeit nur in Englisch erweisen könne. So gesehen sind die Gradbezeichnungen *Bachelor*, *Master* und *PhD* die symbolischen Türöffner für das Englische und das in diesem Sprach- und Kulturkreis tradierte Wissenschaftsverständnis. Dann erkennt man auch in der Festlegung, dass alle Anträge im ersten Exzellenzwettbewerb in Englisch vorzulegen waren, so etwas wie die Proklamation der USA als den neuen Himmel und die neue Erde für die Wissenschaft. ²⁶

Die deutsche Wissenschaft stellt dies vor eine Wahl, die man im Englischen als »a choice of murky evils« charakterisieren würde. Entweder sie folgt den Sirenentönen des von vielen gesungenen Liedes von der *Lingua franca*, welche angeblich das Latein des Mittelalters gewesen sei und dessen Stellung nun das Englische eingenommen habe. Als *Lingua franca* wurde im Mittelalter jedoch mitnichten das Latein bezeichnet, sondern ein italienisch-griechisch-arabisches Mischidiom von See- und Kaufleuten im östlichen Mittelmeer, das

25 Vom Bruch, »Akademische Abschlüsse« (Fn. 17), S. 208.

26 Siehe ausführlicher zu dieser Problematik Hans Joachim Meyer, »Bologna oder Harvard? Realität und Ideologie bei der deutschen Studienreform«, in *Bildungspolitik im Umbruch*, Sonderband 4 der Zeitschrift für Politik, Nomos 2011, S. 51–62. Ders., »Die Exzellenzinitiative – Auszeichnung von wissenschaftlicher Leistung oder Strukturen«, in *Wissenschaftsrecht*, 43. Bd., Heft 3 (2010), S. 300–310.

elementaren Informations- und Verständigungszwecken diene. Daraus entwickelte sich der moderne linguistische Begriff *Lingua franca* für solche grenzüberschreitenden Verkehrssprachen, die mit einem beschränkten sprachlichen Mittelbestand Kommunikation ermöglichen. Gewiss ist in diesem Sinne auch das Englisch wissenschaftlicher Zeitschriften und Konferenzen meist eine *Lingua franca*, denn auch dort wird – im Unterschied zum eigentlichen Forschungsprozess – ein begrenztes rhetorisches und sprachliches Repertoire für bestimmte Informationszwecke eingesetzt. Eine solche *Lingua franca* kann jedoch niemals die Sprache erkenntnisorientierter Forschung und forschungsorientierter Lehre sein, zumal Wissenschaftlern, deren Muttersprache Englisch ist, immer das volle Potential ihrer Sprache zur Verfügung steht. Wer also in Deutschland meint, Englisch als eine *Lingua franca* genüge als wissenschaftliche Einheitssprache, verbannt sich selbst an den Katzentisch der englischsprachigen Wissenschaft.

Die Alternative dazu wäre es, die möglichst hochgradige Beherrschung des semantischen Potentials und der rhetorischen Strategien des Englischen einschließlich der darin bewahrten kulturellen Bilder und Erinnerungen zum Kriterium für die Aufnahme in die wissenschaftliche Kommunität in Deutschland zu machen. Das bedeutet sehr viel mehr als über zuverlässige und einsatzbereite Englischkenntnisse zu verfügen, wie sie heute in der Tat von jedem in der Wissenschaft erwartet werden müssen. Zumindest für die wissenschaftliche Kommunikation müssten dann Deutsche die sprachliche und rhetorische Kompetenz von Wissenschaftlern mit Englisch als Erstsprache erreichen. In der Konsequenz würde früher oder später in Deutschland über Wissenschaft nicht mehr in Deutsch verhandelt. Vor einiger Zeit haben Naturwissenschaftler in einer populärwissenschaftlichen Veranstaltung der Berliner Urania in Englisch gesprochen – mit der Begründung, über ihr Fach könnten sie gar nicht in Deutsch sprechen. Auf diese Weise wird in Deutschland die Wissenschaft zu einer englischsprechenden Enklave. Das wäre nicht nur ein sprachlicher, sondern auch ein kultureller Wandel mit gravierenden Konsequenzen für die geistige Qualität unserer freiheitlichen Demokratie. Denn die Wissenschaft prägt immer stärker das Leben der Gesellschaft und jedes Einzelnen. Ihre Absichten, Vorgehensweisen und Ergebnisse müssen darum für die Gesellschaft kommunizierbar bleiben, so dass sie nicht nur im wissenschaftlichen Disput, sondern auch in der gesellschaftlichen Debatte erörtert werden können.²⁷

Inzwischen hat die Finanzkrise die Hohlheit so mancher globalen Vision in Politik und Wirtschaft entlarvt. Wie lange wird dennoch das englische Zeit-

²⁷ Siehe dazu Konrad Ehlich und Hans Joachim Meyer, »Das Deutsche und die wissenschaftliche Mehrsprachigkeit«, in *Forschung & Lehre* 03/2011, S. 202–204.

alter im wissenschaftlichen Leben Deutschlands andauern? Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die deutsche Sprache in der Gefahr steht, aus den höheren Diskurssphären zu verschwinden. Im 17. Jahrhundert folgte der geschichtlichen Katastrophe des Dreißigjährigen Krieges die Dominanz des Französischen im Diskurs der Eliten. Bisher hat die deutsche Öffentlichkeit in ihrer Mehrheit noch nicht wahrnehmen wollen, dass der deutschen Sprache heute eine durchaus vergleichbare Herausforderung droht. Allerdings wäre es abwegig, die Antwort darauf in einem nationalistischen Sprachenkampf zu suchen. Gerade im Zeitalter der Globalisierung erleben wir immer stärker die Multikulturalität unserer Welt. Ein wesentliches Moment von Multikulturalität ist jedoch die Mehrsprachigkeit. Zugleich ist für die heutige Zeit zu bedenken, dass Wissenschaft immer stärker zu einem wesentlichen Element von Kultur wird. Die Internationalität von Wissenschaft sollte sich daher nicht dadurch erweisen, dass sie einsprachig werden will und Wissenschaftler ihre eigene Sprache aufgeben. Vielmehr muss gerade in unserer modernen Welt auch die Wissenschaft mehrsprachig bleiben, nicht zuletzt, weil Mehrsprachigkeit eine Ressource intellektueller Erkenntnis ist. Selbstverständlich würde Englisch auch in einer globalen Gesellschaft, die sich zur Mehrsprachigkeit als geistigem Reichtum bekennt, eine wichtige Rolle als eine internationale Sprache spielen. Gerade durch die Betonung von Differenz und im Willen zur Differenzierung ist Mehrsprachigkeit das einzige zukunftsgerechte Konzept für die Wissenschaft. Sprachliche und kulturelle Selbstaufgabe führt dagegen unaufhaltsam zur wissenschaftlichen Zweitrangigkeit oder zum kulturellen Auszug aus dem eigenen Land.

Urkundeneditionen heute?!¹

Der vor 150 Jahren begründete, aber nach schwungvollem Beginn unvollendet gebliebene *Codex diplomaticus Saxoniae* feiert nach langem Dornröschenschlaf seine Wiedererweckung. Das ist ein denkwürdiges Ereignis, denn es handelt sich neben den »Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete« um die mit Abstand wichtigste mittelalterliche Urkundenedition des mitteldeutschen Raumes und damit zugleich der Mitte des mittelalterlichen Reiches.

Ein bedeutsames und viel beachtetes – um nicht zu sagen: ungläubig bestauntes – Ereignis also nicht nur für das Land Sachsen, zu dessen »Ehre« das Unternehmen seinerzeit ins Leben gerufen und von staatlicher Seite nachhaltig gefördert wurde und noch wird; ein Ereignis auch für die gesamte deutsche Mediävistik, die einst vor allem mit ihrer Editionstätigkeit Weltgeltung errang, inzwischen aber deutlich erkennbar andere Prioritäten setzt. Angesichts verschärfter Verteilungskämpfe zeigen sich längst nicht mehr alle Fachkollegen »vom Nutzen des Edierens« überzeugt,² herablassend ist gar von dem »Trivialpositivismus der Urkundenforscher« die Rede.³

Es geht mir nachfolgend um die Auflösung dieses Widerspruchs,⁴ nicht um die Geschichte und Konzeption des Unternehmens selbst, die in jüngerer

1 Festvortrag im Rahmen der feierlichen Präsentation der drei neu erschienenen Codex-Bände am 7.2.2011 in der Sächsischen Staatskanzlei anlässlich des 150-jährigen Bestehens des *Codex diplomaticus Saxoniae*.

2 *Vom Nutzen des Edierens*. Akten des internationalen Kongresses zum 150-jährigen Bestehen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Wien, 3.–5. Juni 2004 (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 47), Wien/München 2005.

3 Otto Gerhard Oexle, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.3.2000, S. L18.

4 Die Ausführungen stützen sich teilweise auf frühere Aufsätze des Verfassers: »Die Edition der merowingischen Königsurkunden. Voraussetzungen und Folge«, in *Vom Nutzen des Edierens* (Fn. 2), S. 285–296; »Diplomatik und Urkundenpublikationen«, in Toni Diederich und Joachim Oepen (Hg.), *Historische Hilfswissenschaften. Stand und Perspektiven der Forschung*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 7–34; »Diplomatik, Edition, Computer«, in

Zeit bereits von kompetenterer Seite dargestellt worden ist. Haben also die sächsischen Historikerkollegen und ihre Geldgeber den Forschungs-*mainstream* verpasst oder trotzen sie ihm selbstbewusst mit jener sympathischen Schlitzohrigkeit, die die Deutsche Welle erst kürzlich den Sachsen attestierte,⁵ bestärkt womöglich durch die alte Erkenntnis, dass, wer zu den Quellen will, gegen den Strom schwimmen muss?

Theodor Lacomblet eröffnete 1840 sein bekanntes »Niederrheinisches Urkundenbuch« mit der Feststellung: »Der Herausgeber eines Urkundenbuchs sieht sich, am Ziele seines mühevollen Unternehmens, nicht mehr in der peinlichen Verlegenheit, dessen Werth an und für sich erörtern zu müssen«. ⁶ Das scheint heute anders zu sein und spiegelt in gewisser Weise die Befindlichkeit des Wissenschaftsbetriebes unserer Tage.

Deshalb ein persönliches ›Credo‹ vorweg: Urkundenforschung ist historische Grundlagenforschung, denn Urkunden sind wichtige, oft die einzigen und zudem nicht durch einen »Schleier der Erinnerung«⁷ getrübbte Quellenzeugnisse, aus denen der Historiker Geschichte formt. Was wüssten wir z. B. über den Prozess Heinrichs des Löwen ohne die Narratio der Gelnhäuser Urkunde, was ohne urkundliche Überlieferung über die mittelalterliche Geschichte Pommerns? Quellen sowie differenzierte Methoden, sie zum Sprechen zu bringen, sind unbestritten die Grundlage und der Rohstoff historischer Forschung, denn ohne kritischen Rekurs auf die Quellen wären wir Historiker Romanciers, die ja bekanntlich auch ›Geschichten‹ erzählen – sogar unterhaltsamer, weil mit methodisch ungezügelter Phantasie. Urkundenforschung hat dagegen ihren bewährten Halt an erprobten Methoden und nachprüfbar Ergebnissen, während die zahlreichen ›turns‹ im Fach Schwindel erregen und gelegentlich sogar Orientierungsverlust bewirken.

Georg Vogeler (Hg.), *Digitale Diplomatie. Neue Technologien in der historischen Arbeit mit Urkunden* (Archiv für Diplomatie, Beiheft 12), Köln/Weimar/Wien 2009, S. 13–27; »Diplomatik«, in *Archiv für Diplomatie* 55 (2009), S. 405–424 (engl. Fassung in Albrecht Classen [Hg.], *Handbook of Medieval Studies. Terms – Methods – Trends*, Bd. 1, Berlin/New York 2010, S. 405–424); »Konstanz und Wandel. Zur Entwicklung der Editionstechnik mittelalterlicher Urkunden«, in Werner Maleczek (Hg.), *Urkunden und ihre Erforschung. Studientagung zum 100. Geburtstag von Heinrich Appelt*, Wien, 24.–25. Juni 2010 (im Druck). Die Belege beschränken sich im Folgenden auf wörtliche Zitate.

⁵ http://dw-world.de/dw/article/0*4246189,00.html (13.11.2010).

⁶ Theodor Josef Lacomblet, *Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins*, Bd. 1, Düsseldorf 1840, S. I.

⁷ Johannes Fried, *Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memoirik*, München 2004.

Im Zielpunkt ist Urkundenforschung daher immer historische Forschung, die nur zu ihrem eigenen Schaden auf die Dienste der Diplomatik und anderer sogenannter ›Hilfswissenschaften‹ verzichten kann. Denn wie in der Mathematik gibt es auch in unserem Metier eine bestimmte Reihenfolge der methodischen Schritte: Das Urteil des Diplomaters präjudiziert die Verwertung der Urkunde als historische Quelle, lässt mitunter sehr gelehrte Abhandlungen schlagartig zur Makulatur werden. Als Kronzeugen für die »Prävalenz des diplomatischen Urteils über die Tradition« rufe ich erneut den weltberühmten Alt-historiker Eduard Meyer auf, einen Leipziger Doktoranden und Habilitanden. Danach bleiben Urkunden »das wichtigste Mittel zur Kontrolle aller anderen Überlieferung, und vor einer richtig interpretierten Urkunde stürzen alle ihr widersprechenden Angaben einer Tradition, mochte sie sonst noch so zuverlässig erscheinen, rettungslos zusammen«.⁸

Kritische Urkundeneditionen füllen Erschließungslücken oder ersetzen alte, unkritische Ausgaben. Insofern liegt das ›Arbeitsprogramm‹ seit langem fest, für bestimmte Fonds oder für lokale, institutionelle oder regionale Urkundenbücher. Dass aber jemals alle mittelalterlichen Urkunden in kritischen Editionen vorliegen werden, wage ich zu bezweifeln, und ob das überhaupt sinnvoll wäre, ebenfalls. Die pragmatischen Modifikationen, die 1999 an dem Editionsplan des *Codex diplomaticus Saxoniae* vorgenommen wurden, sind in meinen Augen ein überzeugender und gangbarer Kompromiss, denn Maximalprogramme laufen erfahrungsgemäß Gefahr, schon im Anfangsstadium zu scheitern. Und obwohl man sich vor Augen halten muss, dass jede Beschränkung – des Materials, der Erschließungstiefe, des Textes – künftigen Verwertungen zugleich Grenzen setzt, fordern die hohen Überlieferungszahlen des späteren Mittelalters doch ihren Tribut, zwingen zu machbaren und verhindern wünschbare Ideallösungen.

Das methodische ›Handwerkszeug‹ wurde seit den Zeiten Jean Mabillons und Theodor Sickels allenfalls im Detail verfeinert. Daraus und aus der von Sichel entwickelten Editionsarchitektur ergeben sich zugleich die Anforderungen, die heutzutage an eine kritische Edition gestellt werden: Systematische Sammlung des erhaltenen Materials aus in- und ausländischen Archiven und Bibliotheken, *recensio* und *emendatio* der Überlieferungen, begleitet von Schrift-, Diktat- und Detailuntersuchungen, Kommentierung und schließlich die Anfertigung erschließender Register mit Identifizierung der Orte und Personen: Das alles ist ein ungleich größerer Aufwand als die vorwissenschaftliche Transkription der erstbesten Überlieferung. Aber dieser heutzutage interna-

⁸ Eduard Meyer, *Geschichte des Altertums*, Bd. 1/1, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin 1907, S. 217f.

tionale Standard wird von Geldgebern und Gutachtern nicht immer goutiert. In der Tat ist für Außenstehende kaum einsichtig, wie viel Zeit in Arbeitsgänge investiert werden muss, die im gedruckten Text gar nicht unmittelbar sichtbar werden. Doch geht es seit Sickel eben nicht mehr bloß um das Bereitstellen von ›Texten‹ zur bequemen Benutzung, sondern um die Erarbeitung von nach wissenschaftlichen Standards kritisch geprüften und gesicherten Urkundentexten. Generell bleibt aber das Bedenken des Direktors des Wiener Instituts für Mittelalterforschung bestehen: »In messbarem Output, reduziert auf Kennzahlen, vorgeplant durch Benchmarking, festgeschrieben in Leistungsverträgen und ausgewiesen in Wissensbilanzen ist schwer über Editionsarbeiten Rechenschaft abzulegen, deren Horizont sich weit hinaus über Budgetjahre und Legislaturperioden erstreckt.«⁹

Angesichts des Aufwandes, der schwindenden Reputation im Fach und eines kurzatmigen Publikationsdrucks nimmt die Zahl derer, die den Aufwand einer kritischen Edition nicht scheuen, erkennbar ab. Das gilt insbesondere für die Universitäten, die sich im harten Wettbewerb um das Elite-Etikett in vermeintlich innovativeren und zukunftssträchtigeren Forschungsfeldern zu positionieren versuchen. Sich auf Bewährtes stützen zu wollen, kann bei Förderanträgen schon diskreditierend wirken, wo doch »Risikoforschung« als besonders förderungswürdig gilt. Bei manchen Geldgebern scheint sogar die paradoxe Vorstellung vorzuherrschen, dass ›Riesentanker‹ wie der *Codex diplomaticus Saxoniae* die Forschung eher behindern, weil sie nicht geringe Geldmittel auf lange Zeit binden, Mittel, die doch besser in wendige ›Schnellboote‹ investiert werden sollten!

Das zuvor genannte Editions-›Programm‹ gilt ungeachtet der Entwicklung der Forschung im Einzelnen und generell. Nur einer Forschung, die ohne Quellen auskommt, können kritische Editionen gleichgültig sein. Den anderen bieten sie gesicherte Fundamente und neue Einsichten auf breiter Front, wobei natürlich die Einzelurkunde im Früh- und Hochmittelalter einen ungleich höheren Stellenwert hat als im Spätmittelalter, in dem wir es ergänzend mit »neuen Typen des Geschäftsschriftgutes«¹⁰ zu tun haben, zugleich mit einem hohen Prozentsatz unbekanntem Materials. Und erfahrungsgemäß verspricht nahezu jeder neue Textzeuge substantiellen Gewinn, wenn nicht sofort, dann vielleicht für Fragestellungen, die wir noch gar nicht kennen; wenn nicht für die ›Haupt-

9 Walter Pohl, »Von Nutzen und Methodik des Edierens«, in Vom Nutzen des Edierens (Fn. 2), S. 349–354, bes. S. 350.

10 Hans Patze, »Neue Typen des Geschäftsschriftgutes im 14. Jahrhundert«, in ders. (Hg.), *Der deutsche Territorialstaat im 14. Jahrhundert* (Vorträge und Forschungen 13), Bd. 1, Sigmaringen 1970, S. 9–64.

und Staatsaktionen oder die großen Linien etwa der Rechts-, Sozial- oder Wirtschaftsgeschichte, so doch für die lokale oder regionale Geschichte, für einzelne Orte oder Individuen. Und wer wollte deren Geschichte geringschätzen? Auch die »Geschichte im Kleinen« ist der Aufmerksamkeit des Historikers wert,¹¹ ja, sie ist recht eigentlich der Humusboden, auf dem wir professionellen Historiker existieren. Im Übrigen hat Karl Brandt einmal bemerkt, in der Geschichtswissenschaft habe die Kontrolle durch neue Funde etwa denselben Wert wie anderwärts das Experiment.¹² Daher ist Marc Blochs Forderung verständlich, dass *Neuerschließung* der *Neuedition* von Quellen vorzuziehen sei, weil sich sonst »eine fortwährende Behinderung der historischen Forschung ergäbe«.¹³ Zumindest einseitig ist jedenfalls aus unserer Perspektive die jüngst geäußerte These, »der Fortschritt der Geisteswissenschaften (bestehe) in der Verfeinerung der Fragen und Methoden, nicht in der Vermehrung von Zeugnissen aus der Vergangenheit«.¹⁴ Denn eine fertiggestellte Edition wird in aller Regel der betreffenden Sachforschung neuen Auftrieb geben. Heinrich Appelts *Barbarossa-Edition* ist dafür ein besonders instruktives Beispiel, obwohl die *Stauferzeit* seit jeher zu den besonders intensiv bearbeiteten Forschungsfeldern zählt. Aber selbst in der imposanten *Diplomata-Reihe* der *Monumenta Germaniae Historica* und erst recht bei den landesgeschichtlichen *Corpora* klaffen bekanntlich noch viele Lücken – wir dürfen also noch so manchen Auftrieb erwarten!

Man hat nicht zu Unrecht vermutet, dass die einstige Weltgeltung der deutschen Mediävistik im 19. und 20. Jh. schwerlich ohne ihre imposante Editionstätigkeit zu erreichen gewesen wäre, und noch jüngst erklärte ein Frühneuzeitler: »Die Mediävistik steht und fällt mit ihren großen Editionsprojekten.«¹⁵ Zu dem »Quellenfetischismus«, den uns postmoderne Kritiker vorhal-

11 Theo Kölzer, »Geschichte im kleinen: Heimat- und Regionalgeschichte als Aufgabe«, in *Marienthaler Akzente* [2010], S. 3–8.

12 Zit. von Paul Kirn, *Einführung in die Geschichtswissenschaft*, 5. Aufl., bearb. von Joachim Leuschner (Sammlung Göschen 270), Berlin 1968, S. 20.

13 Marc Bloch, *Aus der Werkstatt des Historikers. Zur Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft*, hg. von Peter Schöttler, Frankfurt/New York 2000, S. 80 f., 97 f.

14 Jörg Baderowski, *Der Sinn der Geschichte*, München 2005, S. 26.

15 Michael Hochedlinger, »Das Ende der empirischen Geschichte? Quellenarbeit, Editionen und die ›Krise der Frühneuzeitforschung‹. Eine Polemik«, in Grete Klingenstein u. a. (Hg.), *Umgang mit Quellen heute. Zur Problematik neuzeitlicher Quelleneditionen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart* (Österreichische Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Kl., Historische Kommission. *Fontes rerum Austriacarum*, 2. Abt., Bd. 92), Wien 2003, S. 91–104, bes. S. 94.

ten,¹⁶ dürfen wir uns auch weiterhin getrost bekennen, denn Quellen und Methoden zu ihrer Erschließung sind schließlich alles, was wir Historiker haben. Und daher behaupte ich, dass es auch nach wie vor nicht ohne den »Trivialpositivismus der Urkundenforscher« geht, erst recht nicht im Bereich der Landesgeschichte. Denn dass das meiste doch schon publiziert sei, ist ein grobes Missverständnis Unkundiger, hervorgerufen durch die Publikationserfolge der Vergangenheit. Als Paradoxon ist daher festzuhalten, dass Quelleneditionen heutzutage Gefahr laufen, »in gewissem Sinne zum Opfer ihrer eigenen Erfolge« zu werden.¹⁷ Aber müssen nicht auch das Schicksal des Kölner Stadtarchivs oder unsere Kriegsverluste lehren, dass der beste Weg zur Bewahrung des archivischen Erbes die Publikation ist?

Diplomatische Editionen lenken die Forschung nicht konzeptionell, folgen auch nicht sich schnell wandelnden Trends, eben weil sie auf bewährter Methodik aufbauen und das »Programm« sowie die Editionsnormen vorgegeben sind. Die Ansprüche an eine kritische Edition sind freilich deutlich gewachsen, wie schon zu erwähnen war. Und wenn von Benutzerseite zugleich mehr Kommentierung gefordert wird, weil Urkundeneditionen schließlich ein Instrument für die *historische*, nicht bloß für die *diplomatische* Forschung seien, dann muss der Editor zugleich sehr breit und sehr tief in den Forschungsthemen der Zeit bewandert sein. Allerdings heißt »kritisch sein« im griechischen Wortsinn auch hier: »auswählen«, und natürlich sind arbeitsökonomische Grenzen des Leistbaren zu beachten. Der diplomatische Purismus eines Sichel, der Theodor Schieffer zufolge an »einer esoterischen Diplomatie sein Genügen« fand,¹⁸ ist jedenfalls ohne Zweifel passé.

Editionen sollen in der Regel die Arbeit an den Originalquellen überflüssig machen, weil Text und Kommentar alle editorischen Entscheidungen transparent machen. Andererseits scheinen kritische Editionen das Gewöhnen der Zunft daran zu befördern, sich auf gedrucktes Material zu beschränken, zumal die Kenntnis der Methodik und ihrer hilfswissenschaftlichen Voraussetzungen deutlich nachgelassen hat. Wenn aber der Benutzer den dargebotenen Befund nicht mehr selbst bewerten kann, gewinnen Editionen – anders als früher – den Status von unverrückbaren Wahrheiten: *editio locuta, causa finita*. Ich selbst

16 Martha Howell und Walter Prevenier, *Werkstatt des Historikers. Eine Einführung in die historischen Methoden*, hg. von Theo Kölzer (UTB 2524), Köln/Weimar/Wien 2004, S. 187.

17 Rudolf Schieffer, »Die Erschließung der historischen Quellen des Mittelalters: alte Probleme und neue Entwicklungen«, in Annette Sell (Hg.), *Editionen – Wandel und Wirkung* (Beihefte zu editio 25), Tübingen 2007, S. 55–64, bes. S. 59.

18 *Monumenta Germaniae Historica (MGH) Die Urkunden der Karolinger*, Bd. 3, bearb. von Theodor Schieffer, Berlin/Zürich 1966, S. XIV.

habe für meine Merowingeredition allerdings nur von einem »Zwischenergebnis« gesprochen – in der vollen Überzeugung, dass die Urkundenkritik auf diesem Feld eine Aufgabe ohne Ende ist.¹⁹ Ich erwarte also zuversichtlich, dass sich die Forschung im Nachgang zu meiner Edition »zu deren immer tiefer schürfende(n) Auswertung verlagert«.²⁰

Ein Kollege hat kürzlich konstatiert, die Auffassung älterer Diplomatiker, die in der Edition die Krönung ihrer Forschungspraxis gesehen hätten, habe insofern einen fatalen Nebeneffekt gehabt, als man die Diplomatik dieses Bereichs habe für abgeschlossen halten können: »*Carta edita, causa finita*«.²¹ Daraus sollte freilich nicht im Umkehrschluss gefolgert werden, dass jede Edition, die *nicht* vorankommt, die Diplomatik lebendig erhalte! Der Kollege hat uns im Übrigen selbst nachdrücklich vom Gegenteil der zitierten Aussage überzeugt: »*carta edita, causa aperta*«,²² denn natürlich betreiben wir Editoren unser Geschäft mit einer allgemein-historischen Zielsetzung und täten wir das nicht, brauchte es in der Tat keine Diplomatik und keine Urkundeneditionen zu geben.

Editionen fördern ohne Zweifel auch die Interdisziplinarität; aber das galt schon zu einer Zeit, als man die Sache wie selbstverständlich praktizierte, ohne groß von ihr zu reden, während heute vielfach andersherum verfahren wird. Jeder Editor müsste eigentlich Generalist sein und von vielem wenigstens etwas verstehen; tut er es nicht, wird er sich Rat holen *müssen*: für die Paläographie, die Sphragistik, die Philologie, die historische Geographie, die Onomastik usw. Geldgeber wie die DFG fördern mit einer Edition also zugleich auch eine ›Forscherguppe«, deren Erkenntnisziel zwar anspruchsvoll und zugleich sehr konkret ist, aber als Antrag im Forschungsförderungsreigen wohl viel zu schmal dimensioniert wäre und kaum zum Zuge käme.

19 MGH *Die Urkunden der Merowinger*, nach Vorarbeiten von Carlrichard Brühl (†) hg. von Theo Kölzer unter Mitwirkung von Martina Hartmann und Andrea Stiedorf, Bd. 1, Hannover 2001, S. VII.

20 Rudolf Schieffer, »Die Erschließung des Mittelalters am Beispiel der *Monumenta Germaniae Historica*«, in Lothar Gall und Rudolf Schieffer (Hg.), *Quelleneditionen und kein Ende? Symposium der Monumenta Germaniae Historica und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, München, 22.–23. Mai 1998 (*Historische Zeitschrift*, Beiheft 28), München 1999, S. 1–15, bes. S. 8; auch als Separatdruck der MGH, München 1999, S. 31–48, bes. S. 39.

21 Mark Mersiowsky, »*Carta edita, causa finita?* Zur Diplomatik Kaiser Arnolfs«, in Franz Fuchs und Peter Schmid (Hg.), *Kaiser Arnolf. Das ostfränkische Reich am Ende des 9. Jahrhunderts* (*Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte*, Beiheft 19 [Reihe B]), München 2002, S. 271–374.

22 Ebd., S. 374.

Neu stellt sich im Computer-Zeitalter die Frage der Präsentation, zumal digitale Editionen unübersehbare Vorteile bieten – wenn denn die Frage der nachhaltigen Verfügbarkeit befriedigend geklärt werden könnte: Vorteile hinsichtlich der Verfügbarkeit des Materials und gesteigerter Analyse- und Recherchepotentiale, der Diktatanalyse und Quellennachweise, der Erschließung spätmittelalterlicher Massenüberlieferung, der Vorab-Publikation bei Langzeitunternehmen, ganz zu schweigen von der dynamischen Präsentation von Quellenmaterial, das auf herkömmlichem Wege bislang kaum sinnvoll zu edieren war. Wenn andererseits die unterschiedlichsten Bedürfnisse befriedigt werden, wenn gar Internet-Publikationen, wie vielfach postuliert wird, nicht mehr nur Fachleute als Adressaten haben sollen, dann bedarf es über die traditionellen Arbeitsschritte hinaus zahlreicher Anreicherungen, die in der Sache keinerlei Fortschritt erbringen, aber als Serviceleistungen einen hohen zusätzlichen Zeitaufwand erfordern. All diese Fragen klammere ich hier aus, weil Georg Vogeler im aktuellen Band des »Archiv für Diplomatik« einen profunden Überblick über »Digitale Urkundenbücher« gibt.²³ Damit aber kein Missverständnis entsteht: Solche neuen Veröffentlichungsformen ersetzen auch künftig nicht die Kärner-Arbeit des Diplomatikers, denn das Ins-Netz-Stellen von Scans und Transkriptionen ist noch keine kritische Edition. Und ob die »Sorge um den rechten Text«²⁴ *idealiter* tatsächlich zur Etablierung einer ›internationalen Forschungsgemeinschaft‹ führen sollte, die Editionen gleichsam im ›chat-room‹ kontinuierlich verbessern könnte, wie hier und da suggeriert wird, bleibt abzuwarten, denn einen funktionierenden Prototyp gibt es dafür m. W. nicht. Im Übrigen gilt auch hier eine Grundregel des Rudersports: Es können nicht alle nur den Steuermann spielen wollen, einige müssen auch rudern.

Überdies müsste das massenhafte Digitalisieren von Urkundenbeständen und die damit intendierte unmittelbare Auseinandersetzung der Nutzer mit den Quellen selbst konsequenterweise mit einem flammenden Appell für die Stärkung der hilfswissenschaftlichen Ausbildung einhergehen, die derzeit an den Universitäten paradoxerweise preisgegeben wird.

Editionen haben aller Erfahrung nach eine weit höhere Halbwertszeit als all jene viel gepriesenen Synthesen, die von Generation zu Generation veralten. Wer liest z. B. heute noch Robert Holtzmanns »Geschichte der sächsischen Kaiserzeit« von 1941, die uns im Proseminar wärmstens ans Herz gelegt wurde?

23 Georg Vogeler, »Digitale Urkundenbücher. Eine Bestandsaufnahme«, in *Archiv für Diplomatik* 56 (2010) S. 363–392.

24 Horst Fuhrmann, »Die Sorge um den rechten Text«, in *Deutsches Archiv* 25 (1969) S. 1–16 = ders., *Einladung ins Mittelalter*, München 1987, S. 222–236, 293 f.

Theodor Sickels betagte Ottonen-Diplome,²⁵ die ersten wirklich kritischen Urkundeneditionen weltweit, sind dagegen noch heute grundlegend, obwohl wir soeben ein »aggiornamento« im Internet bereitgestellt haben.²⁶

An Sickels Vorbild orientierten sich fortan auch die im 19. Jh. allerorten entstehenden regionalen Urkundenbücher, inspiriert von Romantik und Historismus sowie einer starken Fokussierung der Forschung auf die Rechts- und Verfassungsgeschichte. Nicht selten wurden sie aber auch einer politischen Initiative verdankt, weil solche Urkundenbücher im kleinstaatlichen Deutschland Identifikationskerne zu schaffen oder zu verstärken versprachen. Getragen wurden diese Unternehmungen in der Regel von den Historischen Vereinen als den Promotoren landesgeschichtlicher Forschung vor deren Professionalisierung, später gefolgt von den Historischen Kommissionen, in denen wissenschaftlich ausgebildete Historiker-Archivare und Universitätsprofessoren bestimmenden Einfluss ausübten.

Nach der Hochblüte im 19. Jh. flaute die Begeisterung für diese Art des Edierens im 20. Jh. ab. Man setzte vornehmlich, wenn auch meist unkoordiniert, auf institutionelle Urkundenbücher, die weitaus schneller zu Teilzielen führen und weniger finanziellen Aufwand erfordern, was angesichts zweier Weltkriege und ihrer Folgen ein gewichtiges Argument war. Die heute geforderte »Modularisierung« von editorischen Großunternehmungen war freilich schon für die Initiatoren des *Codex diplomaticus Saxoniae* Programm und bescherte in der Anfangsphase schnelle und beeindruckende Editionserfolge. In seiner pragmatischen Anlage folgte der *Codex diplomaticus Saxoniae* einer Konzeption, die in gewisser Weise schon die *Monumenta Boica* vorgegeben hatten und die z. B. auch dem von Wilhelm Wattenbach begründeten *Codex diplomaticus Silesiae* und dem *Codex diplomaticus Brandenburgensis* zugrunde lag. Was wir in der Rückschau als zukunftssträchtig erkennen, wird heute von Bearbeitern und Geldgebern als bevorzugter, um nicht zu sagen: alleiniger Weg zur Bewältigung editorischer Großunternehmen angesehen und auch bereits bestehenden Projekten zur Auflage gemacht. Das virtuelle Zusammenführen der Einzelteile ist im Computerzeitalter kein Problem mehr.

Aktuell wird – soweit ich sehe – noch an drei regionalen Urkundenbüchern *stricto sensu* gearbeitet: dem Preussischen und Westfälischen Urkundenbuch und – als einzigem Projekt im Rahmen des Deutschen Akademienprogramms – eben am *Codex diplomaticus Saxoniae*, während unser – in jeder Hinsicht einzigartiges – »Rheinisches Urkundenbuch« seit vielen Jahren in ein künst-

25 *MGH Diplomata regum et imperatorum Germaniae*, Bd. 1–2/2, hg. von Theodor Sickel, Hannover 1879–1893.

26 <http://www.mgh.de/datenbanken/diplomata-ergaenzungen> (11.2.2011).

liches Koma versetzt scheint. Dagegen wurde im Jahre 2008 der erste Band des »Niederösterreichischen Urkundenbuchs« publiziert, wiederum aufgrund einer politischen Initiative, nämlich »als Voraussetzung einer noch zu schreibenden modernen Landesgeschichte«,²⁷ wie es heißt. Auf andere Spielarten urkundlicher Editionen, die Rudolf Schieffer vor Jahren kritisch gemustert hat,²⁸ ist hier nicht einzugehen. Es soll lediglich der Eindruck festgehalten werden, dass offenkundig ein nachhaltiges Interesse an derlei Publikationen besteht.

»Quelleneditionen und kein Ende« lautet folglich der Titel eines jüngeren Beiheftes der renommierten »Historischen Zeitschrift«,²⁹ das einen apologetischen Unterton nicht verbergen kann, und weitere Publikationen mit ähnlichen Fragesätzen assistierten.³⁰ Aber das waren natürlich rhetorische Fragen ausgewiesener Quellenforscher, die sich nicht gegenseitig der Sinnhaftigkeit ihres Tuns versichern wollten und mussten. Die gegenteilige Auffassung ist in meinen Augen nicht wissenschaftlich, sondern wissenschafts*politisch* motiviert und lenkt zurück auf den Antagonismus von Tankern und Schnellbooten.

»Das Edieren selbst bewahrt seine kritische Funktion, solange es überhaupt eine quellenbezogene Geschichtswissenschaft gibt«, lautet denn auch die kämpferische These des derzeitigen Präsidenten der Monumenta Germaniae Historica.³¹ Das kann man von den Trends und Moden schwerlich behaupten, die sich wie Sternschnuppen verhalten: Sie kommen und verglühen – nur mit der Erfüllung von Wünschen hapert es. Dagegen kann es mit Arnold Esch unter Historikern »Über die bleibende Notwendigkeit von Editionen«³² eigentlich keinen Dissens geben; auch Jacques Le Goff, einer der Protagonisten der »nouvelle histoire«, hielt sie für »plus que jamais nécessaire«,³³ denn Quellen und

27 *Niederösterreichisches Urkundenbuch*, Bd. 1, unter Mitarbeit von Dagmar Weltin, Günter Marian und Christina Mochty-Weltin bearb. von Maximilian Weltin und Roman Zehetmayer (Publikationen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, 8. Reihe, Bd. 1), St. Pölten 2008, S. 18.

28 Rudolf Schieffer, »Neuere regionale Urkundenbücher und Regestenwerke«, in *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 127 (1991) S. 1–18.

29 Wie Fn. 20.

30 Hubertus Seibert, »Wozu heute Urkunden edieren? Zum Abschluß des Babenberger Urkundenbuches«, in *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 64 (2001) S. 295–308; Claudia Märkl, »Wozu heute Quellen edieren?«, in Amelie Föbel und Christoph Kampmann (Hg.), *Wozu Historie heute? Beiträge zu einer Standortbestimmung im fachübergreifenden Gespräch*, Köln/Weimar/Wien 1996, S. 17–27.

31 Schieffer, Die Erschließung (Fn. 20), S. 15 (48).

32 Arnold Esch, »Der Umgang des Historikers mit seinen Quellen. Über die bleibende Notwendigkeit von Editionen«, in *Quelleneditionen und kein Ende?* (Fn. 20), S. 129–147 (7–29).

33 Jacques Le Goff und Pierre Toubert, »Une histoire totale du moyen âge est-elle pos-

deren kritische Aufbereitung sind die Fundamente historischen Arbeitens. Und wenn es richtig ist, wie etwa der bekannte Philosoph Odo Marquard behauptet, dass Zukunft Herkunft braucht,³⁴ dass jede Generation sich der Vergangenheit aufs Neue versichern muss, um die Gegenwart zu verstehen und für die Zukunft gerüstet zu sein, dann kann es doch in der Historikerzunft und darüber hinaus über die Notwendigkeit der Arbeit mit den historischen Quellen und ihrer kritischen Aufbereitung keinen vernünftigen Zweifel geben. Ich bestehe also mit Arnold Esch darauf, »dass Quellenerschließung unsere Grundlagenwissenschaft ist und dass wir davon nicht lassen können« – und dürfen.³⁵ Soviel zum Ausrufezeichen im Titel meines Beitrags.

Die Übernahme einer kritischen Edition, etwa im Rahmen des *Codex diplomaticus Saxoniae*, bedeutet freilich nachweislich jahrelange Askese und Konzentration auf die Aufgabe, dem Benutzer das Material so aufzubereiten, dass der Rekurs auf die Überlieferungen selbst überflüssig wird. Heinrich Appelt benötigte für die fünf Bände seiner epochalen Barbarossa-Edition 34 Jahre, Hans-Eberhard Mayer für seine soeben vorgelegte vierbändige Edition der Urkunden der Könige von Jerusalem im Alleingang rund 40 Jahre. Im derzeitigen Wissenschaftsbetrieb und angesichts eines für jedermann nur begrenzten Zeitbudgets wäre dieses unbeirrte Verfolgen eines fernen Zieles für Jüngere eine sehr subtile Form des Karriere-Selbstmords. Innerhalb einer Fakultät oder im Kollegenkreis wird der »Hieronymus im Gehäuse« scheinbar angesehen, weil er sich vielerlei kurzatmigen Aktivitäten verschließen muss, um zum Ziel zu gelangen. Aber welche Perspektiven können wir Jüngeren bieten, die sich auf bemessene Zeit einer Edition verschreiben? Die Lorbeeren werden jedenfalls auf anderen Feldern vergeben, denn: Leibnizpreis-verdächtig ist die Arbeit eines Editors nicht – trotz garantierter Langzeit-Wirkung für die Forschung! Mangelnde Perspektiven, arbeitsrechtliche Befristungstatbestände und die schon fühlbaren Auswirkungen des Bologna-Prozesses behindern die Arbeit an langfristigen Editionsprojekten massiv – sofern überhaupt noch handwerklich qualifizierter Nachwuchs zu finden ist. Denn diplomatische Grundlagenforschung dieses Volumens und Schwierigkeitsgrades läuft Gefahr, sich aus den deutschen Universitäten zu verabschieden, wenn wir nicht schleunigst auch der handwerklichen Ausbildung unserer Studierenden wieder mehr Raum geben, die doch

sible?«, in *Actes du 100^{ème} Congrès National des Sociétés Savantes. Section de philologie et d'histoire jusqu'en 1610*, Bd. 1, Paris 1977, S. 31–44, bes. S. 38 ff.

34 Odo Marquard, *Zukunft braucht Herkunft. Philosophische Essays* (Reihe Reclam), Stuttgart 2003, S. 234–246.

35 Esch, *Der Umgang* (Fn. 32), S. 147 (29).

– wie erwähnt – gerade im Computer-Zeitalter zur Grundausrüstung gehören *mus*. Dabei kann es langfristig keine Lösung sein, erst die noch verfügbaren Universitätsstellen umzuwidmen und dann die evidenten Lücken durch kostenneutrale Honorarprofessuren aus dem Kreis der Archivare aufzufüllen – zumal auch dieses Reservoir konsequenterweise schnell versiegen wird.

Die Fortsetzung des *Codex diplomaticus Saxoniae* ist freilich ein in jeder Hinsicht mutiges und ermutigendes Zeichen, weil sie dem allgemeinen Trend trotzt. Und zu dieser Neuaufnahme des bedeutendsten Editionsprojekts zur mitteldeutschen Geschichte, das einst »zur Ehre Sachsens« begonnen wurde, möchte ich Sie ausdrücklich beglückwünschen. Denn mir will scheinen, dass es nach den evidenten Ermüdungserscheinungen oktroyierten oder selbst gewählten Profilierungstrebens im Fach wieder sehr modern sein könnte, an Bewährtem festzuhalten.

Dazu hat sich die sächsische Landesregierung als Auftraggeber in Verbindung mit der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, dem Dresdener Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V. sowie den Universitäten und Archiven der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen trotz der gewaltigen Aufgabe und trotz angespannter Haushaltslage bekannt, während der andere Freistaat derzeit die weltweit bewunderten Monumenta Germaniae Historica, bei deren Gründung doch gleichfalls der *sanctus amor patriae* Pate stand, in eine ungewisse Zukunft steuert – mit unabsehbaren Konsequenzen nicht nur für die deutsche, sondern für die internationale Mediävistik.

Allerdings sind Editionen nur dann wirklich gut, wenn sie auch abgeschlossen werden. Das gilt erst recht für ein additiv gestaltetes Urkundenbuch, das erst in seiner Endstufe alle Vorzüge des großflächigen räumlichen und zeitlichen Vergleichs sowie der Synthese zu bieten vermag. Wir alle – das Land, die Geldgeber, die landesgeschichtlich Interessierten und nicht zuletzt die Mittelalterforschung insgesamt – wir alle erwarten folglich eine gute Edition. Vertrauen wir Historiker also auf unseren Urahn Herodot: »Ein wohlberatenes Unternehmen pflegt auch gewöhnlich ein glückliches Ende zu krönen.«³⁶ Glück auf!

36 Historien 7, 158.

Karl Mannsfeld

Landeskunde als interdisziplinäre Regionalforschung

In einer Zeit, in der vielfach auf das Phänomen »Globalisierung« mit seinen Einflüssen auf eine veränderte Lebenswirklichkeit verwiesen wird, benötigen wir neben der Betrachtung dieser globalen Einfluss-Sphären und den damit verbundenen Veränderungen für unseren Alltag zugleich auch eine verstärkte Rückbesinnung auf jene Rahmenbedingungen, die den engeren Lebensraum prägen und mindestens gleichrangig auf uns einwirken. Daher erlangt die Beschäftigung mit Aspekten der regionalen Identität, regionaler Entwicklungspotentiale u. ä. wieder zunehmende Bedeutung – verbunden mit einer gezielten Förderung von Landeskenntnis und kultureller Wertorientierung.

Eine historische Rückblende auf die Behandlung derartiger Themen unter dem Oberbegriff *Landeskunde* zeigt, dass wissenschaftliche Untersuchungen zur regionalen Analyse und Bewertung raum-zeitlicher Phänomene in unserer Kulturlandschaft im deutschen Sprachraum auf eine über 125-jährige Tradition zurückblicken können. Bereits 1882 wurde eine »Centralkommission für wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland« (übrigens in Halle/Saale im Rahmen des Zweiten Deutschen Geographentages) gegründet, welcher zugleich die Aufgabe übertragen wurde, Ergebnisse über das Werden, den aktuellen Zustand oder die zukünftige Entwicklung von territorial oder thematisch abgegrenzten Räumen zu veröffentlichen (seit 1885 in den Forschungen zur deutschen Landeskunde). Über einen 1948 gebildeten »Zentralausschuß für deutsche Landeskunde« führte die organisatorische Anbindung des Themas seit 1995 zur »Deutschen Akademie für Landeskunde«, die gegenwärtig ihren Sitz in Leipzig hat.

So überrascht es nicht, dass auch die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig auf eine bewährte Tradition im Umgang mit den Themen Landeskunde und Heimatforschung verweisen kann, erinnert sei nur an die dialektgeographischen Arbeiten im Rahmen sprachwissenschaftlicher Forschungen von Altpräsident Theodor Frings und von Rudolf Große oder an wichtige Beiträge von Akademiemitgliedern wie Rudolf Kötzschke (Landesgeschichte) oder Adolf Spamer (Volkskunde). Ebenso muss die Mitwirkung

der Geographen Ernst Neef und Edgar Lehmann (ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre) genannt werden, welche die Akademie in einer Kommission für Heimatforschung bei der damals noch »Deutsche Akademie der Wissenschaften in Berlin« genannten Institution vertraten. Dort wirkten sie an der 1957 begonnenen Herausgabe der Buchreihe »Werte der Deutschen Heimat« verantwortlich mit, einer Buchreihe, die sich der heimatkundlichen Landesaufnahme und Inventarisierung landeskundlicher Phänomene widmet.

Um die bewährten Formen der Bestandsaufnahme für eine landeskundliche und heimatkundliche Inventarisierung in den mitteldeutschen Ländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) zu unterstützen, wurde nach der Wiedervereinigung 1992 an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften eine Kommission für Landeskunde gegründet, die sich neben einer fachlichen Begleitung der seit dem Jahre 2000 »Landschaften in Deutschland – Werte der deutschen Heimat« genannten Buchreihe u. a. mit der Entwicklung einer Methodologie für die landeskundliche Regionalanalyse sowie der laufenden Beobachtung und Auswertung des landeskundlichen Forschungs- und Datenbestandes beschäftigt.

Aber auch die Landeskunde selbst, mit ihrer Zielstellung, »Land und Leute« in einem bestimmten Raum (Land, Landkreis, Natur-, Wirtschafts- oder Kulturräum) zu beschreiben, hat in den vergangenen Jahrzehnten eine präzisierte inhaltliche Standortbestimmung erfahren. War anfänglich (Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts) noch zwischen »amtlicher« Landeskunde als Aufgabe des Staates mit statistisch-inhaltlichen Übersichten (Topographie, administrative Strukturen und Verwaltung, Natur- und Wirtschaftsdaten u. ä.) und einer »freien« Landeskunde, die sich einer Inventur der uns umgebenden Kulturlandschaft widmen wollte, unterschieden worden, so tendierte diese Zweiteilung vielfach nur zu einem rein enzyklopädischen Typ von Landeskunde mit betonter Zielsetzung für Fremdenverkehr und Tourismus. Das führte zu einer Vorstellung, speziell in der Geographie, dass Landeskunde im Sinne von Länderkunde (Regionale Geographie) zu gelten habe, worunter die analytische und synthetische Behandlung abgrenzbarer Räume (Landschaften oder Länder) zu verstehen war; aber auch zu einer Vorstellung der Geschichtswissenschaft, dass man zur Aufhellung und Erklärung der Landesgeschichte zwingend auf landeskundliche Tatbestände angewiesen sei, weil diese vielfach die geschichtliche Entwicklung erst verständlich machten. Beide Ansätze können in heutiger Zeit den komplexen Gegenstand nicht mehr ausreichend erfassen.

Nach zahlreichen Wendungen in der Definition und Abgrenzung für das, was Landeskunde denn nun sein soll, kristallisiert sich zunehmend als übereinstimmende Sicht heraus, unter *Landeskunde* die Erfassung und Kennzeichnung eines Ausschnitts der Erdoberfläche zu verstehen, welcher sowohl die

naturgegebenen Strukturen als auch die darin lebenden Menschen, ihre Geschichte und ihre raumgestaltenden Aktivitäten (Siedlungen, Verkehr, Kultur usw.) umfasst. Damit rückt aus gegenwärtigem Verständnis auch begrifflich die *Kulturlandschaft* ins Zentrum aller Beschäftigung mit Landeskunde, so dass sie nur in einem interdisziplinären Ansatz verstanden werden kann, denn weitgehend unstrittig bezeichnet Kulturlandschaft Inhalt und Wesen eines von der Naturausstattung vorgezeichneten und durch die Gesellschaft beeinflussten und gestalteten Raumes bzw. Raumausschnittes der Erdoberfläche. Die Beschreibung eines derartigen Ausschnittes kann, gleich, ob es sich nun um ein Land oder einen Landkreis, einen Kultur- oder Wirtschaftsraum, ein ausge dehntes Siedlungsareal oder eine Gebirgsregion handelt, stets als landeskundliche Darstellung verstanden werden, d. h. es geht um das Anwendungsfeld der in der Regionalforschung verbundenen Disziplinen, die sich mit den natürlichen, wirtschaftlichen, historischen, sozialen oder kulturellen Bedingungen des jeweiligen Beispiel- oder Bezugsraumes beschäftigen. Eine kurze, aber etwas spröde Definition für die Ziele von Landeskunde in dem benannten Sinne hat Wolf (1995)¹ gegeben, als er schrieb: »Landeskunde ist das Zusammenspiel ökonomischer Produktion, kultureller Muster, politischer Beziehungen und Machtausübung, vor dem Hintergrund natürlicher Ressourcen.«

Eine besser verständliche und bildhafte Vorstellung von Landeskunde gibt Seedorf (1992)², wenn er sagt: »Landeskunde ist ein Wissensgebiet, um eines Landes kundig zu sein; Landeskunde ist ein Forschungsgebiet, um ein Land zu erkunden und es ist ein Lehrgebiet, um vom Lande künden zu können«, was in der Tat im Zusammenklang aller drei Aspekte den Einblick in ein Landesbild und damit Landeskenntnis ergibt.

Insofern stellen alle wissenschaftlichen Betätigungsfelder in Raumgebilden und Raumausschnitten auch originäre Gegenstände landeskundlicher Arbeit dar, in der neben der früher dominierenden geographischen Landeskunde oder der Landes-/Regionalgeschichte konsequenterweise auch Archäologie, Sprachwissenschaft, Namenkunde und Dialektologie, Denkmalpflege/Kunstgeschichte, Volkskunde/Kulturwissenschaft, Raumordnung/Raumplanung u. a. berücksichtigt werden müssen.

Die regionale Verankerung der Forschungsansätze verschiedener Wissenschaftsdisziplinen im analytischen Verständnis der uns umgebenden Kulturlandschaft erfolgt zugleich unter dem Aspekt, dass die Ergebnisse adressaten-

1 Klaus Wolf, »Ziel und Aufgaben der geographischen Landeskunde«, in *Hallesches Jahrbuch für Geowissenschaften R.A.*, Bd. 1, Gotha 1995, S. 18–20.

2 Hans-Heinrich Seedorf, *Landeskunde von Niedersachsen*, Bd. 1, *Historische Grundlagen und naturräumliche Ausstattung*, Neumünster 1992.

orientiert dokumentiert werden müssen – diesem Kriterium haben sich die in der Landeskundekommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zusammengeschlossenen Disziplinen stets verpflichtet gesehen. Moderne Landeskunde behandelt daher naturräumliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen aus Vergangenheit und Gegenwart in ihrer Bedeutung für eine Abschätzung zukünftiger Entwicklungen. In besonderer Weise geht es dabei auch um Bildungsfunktionen, die Förderung von Landesbewusstsein und kultureller Wertorientierung sowie um die Herausarbeitung von Entwicklungspotentialen für eine noch zielgerichtete Einflussnahme landeskundlicher Arbeiten auf die Lösung aktueller gesellschaftlicher Probleme, die besonders an die Kriterien Raum und Zeit gebunden sind. Aus dem Gesagten geht wohl auch unschwer hervor, dass eine solche Kennzeichnung von Raumausschnitten mit ihrem komplexen Wirkungsgefüge aus natürlichen, ökonomischen, historischen und kulturellen Sachverhalten hohe Ansprüche an die Darstellung dieser Zusammenhänge stellt, weshalb nicht ohne Grund Haase/Scholz (1994)³ davon sprachen, Landeskunde erfordere in hohem Maße die »Kunst der Darstellung«.

Landeskunde besitzt daher einen hohen Stellenwert hinsichtlich der notwendigen Besinnung auf die kulturlandschaftliche Vielfalt und Eigenart. Die eingangs erwähnten Globalisierungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sind häufig verbunden mit dem Verlust vertrauter Elemente und Strukturen der uns umgebenden Lebenswirklichkeit. Insofern ist die Kulturlandschaft als Erbe und Lebensraum der Gesellschaft zugleich der Hort für die Bewahrung kulturhistorischer Werte, des noch verbliebenen Reichtums von Natur und Landschaft, der Baudenkmale, der Sprache und anderer Elemente der uns umgebenden Realität.

Die rhetorische Frage »Wie viel Landeskunde braucht das Land?« darf ohne Übertreibung so beantwortet werden, dass es auf jeden Fall mehr sein sollte als gegenwärtig zu erleben, denn z. B. die Heranführung der jungen Generation an das Wissen um die Herkunft einerseits und andererseits der davon weitgehend abhängigen Zukunft, ist wohl noch stark unterentwickelt mit der Folge, dass gerade die junge Generation zu großen Teilen sich nur unzureichend mit ihrer Region identifiziert und dort im positiven Sinne heimisch fühlt. Insofern ist Beschäftigung mit landeskundlichen Ergebnissen aus dem Handlungs- und

3 Günter Haase und Dieter Scholz, »Ziele und Aufgaben der Kommission für sächsisch-thüringische Landeskunde der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig«, in Günter Haase und Arnd Bernhardt (Hg.), *Sächsisch-thüringische Landeskunde. Zur Gründung und zu den Aufgaben der Kommission für sächsisch-thüringische Landeskunde der Sächsischen Akademie der Wissenschaften* (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Math.-nat.Klasse, Bd. 124, H. 6), 1994, S. 12–18.

Identifikationsraum unserer Kulturlandschaft ein notwendiger Bildungsbau-
stein. Eine solche Aufgabe formuliert übrigens ganz nachdrücklich die Land-
schaftskonvention des Europarates aus dem Jahre 2000, die allerdings Deutsch-
land als eines der wenigen europäischen Länder bis heute nicht ratifiziert hat.
Abgesehen von diesem bedauerlichen Umstand, bleibt die Aufforderung zum
Handeln unbestritten, das umfangreiche Erbe und die Eigenarten und Schön-
heiten in unseren Landschaftsräumen zu erhalten und sie im Bewusstsein der
Öffentlichkeit zu verankern. Für diese Zielstellung hat sich die Kommission
Landeskunde der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in den vergange-
nen Jahren eingesetzt, um zu erreichen, dass die wissenschaftlichen Erkennt-
nisse zur Bestandsaufnahme unserer Kulturlandschaft auch Anwendung in der
Siedlungs-, Regional- und Landesentwicklung, der Wirtschaft, bei Naturschutz
und Landschaftspflege, im Denkmalschutz, im Bildungssektor sowie der Poli-
tikberatung finden.

Im vorliegenden Heft 6 der »Denkströme« sind zur Stärkung des Gedan-
kens landeskundlicher Forschung Beiträge zur Landesgeschichte, zur Denk-
malpflege, zum Wandel von Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum sowie
zur Ur- und Frühgeschichte ausgewählt, denen in den kommenden Heften wei-
tere Beiträge aus der Sicht der in der Regionalforschung verbundenen Wissen-
schaftsdisziplinen folgen sollen.

Enno Bünz

Landesgeschichte in Sachsen – Traditionen und Perspektiven

1. Landesgeschichte – Geschichte in Räumen

Im Rahmen einer Bilanz der landeskundlichen Forschung im mitteldeutschen Raum kann die Landesgeschichte nicht fehlen,¹ denn sie ist – kurz und knapp gesagt – geschichtliche Landeskunde.² Blickt man auf zwei frühe Protagonisten der zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch jungen wissenschaftlichen Disziplin, zeigt sich, dass Rudolf Kötzschke (1867–1949) in Leipzig den Begriff »Landesgeschichte« favorisierte, während Hermann Aubin (1885–1969) in Bonn sich als Vertreter der »geschichtlichen Landeskunde« verstand. Grundlegend unterschiedliche Forschungskonzepte wurden damit allerdings nicht bezeichnet. Kötzschke begründete mit Hilfe Karl Lamprechts an der Universität Leipzig 1906 das »Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde [so!]«, das erste landesgeschichtliche Universitätsinstitut in Deutschland,³ während Aubin

1 Siehe auch Enno Bünz, »Sachsen [Räume und Grenzen. Traditionen und Konzepte der Landesgeschichte. Epochenübergreifende Sektion auf dem 45. Deutschen Historikertag, Kiel 2004]«, in *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 139/140 (2003/4, erschienen 2006), S. 155–178.

2 Zur Geschichte der Disziplin siehe nun grundlegend Matthias Werner, »Zwischen politischer Begrenzung und methodischer Offenheit. Wege und Stationen deutscher Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert«, in Peter Moraw und Rudolf Schieffer (Hg.), *Die deutschsprachige Mediävistik im 20. Jahrhundert* (Vorträge und Forschungen, hg. vom Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte, 62), Ostfildern 2005, S. 251–364; zusammenfassend Ders., »Die deutsche Landesgeschichtsforschung im 20. Jahrhundert. Aufbrüche, Umbrüche, Perspektiven«, in Manfred Groten und Andreas Rutz (Hg.), *Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn. Traditionen – Entwicklungen – Perspektiven*, Göttingen 2007, S. 157–178.

3 Wieland Held u. a. (Hg.), *Rudolf Kötzschke und das Leipziger Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde* (Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft 1), Beucha 1999; Wieland Held, »Das Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig. Der Weg dieser wissenschaftlichen Einrichtung seit der Gründung vor 90 Jahren«, in *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 67 (1996, erschienen 1997), S. 201–233; Enno

1920 an der Universität Bonn das »Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande« ins Leben rief.⁴ Sie betrieben historische Forschungen im regionalen Rahmen und interessierten sich dabei weniger für herkömmliche Landesgeschichte im Sinne einer Herrschafts-, Territorial- oder Dynastengeschichte, beschäftigten sich vielmehr mit langfristigen kulturellen, rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Phänomenen, die auch kartographisch dargestellt wurden: Orts- und Flurformen als Zeugnisse des siedelnden und wirtschaftenden Menschen in Sachsen, Rechts-, Frömmigkeits-, Sprach- und Brauchrelikte beispielsweise im Rheinland.

Was letztlich zur unterschiedlichen Bezeichnung einer wissenschaftlichen Disziplin geführt hat, waren die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der historischen Forschung in den genannten Räumen. Das Rheinland ist ein klassisches Gebiet herrschaftlicher Zersplitterung, in dem während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit kein Kernterritorium existiert hat. Eine vergleichbare Situation lässt sich für Sachsen-Anhalt benennen, das als Landesneugründung nach 1918 aus der preußischen Provinz Sachsen, dem Land Anhalt und zahlreichen kleineren Territorialgebilden zusammengefügt wurde.⁵

Anders die Situation in Sachsen, das mit dem Herrschaftsgebiet der Wettiner seit dem 11. Jahrhundert über ein zwar wandlungsreiches, aber im Kern doch stabiles Territorium verfügt. Der Raumbegriff »Sachsen« unterlag seit dem Mittelalter allerdings vielfältigen Wandlungen.⁶ Ausgehend vom frühmittelalterlichen Sachsen beiderseits der Untereibe über die Zwischenstation des hochmittelalterlichen Herzogtums Sachsen im heutigen Niedersachsen und Schleswig-Holstein ist der Name vom spätmittelalterlichen Herzogtum Sachsen-Lauenburg zum Kurfürstentum Sachsen-Wittenberg an der mittleren Elbe gewandert. Erst nach der Übertragung der sächsischen Kurwürde auf die Wet-

Bünz (Hg.), *100 Jahre Landesgeschichte. Leipziger Leistungen, Verwicklungen und Wirkungen* (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde), Leipzig 2011 (im Druck).

4 Eduard Mühle, *Für Volk und deutschen Osten. Der Historiker Hermann Aubin und die deutsche Ostforschung* (Schriften des Bundesarchivs 65), Düsseldorf 2005; Matthias Werner, »Der Historiker und Ostforscher Hermann Aubin. Anmerkungen zu einigen neueren Publikationen«, in *Rheinische Vierteljahrsblätter* 74 (2010), S. 235–253; Marlene Nikolay-Panter, »Geschichte und methodischer Ansatz des Bonner Instituts. Eine Skizze«, in Groten und Rutz (Hg.), *Rheinische Landesgeschichte an der Universität Bonn* (Fn. 2), S. 11–37.

5 Zu den Konsequenzen für die Darstellung von Landesgeschichte siehe Werner Freitag, »Regionalgeschichte, Landesgeschichte, Bundeslandgeschichte. Zu den Möglichkeiten sachsen-anhaltischer Landesgeschichtsforschung des Mittelalters und der Frühen Neuzeit«, in *Sachsen und Anhalt* 24 (2002/3), S. 73–82.

6 Dazu Bünz, »Sachsen« (Fn. 1), S. 156–158.

tinier 1423 wurde »Sachsen« allmählich namengebend für das gesamte wettinische Herrschaftsgebiet, das sich – heutigen Raumbezeichnungen folgend – über Sachsen, Thüringen, Teile Sachsen-Anhalts und Brandenburgs erstreckte und mit der Herrschaft Coburg selbst nach Franken ausgriff. Die Abgrenzungen des wettinischen Territoriums haben sich durch die Leipziger Teilung 1485, die Übertragung der Kurwürde auf den Albertiner Moritz von Sachsen 1547 und die Verkleinerung des Königreichs Sachsen 1815 allerdings noch mehrfach verändert. Gleichwohl ist Sachsen ein Beispiel dafür, dass sich Landesgeschichte ausgehend von einem Kernterritorium schreiben lässt.

Wie eine solche Landesgeschichte aussehen könnte, hat der Leipziger Landeshistoriker Rudolf Kötzschke 1935, im Jahr seiner Emeritierung, mit der »Sächsischen Geschichte« gezeigt, die er in zwei Bänden gemeinsam mit dem Neuzeithistoriker Hellmut Kretzschmar vorgelegt hat. Dass diese »Sächsische Geschichte« in der Nachkriegszeit mehrfach unverändert nachgedruckt wurde und bis in die jüngste Zeit als Reprint greifbar war,⁷ belegt in meinen Augen, dass das Grundverständnis von Landesgeschichte, wie es in diesem Buch entwickelt wird, noch heute überzeugen kann. Der lang anhaltende Erfolg des Buches mag daneben freilich auch damit zusammenhängen, dass es bis 1989/90 praktisch konkurrenzlos gewesen ist.

Ausgangspunkt der »Sächsischen Geschichte« Kötzschkes ist tatsächlich als Kernraum das wettinische Territorium, wobei die Perspektive von den modernen Raumgrenzen des Königreichs bzw. des Freistaates Sachsen ausgeht. Schon 1916 bemerkte Kötzschke dazu: »So weist das heute im Königreich Sachsen vereinigte Land in geographischer wie historischer Hinsicht genug an Einheitlichkeit auf, um als räumliche Grundlage landesgeschichtlicher Forschung dienen zu können.«⁸ Dabei werden natürlich die Kurlande um Wittenberg, die 1423 an die Wettiner kamen, aber auch Thüringen, das seit der Mitte des 13. Jahrhunderts größtenteils zum wettinischen Herrschaftsgebiet gehörte, nicht ausgeblendet. Schwierig wird es aber mit den Randzonen, etwa dem riesigen Reichsland Pleißen in Nordwestsachsen, das erst im 14. Jahrhundert unter wettinische Herrschaft kam, oder mit der Coburger Pflege, mit der die wettini-

7 Rudolf Kötzschke und Hellmut Kretzschmar, *Sächsische Geschichte. Werden und Wandlungen eines Deutschen Stammes und seiner Heimat im Rahmen der deutschen Geschichte*, Dresden 1935 (Band 1: Rudolf Kötzschke, *Vor- und Frühgeschichte, Mittelalter und Reformationszeit*; Band 2: Hellmut Kretzschmar, *Geschichte der Neuzeit seit der Mitte des 16. Jahrhunderts*); zweite, überarb. Aufl. in einem Band, Frankfurt a. M. 1965 (gegenüber der Ausgabe von 1935 wurden einige zeitbedingte Formulierungen getilgt); dritte Aufl. Frankfurt a. M. 1977; Nachdrucke Augsburg 1995 und Würzburg 2002.

8 Rudolf Kötzschke, »Über Bedeutung und Pflege der sächsischen Landesgeschichte«, in *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 37 (1916), S. 201–265, hier S. 206.

sche Herrschaft nach Franken ausgriff. Kötzschkes Raumvorstellung von sächsischer Geschichte ist also perspektivisch durch die Wende von 1547 geprägt.

Gleichwohl kann man die »Sächsische Geschichte« von 1935 nicht einfach als Paradebeispiel einer an Dynastie und Territorium orientierten Landesgeschichtsschreibung abtun. Die sächsische Landesgeschichte hat sich vielmehr unter Rudolf Kötzschke seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von diesem traditionellen Verständnis von Landesgeschichte gelöst, die freilich schon im 18. und 19. Jahrhundert nicht ausschließlich auf Territorial- und Dynastengeschichte beschränkt, sondern z. T. auch für Themen der Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte offen war. Aber erst Rudolf Kötzschke ist zum Begründer einer modernen Landesgeschichte geworden.⁹ Bereits 1916 hat er grundsätzliche, noch heute gültige Überlegungen zum Verhältnis von allgemeiner Geschichte und Landesgeschichte angestellt und in diesem Zusammenhang betont, Landesgeschichte zielt auf »das Erfassen der gesamten Entwicklung eines deutschen Einzelgebiets in raum-, staats- und kulturgeschichtlicher Hinsicht«.¹⁰

Das geschichtliche Grundverständnis Kötzschkes, das hier aufscheint, wurde ganz wesentlich von dem Leipziger Historiker Karl Lamprecht (1856–1915) geprägt, der sich zunächst durch Arbeiten zur mittelalterlichen Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Rheinlandes ausgewiesen hatte, in Leipzig freilich den Weg zu einer allgemeiner ausgerichteten kultur- und universalgeschichtlichen Betrachtungsweise einschlug, die im Zuge des sogenannten »Methodenstreits« aber zur fachlichen Isolation Lamprechts führen sollte.¹¹ Lamprecht beauftragte Kötzschke in Leipzig zunächst mit der Herausgabe rheinischer Wirtschaftsquellen des Mittelalters und auf dieser Grundlage hat er sich 1899 für »mittlere und neuere Geschichte, im besonderen für sächsische Landesgeschichte« habilitiert.¹²

9 Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 256–271; Enno Bünz, »Ein Landeshistoriker im 20. Jahrhundert: Rudolf Kötzschke (1867–1949) zwischen methodischer Innovation und Volksgeschichte«, in *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 141/142 (2005/6, erschienen 2008), S. 347–367, hier S. 352–355.

10 Kötzschke, »Über Bedeutung« (Fn. 8), S. 205. Zum methodischen Anspruch ähnlich Ders., »Nationalgeschichte und Landesgeschichte«, in *Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst* 13 (1923/24), S. 1–22; wiederabgedruckt in Pankraz Fried (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte* (Wege der Forschung 492), Darmstadt 1978, S. 13–37, hier S. 14f.

11 Siehe zuletzt Ulrich von Hehl und Markus Huttner, »Geschichte«, in Ulrich von Hehl u. a. (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Band 4: Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen*, Leipzig 2009, Halbband 1, S. 157–196, hier S. 164–166 mit weiterführenden Hinweisen.

12 Rudolf Kötzschke, *Studien zur Verwaltungsgeschichte der Großgrundherrschaft Wer-*

Lamprecht hatte 1896 in Leipzig nach dem Vorbild der Rheinlande eine »Sächsische Kommission für Geschichte« begründet¹³ und hat gemeinsam mit Kötzschke die Landesgeschichte als universitäre Disziplin etabliert. Ein Meilenstein auf diesem Weg der Institutionalisierung wurde das 1906 begründete »Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde«, dessen erster Direktor Kötzschke war.¹⁴ Schon an dem Namen dieses Seminars ist der prägende Einfluss der Geographie ablesbar. Denn für Lamprecht und Kötzschke wurde in Leipzig die Begegnung mit dem Geographen Friedrich Ratzel (1844–1904) von Bedeutung, der 1886 bis 1899 in Leipzig gelehrt hat. Sein programmatisches Diktum »Im Raum lesen wir die Zeit« wurde von Kötzschke als Landeshistoriker in die Tat umgesetzt und führte zu methodischen Neuansätzen, die lange nachgewirkt haben.¹⁵

Wenn für Kötzschke seit etwa 1900 Landesgeschichte ganz wesentlich zur Siedlungsgeschichte wurde, dann ist dafür allerdings nicht nur der allgemeine Einfluss von Ratzel verantwortlich gewesen. Entscheidende methodische Anstöße erhielt Kötzschke vielmehr durch den in Berlin lehrenden Statistiker und Agrarhistoriker August Meitzen (1822–1910), der 1895 ein mehrbändiges Werk über »Siedlung und Agrarwesen der Westgermanen und Ostgermanen, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen« veröffentlicht hatte.¹⁶ Es ist vor allem diesem Buch zu verdanken, dass Kötzschke – wie er später selbst bekannte – die ländliche Siedlungsgeschichte für sich entdeckte und dass er die kartogra-

den an der Ruhr, Leipzig 1901 = Habil.-Schrift Leipzig 1899. Zur Biographie Kötzschkes siehe Bünz, »Ein Landeshistoriker« (Fn. 9), S. 349 ff.

13 *Geschichtsforschung in Sachsen. Von der Sächsischen Kommission für Geschichte zur Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig 1896–1996*, Redaktion: Reiner Groß u. a. (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 14), Stuttgart 1996. Zum rheinischen Vorbild siehe Wilhelm Janssen, »Karl Lamprecht und die Institutionalisierung der rheinischen Landesgeschichtsforschung«, in Held u. a. (Hg.), *Rudolf Kötzschke und das Leipziger Seminar* (Fn. 3), S. 189–198.

14 Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 266 ff.; Enno Bünz, »Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde an der Universität Leipzig. Zum 100. Jahrestag der Gründung am 1. Oktober 2006«, in *Jubiläen 2006. Personen – Ereignisse*, hg. vom Rektor der Universität Leipzig, Leipzig 2006, S. 75–80.

15 Über Ratzel zuletzt Helga Schmidt, »Geographie«, in von Hehl u. a. (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, Band 4 (Fn. 11), Halbband 2, S. 1309–1332, hier S. 1313–1315. Seinen Einfluss auf Kötzschke behandelt Esther Ludwig, »Rudolf Kötzschke – Das schwere Bemühen um die Bewahrung der unantastbaren Reinheit des geschichtlichen Sinnes«, in Held u. a. (Hg.), *Rudolf Kötzschke und das Leipziger Seminar* (Fn. 3), S. 21–70, hier S. 24–26.

16 Dazu Ludwig, »Rudolf Kötzschke« (Fn. 15), S. 34 und früher schon Alois Gerlich, *Geschichtliche Landeskunde des Mittelalters. Genese und Probleme*, Darmstadt 1986, S. 78.

phische Methode dafür adaptierte.¹⁷ Meitzen hatte als erster die Flurkarten als Quellen agrarhistorischer Forschung genutzt und war zu einer Typenbildung ländlicher Siedlungen vorangeschritten, die er vergleichend analysierte. Kötzschke erkannte die innovative Bedeutung dieser Ansätze.

Diese neuen Methoden agrarhistorischer Forschung, die sich sinnvoll mit landesgeschichtlichen Fragestellungen verbinden ließen, bedurften einer erweiterten Quellengrundlage, denn allein mit der relativ spärlichen Urkundenüberlieferung aus der Hochzeit des Landesausbaus im 12. und 13. Jahrhundert ließen sich die interessierenden Fragen nicht beleuchten.¹⁸ Kötzschke griff deshalb eine Anregung Friedrich Thudichums auf und begann mit der Bearbeitung der historisch-statistischen Grundkarte für Sachsen, die zügig vonstatten ging.¹⁹ Ein weiteres Vorhaben, das Kötzschke frühzeitig in Gang gesetzt hatte, war die Sammlung von Flurkarten Sachsens aus der Zeit der großen Landesaufnahme 1835–1843, woraus ein »Atlas typischer Flurkarten zur Geschichte der Agrarverfassung« hervorgehen sollte.²⁰ Als die Arbeit am Flurkartenatlas 1943 endlich beendet war, wurden die Druckstöcke durch einen Luftangriff auf Leipzig vernichtet, und gleichzeitig verbrannten in Kötzschkes Seminar alle Vorarbeiten und Reinzeichnungen des Atlas-Vorhabens.²¹ Es ist bezeichnend für die Energie des hochbetagten Kötzschke, dass er die Arbeiten umgehend wieder aufnahm und zumindest noch die Einleitung, die ebenfalls verbrannt war, wiederherstellen und zum Druck bringen konnte.²²

17 Rudolf Kötzschke, »Meitzen als Historiker des Siedlungs- und Agrarwesens«, in *Deutsche Geschichtsblätter* 11 (1910), S. 273–278; Ders., »Nachruf für August Meitzen«, in *Historische Vierteljahrsschrift* 13 (1910), S. 441 f.

18 Siehe dazu die Beiträge in Enno Bünz (Hg.), *Ostsiedlung und Landesausbau in Sachsen. Die Kühleiner Urkunde von 1154 und ihr historisches Umfeld* (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 23), Leipzig 2008. Zu den mittelalterlichen Urkunden Sachsens insgesamt Ders., »Ostmitteldeutsche Urkundenüberlieferung. Zum Editionsstand der mittelalterlichen Urkunden in Sachsen«, in Luise Czajkowski u. a. (Hg.), *Ostmitteldeutsche Schreibsprachen im Mittelalter* (Studia Linguistica Germanica 89), Berlin u. a. 2007, S. 125–153.

19 Rudolf Kötzschke, »Die Grundkarten«, in *Die historisch-geographischen Arbeiten im Königreich Sachsen*. Im Auftrag der Königlich Sächsischen Kommission für Geschichte zusammengestellt von Rudolf Kötzschke u. a., Leipzig 1907, S. 33–39. Zur Einführung in das Kartenwerk siehe auch Hubert Ermisch, *Erläuterungen zur historisch-statistischen Grundkarte für Deutschland im Maßstab 1 : 100 000 (Königreich Sachsen)*, Dresden 1899.

20 Rudolf Kötzschke, »Der Flurkartenatlas«, in *Die historisch-geographischen Arbeiten im Königreich Sachsen* (Fn. 19), S. 62–68.

21 Karlheinz Blaschke, *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen. Einführung*, Leipzig u. a. 1998, S. 9.

22 Rudolf Kötzschke, *Ländliche Siedlung und Agrarwesen in Sachsen*. Aus dem

Mit dieser knappen Skizze der Forschungs- und Wissenschaftsgeschichte sollte deutlich gemacht werden, dass Kötzschke nicht der Anstöße durch die Kulturraumforschung und erst recht nicht der daraus erwachsenden Volkstumsforschung der 20er Jahre bedurfte, um ein langfristiges Arbeitskonzept zu entwerfen, das Landesgeschichte und Historische Geographie in produktiver Weise miteinander verknüpfte. Die grundlegenden Überlegungen hat Kötzschke bereits 1907 in einer Schrift über »Die historisch-geographischen Arbeiten im Königreich Sachsen« angestellt, die von der Sächsischen Kommission für Geschichte veröffentlicht wurde.²³ In seinem knappen Vorwort zu dieser Schrift nahm Karl Lamprecht Bezug auf den »Geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz« und den »Historischen Atlas der österreichischen Alpenländer«, aber auch auf die »in großem Stile durchgeführten kartographischen Aufnahmen flurgeschichtlichen Inhalts«.²⁴

Mit den Kategorien »Raum« und »Boden« verbindet sich in Leipzig um 1900 also ein Paradigmenwechsel in der Landesgeschichte, die sich als eigenständige akademische Disziplin auch erst in dieser Zeit an der Universität etablieren kann, wie an der Gründung des Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde 1906 ablesbar ist. Mit der Verknüpfung von Landesgeschichte und Siedlungskunde ist schon das Arbeitsprogramm umrissen, das dann wenige Jahre später Hermann Aubin als »geschichtliche Landeskunde« auch begrifflich auf den Punkt bringen sollte.²⁵

Seit den 1920er Jahren ist diese damals methodisch innovative Landesgeschichte zunehmend völkisch ideologisiert worden, wie Willi Oberkrome

Nachlaß hg. von Herbert Helbig (Forschungen zur deutschen Landeskunde 77), Remagen 1953.

23 Die historisch-geographischen Arbeiten im Königreich Sachsen (Fn. 19).

24 Vorwort Karl Lamprechts in Die historisch-geographischen Arbeiten im Königreich Sachsen (Fn. 19), S. 2. Zu den genannten Atlasvorhaben siehe nun Enno Bünz, »Der Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen. Ein landesgeschichtliches Grundlagenprojekt«, in *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 76 (2005), S. 319–334, hier S. 319 f.

25 Hermann Aubin, *Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Anregungen in vier Vorträgen*, Bonn 1925, davon der programmatische Beitrag »Auftrag und Wege der geschichtlichen Landeskunde« wiederabgedruckt in Ders., *Grundlagen und Perspektiven geschichtlicher Kulturraumforschung und Kulturmorphologie. Aufsätze zur vergleichenden Landes- und Volksgeschichte aus viereinhalb Jahrzehnten*. Anlässlich der Vollendung des 80. Lebensjahres des Verfassers in Verbindung mit Ludwig Petry hg. von Franz Petri, Bonn 1965, S. 17–26. Vgl. Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 272 f., und Wilhelm Janssen, »Geschichtliche Landeskunde. Ein programmatischer Neuanfang der Landesgeschichte im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts«, in Gerhard Rehm (Hg.), *Adel, Reformation und Stadt am Niederrhein. Festschrift für Leo Peters*, Bielefeld 2009, S. 287–297.

1993 in seinem Buch über »Volksgeschichte« gezeigt hat.²⁶ Das Œuvre Rudolf Kötzsches bildet in diesem Zusammenhang eine Schnittstelle, da der sächsische Landeshistoriker nach dem Ersten Weltkrieg solche Ansätze aufgriff.²⁷ Neben Hermann Aubin, dessen Berufung an die Universität Leipzig 1933 aus politischen Gründen misslang,²⁸ hat Kötzsche bei der Formierung einer »Volksgeschichte« zweifellos eine Rolle gespielt.²⁹ Für die sächsische Landesgeschichte ist dies folgenreich gewesen, da als sein Nachfolger 1935 der nationalsozialistische Volkstumshistoriker Adolf Helbok (1883–1968) berufen wurde.³⁰ Mit dieser »offenkundigen Fehlbesetzung«³¹ wurde der Niedergang des Faches Landesgeschichte in Leipzig eingeleitet, der sich nach 1945 unter anderen ideologischen Rahmenbedingungen fortgesetzt hat.

Festzuhalten ist aber: Lange vor der Begegnung mit der »Kulturraumforschung« hatte Kötzsche die Bedeutung der Siedlungsgeschichte für die Landesgeschichte erkannt. »Raum« und »Boden« wurden ihm zu Leitbegriffen. In seiner »Sächsischen Geschichte« heißt es programmatisch: »Alles geschichtliche Leben erwächst, landschaftsgebunden, aus arteigenem Volkstum unter

26 Willi Oberkrome, *Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 101), Göttingen 1993; Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 303 ff. Zum »Völkischen« nach dem Ersten Weltkrieg zuletzt Hildegard Chätellier, »Deutsche Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit. Vom Historismus zur ›Volksgeschichte‹«, in Thomas Keller (Hg.), *Leben und Geschichte. Anthropologische und ethnologische Diskurse der Zwischenkriegszeit*, München 2006, S. 291–308, und Friedrich Lenger, »Eine Wurzel fachlicher Innovation? Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und die ›Volksgeschichte‹ in Deutschland. Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte«, in Horst Carl (Hg.), *Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen*, Berlin 2004, S. 41–55.

27 Man vergleiche nur Kötzsche, »Über Bedeutung« (Fn. 8) von 1916, und Ders., »Nationalgeschichte und Landesgeschichte« (Fn. 10) von 1923/24.

28 Dazu ausführlich Mühle, *Für Volk* (Fn. 4), S. 78–83.

29 Esther Ludwig, »›Ein sonniges Neuland‹ oder der Historiker als ›Diagnostiker am Leibe des Volkes‹. Zum Verhältnis von politischem Legitimationsbedarf und wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse anhand der Kontroverse der ›Kötzsche-Schule‹ mit Adolf Helboks Volkstumsgeschichte«, in *Westfälische Forschungen* 46 (1996), S. 49–72.

30 Esther Ludwig, »Das ›Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde‹ an der Universität Leipzig in den Jahren 1933–1941«, in *Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde* 20 (1995/96), S. 153–164; Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 277–279; von Hehl und Huttner, »Geschichte« (Fn. 11), S. 179 f.; Ulrich von Hehl, »In den Umbrüchen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Universität Leipzig vom Vorabend des Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1909 bis 1945«, in *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009*, Leipzig 2010, S. 13–329, hier S. 234 f.

31 von Hehl und Huttner, »Geschichte« (Fn. 11), S. 183.

dem Wirken fördernder Mächte, die im Inneren gestaltende Kraft gewinnen oder von der umgebenden Welt schicksalhaft in den Lebensraum eingreifen. Wer die Geschichte eines Landes und des in ihm heimfest werdenden Volkes tiefgründig erfassen will, geht bei seiner Betrachtung von dem Boden aus, auf dem sich die werdende Gemeinschaft gebildet hat und alle Entfaltung volklichen Lebens von den Anfängen frühester Kultureinpflanzung bis zur Schwelle einer hochentwickelten Gegenwart vor sich ging.³² Konsequenter entwickelte Kötzschke aus dieser Einsicht heraus die zu seiner Zeit methodisch innovative Verbindung von Landesgeschichte und Siedlungsforschung.

2. »Kulturräume« – multiperspektivische Landesgeschichte?

Angesichts der methodischen Entwicklung der sächsischen Landesgeschichte in Leipzig nimmt es nicht wunder, dass in den 1930er Jahren das Konzept der »Kulturraumforschung« auf Sachsen übertragen wurde. Seit 1920 stand Kötzschke in Verbindung mit Hermann Aubin, der wiederum gemeinsam mit Theodor Frings (1886–1968) in Bonn das Konzept der »Kulturraumforschung« begründen sollte.³³ Der Germanist und Sprachhistoriker Frings war 1927 einem Ruf an die Universität Leipzig gefolgt,³⁴ wo er über die Umbrüche von 1933 und 1945 hinaus eine große Wirkung entfalten konnte.

Theodor Frings hatte gemeinsam mit Hermann Aubin und dem Volkskundler Josef Müller 1926 das Werk »Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden« veröffentlicht.³⁵ Dieses Buch steht am Anfang jener landes-

32 Kötzschke und Kretzschmar, *Sächsische Geschichte* (Fn. 7), Band 1, S. 1. In den Nachkriegsausgaben (Fn. 7), S. 17 wird statt von »arteigenem« nur noch von »dem Volkstum« gesprochen.

33 Mühle, *Für Volk* (Fn. 4), S. 152–165; Franz Irsigler, »Vergleichende Landesgeschichte«, in Carl-Hans Hauptmeyer (Hg.), *Landesgeschichte heute* (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1522), Göttingen 1987, S. 35–54, hier S. 38–43. Siehe auch den Rückblick von Hermann Aubin, »Gemeinsam Erstrebtes. Umriss eines Rechenschaftsberichtes«, in Ders., *Grundlagen und Perspektiven* (Fn. 25), S. 100–124, hier S. 109 f. zum Leipziger »Kulturraum«-Werk.

34 Siehe die Würdigung in Rudolf Große (Hg.), *Sprache in der sozialen und kulturellen Entwicklung. Beiträge eines Kolloquiums zu Ehren von Theodor Frings (1886–1968)* (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-Historische Klasse 73,1), Berlin 1990; Günther Öhlschläger und Ludwig Stockinger, »Germanistik«, in von Hehl u. a. (Hg.), *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, Band 4 (Fn. 11), Halbband 1, S. 534–561, hier S. 548–550; von Hehl, »In den Umbrüchen« (Fn. 30), S. 230–232.

35 Hermann Aubin, Theodor Frings und Josef Müller, *Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden. Geschichte, Sprache, Volkskunde* (Veröffentlichung des

geschichtlichen Forschungstradition, die sich – wie eingangs angesprochen – als geschichtliche Landeskunde versteht.³⁶ Unter dem Titel »Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten« erschien 1936 das Leipziger Gegenstück zum Bonner Kulturraumwerk, für das Wolfgang Ebert, Theodor Frings, Käthe Gleißner, Rudolf Kötzschke und Gerhart Streitberg als Autoren verantwortlich zeichneten.³⁷

Die Verfasser bekennen sich im Vorwort zum rheinischen Vorbild: »Das Buch Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten gibt sich schon im Titel als Gegenstück zu den Kulturströmungen und Kulturprovinzen in den Rheinlanden von 1926«. ³⁸ Und zur Begründung des Vorhabens heißt es: »Auf die sprach- und kulturgeographische Untersuchung eines der hervorragendsten Kulturgebiete des deutschen Altlandes und der deutschen Westgrenze folgt die Frage nach der Landschaft, die seit Beginn der deutschen Ostsiedlung zugleich an der Grenze und im Mittelpunkt neudeutscher und ostdeutscher Kulturgeschichte gestanden hat«. Die Verfasser geben ihrer Hoffnung Ausdruck, »daß im Altlande der Faden nicht abreißt und daß im Neulande der norddeutsche und der süddeutsche Osten folgen möge. Im mitteldeutschen Osten bleibt Schlesien eine ungelöste Aufgabe«. Diese Bemerkung zielte offenkundig auf einen der Protagonisten der Kulturraumforschung, Hermann Aubin, der 1929 einem Ruf an die Universität Breslau gefolgt war.³⁹

Die »Kulturräume und Kulturströmungen« werden auf drei Ebenen behandelt. Dabei ist der erste Abschnitt über die Geographie des Obersächsisch-Thüringischen Raumes von Wolfgang Ebert (S. 1–14) überraschend knapp geraten, was damit zusammenhängen dürfte, dass die beiden ursprünglich vorgesehenen Bearbeiter ausgefallen waren,⁴⁰ so dass der Kötzschke-Schüler

Institut für geschichtliche Landeskunde an der Universität Bonn), Bonn 1926; unveränderter Nachdruck mit einem Vorwort zur Neuauflage von Franz Petri und Nachworten zum geschichtlichen und volkskundlichen Beitrag von Hermann Aubin und Matthias Zender, Bonn 1966. Zur Konzeption Mühle, Für Volk (Fn. 4), S. 469–472, und Nikolay-Panter, »Geschichte« (Fn. 4), S. 26–30.

36 Dazu zuletzt Franz Irsigler, »Landesgeschichte als regional bestimmte multidisziplinäre Wissenschaft«, in Lieselott Enders und Klaus Neitmann (Hg.), *Brandenburgische Landesgeschichte heute* (Brandenburgische Historische Studien 4), Potsdam 1999, S. 9–22.

37 Wolfgang Ebert, Theodor Frings, Käthe Gleißner, Rudolf Kötzschke und Gerhart Streitberg, *Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten* (Veröffentlichung der Forschungsinstitute für Kultur- und Universalgeschichte und für neuere Philologie, Abt. ältere Germanistik, sowie des Instituts für Heimatforschung an der Universität Leipzig), Halle/Saale 1936.

38 Dieses und die folgenden Zitate ebd., S. IX.

39 Mühle, Für Volk (Fn. 4), S. 72 ff.

40 Ebert u. a., *Kulturräume und Kulturströmungen* (Fn. 37), Vorwort S. XII.

einspringen musste. Ebert verwirft den Begriff »Mitteldeutschland« für den Untersuchungsraum als zu unpräzise, weil aus »verschiedenen Gesichtspunkten« unterschiedlich definiert.⁴¹ Statt dessen verwendet er den sperrigen Begriff des »Obersächsisch-Thüringischen Raumes«, womit das Gebiet »von Eger bis nördlich von Magdeburg, von der Zittauer Neiße bis zur Werra« bezeichnet wird.⁴² Suggestiv bemüht Ebert die Forschungen des Siedlungsgeographen Otto Schlüter (1872–1959), der den »mitteldeutschen Raum« schon in vorge-schichtlicher Zeit »für den größten alten Wohngau Mitteleuropas« gehalten hatte.⁴³ Ebert schafft damit die methodischen Voraussetzungen für die darauf aufbauenden Kapitel über Geschichte, Sprache und Volkstum, denn – so der Verfasser – »Naturgegebenheiten und menschlicher Wille wirkten also zusammen, die verschiedenen Kulturlandschaften im Obersächsisch-Thüringischen Raume entstehen zu lassen«.⁴⁴

Herzstück des Bandes bildet der Beitrag von Rudolf Kötzschke über die »Geschichte« (S. 15–173). Anders als in seiner ein Jahr zuvor erschienen »Säch-sischen Geschichte«, die einem chronologischen Erzählmuster mit eingebundenen Strukturanalysen folgt, wählt Kötzschke hier eine systematische Konzeption. In vier größeren Abschnitten werden behandelt: 1. staatlicher Aufbau und Gebietsentwicklung, 2. die Kirche, 3. Siedlung und Verkehr, 4. die Arten der Rechtsbildung und ihre räumliche Verbreitung. Zeitlich reicht die Darstellung vom frühen Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert. Die Neubildung der Länder in der Weimarer Republik wird noch gestreift, wobei Kötzschke die Betrachtung mit den Worten schließt: »Im geopolitischen und verkehrsgeographischen Sinne nimmt der sächsisch-thüringische Raum im Deutschen Reiche der Gegenwart die Stellung und Bedeutung Mitteldeutschlands ein.«⁴⁵ In der Tat bietet Kötzschkes Beitrag in nuce eine Geschichte Mitteldeutschlands und ist durch den konsequenten Blick auf die Entwicklungen in Sachsen, Thüringen und der Provinz Sachsen ein frühes Beispiel für vergleichende

41 Wolfgang Ebert, »Zur Geographie des Obersächsisch-Thüringischen Raumes«, in Ebert u. a., Kulturräume und Kulturströmungen (Fn. 37), S. 1.

42 Ebd., S. 3.

43 Ebd., S. 12. Vgl. Günther Schönfelder, »Otto Schlüters Mitteldeutscher Heimat-atlas und Beiträge zur Landeskunde im mitteldeutschen Raum«, in *Hercynia* NF 41 (2008), S. 159–187.

44 Ebert, »Zur Geographie« (Fn. 41), S. 12.

45 Rudolf Kötzschke, »Geschichte«, in Ebert u. a., Kulturräume und Kulturströmungen (Fn. 37), S. 68. Zum »Mitteldeutschland«-Begriff siehe nun die z. T. kontroversen Beiträge in Jürgen John (Hg.), »Mitteldeutschland«. *Begriff – Geschichte – Konstrukt*, Rudolstadt u. a. 2001, und dazu meine Besprechung in *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 55 (2005), S. 315–317.

Landesgeschichte. Gegenüber der Territorialentwicklung, die von Kötzschke auf 54 Druckseiten dargestellt wird, ist den Abschnitten Kirche mit 24 Seiten, Siedlung und Verkehr mit 43 Seiten und Rechtsbildung mit 25 Druckseiten ein angemessener Raum gewährt worden. Kötzschke hat mit diesen vier Kapiteln eine deutlich strukturgeschichtlich akzentuierte Synthese der Geschichte Mitteldeutschlands von der Völkerwanderungszeit bis zur neuesten Zeit geboten, die noch immer unübertroffen ist. Völlig zu Unrecht ist dieser Beitrag kaum beachtet worden und heute praktisch vergessen.

»Sprache und Volkstum« stehen im Mittelpunkt des dritten Großbeitrags (S. 174–272), der tatsächlich aber in drei Einzelbeiträge unterteilt ist: Während Theodor Frings die Sprachgeographie (S. 175–226) und Käthe Gleißner die Wortgeographie (S. 226–248) darstellen, hat Gerhart Streitberg das »Volkstum« behandelt (S. 248–261). Dass diese drei Beiträge im Band als eine Einheit erscheinen, hängt mit dem methodischen Vorgehen des Volkskundlers zusammen, der sich auf die Auswertung der sprach- und wortgeographischen Karten beschränkt.

Den Versuch einer Synthese des Gesamtwerkes hat Theodor Frings in seinem abschließenden Beitrag unternommen, der wie das Gesamtwerk überschrieben ist (S. 273–319). Nach Ansicht Frings seien der Geograph, der Historiker, der Sprachforscher, der Volkskundler »mit der gleichen Blickrichtung vor ihre Aufgabe getreten. Jeder hat seine Fragen gestellt mit Rücksicht auf den andern. Der Boden, die Geschicke der Menschen und ihrer Lebensräume, die Kulturgüter und Kulturformen sind in ihrem Sein und Werden beschrieben nach ihrer gegenseitigen Bedingtheit, Boden und Räume mit dem Blick auf die Füllungsmöglichkeiten, die Kulturgüter und Kulturformen mit dem Blick auf ihre räumliche Entwicklung und Ausdehnung«. ⁴⁶ In der Tat unternimmt Frings den Versuch, mit Hilfe geographischer, historischer und siedlungsgeschichtlicher Beobachtungen, die in sein Bild der Sprachgeographie eingepasst werden, das Bild von Kulturräumen und Kulturströmen zu entwerfen und damit seine Hauptthese der Entstehung der deutschen Hochsprache im meißnisch-obersächsischen Kernraum zu untermauern. Dies sei eine Leistung »von Staat und Stadt«, und diese Leistung »übernimmt und setzt fort der überragende Einzelne und sein Werk: Martin Luther«. ⁴⁷ Als Gesamtergebnis hält Frings fest: »Kulturraum, Staat und Stadt stehen in gleicher Fügung wie in der sprachlichen Entwicklung vor uns. Selbst die Kunstgeschichte ordnet sich ein«. ⁴⁸

⁴⁶ Theodor Frings, »Kulturräume und Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten«, in Ebert u. a., Kulturräume und Kulturströmungen (Fn. 37), S. 273.

⁴⁷ Ebd., S. 314 (die zitierten Worte sind gesperrt gesetzt).

⁴⁸ Ebd., S. 316.

Die Frage, ob es der Leipziger Forschergruppe tatsächlich gelungen ist, einen zusammengehörigen Kulturraum nachzuweisen, muss hier dahingestellt bleiben. Aus heutiger Sicht ist vielmehr der interdisziplinäre und multiperspektivische Ansatz von Interesse, der die Arbeitsweise der modernen Landesgeschichte auszeichnet, ohne dass sie sich freilich noch als Kulturraumforschung verstehen würde. Treffender erscheint demgegenüber die begriffliche Zuspitzung der Landesgeschichte als »regional bestimmte multidisziplinäre Wissenschaft«, wie es Franz Irsigler programmatisch formuliert hat.⁴⁹

Im Gegensatz zum rheinischen »Kulturraumwerk« von 1926, das nicht nur für das Leipziger Vorhaben Pate stand, sondern einen wissenschaftlichen Meilenstein markiert⁵⁰, war dem Ansatz der »Kulturraumforschung« in Sachsen im landesgeschichtlichen Rahmen keine größere Wirkung beschieden.⁵¹ Ein Grund dafür dürfte gewesen sein, dass Adolf Helbok, der Nachfolger des 1935 emeritierten Kötzschke, auf dem Lehrstuhl für sächsische Landesgeschichte trotz programmatischer Äußerungen nichts geleistet hat.⁵² Bei der weltanschaulichen Ausrichtung Helboks hätte man erwarten können, dass er das tun würde, was später DDR-Historiker Kötzschke unterstellt haben, nämlich den Ansatz der Kulturraumforschung durch die Ideologisierung der Begriffe »Volk« und »Raum« zur Blut-und-Boden-Geschichtsschreibung zu modifizieren. Aber Helbok blieb in Leipzig wissenschaftlich isoliert und folgte 1941 einem Ruf auf einen eigens für ihn geschaffenen Lehrstuhl für Volkskunde und Volkstumsgeschichte an der Universität Innsbruck, von dem er nach dem Ende der NS-Herrschaft 1945 freilich wieder entfernt worden ist. Aber auch konzeptionell haben die »Kulturströmungen« in Sachsen offenbar nicht überzeugen können, weil es dem Werk nicht gelungen ist, einen Raumbegriff zu konstruieren, der dem herkömmlichen und historisch flexiblen Sachsen-Begriff der Landesgeschichtsforschung überlegen gewesen wäre. Das ist damit zu erklären, dass der Grundduktus des Werkes nicht von Historikern, sondern von Sprachwissenschaftlern bestimmt wurde.

Mittelfristig betrachtet hat der von Theodor Frings in den »Kulturströmungen« begründete interdisziplinäre Ansatz in Leipzig aber doch noch Wirkung entfalten können, denn seit den 1950er Jahren kam es in Leipzig unter

49 Irsigler, »Landesgeschichte« (Fn. 36).

50 Nikolay-Panter, »Geschichte« (Fn. 4), S. 29 f.

51 Siehe dazu Bünz, »Sachsen« (Fn. 1), S. 170–172.

52 Siehe Wieland Held, »Die Bemühungen um die Weiterführung der wissenschaftlichen Traditionen des Leipziger Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde nach 1935«, in Held u. a. (Hg.), Rudolf Kötzschke und das Leipziger Seminar (Fn. 3), S. 71–90, bes. S. 71–74, und die in Fn. 30 genannte Literatur.

der Ägide von Frings, der 1957 emeritiert wurde, zu einer engen Zusammenarbeit von Germanisten und Slavisten, Siedlungshistorikern und Archäologen. Federführend waren dabei die Frings-Schüler Ludwig Erich Schmitt und Reinhard Olesch, später Ernst Eichler und Hans Walther.⁵³ Sie begründeten die bis heute in Leipzig lebendige Namenforschung, deren Ergebnisse sich vor allem in der Reihe »Deutsch-Slawische Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte« niedergeschlagen haben, die mittlerweile auf über 40 Bände angewachsen ist. Als große Bilanz der Leipziger Onomastik ist zudem auf das »Historische Ortsnamenbuch von Sachsen« hinzuweisen.⁵⁴

Während die Landesgeschichte in Westdeutschland vor allem im Verbund mit dem Fach Mittelalterliche Geschichte nach 1945 Forschungstrends bestimmte und viele Themen vorgab, wobei der Kötzschke-Schüler Walter Schlesinger eine zeitweilig maßgebliche Rolle spielte,⁵⁵ war sie in der DDR eine dem Untergang geweihte Disziplin. Wie schon die Abschaffung der Länder 1952 deutlich machte, war das zentralstaatlich ausgerichtete SED-Regime nicht daran interessiert, föderale Tendenzen und ein entsprechendes Regionalbewusstsein zu dulden. Landesgeschichte war damit obsolet und wurde im Laufe der 1950er Jahre an der Universität Leipzig marginalisiert und als akademische Disziplin weitgehend abgeschafft.⁵⁶ Freilich ging von Leipzig unter der Ägide

53 Siehe die Forschungsbilanz von Hans Walther, »Sprachgeschichtlich-landesgeschichtliche, insbesondere siedlungsgeschichtliche Lehre und Forschung im mitteldeutschen Osten in der Nachfolge Rudolf Kötzschkes«, in Held u. a. (Hg.), *Rudolf Kötzschke und das Leipziger Seminar* (Fn. 3), S. 145–188; Hans Walther, *Namenkunde und geschichtliche Landeskunde. Ein einführender Überblick, Erläuterungen namenkundlicher Fachbegriffe, Auswahlbibliographie zur Namenkunde und Landeskunde Ostmitteldeutschlands. Mit einem kurzen Wegweiser durch das Studium und Beiträgen aus Ostthüringen und Westsachsen* (1996 ff.), hg. von Ernst Eichler, Karlheinz Hengst und Jürgen Udolph, Leipzig 2003. Zur Einordnung auch Winfried Müller, »Landes- und Regionalgeschichte in Sachsen 1945–1989. Ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaften in der DDR«, in *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 144 (2008, erschienen 2010), S. 87–186, hier S. 153.

54 Ernst Eichler und Hans Walther (Hg.), *Historisches Ortsnamenbuch von Sachsen*, 3 Bände, bearb. von Ernst Eichler, Volkmar Hellfritsch, Hans Walther und Erika Weber (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 21), Berlin 2001.

55 Wilhelm Janssen, »Landesgeschichte im Nachkriegsdeutschland«, in Ulrich Reuling und Winfried Speitkamp (Hg.), *Fünfzig Jahre Landesgeschichtsforschung in Hessen* (Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 50, 2000), Marburg 2000, S. 403–421; Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 328–347; Enno Bünz, »Walter Schlesinger (1908–1984) – ein Lebensbild«, in Walter Schlesinger, *Beiträge zur Geschichte der Stadt Glauchau*, unter Mitarbeit von Thomas Lang hg. von Enno Bünz (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 18), Dresden 2010, S. 11–22.

56 Siehe dazu Müller, »Landes- und Regionalgeschichte« (Fn. 53), S. 102–115.

von Max Steinmetz und Karl Czok seit 1961 der Versuch aus, eine marxistisch-leninistische Regionalgeschichte zu begründen.⁵⁷ Die Regionalgeschichte richtete sich namentlich in Sachsen in einseitiger Akzentuierung gegen eine Konzeption von Landesgeschichte, wie sie Rudolf Kötzschke vertreten hatte, der in seiner »Sächsischen Geschichte« auf den Zusammenhang von Volk und Boden verwies. Dagegen wandte Karl Czok ein: »Es war jene Auffassung, die im Faschismus durch Geo- und Rassenpolitik pervertiert worden ist.«⁵⁸ Czok warf der traditionellen sächsischen Landesgeschichte einen dreifachen Sündenfall vor: positivistischer Methoden-Pluralismus, propreußische Betrachtung und geopolitische Konzeptionen.⁵⁹ Diese Argumentation gipfelte in anderen Zusammenhängen in dem Vorwurf des »geographischen Determinismus«. Dass sich dieser Vorwurf weder anhand des Werkes von Kötzschke noch des »Kulturraumwerkes« belegen lässt, sei nur am Rande angemerkt und dürfte vermutlich auch Czok bewusst gewesen sein.⁶⁰ In der programmatischen Abgrenzung von der bisherigen Landesgeschichte verfahren die Protagonisten der DDR-Regionalgeschichte freilich schärfer, als sie es dann in der konkreten Arbeit taten.

Die Unterdrückung der traditionellen Landesgeschichte in der DDR seit den 1950er Jahren hat die Entwicklung methodischer Neuansätze in der sächsischen Landesgeschichte für Jahrzehnte verhindert. Gleichwohl kann nicht

57 Die ideologischen Bedingungen und fachlichen Grenzen wurden in zahlreichen Publikationen benannt von Karlheinz Blaschke, siehe z. B. »Die ›marxistische‹ Regionalgeschichte. Ideologischer Zwang und Wirklichkeitsferne«, in Georg G. Iggers u. a. (Hg.), *Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem* (Historische Zeitschrift, Beiheft 27), München 1998, S. 341–368, und – polemisch überzogen – zuletzt »Sächsische Landesgeschichte und marxistisch-leninistische Regionalgeschichte. Zum Gedenken an den 60. Todestag von Rudolf Kötzschke am 3. August 2009«, in *Sächsische Heimatblätter* 55 (2009) Heft 4, S. 355–364. Siehe dagegen die Stellungnahme von Rudolf Groß, »Forschungen zur sächsischen Landesgeschichte nach Rudolf Kötzschke – eine persönliche Bemerkung«, in *Sächsische Heimatblätter* 56 (2010) Heft 1, S. 31–35. Zur Genese der DDR-Regionalgeschichte nun differenzierend Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 352–356, und als umfassende kritische Bilanz Müller, »Landes- und Regionalgeschichte« (Fn. 53), S. 115–147.

58 Karl Czok, *Über Traditionen sächsischer Landesgeschichte* (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philologisch-historische Klasse, Band 123, Heft 4), Berlin 1983, S. 7.

59 Ebd., S. 8.

60 Ludwig, »Ein sonniges Neuland« (Fn. 29), S. 72 verweist auf einen unpublizierten Vortrag, den der Kötzschke-Schüler Walther Schlesinger vor dem Sächsischen Altertumsverein in den 30er Jahren gehalten hat und worin er sich »von der geopolitischen Einseitigkeit, die den Menschen nicht zum Herrn, sondern zum Sklaven des Raumes machte«, distanzierte.

übersehen werden, dass trotz aller organisatorischen Beschränkungen und auch ideologischer Vorgaben z. T. Bedeutendes auf dem Feld der sächsischen Landesgeschichte geleistet wurde. Neben den Forschungen von Karl Czok und Helmut Bräuer zur Stadt-, Sozial-, und Handwerksgeschichte ist hier an die Arbeiten von Manfred Straube zur Handels- und Wirtschaftsgeschichte und von Wieland Held zur ländlichen Sozialgeschichte zu erinnern, aber auch an den Leipziger Neuzeithistoriker Hartmut Zwahr, dessen im Westen viel beachtete Untersuchungen zur Sozialgeschichte des 19. Jahrhunderts vor allem der Leipziger Arbeiterschaft galten.⁶¹ Die hier Genannten einfach unter dem Dach einer »marxistisch-leninistischen« DDR-Regionalgeschichte zu subsumieren, griffe zu kurz. Darüber hinaus ist auf die grundlegenden Leistungen zu verweisen, die von bürgerlichen Historikern wie Karlheinz Blaschke vollbracht wurden.⁶² Die DDR-Regionalgeschichte hat fast drei Jahrzehnte Zeit gehabt, ihre Leistungsfähigkeit in Abgrenzung von der traditionellen Landesgeschichte deutlich zu machen, doch hat sie dies nicht vermocht. Als 1989, wenige Wochen vor der Wende, die von Karl Czok herausgegebene »Geschichte Sachsens« erschien, heißt es darin: »Die Sächsische Geschichte konzentriert sich auf den kursächsischen Territorialstaat«.⁶³ Fast hundert Jahre nachdem Rudolf Kötzschke den alten Pfad der Territorialgeschichtsschreibung verlassen hatte, war man nun in Leipzig scheinbar wieder dort angekommen.

3. Landesgeschichte heute⁶⁴

Nach der friedlichen Revolution von 1989/90 wurden die Weichen für die sächsische Landesgeschichte neu gestellt. Im Zuge des Neuaufbaus des Hochschulwesens wurden an den drei Universitäten Leipzig, Dresden und Chemnitz landesgeschichtliche Lehrstühle eingerichtet. Nun schlug die Stunde einer Generation von Landeshistorikern, die aus verschiedenen Gründen keine Chance gehabt hatten, in der DDR eine Professur zu erhalten: Karlheinz Blaschke war bei seiner Berufung an die TU Dresden fast 65 Jahre alt; Wieland Held (1939–

61 Vgl. Müller, »Landes- und Regionalgeschichte« (Fn. 53), S. 131–170.

62 Siehe dazu Fn. 68.

63 Karl Czok (Hg.), *Geschichte Sachsens*, Weimar 1989, S. 14. Siehe die Rezension von Karlheinz Blaschke, in *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 126 (1990), S. 723–726.

64 Siehe die Beiträge in Hauptmeyer (Hg.), *Landesgeschichte heute* (Fn. 33). An Positionsbestimmungen der Landesgeschichte fehlt es in neuerer Zeit nicht. Neben dem grundlegenden Aufsatz von Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), und dem Buch von Gerlich, *Geschichtliche Landeskunde* (Fn. 16), sei hier u. a. verwiesen auf: Werner Buchholz (Hg.), *Landesgeschichte in Deutschland. Bestandsaufnahmen – Analyse – Perspektiven*,

2003), der den Lehrstuhl für sächsische Landesgeschichte an der Universität Leipzig erhielt, und Reiner Groß, zuletzt Direktor des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden, der auf eine Professur für Regionalgeschichte Sachsens an der TU Chemnitz berufen wurde, standen vor Erreichen des 55. Lebensjahres. Gerade angesichts dieser Tatsache ist es doch beachtlich, in welchem Maße es den drei Landeshistorikern in Dresden, Leipzig und Chemnitz gelungen ist, eigene Akzente zu setzen und vor allem den studierenden Nachwuchs für landesgeschichtliche Themen zu gewinnen.⁶⁵ Sie haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass in Sachsen wie in keinem anderen der Neuen Bundesländer ein kraftvoller Wiederbeginn der Landesgeschichte möglich wurde.

Mit großer Tatkraft hat Karlheinz Blaschke in den wenigen Jahren, die er als Universitätsprofessor wirken konnte, die landesgeschichtliche Forschung in Dresden neu begründet. Er hat dabei nie ein Hehl daraus gemacht, dass er sich der Tradition seines Leipziger Lehrers Rudolf Kötzschke verpflichtet fühlt. Durch sein Studium bei Kötzschke und die Tätigkeit im Sächsischen Hauptstaatsarchiv 1951 bis 1968 sei er, so Blaschke selbst, »in die Tradition der sächsischen Landesgeschichte und geschichtlichen Landeskunde hineingewachsen und habe die Weiterarbeit im Sinne der alten Vorbilder als verpflichtende Aufgabe empfunden.«⁶⁶ Dass Blaschke aufgrund seiner Leistungen »als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR«⁶⁷ und aufgrund seines imposanten wis-

Paderborn usw. 1998; Heinz Dopsch, »Vergleichende Landesgeschichte in Österreich: Realität, Vision oder Utopie?«, in *Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark* 91/92 (2000/2001), S. 53–92; Ludwig Holzfurtner, »Landesgeschichte«, in Michael Maurer (Hg.), *Aufriß der Historischen Wissenschaften, Band 2: Räume* (Reclams Universal-Bibliothek 17028), Stuttgart 2001, S. 348–414; Alois Schmid, *Landesgeschichte in Bayern. Versuch einer Bilanz* (Hefte zur bayerischen Landesgeschichte 4), München 2005; Joachim Schneider, »Deutsche Landesgeschichte im Wandel? Programmatik in überregionalen Bestandsaufnahmen seit etwa 1970 und künftige Entwicklungschancen«, in *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 70 (2007), S. 33–55; Werner Freitag, »Was ist wissenschaftlich? Alte und neue Fragen einer Landesgeschichte für Westfalen«, in Werner Freitag und Peter Johanek (Hg.), *Bünde – Städte – Gemeinden. Bilanz und Perspektiven der vergleichenden Landes- und Stadtgeschichte*, Köln u. a. 2009, S. 1–15.

⁶⁵ Über Wieland Held siehe meinen Nachruf mit Schriftenverzeichnis in *Blätter für deutsche Landesgeschichte* 138 (2002, erschienen 2005), S. VII–XV. Der Chemnitzer Landeshistoriker Groß ist durch eine Festschrift geehrt worden, die ein Verzeichnis seiner Schriften und der von ihm angeregten Dissertationen enthält: Renate Wißwa u. a. (Hg.), *Landesgeschichte und Archivwesen. Festschrift für Reiner Groß zum 65. Geburtstag*, Dresden o. J. (2002), S. XVII–XXXIX.

⁶⁶ Blaschke, *Atlas zur Geschichte und Landeskunde* (Fn. 21), S. 9.

⁶⁷ Karlheinz Blaschke, »Als bürgerlicher Historiker am Rande der DDR. Erlebnisse, Beobachtungen und Überlegungen eines Nonkonformisten«, in Karl Heinrich Pohl (Hg.),

senschaftlichen Œuvres nach 1989/90 zunächst eine bestimmende Rolle zufiel, überrascht nicht.⁶⁸

Man kann – wenn auch etwas überspitzt – feststellen, dass die sächsische Landesgeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Rudolf Kötzschke, in der zweiten Hälfte hingegen von seinem Schüler Karlheinz Blaschke geprägt worden ist. Für die Landesgeschichte bedeutet dies, dass sie räumlich nach wie vor auf das wettinische Sachsen als Kernterritorium ausgerichtet ist, dass sie methodisch siedlungsgeschichtliche Ansätze stark akzentuiert und dass forschungsorganisatorisch seit den 90er Jahren Langzeitvorhaben durchgeführt wurden, die letztlich auf Anregungen Rudolf Kötzschkes zu Beginn des 20. Jahrhunderts zurückgehen: die Neubearbeitung des Historischen Ortsverzeichnisses von Sachsen,⁶⁹ die systematische Erschließung der kursächsischen Amtserbbücher aus der Mitte des 16. Jahrhunderts⁷⁰ und die Bearbeitung eines »Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen«, dessen Karten und Beihefte von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen herausgegeben wurden.⁷¹

Historiker in der DDR (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1580), Göttingen 1997, S. 45–93; mit einem zusätzlichen Dokumentenanhang auch selbständig unter demselben Titel (Reden und Aufsätze zur sächsischen Geschichte 2), Dresden o. J.

68 Eine Bibliographie seiner Veröffentlichungen bis 1997 in Uwe John und Josef Matzerath (Hg.), *Landesgeschichte als Herausforderung und Programm. Karlheinz Blaschke zum 70. Geburtstag* (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 15), Stuttgart 1997, S. 799–831, von 1997 bis 2002 in Karlheinz Blaschke, *Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze*. Aus Anlass seines 75. Geburtstages hg. von Uwe Schirmer und André Thieme (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 5), Leipzig 2002, S. 601–612, von 2002 bis 2007 in Winfried Müller (Hg.), *Perspektiven der Reformationsforschung in Sachsen. Beiträge des Ehrenkolloquiums zum 80. Geburtstag von Karlheinz Blaschke* (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 12), Dresden 2008, S. 153–166.

69 Karlheinz Blaschke (Hg.), *Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen. Neubearbeitung*, bearb. von Susanne Baudisch und Karlheinz Blaschke, 2 Bände (Quellen und Materialien zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 2), Leipzig 2006. Das Werk wird als Digitales Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen im Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden laufend aktualisiert, siehe: <http://hov.isgv.de> (28.11.2010).

70 Das Vorhaben wurde ebenfalls am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden bearbeitet: <http://isgv.servftp.org/rep sax> (27.11.2010). Siehe den Vorbericht des Bearbeiters André Thieme, »Die kursächsischen Amtserbbücher aus der Mitte des 16. Jahrhunderts und ihre digitale Erfassung«, in *Neues Archiv für sächsische Geschichte* 74/75 (2003/4), S. 413–422.

71 Karlheinz Blaschke (Hg.), *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen*,

Am Beginn des 21. Jahrhunderts kann die sächsische Landesgeschichte aber nicht nur auf einen gelungenen Neubeginn der Forschung nach der deutschen Wiedervereinigung 1989/90, sondern mittlerweile auch auf 20 Jahre erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Neben der universitären Landesgeschichte ist an dieser Stelle auch auf das vom Freistaat Sachsen 1997 gegründete Institut für sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden zu verweisen, das aus der mitteldeutschen Forschungslandschaft nicht mehr wegzudenken ist.⁷² Wollte man eine umfassende Bilanz ziehen, wofür hier der Raum fehlt, müsste aber auch auf die Forschungsleistungen vieler anderer Institutionen in Sachsen wie beispielsweise das Landesamt für Archäologie hingewiesen werden, ebenso auf die Arbeit der Historischen Vereine, die sich auf regionaler und lokaler Ebene gebildet haben, und nicht zuletzt wäre auch hervorzuheben, dass über Themen der sächsischen Landesgeschichte keineswegs nur an den landesgeschichtlichen Lehrstühlen der sächsischen Universitäten und auch nicht nur in Sachsen gearbeitet wird.

Wenn ich abschließend die Frage »quo vadis Sächsische Landesgeschichte?« stelle, dann kann deshalb die Antwort nicht lauten: nur unverdrossen weiter auf den einst von Rudolf Kötzschke gebahnten und von anderen weiter beschrittenen Wegen. Kötzschkes große Leistungen liegen auf dem Gebiet der sächsischen Siedlungsgeschichte. Sie ist als Thema und als Methode der Landesgeschichte selbstverständlich nicht obsolet und wird auch weiterhin bei der Erforschung der sächsischen Landesgeschichte eine Rolle spielen.⁷³ Dies gilt auch für die sächsische Stadtgeschichte, der sich mit besonderer Intensität und mit Konzentration auf die Frühzeit Karlheinz Blaschke angenommen hat.⁷⁴ Auf beiden Gebieten wird noch manches an Grundlagenforschung zu leisten sein,

Dresden u. a. 1998 ff. Siehe dazu Bünz, »Atlas« (Fn. 24), S. 323–334, sowie zahlreiche einschlägige Beiträge über Stand und Perspektiven des Vorhabens in *Sächsische Heimatblätter* 52 (2006) Heft 1.

⁷² *Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 1997–2007* (Spurensuche 1), Dresden 2007. Siehe auch die Homepage des Instituts (www.isgv.de) (2.12.2010) und die jährlichen Arbeitsberichte in *Neues Archiv für sächsische Geschichte*.

⁷³ Eine Gesamtbibliographie der Arbeiten Rudolf Kötzschkes wird erscheinen in *100 Jahre Landesgeschichte* (Fn. 3). Die von Kötzschke betreuten Dissertationen verzeichnet Uwe Schirmer, »Graduierungsschriften am Leipziger Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde (1906–1950). Ein Forschungsbericht«, in Held u. a. (Hg.), Rudolf Kötzschke und das Leipziger Seminar (Fn. 3), S. 91–144.

⁷⁴ Karlheinz Blaschke, *Stadtgrundriß und Stadtentwicklung. Forschungen zur Entstehung mitteleuropäischer Städte. Ausgewählte Aufsätze*, unter Mitarbeit von Uwe John hg. von Peter Johaneck (Städteforschung, Reihe A, 44), zweite, unveränd. Aufl., Köln u. a. 2001.

bis sich in größeren Synthesen die Agrargeschichte und die Stadtgeschichte Sachsens werden darstellen lassen.⁷⁵

Aber noch wichtiger wird es sein, neue Wege zu beschreiten und andere Forschungsfelder zu bestellen. Nur einige wenige sollen hier – notgedrungen aus der subjektiven Perspektive des Verfassers – kurz dargestellt werden, um deutlich zu machen, was Landesgeschichte zu leisten vermag. An der Universität Leipzig ist seit 2002 unter Leitung einer Senatskommission eine mehrbändige Geschichte der Universität Leipzig erarbeitet worden, die seit der 600-Jahrfeier 2009 sukzessive erschienen ist.⁷⁶ Universitätsgeschichte lässt sich heute nicht mehr als bloße Institutionen- und Bildungsgeschichte schreiben, sondern sie muss eingebettet werden in einen größeren Untersuchungsrahmen, den ich als »Bildungslandschaft Mitteldeutschland« umschreiben möchte,⁷⁷ und reicht selbst darüber hinaus, weil der Einzugsbereich der Universität Leipzig vor der Reformation nahezu mitteleuropäische Dimensionen annahm. Am Leipziger Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte bildet seit Jahren »Sachsen in vor-reformatorischer Zeit« einen Arbeitsschwerpunkt, der auf die Erforschung von Kirche, Klerus und Frömmigkeit im 15. und frühen 16. Jahrhundert zielt. Ein solches Vorhaben kann sich nicht an territorialen Grenzen orientieren, sondern lehnt sich sinnvoller Weise an die Bistumsorganisation an. So ist neben den Bistümern Meißen, Merseburg und Naumburg auch der thüringische Teil des Erzbistums Mainz in den Blick zu nehmen, war dies doch der Raum, in dem

75 In diesen Kontext gehört z. B. das DFG-Projekt »Ländlicher Alltag auf dem Weg in die Moderne. Sächsische und oberlausitzische Agrargesellschaften zwischen Rétablissement und 1. Weltkrieg (1763–1914)«, das von 2006 bis 2010 im Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden von Elke Schlenkrich und Ira Spieker bearbeitet wurde. Siehe als erstes Ergebnis: Ira Spieker, Elke Schlenkrich, Johannes Moser und Martina Schattkowsky (Hg.), *UnGleichzeitigkeiten. Transformationsprozesse in der ländlichen Gesellschaft der (Vor-)Moderne* (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 13), Dresden 2008.

76 *Geschichte der Universität Leipzig in fünf Bänden*, hrsg. im Auftrag des Rektors von der Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Leipzig 2009–2010.

77 Ich verweise auf die zahlreichen Monographien und Sammelbände der »Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (BLUWiG)«, Reihe A und Reihe B, Leipzig 2002 ff. Meine eigenen einschlägigen Arbeiten sind über das Schriftenverzeichnis der Homepage des Lehrstuhls für Sächsische Landesgeschichte leicht zu ermitteln (<http://www.uni-leipzig.de/histsem/index.php?id=publikationen>) (2.12.2010). Einschlägige Magisterarbeiten und Dissertationen meiner Schüler Thomas Lang, Fanny Münnich, Jens Schubert, Alexander Sembdner, Julia Sobotta und Marek Wejwoda sind teils abgeschlossen, teils noch in Bearbeitung.

sich die frühreformatorische Bewegung zunächst entfaltet hat.⁷⁸ Die Beschränkung mancher Vorhaben allein auf das Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen hat dabei eher forschungspraktische Gründe, wie auch das Sächsische Klosterbuch zeigt, das seit 2010 am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde in Dresden bearbeitet wird.⁷⁹

»Was darf und was kann Landesgeschichte?« – auf diese Frage hat Franz Irsigler die Antwort gegeben: »Landesgeschichte darf alles, fast alles«. ⁸⁰ Daher sind auch Richtungsdebatten in der Landesgeschichte meist besonders fruchtlos. Ludwig Petry, der Gründungsdirektor des Mainzer Instituts für Geschichtliche Landeskunde, hat das Arbeitsfeld der Landesgeschichte 1961 auf die einprägsame Formel gebracht: »In Grenzen unbegrenzt«. ⁸¹ »Unbegrenzt«, das zielt auf die thematisch, inhaltlich und methodisch nahezu unendlichen Arbeitsfelder des Landeshistorikers, der in thematischer Hinsicht weniger festgelegt ist als der sogenannte Allgemeinhistoriker, der sich beispielsweise schwerpunktmäßig mit »der großen Politik«, mit sozialen Prozessen, mit Gesten, Riten und Symbolen oder anderen Leitthemen beschäftigt. Der Landeshistoriker muss

78 Zuletzt Enno Bünz, »Neun Teufel, die den Pfarrer quälen«. Zum Alltag in den mittelalterlichen Pfarreien der Oberlausitz, in Lars-Arne Dannenberg und Dietrich Scholze (Hg.), *Stätten und Stationen religiösen Wirkens. Studien zur Kirchengeschichte der zweisprachigen Oberlausitz* (Schriften des Sorbischen Instituts. Spisy Serbskeho instituta 48), Bautzen 2009, S. 19–54; Enno Bünz, »Markgraf Wilhelm I. von Meißen und die Kirche«, in *Wilhelm der Einäugige, Markgraf von Meißen (1346–1407). Tagungsband* (Saxonia. Schriften des Vereins für sächsische Landesgeschichte 11), Dresden 2009, S. 54–66; Enno Bünz, »Denn tuchmachern stehet zu vorsorgenn« – Überlegungen zur Ordnung der Löbauer Spielprozession von 1521«, in *Volkskunde in Sachsen 22* (2010), S. 9–50. Die früheren Arbeiten sind auf meiner Lehrstuhl-Homepage (Fn. 77) genannt. Einschlägige Magisterarbeiten und Dissertationen meiner Schüler sind in den letzten Jahren von Markus Cottin, Tim Erthel, Antje J. Gornig, Michael Hofmann, Hermann Kinne, Dirk Martin Mütze, Christian Soback, Julia Sobotta, Frank-Joachim Stewing, Christoph Volkmar, Sabine Zinsmeyer und Anja Zschornak begonnen bzw. schon abgeschlossen worden.

79 »Sächsisches Klosterbuch. Systematische Beschreibung der mittelalterlichen Klöster und Stifte im Gebiet des Freistaates Sachsen« (<http://web.isgv.de/index.php?page=1039>) (2.12.2010). Vgl. Enno Bünz, »Das mittelalterliche Brandenburg als Geschichts- und Klosterlandschaft. Zum Erscheinen des Brandenburgischen Klosterbuchs«, in *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 53 (2007), S. 285–317.

80 Irsigler, »Landesgeschichte« (Fn. 36), S. 15.

81 Ludwig Petry, »In Grenzen unbegrenzt. Möglichkeiten und Wege der geschichtlichen Landeskunde«, in *Jahresgabe des Instituts für geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz 1961*, Mainz 1961, S. 3–17; wiederabgedruckt in Fried (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte* (Fn. 10), S. 280–304.

dabei einen nicht immer leichten Spagat vollführen: Auf der einen Seite darf er allgemeine Forschungstrends nicht außer Acht lassen, schon um seine Anbindungsfähigkeit nicht zu verlieren. Auf der anderen Seite sollte ein Landeshistoriker aber auch die grundsätzlich »unbegrenzten« Möglichkeiten nicht zugunsten thematisch einseitiger Schwerpunktbildungen oder zu starker Orientierung an aktuellen Trends preisgeben.

Der Landeshistoriker arbeitet andererseits, wie Ludwig Petry es in seinem Diktum zum Ausdruck brachte, »in Grenzen«. Das zeigt eben an, dass die Tätigkeit des Landeshistorikers, und deshalb heißt er ja auch *Landes*-Historiker, auf ein Land, auf einen durch Geographie, Geschichte, Kultur und/oder Wahrnehmung umschriebenen Raum bezogen ist (womit im Sinne einer vergleichenden Landesgeschichte allerdings nicht gesagt ist, dass der Landeshistoriker nur auf *ein einziges* Land konzentriert sein sollte, denn die methodische Forderung lautet vielmehr »vergleichende Landesgeschichte«⁸²). Die Raumorientierung ist das entscheidende Kriterium, das die vielfältigen landesgeschichtlichen Forschungsansätze verbindet.⁸³ Hermann Aubin hat jenseits aller Kategorien vom »Land an sich« gesprochen,⁸⁴ worum es sich dabei handelt, muss jedoch von Fall zu Fall definiert werden. Der sogenannte »spatial turn« in der Geschichtswissenschaft hat zu geradezu absurden Debatten darüber geführt, welche Arten von Räumen den Historiker interessieren könnten, auch solchen, die gar nicht geographisch, sondern mental, sozial oder wie auch immer bestimmt sein können.⁸⁵ Der Landeshistoriker hält sich als Praktiker tunlichst an sein Bundesland, manchmal aber auch nur an einen Teil davon, sei es nun Westfalen, Württemberg oder Holstein, die Oberlausitz oder das Leipziger Land. In der Forschungspraxis können sich je nach Fragestellung aber auch andere Abgrenzungen aufdrängen, beispielsweise die Grenzen von Territorien oder von Bistümern, so dass die Bundeslandgrenzen auch überschritten werden mögen.

Im Spannungsfeld von Globalisierung und Regionalisierung hat die Landesgeschichte ihre unverzichtbare Funktion. Ihre Aufgaben liegen vor Ort, in den Regionen, für die sie zuständig ist, und reichen zugleich darüber hinaus. Wie kein anderer ist der Landeshistoriker mit »seinem Land« vertraut, kennt

82 Siehe dazu Werner, »Zwischen politischer Begrenzung« (Fn. 2), S. 362 f.; Irsigler, »Vergleichende Landesgeschichte« (Fn. 33); Dopsch, »Vergleichende Landesgeschichte« (Fn. 64); Schneider, »Deutsche Landesgeschichte« (Fn. 64).

83 Gewissermaßen als kleinster gemeinsamer Nenner, wie Irsigler, »Vergleichende Landesgeschichte« (Fn. 33), S. 39 betont.

84 Aubin, *Geschichtliche Landeskunde* (Fn. 25), S. 17.

85 Doris Bachmann-Medick, »Spatial turn«, in Dies., *Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*, Reinbek 3. Aufl. 2009, S. 284–328; Jörg Döring u. a. (Hg.), *Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2002.

den Forschungsstand und vor allem die Quellen, die Archiv- und Bibliotheksverhältnisse, ist mit den Vertretern der Nachbarfächer – Kunstgeschichte, Geographie, Archäologie, Volkskunde und andere mehr – vernetzt. Wer Landesgeschichte als multidisziplinäre Wissenschaft versteht und betreibt, kann angesichts der ständig wechselnden Trends und Moden der Geschichtswissenschaft gelassen bleiben. Die allgemeine Geschichtswissenschaft schreitet schon seit längerem von der Nationalgeschichte zur Geschichte Europas voran, doch mittlerweile sind bereits neue Paradigmata wie »Transnationale Geschichte« und »Globalgeschichte« auf den Plan getreten. Diese Trends haben ihre Berechtigung, weil sie den allgemeinen politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen folgen. Aber es wäre verfehlt, deshalb die – gemessen an diesen Ansätzen – relativ kleinräumliche Perspektive der Landesgeschichte als überholt anzusehen, gilt doch für die Gegenwart, noch stärker aber für die Vergangenheit, dass sich das Leben der meisten Menschen zumeist in lokalen und regionalen Bezügen abgespielt hat (und abspielt). Davon vermittelt die Landesgeschichte gerade in ihrer konkreten Anschaulichkeit aus unterschiedlichen Perspektiven ein angemessenes Bild. Deshalb ist Landesgeschichte geschichtliche Landeskunde und vice versa.

Vielfalt und Werte der sächsischen Denkmallandschaft

Sachsens Kulturlandschaften weisen eine große Vielfalt und Reichhaltigkeit auf, in ihren Landschaftsräumen ebenso wie in ihrem Denkmalbestand. Die Landschaftsräume in Sachsen sind sehr unterschiedlich ausgeprägt und begütert. In reizvollem Wechsel folgen wald-, erz-, mineralien- und wasserreiche Gebirge, fruchtbare Vorgebirge, Tiefebene, Flusstäler und Heidegebiet. Auch die Voraussetzungen für Ackerbau und Viehzucht – Bodenfruchtbarkeit, Wasserverfügbarkeit, klimatische Verhältnisse, vorhandene Baustoffe usw. – differieren stark.

Bedingt durch die natürlichen Gegebenheiten entwickelten sich sehr unterschiedliche historische Ausprägungen in den Besiedlungs- und Baustrukturen. Die eindrucksvolle Reichhaltigkeit und qualitätvolle Ausprägung der sächsischen Denkmallandschaften geht u. a. auf frühe Silberfunde im Erzgebirge zurück. Dieser frühe wirtschaftliche und innovative Schub wirkte sich auf das ganze Land aus. Es entwickelte sich eine reiche Baukultur, die den Maßstäbe setzenden Bauten des kunstsinnigen und repräsentationsfreudigen Herrscherhauses zu verdanken war – zahlreiche Kulturdenkmale legen noch heute unmittelbares Zeugnis davon ab.

Das Sächsische Denkmalschutzgesetz von 1993 definiert Kulturdenkmale als »von Menschen geschaffene Sachen, Sachgesamtheiten, Teile und Spuren von Sachen einschließlich ihrer natürlichen Grundlagen, deren Erhaltung wegen ihrer geschichtlichen, künstlerischen, wissenschaftlichen, städtebaulichen oder landschaftsgestaltenden Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt.« Sie sind materielle Zeugnisse gerade dieser landesgeschichtlichen Entwicklung. Diese Werte gilt es zu erkennen, zu erforschen, zu dokumentieren, in enger Verbindung und Abstimmung mit den Denkmaleigentümern zu pflegen und für künftige Generationen zu bewahren. Für die Realisierung dieses im Sächsischen Denkmalschutzgesetz formulierten Auftrages ist das Landesamt für Denkmalpflege zuständig.

Das Sächsische Denkmalschutzgesetz folgt mit diesen Grundsätzen der schon 1825 im § 1 des »Königlich sächsischen Vereins zur Erforschung und

Erhaltung vaterländischer Alterthümer« formulierten Aufgabenbeschreibung denkmalpflegerischer Arbeit. Das in den Jahren der Napoleonischen Kriege in Deutschland gewachsene nationale Selbstverständnis hatte zur verstärkten Würdigung und intensiveren Beschäftigung mit »vaterländischen Altertümern« geführt. Dabei kam der Bewahrung der Baudenkmale, die als bauliche Fixpunkte zu Symbolen der kulturellen Identität des Landes wurden und nun vor den Folgen gesellschaftlicher Umbrüche und der Industrialisierung zu sichern waren, besondere Bedeutung zu. Bis heute ist das Interesse der Bevölkerung an ihrem Herkommen, ihren »Wurzeln« und an ihrem historischen Umfeld ungebrochen. Dies belegen unzählige private Initiativen, die stabile Leserschaft der »Sächsischen Heimatblätter«, des Kalenders »Sächsische Heimat«, der »Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz e. V.« oder der »Werte der deutschen Heimat«. Auch dass die ehrenamtlich gestalteten »Tage des offenen Denkmals« und die vielen Naturschutzaktivitäten immer attraktiver und auch immer besser angenommen werden oder dass das Engagement z. B. im Landesverein Sächsischer Heimatschutz permanent steigt, kann als Indiz für ein steigendes Bevölkerungsinteresse an der jeweils eigenen Heimatregion verstanden werden.

Manches wirklich Wertvolle, Nachhaltige, Innovative liegt vielleicht als etwas in einer Landschaft lange Bewährtes, nur eben Vergessenes oder Bewahrenswertes unmittelbar vor der Tür. Kulturdenkmale verkörpern auf spezifische Weise Werthaltigkeit bzw. authentisch »erzählende«, gebaute Landesgeschichte. Die Wortstämme, die Bedeutung von »Wert« und »Würde« sind eng miteinander verwandt. Im Kulturdenkmal sind Wissen und Können unserer Altvorderen aufgehoben, auch deren eingebrachte Energie, ihre Haltung, ihr vertrauter Umgang mit der Landschaft und den von der Natur geschenkten Werten – im künstlerischen, handwerklichen, materialästhetischen und ethischen Sinne.

Vielleicht könnte das Erkennen und Bewahren dieser Werte zur Klärung gegenwärtiger Wertvorstellungen beitragen? Folgte man diesem Gedanken, wäre mit dem Verfall und der Gefährdung der Denkmal- und Kulturlandschaften unser eigenes Selbstverständnis bedroht oder zumindest in Frage gestellt. Es ginge unweigerlich mit diesen kulturellen Werten ein Teil unserer Würde verloren, gefolgt von einem »sich selbst vergessen«.

Und mit diesem »nicht mehr wissen« wäre unter Umständen eine Entwurzelung verbunden, ein nicht mehr wirklich »vor Ort Zuhause sein«. Im größeren Maßstab hieße das Heimatlosigkeit.

Europäisch und global betrachtet ist dies jedoch langfristig mit fatalen Folgen verbunden. Durch den Verlust eigenständiger Werte und den Verlust einer erkennbaren kulturellen Individualität und Prägung einer Kulturlandschaft

wird diese beliebig und unattraktiv, anfangs für Touristen, letztendlich auch für ihre Bewohner.

Im Folgenden sollen beispielhaft (noch) typische sächsische Denkmallandschaften kurz vorgestellt werden – das Sächsische Vogtland, das Erzgebirge, Chemnitz und westliches Erzgebirgsvorland, das Nordsächsische Heidefeld, die Lommatzscher Pflege, das Muldental, der Leipziger Südraum, die Oberlausitz und natürlich das Obere Elbtal.

Neben der Vielfalt und Wertigkeit der Denkmallandschaften und ihren historischen Entwicklungsschüben werden auch die mit dem strukturellen und demografischen Wandel einhergehenden Gefährdungen aufgezeigt. Die Gebietsauswahl ist landschaftlich ausgerichtet und streift die großen Städte nur. Dies schien gerechtfertigt, da sie weit häufiger als der ländliche Raum im Fokus der öffentlichen und fachwissenschaftlichen Wahrnehmung stehen.

Dieser Aufsatz kann nur knappe Einblicke in die vorhandene Wertfülle – auch zu deren Bedrohung – vermitteln, Hinweise geben und zu eigener Auseinandersetzung anregen.

Eine eigene praktische Anteilnahme an Erhaltung und Pflege von Kulturdenkmälern der jeweiligen Heimatregion setzt allerdings meist Erwerbschancen oder Lebensgrundlagen vor Ort voraus. Das Fehlen dieser Erwerbsgrundlagen erleben derzeit vor allem die nicht im Speckgürtel der Zentren gelegenen und damit auch als Pendler-Wohnorte nicht geeigneten Randgebiete, in denen die Kleinindustrie nach 1990 zusammengebrochen ist.

Denkmalpflege ist auch hier kein Allheilmittel und Sanierung kann dauerhaft nicht verordnet werden. Wo kein Nutzer bzw. Eigentümer mehr da ist, fehlen die für sich selbst und auch für die Gesellschaft Bewahrenden und Pflegenden, eben die nach dem Sächsischen Denkmalschutzgesetz für die Erhaltung Zuständigen. Allerdings wäre im kulturpolitischen Rahmen eingehender zu prüfen, ob für die Geschichte und das Selbstverständnis der Regionen wesentliche Objekte »über die Zeit« gebracht und für die kommenden Generationen erhalten werden müssten – auch ohne eine momentane Nutzung. Im Folgenden stellen die jeweils für die Region zuständigen Referenten des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen die von ihnen betreuten Kulturlandschaften dar.¹

1 Autoren: Dr. Wolfgang Nitsche (Sächsisches Vogtland), Dr. Udo Lorenz (Erzgebirge), Dr. Michael Streetz (Chemnitz und westliches Erzgebirgsvorland), Dr. Steffen Delang (Nordsächsisches Heidefeld, Muldental), Dipl.-Ing. Thomas Noky (Lommatzscher Pflege), Dr. Thomas Brockow (Leipziger Südraum), Dr. Ulrich Rosner (Oberlausitz), Dr. Ralf-Peter Pinkwart (Oberes Elbtal).

Sächsisches Vogtland

Die über Jahrhunderte gewachsene Kultur- und Denkmallandschaft des Sächsischen Vogtlandes ist zunächst durch die Schönheit der Natur geprägt. Das Vogtland bezeichnet unter topographischen Gesichtspunkten die Mittelgebirgslandschaft zwischen Erzgebirge und Thüringer Wald, eingebettet im Dreiländereck der deutschen Freistaaten Sachsen, Thüringen und Bayern sowie dem westböhmischem Egerland in Tschechien. Kulturgeschichtlich betrachtet ist das Vogtland ein historisch-politisches Territorium. Die Bezeichnung »terra advocatorum« (Land der Vögte) in einer Urkunde von Kaiser Karl IV. (1343) verbindet die grenzübergreifende Region am Oberlauf von Elster und Saale seither mit dem Namen »Vogtland«. Der Name der Landschaft verweist damit rückblickend auf das seit der hochmittelalterlichen Kolonisation der Stauferzeit um 1200 von den Vögten von Weida, Gera und Plauen verwaltete Reichsterritorium, das sich vom Egerland (»regio egire«, 1135) im Süden bis zum Pleißenland (»terra plisnensis«, 1158) im Norden erstreckte und als Reichsvogtei von königlich-kaiserlichen Beamten verwaltet wurde.

Das Vogtland blieb im Verhältnis zum Eger- und Pleißenland jedoch ohne Kaiserpfalz, Reichsburg und Reichsstadt und war damit stets Durchgangsgebiet zwischen den Reichsstädten Eger und Altenburg. Der im Verlauf des 13. Jahrhunderts von den drei Vogtlinien Weida, Gera und Plauen gebildete grenzübergreifende Herrschaftsraum geriet in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts in Lehnsabhängigkeit zu den Königen von Böhmen und zum Herrscherhaus der Wettiner. Das heutige Sächsische Vogtland wurde um 1600 vom Kurfürstentum Sachsen verwaltungsmäßig zum »Voigtlaendischen Creiss« zusammengefasst. Der »Vogtländische Kreis« wurde 1835 im Königreich Sachsen zum Kreis Zwickau geschlagen.

Die Kultur- und Denkmallandschaft Sächsisches Vogtland gliedert sich in drei annähernd eigenständige Landschaftsteile mit charakteristischen Einzelorten sowie regional bedeutsamen Kulturdenkmalen.

Das Obere Vogtland verbindet die Benennung »Klingende Täler« mit dem Namen der Städte Klingenthal und Markneukirchen, wo um ihres Glaubens willen vertriebene Emigranten über Jahrhunderte eine weltweit bekannte Musikinstrumentenindustrie aufbauten. Die Bezeichnung »Bäderwinkel« verbindet die Kurorte Bad Elster und Bad Brambach, wo deren radonhaltige Mineralquellen im ursächlichen Zusammenhang mit den Heilquellen im böhmischen Bäderdreieck Franzensbad, Marinenbad und Karlsbad stehen. Das Obere Vogtland erstreckt sich von der Stadt Adorf über den Musik- und Bäderwinkel bis hinauf zur Wintersportregion des 936 Meter hohen Aschbergs. Entlang der Zuflüsse und Bäche im Ursprungsgebiet der Weißen Elster befinden sich in

den tief eingeschnittenen Tälern im Südzipfel des Vogtlandes zahlreiche Dörfer, die in ihrer Holzblockbauweise mit Umgebende-Stützkonstruktion an den schmuckreichen Giebelseiten unter dem Einfluss der Böhmisches-Egerländer Zimmermannskunst stehen.

Das Mittlere Vogtland, auch als mittelvogtländisches Kuppenland bezeichnet, schließt sich mit seinen städtischen Zentren Oelsnitz und Plauen nördlich von Adorf in abwechslungsreicher Oberflächengestaltung an die »Vogtländische Schweiz« mit den Erholungsgebieten der Talsperren Pirk und Pöhl an. Die an der Weißen Elster gelegenen Städte Oelsnitz und Plauen fungierten seit dem mittelalterlichen Landesausbau als Zentren eines jeweils größeren Herrschaftsgebietes. Zu Zeiten der Hochkolonisation im 13. Jahrhundert war der sogenannte »Hradschin« zu Plauen die Residenz der Vögte von Plauen und Schloss »Voigtsberg« bei Oelsnitz der Sitz der Vögte von Straßberg. Plauen und Oelsnitz sind noch heute Verwaltungsmittelpunkte des Vogtlandes und darüber hinaus nach wie vor wichtige Verkehrs-, Produktions- und Industriestandorte. Die Stadt Plauen ist seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem als Produktionsstandort der Textilindustrie »Plauener Spitze« weltweit bekannt. Oelsnitz gelangte im 19. Jahrhundert als Teppichstadt zu Weltruf.

Das Untere Vogtland mit seinen Hochflächen, Hügeln und Flusstälern links- und rechtsseitig der Weißen Elster gliedert sich naturräumlich in das nördliche Vogtland und das östliche Vogtland. Letzteres ist entlang dem Tal der Göltzsch durch eine Siedlungskonzentration dicht beieinander liegender Städte wie Falkenstein, Ellefeld, Auerbach, Rodewisch und Lengenfeld gekennzeichnet. Nicht von ungefähr ist seit 1925 die Vereinigung der fünf Städte an der Göltzsch zu einer »Großstadt Göltzschtal« im Gespräch. Das nördliche Vogtland wird entlang des unteren Göltzschtals durch die Städte Netzschkau mit dem spätgotischen Schloss, Mylau mit seiner alten Kaiserburg und Reichenbach als Hauptort der Region mit seinen der Moderne verpflichteten städtischen Bauten geprägt. Der Städteverbund »Nördliches Vogtland« mit den Städten Reichenbach, Mylau, Netzschkau, Elsterberg, Lengenfeld und der thüringischen Stadt Greiz wirbt als »Göltzschtal-Region« mit der Göltzschtalbrücke als der größten Ziegelbrücke der Welt.

Das Sächsische Vogtland als traditionelles Kernland des länderübergreifenden Raumes im Südzipfel des Freistaates Sachsen ist aufgrund seiner landschaftlichen und kulturgeschichtlichen Eigenart als großflächige und nationalwertige Kulturlandschaft vergleichbar den Weinbergen entlang der Elbhänge oder den Bergbaulandschaften um Freiberg und Schneeberg.



Abb. 1: Schneeberg, Blick auf die Altstadt. Abdruck aller Abbildungen zu diesem Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Landesamtes für Denkmalpflege Sachsen.

Erzgebirge

Das Erzgebirge erhielt seinen Namen im 16. Jahrhundert wegen des ertragreichen Silberbergbaus. Es ist ein Pultschollengebirge, das durch viele Flusstäler gegliedert wird, von Norden sanft ansteigt und nach Süden steil abfällt. Das Erzgebirge wird im Südwesten durch das Vogtland und im Nordosten durch die Sächsische Schweiz begrenzt. Nach Norden geht es in das Erzgebirgsbecken bzw. das Erzgebirgsvorland über. Im Süden bestimmt es die naturräumliche Grenze zwischen Sachsen und Böhmen.

Durch das unwegsame, bewaldete Gebirge führten zunächst nur wenige Passstraßen, an denen Burgen und Siedlungen entstanden. Die bäuerliche Besiedlung des Erzgebirges begann in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Sie wurde durch verschiedene Adelsgeschlechter vorangetrieben und durch die Klöster im Vorland unterstützt. Obwohl das raue Klima nur bedingt Landwirtschaft zuließ, schob sich die Besiedlung immer weiter in das Gebirge vor. Es entstanden die für die Landschaft typischen Waldhufendörfer, später in den Kammlagen die Streusiedlungen.

Durch den Fund von Silbererz im Jahre 1168 in der Umgebung von Freiberg bildete sich ein bedeutendes Bergbaurevier heraus. Das »Berggeschrey« lockte verstärkt Menschen, die nach neuen Erwerbsmöglichkeiten

suchten, in das Erzgebirge. Neben Silber- wurden vor allem Zinn- und Eisenerz gewonnen. Eine zweite Blüte erlebte der Bergbau etwa ab der Mitte des 15. Jahrhunderts. Es entstanden viele neue Bergstädte. Sie verdankten ihre Gründung vielversprechenden Erzfunden in der unmittelbaren Umgebung. Während in Schneeberg die Besiedlung einer planmäßigen Stadtentwicklung zuvorkam, wurden die Städte Annaberg und Marienberg sowie mehrere kleinere Bergstädte wie Scheibenberg oder Oberwiesenthal nach sorgfältiger Platzsuche und nach einem auf das jeweilige Terrain abgestimmten städtebaulichen Entwurf und unter Aufsicht der Landesherrschaft angelegt. Neben dem Bergbau entwickelten sich vielfach Stätten der Erzverarbeitung.

Um 1550 setzte ein Niedergang des Bergbaus ein. Erst nach der Mitte des 18. Jahrhunderts nahm die Erzgewinnung wieder zu. Neben Silber wurden Kobalt, Uranerz, Kaolin, Blei, Zink und andere Metalle abgebaut. Geringer werdende Ausbeute und Preisverfall bei Rohstoffen führten im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert nach und nach zur Stilllegung der unwirtschaftlichen Gruben. Eine Montanindustrie konnte sich nicht entwickeln. Holzverarbeitung, Spitzenklöppeln, Stickerei und Textil- sowie Metallverarbeitung boten den Menschen neue Arbeitsmöglichkeiten. Ein erneuter Aufschwung des Bergbaus kam 1945 durch den Abbau von Uranerz insbesondere um Johanngeorgenstadt, Bad Schlema und Aue in Gang.

Die Kulturlandschaft des Erzgebirges verdankt ihren Charakter und ihre Entwicklung dem Bergbau. Er hat die Kultur und Lebensweise der Menschen lange Zeit bestimmt. Die Traditionen werden bis heute liebevoll gepflegt. »Alles kommt vom Bergwerk her« lautet ein historischer Ausspruch.

Das Erzgebirge kann auf einen umfangreichen Bestand an Kulturdenkmälern verweisen. Zeugnisse des Bergbaus wie Halden, Schächte, Huthäuser, Bergschmieden, Pingen oder Kunstgräben und Kunstteiche sind noch an vielen Orten anzutreffen. Die Altstädte von Freiberg, Zschopau, Wolkenstein, Schneeberg und Annaberg dokumentieren mit ihrer Stadtanlage, ihren unterschiedlichen Strukturen und topographischen Eigenheiten die Entwicklung des Städtebaus vom Mittelalter bis zur frühen Neuzeit. In Marienberg wurde 1521 ein auf antiken Städtebauteorien basierendes Idealstadtkonzept umgesetzt.

Mit den national bedeutenden obersächsischen Hallenkirchen in Freiberg, Annaberg und Schneeberg wurde ein wichtiger Beitrag zur spätgotischen Sakralarchitektur in Deutschland geleistet. Unter den Dorfkirchen nehmen die mittelalterlichen Wehrkirchen und die barocken Zentralbauten eine besondere Stellung ein. Die Herrschaftsbauten tragen den Charakter von Landmarken (Augustusburg) oder städtebaulichen Dominanten (Freiberg, Zschopau, Wol-

kenstein, Schwarzenberg, Neuhausen u. a.). Bei den Rittergütern und Herrenhäusern bilden die Hammerherrenhäuser eine eigenständige Gruppe. In den Bergstädten hat sich ein umfangreicher Bestand an Bürgerhäusern aus dem späten 15. bis zum 19. Jahrhundert erhalten. Hervorzuheben sind die Freiburger Altstadt mit ihren Häusern aus der Zeit der Spätgotik und der Renaissance sowie die barocken Bauten Schneebergs. Die reichen Erzfunde führten im späten 15. und im frühen 16. Jahrhundert auch zu einem Aufschwung der bildenden Kunst. Zahlreiche Bildschnitzer und Maler ließen sich in den Zentren Freiberg und Chemnitz sowie an anderen Orten nieder und schufen außergewöhnliche und kunstgeschichtlich bedeutende Werke.

Der Fachwerkbau prägte die ländliche Bauweise. Blockbau und Umgebände waren weit verbreitet. Im Erzgebirge wurden nach den erhaltenen Befunden die reichsten Fachwerkzierformen Sachsens hervorgebracht. Als Hofform dominierte der Dreiseithof. Durch die vielfach in den Erzgebirgsdörfern im 19. Jahrhundert einsetzende industrielle Entwicklung haben sich die Dorfbilder verändert. Wasserkraft und Holz boten die natürlichen Voraussetzungen für die Erzverarbeitung. Sie waren im Gebirge reichlich vorhanden und führten zur Entstehung vieler Hammerwerke und Mühlen. Als anschauliche Beispiele für das Hüttenwesen haben sich die Ensembles der Saigerhütte in Olbernhau-Grünthal und des Frohnauer Hammers erhalten.

Um 1800 setzte im Erzgebirge eine verstärkte industrielle Entwicklung ein, die bis heute in der Architektur der Städte und Dörfer ablesbar ist. Bemerkenswert sind die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandenen Spinnmühlen, die sich in ihrer architektonischen Gestaltung an traditionellen repräsentativen Bauten orientierten. Sie bildeten die Grundlage für die Textilindustrie im Chemnitzer Raum. Die Industriearchitektur war immer ein Synonym für wirtschaftlichen Fortschritt. Sie nahm im Verlauf des 19. Jahrhunderts Bezug auf die vorherrschenden Baustile. Vom Beginn des 20. Jahrhunderts an bis in die 1930er Jahre entstanden Industriebauten häufig als unkonventionelle moderne Architektur.

Die Bemühungen um die Erhaltung herausragender Werke der Architektur bzw. der bildenden Kunst reichen im Erzgebirge bis in das 15./16. Jahrhundert zurück. Am Anfang stehen die Umsetzungen der »Goldenen Pforte« am Freiburger Dom und der »Schönen Tür« des Meisters HW von der Franziskanerkirche an die St. Annenkirche in Annaberg. Besondere Beachtung verdient auch der Abbruch und Wiederaufbau der Lauterbacher Wehrgangkirche am neuen Standort auf dem Friedhof unter Bewahrung der vorhandenen Bausubstanz und der historischen Ausstattungsstücke (1905/06).

Von Kriegsschäden war besonders die Stadt Schneeberg betroffen. Der Wiederaufbau der St. Wolfgangskirche wurde von der Denkmalpflege über

mehrere Jahrzehnte begleitet. Er fand 1996 seinen Abschluss mit der Indienststellung des Cranach-Altars. Mit der Wiederherstellung der ursprünglichen Raumbauweise und der bedeutenden Ausstattung der St. Annenkirche in Annaberg-Buchholz durch moderne restauratorische Untersuchungsmethoden gelang eine international anerkannte denkmalpflegerische Leistung. Die erzgebirgischen Kirchgemeinden haben ihre Gotteshäuser mit viel Engagement gepflegt, so dass keine Kirchen abgängig wurden. Einen Schwerpunkt bildete zunehmend auch die städtebauliche Denkmalpflege. Von flächenhaften Gebäudeabbrüchen blieben die Bergstädte verschont. Durch finanzielle und materielle Zwänge waren die Möglichkeiten der Pflege von Kulturdenkmalen eingeschränkt. Trotzdem konnten bei der Instandsetzung und Restaurierung von Einzelbauten und Ensembles im städtischen und ländlichen Raum sowie bei der Industriedenkmalpflege sehr gute Ergebnisse erzielt werden.

Nach 1990 hat sich das Arbeitsfeld der Denkmalpflege durch die ergänzende Erfassung von Kulturdenkmalen und den Reparaturrückstand beträchtlich erweitert. Durch verschiedene Förderprogramme konnten viele Kulturdenkmale saniert und modernisiert werden. Das Erscheinungsbild der Altstädte und der Dörfer hat sich dadurch in den vergangenen beiden Jahrzehnten positiv verändert. Die Stilllegung von Betrieben und die demographische Entwicklung führten zunehmend auch zum Leerstand vieler technischer Denkmale sowie historisch wertvoller ländlicher und städtischer Gebäude. So steht die Denkmalpflege auch im Erzgebirge immer wieder vor neuen Herausforderungen.

Chemnitz und westliches Erzgebirgsvorland

Mit der Stadt Chemnitz und dem westlichen Erzgebirgsvorland von Flöha bis Glauchau verbindet sich vor allem der Gedanke an industrielle Produktion. Seit die Region im 19. Jahrhundert zu einem der führenden Zentren der industriellen Revolution in Deutschland aufstieg, prägten weitläufige Fabrikanlagen und Schornsteine das Angesicht der Städte und Dörfer. Eine Vielzahl an Eisenbahnstrecken beschleunigte den Prozess der Industrialisierung und ließ Chemnitz zu einem bedeutenden Eisenbahnknoten mit großem Rangierbahnhof sowie Bahnbetriebs- und Reparaturwerken werden. Viele Sachzeugen dieser Entwicklung haben sich trotz Kriegseinwirkungen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs nach der politischen Wende erhalten und bilden wesentliche Teile des Denkmalbestandes.



Abb. 2: Chemnitz, Eisenbahnviadukt über Annaberger Straße und Chemnitz-Fluss.

Das Oberzentrum Chemnitz geht auf zwei mittelalterliche Siedlungskerne zurück, die im Zuge der deutschen Ostkolonisation entstanden sind: das 1136 von Kaiser Lothar gestiftete Benediktinerkloster auf dem Schlossberg und die um 1170 als planmäßige Gründung Kaiser Friedrich Barbarossas in direkter Nachbarschaft zum Kloster entstandene Fernhandelsstadt.

Bis auf die romanischen Kerne vieler Dorfkirchen und deren spätgotische Überformung ist nur wenig bauliche Substanz aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit erhalten. Im Chemnitzer Stadtgebiet gehören dazu Kirche und Klausurgebäude des Klosters, das nach der Säkularisierung ab 1546 zum kurfürstlichen Schloss umgebaut wurde und heute als Schlossbergmuseum Objekte zur Stadtgeschichte und einen überregional bedeutenden Bestand an mittelalterlicher Plastik beherbergt. Darunter befindet sich das sogenannte Heilige Grab, ein um 1500 zur Verwendung in der Karliturgie entstandenes Schnitzwerk, das in der Nachbildung einer gotischen Kathedrale das Grab Christi zur Darstellung bringt. Mit der auf 1515 datierten Geißelsäule des Meisters HW und dem Ende der 1970er Jahre ins Kircheninnere versetzten Astwerkportal des Franz Maidburg von 1525 weist der heute als Gemeindekirche genutzte Sakralbau des Klosters selbst bedeutende Hauptwerke der spätmittelalterlichen sächsischen Skulptur auf.

Der Rote Turm, das erst später in die jüngere Stadtbefestigung einbezogene feste Haus des herrschaftlichen Richters, stellt das älteste profane Zeugnis

der Stadtbaugeschichte dar. Umliegende Herrensitze wie Schloss Lichtenwalde, Burg Rabenstein und Wasserschloss Klaffenbach legen Zeugnis von der in das waldreiche Erzgebirgsvorland ausgreifenden Landnahme ab.

Ein landesherrliches Bleichprivileg sicherte der jungen Stadt Chemnitz wirtschaftliche Dominanz in der Leinweberei, die ihre Ergänzung durch die Strumpfwirkerei des Limbacher Raumes fand. Beide Gewerbebezüge schufen die Grundlage für die rasche Industrialisierung des Chemnitzer Raumes, die um 1800 mit der Anlage erster Spinnmühlen nach englischem Vorbild ihren Anfang nahm. Die ältesten Beispiele dieses neuen Bautypus stellen das 1798 erbaute Produktionsgebäude der Bernhardschen Spinnerei in Harthau und die nahezu gleich alte, in späteren Erweiterungsbauten aufgegangene Spinnmühle der Webstuhlfabrik Schönherr im Zentrum der Stadt dar. Aufgereiht wie Perlenschnüre griffen diese charakteristischen Fabrikbauten entlang der Flüsse ins Umland aus.

Die technischen Fertigkeiten aus dem Bergbau des nahen Erzgebirges befruchteten die Entwicklung der industriellen Produktion. Im 16. Jahrhundert lebte Georgius Agricola, führender Theoretiker des Montanwesens und Betreiber einer Saigerhütte, in Chemnitz. Aus dem Bedürfnis der Textilunternehmer des frühen 19. Jahrhunderts nach Reparatur und Weiterentwicklung ihrer Produktionsmittel entstand der Maschinenbau als eigene Disziplin. Insbesondere sein Aufstieg – angefacht durch das Aufkommen des Dampfantriebs – trug Chemnitz den Beinamen »Sächsisches Manchester« ein. Steinkohlefunde in der Zwickauer Region sowie um Stollberg und Oelsnitz intensivierten den Prozess der Industrialisierung nach 1850.

Die gewerbliche Produktion hat dem Chemnitzer Raum nicht nur unzählige Fabrikbauten beschert, sondern mit dem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften im ausgehenden 19. Jahrhundert zu einer raschen Ausbreitung der Siedlungsgebiete geführt. Dies ist besonders gut an den gründerzeitlichen Erweiterungsgebieten der Stadt Chemnitz ablesbar. Ihre Bevölkerungszahl wuchs von 45 000 (1860) auf 300 000 zu Beginn des Ersten Weltkriegs an. Das Stadtgebiet griff erstmals über den mittelalterlichen Kern hinaus.

Die erfolgreichen Fabrikanten ließen sich prachtvolle Villen errichten und bereicherten das öffentliche Leben als Stifter und Mäzene. Herbert Esche, Spross einer nach Chemnitz übergewanderten Strumpfwirkerdynastie aus Limbach, engagierte für den Bau seines Wohnhauses – die Villa Esche – den avantgardistischen belgischen Jugendstilkünstler Henry van de Velde und quartierte später den norwegischen Maler Edvard Munch, der eine umfangreiche Porträtfolge der Familie schuf, bei sich ein. Beiden Künstlern half er so bei ihrer Etablierung in Deutschland.



Abb. 3: Chemnitz, Villa Esche, Parkstraße.

Mit dem steigenden Wohlstand nach der Reichsgründung 1871 entstanden zahlreiche Verwaltungs- und Kulturbauten, in den 1920er Jahren etliche Fabriken im Art-Deco-Stil der Roten Moderne. Der aufblühende Uranabbau um Johannegeorgenstadt und Schwarzenberg ließ in Chemnitz das Verwaltungszentrum der deutsch-sowjetischen Wismut (SDAG) entstehen. Im Stadtteil Siegmarsdorf wurden Verwaltungsbauten, Freizeiteinrichtungen, ein Krankenhaus sowie ein Kultursaalgebäude im stalinistischen Stil, der heute vom Abriss bedrohte »Palast der Bergarbeiter«, errichtet.

In der Stadt Chemnitz und ihrem Umland bemühen sich vor allem mittelständische Unternehmen des Maschinenbaus, die gewerblich-technische Tradition fortzusetzen. Die Technische Universität Chemnitz unterstützt sie mit innovativer Forschung. Unter der Tourismusmarke »Stadt der Moderne« versucht sich die drittgrößte Stadt Sachsens auch anderweitig zu vermarkten. Besondere Bedeutung kommt dabei den städtischen Kunstsammlungen zu, die sich mit überregional beachteten Ausstellungen und der Ansiedlung der Sammlung Gunzenhauser mit Werken der klassischen Moderne im denkmalgeschützten Verwaltungsbau der städtischen Sparkasse aus den 1920er Jahren einen Namen gemacht haben.

Nordsächsisches Heide-land

Das Nordsächsische Heide-land wird im Osten vom Jahnatal, im Süden von der Freiburger Mulde, westlich vom Leipziger Land und nördlich von der Dübener Heide begrenzt und umfasst große Bereiche der sanft hügeligen mittelsächsischen Gefildezone, der Dahle-ner, Mutzschener und der Dübener Heide und der Elbaue um Torgau. Seine höchsten Erhebungen findet das Gebiet im Collm bei Oschatz sowie den Hohburger Bergen nördlich von Wurzen.

Kulturlandschaftlich ist eine deutliche Trennung zwischen dem nördlichen Bereich von Eilenburg, Torgau bis hin nach Belgern und dem südlichen Gebiet zwischen Oschatz, Wurzen und Grimma festzustellen. Eine natürliche Grenze bilden die bewaldeten Erhebungen der Dahle-ner Heide und Hohburger Berge. Der gering besiedelte, von größeren Waldgebieten und weiten Auen dominierte Norden, Teil des einstigen Kurkreises, gehörte zwischen 1815 und 1945 bis 1952 zur preußischen Provinz Sachsen bzw. Provinz Sachsen-Anhalt und erfuhr in dieser Zeit eine sehr nachhaltige kulturelle und bauliche Prä- gung. Der Süden, ehemals zum Meißner und Leipziger Kreis gehörig, ist relativ dicht besiedelt und wird von der stark agrarisch genutzten Lößhügellandschaft mit ihren zahlreichen, teilweise sehr kleinen Dörfern bestimmt.



Abb. 4: Hof bei Oschatz, Altes Schloss.

Die größeren Städte Eilenburg, Torgau, Oschatz, Wurzen und Grimma fungierten seit dem Mittelalter traditionell als Zentren ihres ländlichen Umfeldes. Bis auf Oschatz entstanden alle Städte im Zusammenhang mit einer Burg und stellten auch in der Neuzeit mit ihren Schlössern Schwerpunkte markgräflicher, kurfürstlicher oder bischöflicher Macht dar. Eine sehr ausgeprägte Residenzfunktion erlangte Torgau, das zwischen dem 15. und dem 18. Jahrhundert zu den bedeutendsten Machtzentren der Wettiner zählte.

Alle genannten Städte bis auf das stark kriegszerstörte Eilenburg besitzen noch gut erhaltene Stadtkerne mittelalterlichen Ursprungs mit einer über die Jahrhunderte kontinuierlich gewachsenen historischen Bebauung und teilweise noch Stadtmauern wie Grimma, Oschatz und Torgau. Am wenigsten zerstört hat sich Torgau mit einer geschlossenen Bebauung aus dem Spätmittelalter und vor allem der Renaissance erhalten. Es zählt zu den schönsten Renaissancestädten Europas.

Von geringerem ökonomischem und politischem Gewicht waren die kleineren, meist von Ackerbürgern bewohnten Städte Mügeln, Trebsen und Dahlen im südlichen Teil sowie Düben, Dommitzsch, Schildau und Belgern im Norden, die aber dennoch prägend für die Kulturlandschaft sind. Charaktervolle Stadtkerne haben sich u. a. in Belgern und Bad Düben, etwas weniger markant in Dahlen und Schildau erhalten.

An Herrschaftssitzen des Mittelalters ist vor allem die Eilenburger Burg bedeutsam, auch wenn sich substantiell nur wenig von ihr erhalten hat. Eines der vielleicht eigenwilligsten, weder historisch noch typologisch bisher eindeutig bestimmten Bauwerke ist das »Wüste Schloss« vor den Toren von Oschatz, das zu Beginn des 13. Jahrhunderts vermutlich von Markgraf Dietrich erbaut wurde. Romanische Substanz findet sich auch im Kern des stattlichen, spätgotisch erweiterten Grimmaer Schlosses. Neben dem großzügigen Renaissanceschloss Hartenfels in Torgau bildet Wermsdorf mit seinem alten Jagdschloss aus der späten Renaissance und dem barocken Schloss Hubertusburg einen Ort exzeptioneller Herrschaftsarchitektur. Letzteres ist als Zweitresidenz von Kurfürst Friedrich August II. im repräsentativen Format eines Königsschlusses errichtet worden und damit nicht nur der größte Schlossbau Sachsens überhaupt, sondern auch einer der Höhepunkte sächsischer Architektur im sogenannten Augusteischen Zeitalter.

In Wurzen und Mügeln befinden sich stadtbildbeherrschende Schlösser der Meißner Bischöfe. Zahlreiche Adelssitze mit Schlössern oder Herrenhäusern und z. T. ausgedehnten Gutskomplexen und Parkanlagen bestimmen die ländlichen Bereiche – Trebsen, Püchau, Thallwitz, Nischwitz, Thammenhain, Zschemplin, Schnaditz, Trossin, Dahlen, Börlin, Hof, Wellerswalde, Lampertswalde, Leuben, Mahlis, Noschkowitz und Bornitz sind nur einige.

Eine sehr eigene Prägung mit Rittergutsdörfern wie Adelwitz, Pülswerda, Triestewitz, Kathewitz, Kamitz, Köllitsch, Weißnig, Kunzwerda oder Bennewitz entwickelte sich in der Torgauer Elbaue. Stattliche Gestüte und ehemals landesherrliche Domänen umgeben Torgau, so z. B. Repitz, Kreischau und Graditz. Zu den anspruchsvollsten barocken Schlössern zählen Nischwitz bei Wurzen, Hohenprießnitz bei Düben und Dahlen, letzteres leider nur als gesicherte Ruine. Als einer der bemerkenswertesten historistisch überformten Bauten ist Schloss Püchau bei Wurzen zu nennen.

Weiterhin stellen die Sakralbauten eine wichtige und in allen Teilen des Gebietes sehr präzente Komponente der Kulturlandschaft dar, allen voran die großen Stadtkirchen, die meist monumentalen Charakter angenommen haben und prägnante »Stadtkronen« bilden, wie z. B. die Marienkirchen in Torgau und Dommitzsch, St. Wenceslai in Wurzen, St. Aegidien in Oschatz und die Frauenkirche in Grimma. Ihre Substanz reicht meist bis in die Gründungszeit der Städte zurück. Eine Sonderstellung nimmt die Kollegiatstiftskirche (Dom) in Wurzen ein.

In den meisten Kirchen haben sich Bauteile und Ausstattungsstücke aus der Zeit des Mittelalters bis hin zur jüngsten Vergangenheit erhalten. Sie besitzen deshalb besonderen Zeugniswert für die sächsische Kulturgeschichte. Dies gilt gleichsam für die Dorfkirchen. Deren früheste Vertreter stehen nicht selten in direktem Zusammenhang mit der Besiedlung des Landes. Davon kündeten die zahlreichen romanischen Kirchen, die um Wurzen, Grimma und Oschatz ebenso anzutreffen sind wie in der Torgauer Elbaue. Stolz aufragende Türme als Landmarken, wie z. B. in Zschoppach, Ragewitz, Hohenwussen und Hof oder sich behäbig wie »Glucken« über die dörflichen Umgebung legende Bauten wie in Schmorkau, Laas, Lampertswalde, Dautzschen oder Falkenberg bieten ein vielgestaltiges Bild. Aus der umfangreichen Gruppe romanischen Ursprungs seien stellvertretend nur die Kirchen in Mockrehna, Klitzschen, Weidenhain und Cavertitz genannt. Mittelalterlichen Ursprungs, aber mit prägenden Ausstattungen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts sind die Bauten in Altmügeln und Triestewitz.

Die Kirchen in Schmannewitz bei Dahlen (George Bähr), Terpitz bei Oschatz oder Schweta bei Mügeln bzw. in Hof (Johann Georg Fuchs) und Calbitz (David Schatz) stellen die vielleicht anspruchsvollsten Barockkirchen der Region dar. Eine sehr auffällige Gruppe barocker Fachwerkkirchen findet sich landesübergreifend in der Niederung zwischen Elbe und Schwarzer Elster, auf heutigem sächsischem Territorium befinden sich beispielsweise Blumberg und Döbrichau.

Mit wichtigen Bauten sind auch die Epochen von Klassizismus und Historismus im Territorium vertreten. Zu nennen sind hier u. a. die Stadtkirche von

Bad Düben und die Aegidienkirche in Oschatz (Alexander Heideloff), letztere mit ihrer cathedralartigen Westfront eines der bedeutendsten Bauwerke der frühen Neugotik in Sachsen. Im nördlichen Bereich, so in Pressel, Wörblitz oder Greudnitz, fallen zahlreiche neugotische Backsteinkirchen auf, die auf die Schule Schinkels zurückgehen. Schöne klassizistische Formen und ein neugotisch erhöhter Turm prägen die Kirche von Polbitz.

Bemerkenswerte Zeugnisse klösterlicher Architektur finden sich in Nimb-schen bei Grimma, in Oschatz (Franziskanerkirche), in Torgau (ehem. Franziskanerkirche, später Alltagskirche, heute Gymnasium) und in Grimma (Augustinerkirche) sowie in Belgern (Klosterhof des Zisterzienserklosters Buch).

An herausragenden städtischen Bauwerken sind in erster Linie die Rathäuser zu nennen. Die qualitätvollsten und einprägsamsten Vertreter dieses Bautyps finden sich in Torgau, Colditz, Belgern, Oschatz, Wurzen, Grimma und Bad Düben; ein bemerkenswerter Bau der Gründerzeit begegnet uns in Dahlen. Mit ihrem Vogtshaus besitzt die Stadt Oschatz das älteste bisher nachweisbare steinerne Haus in städtischem Kontext in Sachsen, entstanden um 1200. An weiteren öffentlichen Bauten ist die ehemalige Fürstenschule, heute Gymnasium St. Augustin, in Grimma zu nennen, ein palastartig-repräsentativer Neu-renaissance-Bau, oder das großzügige barocke Proviantmagazin in Torgau.

Auch unter den Bauten der technischen Infrastruktur finden sich bemerkenswerte Zeugnisse im Gebiet, allen voran die Reste der barocken Brücke Pöppelmanns in Grimma oder die Bahnhofsbauten in Eilenburg, Mockrehna und Grimma (Oberer Bahnhof), das Eisenbahnviadukt über das Döllnitztal in Oschatz sowie Wassertürme mit erheblicher Präsenz im Stadtbild, so in Oschatz, Eilenburg und Torgau.

Stellvertretend für die vielfältigen Zeugnisse der Produktionsgeschichte stehen die opulenten und die Landschaft des Muldentales weithin beherrschenden Bauten der ehemaligen Krietsch-Werke in Wurzen (Mühlen und Speicher) und der Ziegeleiringofen in Großtreben, der wohl älteste erhaltene Hoffmannscher Bauart in Deutschland. Auch zahlreiche Windmühlen in unterschiedlichster Bauart haben sich mehr oder weniger vollständig erhalten; markant die stolzen Turmwindmühlen in Beilrode bei Torgau oder Querbitzsch bei Ablass. Bock- und Paltrockmühlen stehen u. a. in Authausen, Großwig, auf dem Lieb-schützberg bei Oschatz, in Luppä, Schmannewitz, Audenhain oder Wellaune bei Düben. Bemerkenswerte Wassermühlen haben sich in Grimma und Dahlenberg erhalten.

Lommatzscher Pflege

Entlang des Mittelgebirgsvorlandes zieht sich quer durch Sachsen in West-Ost-Richtung von Thüringen bis in die Lausitz das Mittelsächsische Lößlehmgebiet. Die durch nacheiszeitliche Winde auf das nach Süden sanft steigende Land aufgewehten Decken aus Löß und Lößlehm bilden bis heute die Grundlage für das wohl beste Ackerbaugesamt in Sachsen, die Lommatzscher Pflege. Das hügelige Gelände zwischen der Döllnitz, der Elbe und der Linie der heutigen Autobahn 14 liegt ungefähr in der Mitte dieser geschlossenen Gefildezone.

Die Lommatzscher Pflege umgibt ein Ring von Städten, der bis ins 20. Jahrhundert hinein von der Ernte des Gebietes gelebt hat. Im Westen liegt Döbeln an der Freiburger Mulde mit seiner geschlossenen Altstadt, spätestens seit 1225 zur Mark Meißen gehörend. Nordwestlich folgt Oschatz als mittelalterliche Gründung. Mit seinem Tuchmacherhaus aus der Zeit um 1200 und der Kirche St. Aegidien erhebt sich die Stadt auf einem Sporn nach Osten. Von Nordosten ragen seit 1908 die Spitzen der Meißner Domtürme von Carl Schäfer über den mittelalterlichen Bau in die Lommatzscher Pflege hinein. Der über 1000-jährige Siedlungsort an der Elbe unter dem ersten schlossartigen Herrschersitz der Wettiner, der Albrechtsburg, hat seinen über Jahrhunderte gewachsenen Stadtkern inmitten von Weinbergen bewahren können. Die Stadt Nossen mit der über 800 Jahre alten Burg über der Freiburger Mulde und dem nahelie-



Abb. 5: Praterschütz, eingebettet in die welligen Felder der Lommatzscher Pflege.

genden Kloster Altzella schließt den Ring. Im Mittelpunkt der Landschaft liegt die Kleinstadt Lommatzsch, die als historisches Zentrum des Getreidehandels der umliegenden Region den Namen gegeben hat. Der wohl um 1200 errichtete querrrechteckige Westturm der Stadtkirche markiert mit den jüngeren Spitzen weithin die einstige Bedeutung der kleinen Stadt.

Zumindest über ein Jahrtausend wird die Lommatzscher Pflege durch landwirtschaftliche Nutzung geprägt. Die aus der sehr guten Bodenqualität folgenden hohen Erträge ließen sie im Bewusstsein der Bevölkerung zur Kornkammer Sachsens werden. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung zur Kulturlandschaft, wie wir sie heute noch erleben können, sind die Neuerungen des 19. Jahrhunderts, die in einem bis dahin nicht gekannten Maße die Landwirtschaft verändert haben. Durch die Agrarreformen seit 1832 und den Einsatz von künstlichen Düngemitteln konnte die ohnehin schon gute Ertragsleistung der fruchtbaren Böden sprunghaft gesteigert werden.

Infolge der gestiegenen Wirtschaftskraft veränderte sich das Erscheinungsbild der Dörfer. Fährt der Reisende heute durch diese Gegend, findet er große Felder, in die kleine und mittlere Dörfer eingebettet sind. Die kleinen Orte haben oft nicht mehr als vier Höfe, die aber von stattlicher Größe sind. Sie sind von Steinbauten und konstruktivem Fachwerk des 19. Jahrhunderts geprägt. Die Giebel zeigen städtische Motive. Stattliche Bauwerke wie die weithin sichtbare Rüsseinaer Kirche oder das Schloss Schleinitz mit dem Rittergut künden eindrucksvoll vom einstigen Wohlstand der Lommatzscher Pflege.

Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts prägt die mit der Ablösung des Einzelhofes durch die Großfeldwirtschaft einhergehende Umgestaltung des Dorfes das ländliche Bild. Den Bauern als schaffende und gestaltende Kraft des Hofes, des Dorfes und der Flur gibt es nicht mehr. Der dadurch eintretende Verlust an Kulturdenkmalen wird aus heutiger Perspektive einen Umfang erreichen, der mit wenigen Ausnahmen das Dorfbild lichten und über Jahrhunderte genutzte Kulturwerte auslöschen wird – bis hin zum Wüstfallen. In einigen kleinen Dörfern in der früher so reichen Lommatzscher Pflege kann der bisweilen schon fortgeschrittene Prozess beobachtet werden.

Muldental

Das Muldental, Gebiet des Mulde-Lößhügellandes, erstreckt sich zwischen der Zwickauer und der Freiburger Mulde und wird von den Flusstälern der unteren Zschopau und der Striegis geteilt. Die Landschaft bilden flach hügelige Plateaus mit nur kleineren Waldgebieten und tief eingeschnittene, an den Rändern meist bewaldete Flusstäler. Die höchste und markanteste Erhebung stellt der

Rochlitzer Berg dar, dessen Steinbrüche über Jahrhunderte das Land mit dem charakteristischen roten Porphyrtuff als bevorzugtes Baumaterial versorgten.

Die meisten der vielen kleinen und mittelgroßen Städte entstanden in Tälern, in der Regel neben bedeutsamen Flussübergängen: Waldenburg, Penig, Lunzenau, Rochlitz, Colditz, Döbeln, Roßwein, Waldheim und Hainichen. Nur die Hochschulstadt Mittweida, Burgstädt, Hartha und Geringswalde befinden sich in der offenen Hügellandschaft. Leisnig bekrönt eindrucksvoll einen Bergsporn über der Freiburger Mulde. Markante Städtebilder entstanden neben Leisnig auch in Rochlitz mit seinem großzügigen, langen Marktplatz, in Döbeln mit der Insellage der Altstadt zwischen zwei Armen der Freiburger Mulde oder in Mittweida mit seinem dreieckigen Markt.

Langgestreckte Waldhufendörfer in flachen Mulden bestimmen das Bild der Landschaft. Ausnahmen bilden einige Dörfer slawischen Ursprungs in der Umgebung von Rochlitz. Von den meist in Fachwerk errichteten Häusern haben sich einige erhalten, die zu den ältesten in Sachsen gehören. Stellvertretend seien ein Gehöft in Helsdorf bei Burgstädt und eine Scheune in Beedeln bei Rochlitz genannt, die in das 16. Jahrhundert zurückgehen. Ein Museum für Volksarchitektur und bäuerliche Kultur in Schwarzbach bei Rochlitz widmet sich der Bewahrung ausgewählter Zeugnisse der reichen Kultur der Region.

Zahlreiche Kirchenbauten reichen in ihrer Geschichte bis in die Zeit der hochmittelalterlichen Besiedlung Sachsens im 12. Jahrhundert zurück. Ihr baukünstlerisch anspruchsvoller Vertreter ist die Stiftskirche in Wechselburg. In der überwiegend offenen Landschaft dominieren zahlreiche Dorfkirchen als prägnante Landmarken wie z. B. in Seelitz und Zettlitz bei Rochlitz, Göhren und Hohenkirchen bei Lunzenau, Zschadraß und Zschirla bei Colditz, Gersdorf bei Leisnig und Seifersbach bei Mittweida. Große Stadtkirchen, meist Hallenbauten der späten Gotik, finden sich in Rochlitz, Mittweida, Leisnig, Döbeln und Penig. Wolkenburg, Waldheim und Roßwein besitzen ebenso wie die großen Bauerndörfer Technitz, Grünlichtenberg, Niederstriegis oder Zettlitz stattliche klassizistische Kirchen. Monumentale Kirchgebäude der Gründerzeit dominieren die Städtebilder in Hainichen, Geringswalde und Hartha. Die Kirche in Hartha ist einer der ersten sächsischen Bauten, bei denen Beton und Gusseisen verwendet wurde.

Auch an bedeutsamen Zeugnissen sakraler Bildkunst ist das Muldenland außerordentlich reich. Am bekanntesten ist wohl die Triumphkreuzgruppe in Wechselburg. Die spätgotischen Schnitzaltäre in Rochlitz und Döbeln zählen zu den größten ihrer Art in Sachsen. Interessante Altarschöpfungen von Valentin Otte in Leisnig und Tragnitz stehen für die Zeit zwischen Renaissance und Barock.

An Klosteranlagen ist außer dem bereits erwähnten Benediktinerstift Zschillen (Wechselburg) das ehemalige Zisterzienserkloster Buch bei Leisnig zu erwähnen, von dem sich markante Reste der Klausur und Wirtschaftsgebäude erhalten haben. Mittlerweile hat sich Kloster Buch als weithin bekanntes Kulturzentrum einen Namen gemacht.

Charakteristisch für die Landschaft sind die zahlreichen Burgen und Schlösser, die – oft in exponierter Höhenlage – viele Städtebilder prägen, so in Waldenburg, Wolkenburg, Wechselburg, Rochlitz, Colditz und Leisnig, oder als Landmarken wirken wie Kriebstein, Rochsburg oder das Barockschloss Neusorge in Zschöppichen bei Mittweida. Komplettiert wird dieses Bild durch zahlreiche Rittergüter mit Herrenhäusern oder kleinen Schlössern wie Podelwitz bei Leisnig, Kössern, Otzdorf, Ebersbach und Stockhausen bei Döbeln.

Gehen die Anlagen in Rochsburg, Rochlitz und die ehemalige Reichsburg Leisnig noch auf romanische Zeit zurück, bietet Burg Kriebstein mit ihrem mächtigen Wohnturm das beeindruckendste Beispiel einer spätmittelalterlichen Adelsburg in Sachsen. Nur wenig jünger, aber bereits auf die Entwicklung einer neuzeitlichen Schlossbaukunst hinweisend, sind die Palastbauten Markgraf Wilhelms in Rochlitz und Leisnig. Die Renaissance zeigt sich vor allem am großzügigen Colditzer Schloss mit seinem benachbarten, langgestreckten Tier-



Abb. 6: Leisnig, Burg Mildenstein.

garten. Die Schlösser von Wechselburg und Neusorge verkörpern die Periode barocker Schlossbaukunst, in der wesentliche Impulse von der Tätigkeit des Oberbauamtes am sächsischen Hof in Dresden ausgingen. Schließlich finden sich überregional bedeutsame Raumkunstwerke des Klassizismus im Schloss Wolkenburg. Das Neue Schloss in Waldenburg ist eine der perfektesten Architekturleistungen des Neubarock in Sachsen.

Die zahlreichen Städte des Muldenlandes, über Jahrhunderte hinweg mit besonderem Gewerbefleiß aufwartend, entwickelten sich im 19. Jahrhundert in der Mehrzahl zu ausgeprägten Industrieorten mit den Schwerpunkten der Papierproduktion in Penig, Lunzenau und Kriebstein, der Textilindustrie in Hartha, Mittweida und Burgstädt, der keramischen Industrie in Colditz und der metallverarbeitenden Industrie in Döbeln, Roßwein, Hartha und Leisnig. Als Domäne der Luxusproduktion von Tabakwaren und Parfümerie profilierte sich Waldheim. Nicht zu unterschätzen sind die vielen die Wasserkraft nutzenden Mühlenbetriebe, u. a. in Rochlitz, Colditz, Leisnig, Döbeln, Roßwein und Waldheim. Durch den starken wirtschaftlichen Aufschwung der Städte im späten 19. Jahrhundert entstanden zahlreiche bemerkenswerte Villenbauten vermöglicher Unternehmer, am eindrucksvollsten vielleicht in Waldheim, Mittweida und Leisnig, aber auch anspruchsvoll und aufwendig gestaltete Mietshausbauten und Geschäftshäuser. In Döbeln, Waldheim, Mittweida und Roßwein bildeten sich Stadtbereiche mit nahezu großstädtischem Gepräge. Entsprechende Repräsentationsbauten wie die monumentalen Rathäuser in Döbeln, Waldheim, Geringswalde und Lunzenau oder zahlreiche Gasthöfe und Tanzetablissemments mit üppiger Neubarock- oder Jugendstilausstattung wie in Mittweida oder Waldheim künden noch heute vom einstigen Wohlstand dieser Kommunen.

An Zeugnissen der Produktions- und Verkehrsgeschichte sind neben einer Reihe architektonisch sehr anspruchsvoller Fabrikbauten in Döbeln, Waldheim, Mittweida, Hainichen und Burgstädt die mehrgeschossigen Bogenbrücken der Eisenbahnstrecke Chemnitz-Riesa nahe Waldheim oder der Eisenbahnstrecke Leipzig-Chemnitz über das Tal der Zwickauer Mulde bei Göhren sowie die palastartigen Bahnhöfe in Döbeln oder Leisnig zu nennen. Als eine der imposantesten wassertechnischen Anlagen Sachsens gilt die ab 1927 an der Zschopau erbaute Talsperre Kriebstein, deren langgestreckter Stausee zu einem landschaftsprägenden Element inmitten des Muldenlandes geworden ist, der sich auch als Erholungs-, Sport- und Wandergebiet großer Beliebtheit erfreut.

Leipziger Südraum

Der Braunkohlentagebau im Leipziger Südraum hat bereits 1926 in den Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz (Heft 7 bis 10) Beachtung gefunden. Wegweisend am Horizont emporragende Schornsteine wurden damals als Zeichen einer neuen Wirtschaftsstruktur erkannt, die erhebliche Auswirkungen auf die Kulturlandschaft mit sich brachte. Ein grundsätzlicher Umbruch bahnte sich an. Doch versuchte man vor allem die Schönheiten einer unspektakulären Landschaft zu beschreiben, geprägt von Dörfern und Kleinstädten zwischen Ackerland und Flüssen, Bächen sowie Auenwäldern. In seinem Buch »Das Leipziger Land. Wanderungen in der Umgebung einer Großstadt« führte Karl Bergner 1933 zu Kulturdenkmalen der Leipziger Umgebung, zu Kirchen, Schlössern und Herrenhäusern mit ihren Parkanlagen. Viele der damals besuchten Orte südlich von Leipzig existieren heute nicht mehr, so etwa das Rittergut Rüben, die Kirche und das Herrenhaus in Zehmen und das Landhaus in Prödel. Bergner sparte auch die Beschreibung des Ortes Böhlen mit dem Tagebau und dem Braunkohlenwerk nicht aus. Er beklagte, dass der Park des Rittergutes bereits gelitten habe. 1979 wurde das aus dem 16. Jahrhundert stammende Herrenhaus abgerissen.

Der Braunkohletagebau und die weiterverarbeitende Industrie hat die Region in den letzten einhundert Jahren nachhaltig geprägt. Die Landschaft



Abb. 7: Borna-Neukirchen, ehemalige Brikettfabrik.

wurde durch Abbau- und Kippenflächen tiefgreifend umgestaltet. Historische Strukturen, beispielsweise Fluss- und Bachverläufe sowie Verkehrsverbindungen, wurden verändert, landwirtschaftlich geprägte Dörfer zu Industriedörfern mit Bergarbeitersiedlungen. Viele Orte mit Kirchen, Rittergütern und Höfen verschwanden. Die Relikte des Bergbaus und der Kohleverarbeitung zeugen heute von der Bedeutung eines nach 1990 weitgehend niedergegangenen Wirtschaftszweiges und sind mitunter auch zu schützenswerten Kulturdenkmälern geworden. Die Denkmalpflege im Südraum von Leipzig hat es nicht mit einer weitgehend ungestörten, ländlich geprägten Kulturlandschaft zu tun, sondern mit einem Bergbaurevier im Wandel am Rande einer Großstadt.

Ausgehend von dem Gebiet um Altenburg wurde im Leipziger Südraum seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Braunkohle gefördert. Bald nach 1900 begann der Übergang zu Großtagebauen und damit verbunden zur großflächigen Umgestaltung der Landschaft. Die erste Umsiedlung eines Dorfes betraf in den Jahren um 1930 Rusendorf im Meuselwitzer Revier. Bis heute wurden im Südraum von Leipzig über 60 Orte und Ortsteile aufgegeben. 18 Kirchen gingen dabei verloren. Als erste verschwand 1941 die im Kern spätromanische Kirche von Witznitz bei Borna. Zuletzt wurde im Sommer 2010 die nach Plänen von Ernst Wilhelm Zocher 1866 errichtete Taborkirche in Heuersdorf abgerissen. Bedeutende Rittergüter mit ihren Herrenhäusern und Parkanlagen gingen ebenfalls verloren. 1967 wurde beispielsweise das Wasserschloss in Altdeutzen zerstört. An das Rittergut Eythra erinnert heute ein Teil der Lindenallee mit dem wieder aufgebauten »Trianon«, einer künstlichen Tempelruine im ehemaligen Landschaftspark. Die bergbaubedingte Senkung des Grundwasserspiegels führte zu Rissen im Mauerwerk des Schlosses in Rötha, einer frühbarocken Anlage der Familie von Friesen; 1969 wurde der bedeutsame Bau als »Schandfleck« abgerissen. Das Anfang des 18. Jahrhunderts von dem Leipziger Kaufmann und Ratsherrn Fleischer, als von Fletscher in den Adelsstand erhoben, errichtete Schloss in Wiederau, welches ebenfalls starke Setzungsrisse aufwies, konnte in den Jahren 1995/97 mit dem Einsatz von Mitteln des Freistaates Sachsen gesichert und somit gerettet werden.

Der Denkmalschutz konnte die Devastierung von Ortschaften und den bergbaubedingten Verlust von Kulturdenkmälern nicht stoppen. Die Erfassungskarteien und Fotos im Landesamt für Denkmalpflege Sachsen aus den Jahren nach der Denkmalschutzverordnung von 1952 lassen die Verluste erahnen. Bei der Devastierung von Breunsdorf bis in die Mitte der 1990er Jahre erfolgte zum ersten Mal eine Dokumentation der Kulturdenkmale. Andere zum Abbau vorgesehene Dörfer konnten durch die Umstrukturierungen des Braunkohlebergbaus nach 1990 dem Untergang entgehen. Dank der Einstellung des Tagebaus Espenhain wurden etwa die Dörfer Dreiskau-Muckern und

Pötzschau gerettet. Dreiskau-Muckern gilt heute als Beispiel eines vitalen und attraktiven Dorfes am Rande von Leipzig. Die gefährdete Kirche von Großpötzschau wird derzeit durch die vorbildhafte Arbeit eines Fördervereins restauriert.

Jüngst ist der Abriss von Heuersdorf im Tagebaugesbiet »Vereinigtes Schleenhain« erfolgt, eine bis dahin weitgehend unversehrt erhaltene Dorfanlage mit hohem Zeugniswert. Die aus der Mitte des 13. Jahrhunderts stammende Emmauskirche konnte 2007 durch ihre spektakuläre Versetzung nach Borna gerettet werden. In Heuersdorf waren etwa 40 Kulturdenkmale erfasst: Neben den beiden Kirchen der Pfarrhof, das Herrenhaus mit Park und etliche Bauernhöfe, meist Dreiseithöfe aus dem 18. bis 19. Jahrhundert. Immerhin ermöglichte der bevorstehende Abbruch umfangreiche Untersuchungen, so dass die Denkmale detailliert erforscht und dokumentiert werden konnten.

Die Erhaltung von Kulturdenkmälern des Tagebaus und der Industrie stellt aufgrund meist fehlender Möglichkeiten der Umnutzung ein schwieriges Unterfangen dar. So konnte die gigantische Abraumförderbrücke AFB 18 im Tagebau Zwenkau trotz vielfältiger Bemühungen bis 2001 nicht gerettet werden. Als beispielhafter Erfolg gilt die Umnutzung der Brikettfabrik Neukirchen südlich von Borna. Die Anlage ist ein wichtiges industriegeschichtliches Denkmal aus der Hauptperiode des Bornaer Reviers. Seit Mitte der 1990er Jahre erfolgte abschnittsweise die Sanierung und Nutzung, vorrangig durch Einrichtungen des Sport- und Freizeitbereiches. Auch die Brikettfabrik Witznitz, nördlich von Borna gelegen, wird schrittweise revitalisiert. Vom Braunkohleverarbeitungsstandort in Espenhain mit Kraftwerken, Brikettfabriken und Schwelereien, der in der DDR aufgrund seiner Umweltverschmutzung Bekanntheit erlangte, steht heute nicht mehr viel. Lediglich die Schaltwarte, ein monumentaler Bau aus den 1940er Jahren, konnte gerettet werden. Stark gefährdet ist die in den 1930er Jahren im Braunkohlenwerk Deutzen aufgestellte Wasserkugel. Als letzter, weithin sichtbarer Rest der Anlage ist auch sie ein wichtiges Zeugnis der Industriegeschichte.

Etliche Kulturdenkmale am Rande des Tagebaus haben derzeit kaum noch eine Chance auf Erhaltung. Das neogotische Herrenhaus in Thierbach, in unmittelbarer Umgebung des ehemaligen Kraftwerks, ist mittlerweile eine Ruine. Das Herrenhaus in Lobstädt, durch die um 1950 erfolgte Verlegung der Pleiße seiner historischen Umgebung verlustig gegangen, steht nach mehreren Eigentümerwechseln kurz vor dem Untergang.

Der Strukturwandel im Leipziger Südraum ist noch längst nicht abgeschlossen. Die Bergbaufolgelandschaft, in der durch die Flutung von Tagebaurestlöchern 29 Seen entstehen sollen und die touristisch erschlossen wird, trägt heute die Bezeichnung »Leipziger Neuseenland«. Diese neue Attraktivität der

Region bietet wiederum für Kulturdenkmale eine Chance der Revitalisierung. Das alte Herrenhaus in Kahnsdorf, in dem 1785 Friedrich Schiller weilte, konnte beispielsweise als Mittelpunkt eines geplanten Wohn- und Tourismuszentrums am neu entstandenen Hainer See saniert und für kulturelle Zwecke umgenutzt werden. Derzeit wird das zuvor akut gefährdete Herrenhaus in Störmthal, welches durch den Tagebau Espenhain seines Parks beraubt wurde, saniert. Das Vorhaben belegt, dass auch stark gefährdete, von vielen in Gedanken bereits aufgegebenen Kulturdenkmale bei entsprechenden Rahmenbedingungen gute Chancen auf eine Rettung haben.

Oberlausitz

Die Oberlausitz bewahrt unter den verschiedenen Regionen des Freistaats Sachsen bis heute eine eigene kulturelle, historische und sprachliche Identität. Jahrhundertlang als Nebenland zum Königreich Böhmen gehörend, kam sie erst 1635 zum damaligen Kurfürstentum Sachsen und behielt hier bis weit in das 19. Jahrhundert hinein einen Sonderstatus. Prägend für die Geschichte dieses Raumes wurde ein kleinteiliges Nebeneinander verschiedener Partikularmächte. Neben den vier Standesherrschaften Muskau, Königsbrück, Hoyerswerda und Seidenberg gehörten dazu die zahlreichen Rittergüter, die bis heute ununterbrochen bestehenden Zisterzienserinnen-Klöster St. Marienstern und St. Marienthal, das Domstift in Bautzen und die seit 1346 im Oberlausitzer Sechsstädtebund zusammengeschlossenen Städte Bautzen, Görlitz, Zittau, Kamenz, Löbau und Lauban, die über zahlreiche Dörfer (»Ratsdörfer«) die Grundherrschaft ausübten.

Die Oberlausitz weist sowohl in naturräumlicher als auch siedlungsgeschichtlicher Hinsicht sehr unterschiedliche Ausprägungen auf. Der nördlichen Heide- und Teichlandschaft folgt eine hügelige, fruchtbare Gefildezone – das slawische Altsiedelland mit Bautzen als Zentrum –, an die sich südlich das erst im Hochmittelalter durch Rodung erschlossene Lausitzer Bergland und das Lausitzer Gebirge anschließen. Das Westlausitzer Hügel- und Bergland mit Kamenz als Hauptort bildet die Grenze nach Westen, die östliche Oberlausitz zwischen Görlitz und Zittau mit dem Neißengebiet die nach Osten.

Eine besonders interessante Entwicklung nahm das Gebiet südlich der Linie Bautzen-Görlitz, das hier näher betrachtet werden soll. Seit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde aus dem bis dahin weitgehend bäuerlich geprägten Land mit großen Waldhufendörfern ein Zentrum der Leinweberei; es entstand das »Weberdorf im Bauerndorf«. Wirtschaftlicher Aufschwung und Bevölkerungswachstum bewirkten nicht nur eine sprunghaft ansteigende Bau-

tätigkeit, sondern führten nach städtischem Vorbild nun auch auf dem Land zu einer neuen, auf dem Barockstil gründenden Baukultur. Ihre Träger waren vor allem bürgerliche Bauherren, darunter reiche Großkaufleute mit überseeischen Handelsverbindungen. Mit dem Übergang von der Hausweberei zur maschinellen Textilherstellung im 19. Jahrhundert wandelten sich große Weberorte wie Ebersbach, Oderwitz oder Eibau zu teilweise städtisch überprägten Industriedörfern. Um 1900 gehörte die südliche Oberlausitz zu den am dichtesten besiedelten und höchst industrialisierten Regionen in Mitteleuropa mit besonders leistungsfähigen Produktionszweigen wie der Textilindustrie und dem Maschinenbau.

Diesen hier nur knapp skizzierten historischen Voraussetzungen entspricht ein reiches baukulturelles Erbe, darunter national bedeutende, inzwischen überwiegend wiederhergestellte Monumente wie Burg und Klosterruine Oybin aus dem späten 14. Jahrhundert, die barock überformten Klosteranlagen St. Marienthal und St. Marienstern, die spätgotischen Kirchenbauten in Görlitz, Bautzen und Zittau und mit Haus Schminke in Löbau (1930–1933) auch eine Inkunabel der klassischen Moderne. Hinzu kommen die weitgehend geschlossen erhaltenen Altstädte von Bautzen, Görlitz, Zittau und Löbau, wobei in Görlitz Spätgotik und Renaissance dominieren, während Bautzen und Zittau mehr vom Barock geprägt sind. Innerhalb der historistischen Architektur des 19. Jahrhunderts ragen die Gründerzeitviertel der Stadt Görlitz und die Zittauer Ringbebauung heraus. Insbesondere Görlitz gehört zu den eindrucksvollsten und am besten bewahrten historischen Städten in Deutschland. Eine weitere wichtige Denkmalgruppe bilden die Schlösser und Herrenhäuser, wie sie in großer Dichte und Anzahl vor allem im Bautzener Umland noch erhalten sind. Zu den kunsthistorisch bedeutenden Anlagen der Südlausitz zählen unter anderem die barocken Schlossbauten von Hainewalde, Königshain und Tauchritz. Auch unter den Dorfkirchen sind die barocken Bauten besonders hervorzuheben, in architektonischer Hinsicht vorrangig Kittlitz und die stattlichen Wandpfeilerkirchen von Bertsdorf, Hainewalde, Eibau, Spitzkunnersdorf und Niederoderwitz. Höchst bemerkenswerte Interieurs aus Spätrenaissance und Barock finden sich in der nach Görlitz-Königshufen umgesetzten Kirche Deutsch-Ossig sowie in den Kirchen von Oberseifersdorf, Kottmarsdorf, Obercunnersdorf, Ebersbach/Sa., Oybin, Reichenbach und Friedersdorf (bei Görlitz). Nicht unerwähnt dürfen einige speziell für die südliche Oberlausitz sehr kennzeichnende Bautengruppen bleiben, so die Görlitzer Hallenhäuser aus dem 15. und 16. Jahrhundert, denen auf ähnlichem Niveau die jüngeren Handelshöfe in Zittau und Bautzen aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entsprechen. Genauso charakteristisch sind die repräsentativen Faktorenhäuser der Leinwandhändler in den großen Weberorten (wie das

Gebäude Hauptstraße 214 a in Eibau) sowie eine stattliche Gruppe von etwa siebzig erhaltenen Gruftbauten, die überwiegend durch bürgerliche Bauherren, darunter reiche Kaufleute, errichtet wurden und zu den bedeutendsten Zeugnissen barocker Sepulkralkunst in Deutschland gehören. Ein einmaliges Ensemble bilden die Bauten der »Brüdergemeinen« in Herrnhut, Berthelsdorf, Niesky und Kleinwelka. Die von dem Reichsgrafen Nikolaus von Zinzendorf auf seinem Gut in Berthelsdorf gegründete und geförderte Glaubensgemeinschaft hat der Nachwelt mit der Anlage von Herrnhut sowie mit sozialen und religiösen Gemeinschaftsbauten eine ganz eigenständige Variante barocker Stadtbaukunst und schlichter, aber nobler Baukultur hinterlassen (»Herrnhuter Barock«).

Trotzdem ist wohl das Umgebendehaus der eigentliche, Identität stiftende Kern der Oberlausitzer Kulturlandschaft. Seit dem Spätmittelalter hier verbreitet und als Bautyp von allen Bevölkerungsschichten bis in das 19. Jahrhundert hinein wie selbstverständlich verwendet, haben sich noch rund 6000 Umgebendebauten aus dem 16. bis in das 20. Jahrhundert erhalten. Mit dieser Gebäudezahl, die freilich nur noch etwa zwei Fünftel des um 1900 vorhandenen Bestands ausmacht, übertrifft die südliche Oberlausitz alle anderen Vorkommensgebiete des Umgebendehauses wie z. B. das Altenburger Land, Nordböhmen oder Teile Niederschlesiens. Trotz aller Verluste gibt es derzeit noch 17 Orte mit mehr als 100 Umgebendehäusern, davon drei sogar mit über 400 Bauten (Oderwitz, Großschönau, Ebersbach). Diese Fülle denkmalreicher Ortsbilder auf vergleichsweise engem Raum hat in Sachsen und auch darüber hinaus kaum ihresgleichen.

Denkmalpflegerische Bemühungen um die Bewahrung baulicher Zeugen der Vergangenheit haben in der Oberlausitz eine lange Tradition. Träger waren hier vor allem örtliche Geschichts- und Museumsvereine. In den 1950er Jahren wurde die Stadt Görlitz das früheste und bekannteste Beispiel städtebaulichen Denkmalschutzes in der DDR. Trotzdem war in der Folgezeit der Verfall ganzer Altstadtquartiere in Bautzen, Zittau und Görlitz kaum zu stoppen. Nach 1990 erlebte die Oberlausitz einerseits, begünstigt durch Förderprogramme der städtebaulichen Erneuerung und der ländlichen Entwicklung, eine umfassende Sanierung der Infrastruktur und der historischen Bausubstanz. Die positiven, denkmalpflegerisch mit viel Aufwand betreuten Veränderungen in den Stadtbildern von Görlitz, Bautzen und Zittau sowie in vielen Dörfern sind offensichtlich. Andererseits kam es zu einer weitgehenden Ent-Industrialisierung der Region mit all ihren negativen Folgen. Gebäudeleerstand und baulicher Verfall stellen die Denkmalpflege auch in den kommenden Jahren vor schwierige Aufgaben. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Landkreise der südlichen Oberlausitz und der angrenzenden Gebiete in Tschechien und Polen seit eini-

ger Zeit verstärkt auf die gemeinsame Hauslandschaft im Dreiländereck besinnen und unter der Dachmarke »Umgebndeland« neue Gremien gegründet und Projekte zur Erhaltung der Umgebndehäuser ins Leben gerufen haben. Dazu gesellen sich zahlreiche regionale Aktivitäten wie die auf Initiative des Landesamtes für Denkmalpflege 2004 gegründete Stiftung Umgebndehaus, die sich unter der Schirmherrschaft des Sächsischen Staatsministers des Innern sehr positiv entwickelt hat. Diese von vielen, untereinander inzwischen erfolgreich vernetzten Partnern getragenen Anstrengungen sollen dazu beitragen, dass über exemplarische Vertreter der Umgebndebauweise hinaus eine Hauslandschaft erhalten bleibt, die noch heute das Gesicht der ganzen Region bestimmt und ihre Unverwechselbarkeit ausmacht.



Abb. 8: Obercunnersdorf, Ortsbild mit Umgebndehäusern.

Oberes Elbtal

Das Sächsische Elbland ist ein nicht klar definiertes Gebiet entlang der Elbe, welches sich von der tschechischen Grenze bis nach Torgau ausbreitet. Das Obere Elbtal als Teil dessen umfasst als Landschaften die Sächsische Schweiz

und die Dresdner Elbtalweitung. Die Residenzstadt Dresden als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt wird flankiert von den beiden größeren Städten Pirna am Oberlauf und Meißen am nordwestlichen Ausgang des Elbtalkessels. Zwischen der tschechischen Grenze und Dresden befindet sich das Elbsandsteingebirge, das sich zwischen dem Lausitzer Bergland und dem Osterzgebirge erstreckt. Die höchste Erhebung ist der Große Zschirnstein (562 Meter über NN), die berühmtesten sind der Königstein, der Lilienstein und der Große Winterberg. Die Bezeichnung »Sächsische Schweiz« wurde durch die Schweizer Künstler Adrian Zingg und Anton Graff geprägt, die 1766 an die Dresdner Kunstakademie berufen worden waren, sich an ihre Heimat – den Schweizer Jura – erinnert fühlten, und später populär gemacht durch die Veröffentlichungen von Wilhelm Leberecht Götzinger. Flussabwärts zwischen Dresden und Meißen befinden sich die sogenannten linkselbischen Täler, eine reizvolle Landschaft, bestehend aus Wäldern, Streuobstwiesen, Ritterguts- und Schlossanlagen sowie rechtselbisch die für den Weinanbau berühmte Lößnitz und das Spaargebirge, ein drei Kilometer langer und kaum 200 Meter breiter Höhenrücken, der als das kleinste Gebirge Sachsen gilt und mit der sich ca. 80 Meter über die Elbe erhebenden Deutschen Bosel über einen berühmten Aussichtspunkt verfügt.

Die Landschaft an der Elbe ist zwar etwas dünner besiedelt als die Ufer vergleichbarer Ströme in Europa. Trotzdem haben sich hier Kulturräume von



Abb. 9: Bad Schandau, Ortsteil Postelwitz.

hoher Wertigkeit gebildet, unter denen das Obere Elbtal wahrscheinlich als der bedeutendste gilt. Die Siedlungen entstanden als Fischer- und Schiffersiedlungen bzw. mit bäuerlicher Prägung auch in den angrenzenden Fluren. Größere Bauerndörfer entwickelten sich entlang der wasserführenden Geländemulden und an Verkehrswegen, wobei die ausgedehnteren Bauerngehöfte meist in höheren Lagen angelegt wurden, die Häusler- und Handwerkeranwesen hingegen meist tiefer errichtet worden sind. Die überwiegende Dorfform ist das Reihendorf, was sich in der Regel aus Zwei- und Dreiseithöfen, seltener aus Vierseithöfen aufbaut. In rechtsehbischer Lage kommt darüber hinaus eine Häufung von Umgebendehäusern als Einfluss der angrenzenden Lausitz vor. In der gesamten Region gibt es auch häufig gut erhaltene Fachwerkhäuser.

Besonders wertvolle Gebäudesubstanz in Form von historischen Burganlagen, Kirchen und Altstadtkernen besitzen vor allem die Städte – in der Sächsischen Schweiz Königstein, Stadt Wehlen, Hohnstein und Bad Schandau. Meist entstanden diese in den Talweitungen, die sich durch die Einmündung von Nebenflüssen in die Elbe gebildet haben. Sie wurden geschützt durch Burganlagen, die zur Sicherung der Handelswege errichtet worden waren. Erhalten geblieben sind davon z. B. Festung Königstein und Burg Hohnstein. Die Königsteiner Festung, die vom 16. bis 18. Jahrhundert zur stärksten Festungsanlage Sachsens ausgebaut wurde, gilt als eine der größten Bergfestungen Europas. Die touristische Erschließung der Sächsischen Schweiz vollzog sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, wobei der Basteifelsen mit der 1851 errichteten Brücke zu einem der ersten und berühmtesten Ausflugsziele wurde.

Die 1233 erstmals erwähnte Stadt Pirna ist der Verwaltungssitz des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge. Um 1200 zur Entstehung eines festen Austauschplatzes entstanden, verfügt sie heute über ca. 39000 Einwohner. Bedeutsam ist die regelmäßig angelegte mittelalterliche Altstadt mit gut 300 meist sehr alten Bürgerhäusern mit z. T. wertvoller Innenausstattung, von denen fast alle als Einzeldenkmale erfasst sind. 1502 wurde mit dem Bau der Stadtkirche – heute eine der schönsten spätgotischen Hallenkirchen Sachsens – begonnen, die 1546 mit den Gewölbeausmalungen in Form von Bilderzyklen aus der Lutherbibel vollendet wurde. Der Sonnenstein ist eine Anhöhe oberhalb der Stadt mit teilweise erhaltener Burg-Festung, die die Handelswege von Stolpen nach Prag und vom Königstein nach Meißen sicherte. Im Siebenjährigen Krieg teils verfallen und bereits seit 1764 zivil genutzt, wurde die Anlage 1811 zur Heilanstalt umgenutzt. Sie wird heute zum Verwaltungssitz des Großkreises ausgebaut.

Zwischen Pirna und Meißen entwickelten sich aus den hier gelegenen Dörfern durch Zusammenschluss Städte, die auch nach längerem Bestand heute immer noch nicht über einen eigenen »Mittelpunkt« verfügen. Zwischen Pirna

und Dresden ist das die Industriegemeinde Heidenau, die 1920 aus Mügeln, Heidenau und Gommern hervorging und drei Jahre später noch um Groß- und Kleinsedlitz erweitert wurde, heute ca. 16 000 Einwohner besitzt und über zahlreiche Fabriken unterschiedlicher Industrien verfügt. Zwischen Dresden und Meißen ist das Pendant die Wein-, Villen- und Gartenstadt Radebeul mit ihren acht historischen Dorfkernen und zwei Villenquartieren. Radebeul hat ca. 33 000 Einwohner, ist eine der beliebtesten Wohngegenden der Dresdner Region und schmiegt sich an die Hänge der Nieder- und Oberlößnitz. Diese Steilhänge mit ihren trocken gesetzten Weinbergsmauern werden seit Jahrhunderten für den Weinanbau genutzt, der nach einem Niedergang im späten 19. Jahrhundert infolge des Befalls durch die Reblaus nach großen Anstrengungen der Wiederaufhebung im späten 20. Jahrhundert inzwischen wieder floriert. Die Stadt entstand 1935 als Zusammenschluss der Ortschaften Radebeul und Kötzschenbroda. Letztere erlangte historische Berühmtheit, als 1645 im dortigen Pfarrhaus der Waffenstillstand zwischen dem Königreich Schweden und dem Kurfürstentum Sachsen unterzeichnet wurde. Zu den bekanntesten Weingütern zählen heute das städtische Weingut Hoflößnitz und das sächsische Staatsweingut Schloss Wackerbarth.

Meißen, Verwaltungssitz des westlich von Dresden gelegenen gleichnamigen Großkreises mit knapp 30 000 Einwohnern und am Ausgang des Elbtal-



Abb. 10: Meißen, Albrechtsburg.

kessels gelegen, ist berühmt für die Herstellung des Meißener Porzellans, des ersten Hartporzellans Europas. Um 929 wurde die Burg »Misnia« von König Heinrich I. gegründet und von hier aus die Kolonisation des damals noch slawischen Landes betrieben. Unterhalb der Burg entwickelte sich Meißen aus einer anfänglichen Marktsiedlung gegen Ende des 12. Jahrhunderts zur Stadt, die später sogar Bischofssitz wurde. Der um 1250 begonnene, mit den beiden markanten Türmen erst 1909 fertig gestellte Dom und die ab 1470 durch den Baumeister Arnold von Westfalen erbaute Albrechtsburg auf dem linkselbischen Burgberg prägen die Silhouette der Stadt auf besondere Weise. Die Porzellanmanufaktur wurde 1710 unter August dem Starken gegründet und ist heute ein weltbekanntes Markenzeichen.

Denkmalpflege in Sachsen

Die hier kurz dargestellte Reichhaltigkeit der sächsischen Denkmallandschaft bedarf professioneller Erforschung, Erhaltung und Pflege. Im Landesamt für Denkmalpflege werden zwei wesentliche Aufgaben wahrgenommen. Kernstück der Arbeit ist das Erkennen, Erfassen und Erforschen der Kulturdenkmale. Die – aufgrund der ihnen innewohnenden besonderen Werte – »erkannten« Objekte werden in die Denkmalliste eingetragen. Diese wird permanent gepflegt, neu Erkanntes aufgenommen, Abgebrochenes oder zu stark Beeinträchtigtes gestrichen. Die Liste gibt also den aktuellen Arbeitsstand wieder; sie kann nie abgeschlossen sein. Derzeit wird die in den 1990er Jahren erfolgte sogenannte Schnellerfassungsliste überprüft. Als Maßstab gilt eine inzwischen deutschlandweit anerkannte Wertskala, die in ihrem Niveau durch Gerichtsurteile gefestigt und untersetzt ist. Sachsen verzeichnet derzeit reichlich 105 000 Einträge. Hier zeigt sich eine sächsische Besonderheit: Es wird hausnummerkonkret und zudem jedes Objekt einzeln gezählt. Dies lässt eine sehr genaue Bearbeitung in der Erfassung und im denkmalschutzrechtlichen Verfahren zu, führt aber zu scheinbar überzogenen Denkmalzahlen, die mit der viel komplexeren Zählweise anderer Bundesländer nicht vergleichbar sind, was meist übersehen wird. Zu diesem Erfassungsbereich gehören auch die wissenschaftlichen Sammlungen – Dokumentationssammlung, Fachbibliothek, Plansammlung und Fotosammlung. Diese wissenschaftlichen Sammlungen zählen zu den wichtigsten Arbeitsgrundlagen des Amtes.

Die Gebietsdenkmalpflege stellt, einer langen Tradition folgend, das praktische und fachkundige Begleiten der Bauherren und Nutzer bei Maßnahmen an Kulturdenkmälern vor Ort durch die Gebietsreferenten sicher. In enger Zusammenarbeit mit den Unteren Denkmalschutzbehörden liegt hier

ein Hauptarbeitsfeld des Landesamtes. Hierzu gehört auch das Erforschen und Dokumentieren der Befunde. Unterstützt werden die Gebietsreferenten durch Spezialisten für Bauforschung, Gartendenkmalpflege, Kunstgeschichte, technische Denkmale, Bautechnik, Städtebau und Restaurierung.

Die hier vorgestellte große Vielfalt der Denkmallandschaft lässt sogenannte vereinheitlichende, für ganz Sachsen gültige starre Handlungskonzepte und Standards für die Erhaltung des baulichen kulturellen Erbes nicht zu. Die Arbeit am Kulturdenkmal, vergleichbar der des Arztes am Patienten, ist stets eine individuelle, auf die jeweilige Situation und die gegebenen Handlungsspielräume, auch des Bauherren, mit Augenmaß abzustimmende Aufgabe.

Siedlungen im ländlichen Raum – Tendenzen des Wandels

1. Einführung: Landeskundliche Untersuchungen des Siedlungsraumes

Die Einflussnahme des Menschen auf die Gestaltung und Nutzung des Naturraumes wird bei der Erfassung, Abgrenzung und Bewertung von Kulturlandschaften als wesentliches Kriterium zugrunde gelegt. Die Siedlungen, die bewohnte Umwelt der Menschen als ihr Wohn- bzw. Arbeitsort, deren Strukturen, Funktionen und Vernetzungen im Raum, die Relationen zwischen städtischen und ländlichen Siedlungen bilden ebenso wie die Verteilung von Wald-Offenland-Flächen, also die Art und Weise der Flächennutzung der unbebauten Freiräume, Grundmuster von Kulturlandschaften ab.¹

Forschungen und Dokumentationen zur Genese, heutigen Struktur und zukünftigen Entwicklung des Siedlungsraumes haben in Mitteldeutschland eine lange Tradition. Sie waren bei verschiedenen landeskundlich ausgerichteten Fachdisziplinen angesiedelt, insbesondere bei der Siedlungsgeografie, Geschichte, Archäologie, Sprach- und Kulturwissenschaft oder beim Natur- und Denkmalschutz. Von der großen Anzahl diesbezüglicher früher siedlungsgeografischer Arbeiten sind die von Otto Schlüter aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als beispielhaft zu bezeichnen.² Schlüters Forschungsergebnisse sind auch kartographisch im »Mitteldeutschen Heimatatlas«³ und in dessen zweiter Auflage »Atlas des Saale- und mittleren Elbegebietes« doku-

1 Winfried Schenk, »Ländliche Siedlungsräume in Deutschland: Grundzüge ihrer Entwicklung seit dem frühen Mittelalter bis zur gesellschaftlichen und energetischen Wende um 1800 sowie nach dem Zweiten Weltkrieg«, in Dietrich Denecke und Haik Thomas Porada (Hg.), *Die Erfassung und Darstellung von Siedlungsraum, Siedlung und Bausubstanz in der landeskundlichen Bestandsaufnahme* (forum ifl 12), Leipzig 2009, S. 9–18.

2 Günther Schönfelder, »Otto Schlüters Mitteldeutscher Heimatatlas und Beiträge zur Landeskunde im mitteldeutschen Raum«, in *Hercynia* N. F. 41 (2008), S. 159–187.

3 Otto Schlüter (Hg.), *Mitteldeutscher Heimatatlas*, Leipzig 1935 ff.

mentiert. Mit diesen Karten existieren landeskundliche Informationsquellen, die Vergleichsmöglichkeiten mit der aktuellen Siedlungsstruktur im heutigen mitteldeutschen Raum bieten.⁴

An diese Tradition der Dokumentation landeskundlichen Wissens in Regionalkarten knüpft der 1992 von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig initiierte »Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen«⁵ an. Darin sind in mehreren Kartenblättern sowie in den dazu verfassten textlichen Erläuterungen (Beihefte) neben historischen Karten und Karten zum Naturraum auch detaillierte Karten zum Siedlungsraum und zur Landnutzung enthalten. Der Atlas leistet einen wesentlichen Beitrag zur aktuellen Landeskunde und zur Beschreibung der Genese und Konfiguration einzelner Elemente der Kulturlandschaften Sachsens und z. T. Sachsen-Anhalts und Thüringens. Eine Gesamtübersicht vermitteln die Blätter A 2.1 Sachsen⁶, A 2.2 Thüringen⁷ und A 2.3 Sachsen-Anhalt⁸, die als Satellitenbildaufnahmen alle visuell erkennbaren Landschafts-, Nutzungs- und Siedlungsstrukturen und deren verbindende Verkehrsnetze abbilden. Struktur- und Größenverhältnisse der Siedlungen, ihre Lage und Vernetzung sowie ihre Einordnung in die landschaftlichen Gegebenheiten (insbesondere Relief, Böden, Gewässernetz) können aus den Satellitenbildern entnommen werden.

Der Teil B des Atlases enthält spezielle Kartenblätter zu den Siedlungen und zur Bevölkerung. Veröffentlicht sind davon u. a. Blatt B II.1 »Historische Flurformen«, Blatt B II.2 »Ortsformen« sowie Blatt B II.6 »Das Städtewesen vom 12. bis 19. Jahrhundert«, bearbeitet von Karlheinz Blaschke.

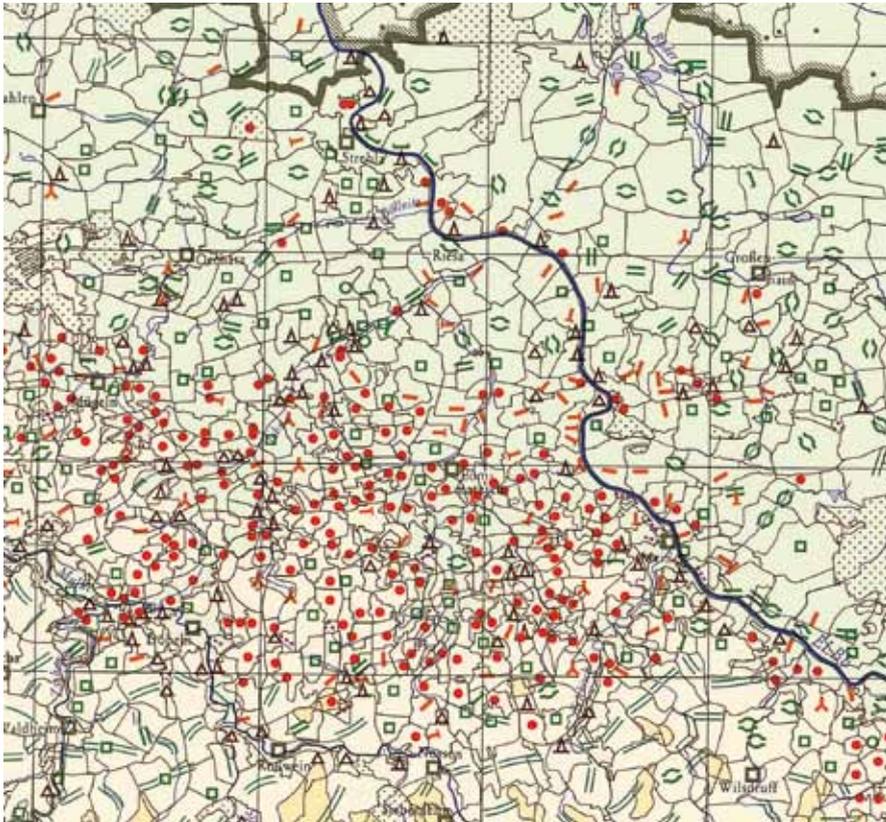
4 Otto Schlüter und Oskar August (Hg.), *Atlas des Saale- und mittleren Elbegebietes*, Leipzig 1958–1962, 55 Blätter und 3 Erläuterungshefte, bes. Blatt 23 »Ländliche Siedlungsgrundrisse« von Oskar August.

5 Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen (Hg.), *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen*, Leipzig/Dresden 1998 ff.

6 Luise Grundmann, »Satellitenbild Sachsen. Sachsen – eine landeskundliche Skizze«, in *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen* (Fn. 5), Beiheft zur Karte A 2.1, Leipzig/Dresden 2000.

7 Günther Schönfelder, »Satellitenbild Thüringen. Thüringen – eine landeskundliche Skizze«, in *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen* (Fn. 5), Beiheft zur Karte A 2.2, Leipzig/Dresden 2000.

8 Günther Schönfelder, »Satellitenbild Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt – eine landeskundliche Studie«, in *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen* (Fn. 5), Beiheft zur Karte A 2.3, Leipzig/Dresden 2005.



ORTSFORMEN

Autor: Karlheinz Blaschke

Anordnung der Hof- und Hausstellen innerhalb der Siedlungen nach der sächsischen Katasterschulthe von 1840 und topographischen profanischen Flurkarten

<ul style="list-style-type: none"> ● Rambowitz, Baumreviere kleine Siedlung aus wenigen Gehöften in wechsellagerter Reihen- oder ringförmiger Anordnung ■ Sackgassendörfchen kleine bis mittelgroße Siedlung entlang einer schmalen Gasse, die an einem Ende keine Zugang zum Wegweiser hat ▲ Gassendörfchen mittlergroße Siedlung entlang einer schmalen Gasse, die an beiden Enden Zugang zum Wegweiser hat ▲ Gassengruppendörfchen größere Siedlung aus mehreren, voneinander getrennten Gassendörfchen ■ Streifenhöfchen geringer Hof großer Hof entlang einer abwechselnd bebauten, geradlinigen Straße ■ Zeilendörfchen geringer Hof großer Hof entlang einer unregelmäßigen bebauten Straße ■ Stufenhangendörfchen geringer Hof entlang einer geradlinigen Straße, die in der Mitte an einem breiten Abgang zusammen ist ■ Platzdörfchen geringer Hof großer Hof, die an einem zentralen öffentlichen Platz oder Abgang angelegt ist ■ Randplattendörfchen geringer Hof großer Hof, die an einem zentralen öffentlichen Platz angelegt ist 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Waldhofsiedlung (Zeilendörfchen) geringer Hof großer Hof, dessen Hausstellen sich nur in der Länge abwechseln in einer Reihe, aber nur von beiden Enden in der Richtung entlang einer Nebenstraße ■ Streuwsiedlung kleines Dörfchen, dessen Hof Hausstellen besitzen, die in der Regel ohne erkennbare Ordnung innerhalb der Hof angelegt sind ■ Häufelsdörfchen geringer Hof großer Hof aus vielen unregelmäßig angeordneten Hausstellen ■ Werkweiliger, Werkviertel kleine Siedlung in unregelmäßiger Gasse, an der größere Werkstätten (Möhlen, Hammerwerke) angelegt ■ Zeilendörfchen geringer Hof großer Hof, angelegt in der Hof-Reihe ▲ Gemeinschaft geringer Hof großer Hof mit regelmäßiger Hausstellen in einer unregelmäßigen Gasse ■ Stadtdörfchen Siedlung des großen Hof, die an einem zentralen öffentlichen Platz angelegt ist 	<p>Topographische Grundlage</p> <ul style="list-style-type: none"> — Gewässnetz (um 1900) — Grenze des Königreichs Sachsen (1900) — Grenze des Freistaats Sachsen (1918) — Grenzschraffur (um 1900) ■ Stadt, Dorf ■ gemeindefreie Bauern- oder Waldfläche ■ Höhenlinien 200 m 300 m 400 m 4750: Kartennummer der Topogr. Karte 1:25 000 (Mafschicht) <p>Maststab 1: 400 000</p> <p>0 2 4 6 8 10 12 14 km</p>
--	--	--

Abb. 1: Ausschnitt aus der Karte BII2, Ortsformen, von Karlheinz Blaschke, in *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen*.

Die Karte »Ortsformen« verzeichnet alle vorhandenen Siedlungen und ordnet die ländlichen Siedlungen entsprechend ihrer Entstehungszeit im Besiedlungsgang bestimmten Ortstypen zu, die auf der Grundlage von Ortsgrundrissen aus historischen Flur- und Katasterkarten aus dem 19. Jahrhundert erkennbar sind. In dieser Zeit widerspiegeln die Grundrisse, die Anordnung der baulichen Anlagen (Gehöfte) noch relativ ursprüngliche Strukturen der Dörfer. Die Karte vermittelt einen Überblick über die Lage der Siedlungen (Siedlungsdichte und Siedlungsnetz) und lässt Schlüsse über die Entstehungszeit zu. Der in Abbildung 1 gewählte Kartenausschnitt erfasst Teile des Altsiedellandes Mittelsachsens mit den vorherrschenden Rundweilern, Sackgassen- bzw. Gassendörfern, die jüngeren Straßen- und Straßenangerdörfer, Platzdörfer in Nordsachsen sowie Teile des Gebirgsvorlandes mit den typischen Waldhufen- bzw. Reihendörfern. Die historischen Ortsformen können Anhaltspunkte für aktuelle Planungen zur Erhaltung bzw. Neugestaltung der ehemaligen dörflichen Ortskerne mit ihrer ortstypischen Bausubstanz im Rahmen von Dorferneuerungen liefern, die zu einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Kulturlandschaft beitragen.

Die Einordnung der städtischen Siedlungen in den Siedlungsraum hinsichtlich Lage und Größe und ihre Entstehungszeit vom 12. bis zum 19. Jahrhundert bildet die Karte B II. 6 (Abb. 2) ab.

Der vom Institut für Länderkunde Leipzig (heute Leibniz-Institut für Länderkunde) herausgegebene »Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland« stellt mit Band 5, »Städte und Dörfer«, den mitteldeutschen Siedlungsraum aus genetischer wie auch aktueller Sicht in einen gesamtdeutschen Rahmen. Karten und textliche Erläuterungen geben Auskunft über Siedlungsverteilung, -größe und -struktur. Weiterhin werden Zusammenhänge zwischen historischer Siedlungsforschung, besonders zu den Siedlungsformen, und neueren Dorfentwicklungsplanungen abgeleitet.⁹

Eine systematische Inventarisierung und Interpretation von Siedlungen (gleichmaßen Städte, Einzelsiedlungen, Dörfer und Gemeinden) enthalten alle Bände der seit 1957 ff. herausgegebenen landeskundlichen Buchreihe »Werte der deutschen Heimat«, die seit 2002 unter dem Titel »Landschaften in Deutschland. Werte der deutschen Heimat« gemeinsam vom Leibniz-Institut für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig bearbeitet und herausgegeben wird. Die überwiegende Zahl der bisher erschienenen Bände beschreibt Regionen, die jeweils im mitteldeutschen

⁹ Johann-Bernhard Haversath und Armin Ratusny, »Traditionelle Ortsgrundrissformen und neuere Dorfentwicklung«, in Institut für Länderkunde (Hg.), *Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland*, Band 5: Städte und Dörfer, Heidelberg/Berlin 2002, S. 50–53.

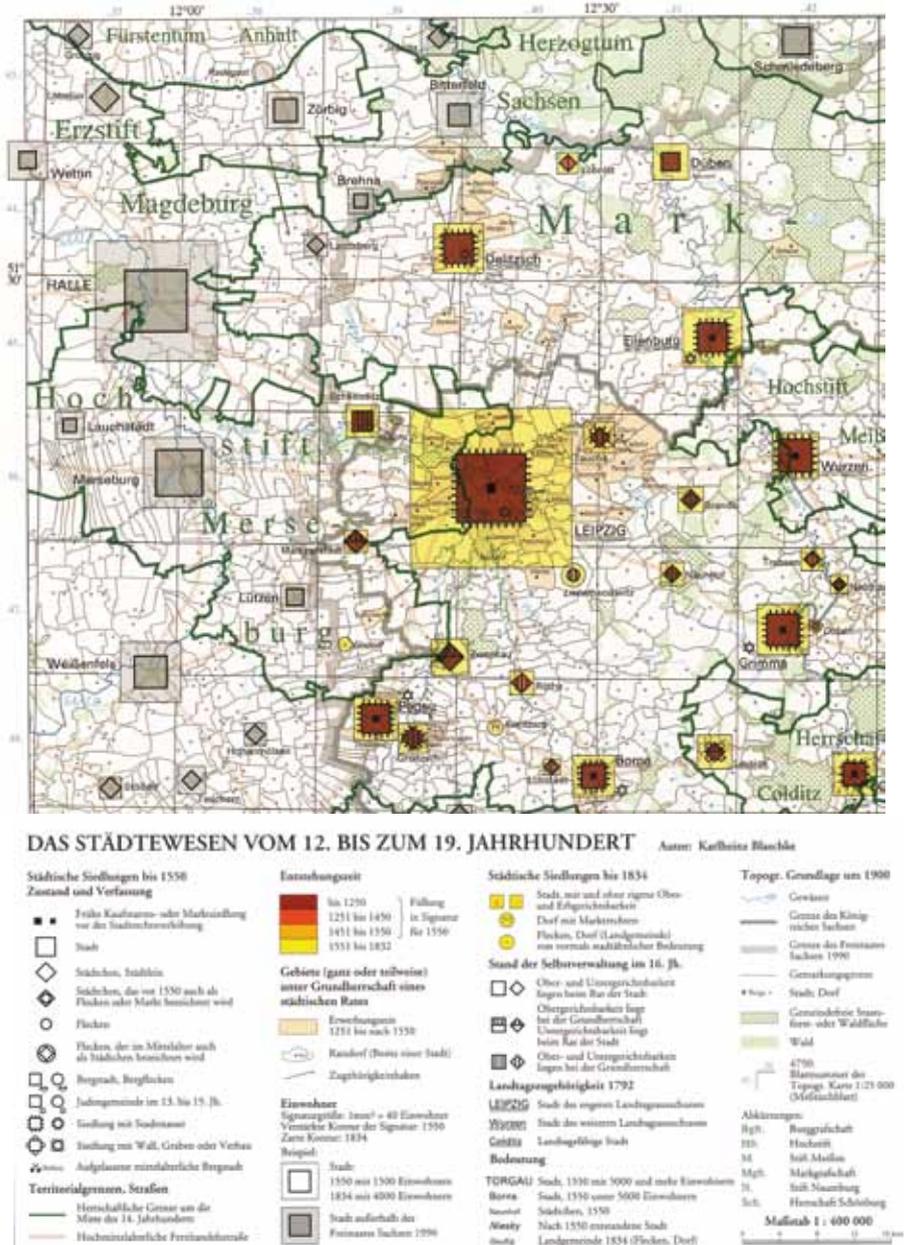


Abb. 2: Ausschnitt aus der Karte B II 6, Das Städtewesen vom 12. bis zum 19. Jahrhundert, von Karlheinz Blaschke, in *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen*. Dargestellt sind u. a. Entstehungszeit der Städte und der städtischen Siedlungen, ihre Größe nach der Einwohnerzahl (1550, 1834) sowie Ausstattung, Funktion und Verfassung.

Raum angesiedelt sind. Standortgetreu verfolgen mehrere Fachdisziplinen die Genese, die aktuelle Struktur und Funktion jeder Siedlung im jeweiligen Landschaftsausschnitt.¹⁰

Der Siedlungsraum bildete auch in der DDR einen Schwerpunkt geographischer Forschungen. Besonders die wirtschaftliche Bedeutung der Siedlungen, die zentralörtlichen Funktionen und die Stadt-Land-Verflechtungen wurden dabei betont. Untersuchungen im gesamtstaatlichen Maßstab standen im Vordergrund. Regional ausgerichtet waren die in den 1960er und 1970er Jahren durchgeführten Arbeiten zu den Agglomerationsräumen der DDR. Sie bieten eine sichere Grundlage für einen Vergleich mit den heutigen Strukturen und Funktionen aller Gemeinden im Hinblick auf die Auswirkungen des Wandels nach 1990. Stellvertretend dafür stehen die Arbeiten an geografischen Einrichtungen in Leipzig und Halle.¹¹

2. Der ländliche Raum, Definition und Abgrenzung

Der tiefgreifende Wandel der wirtschafts- und gesellschaftlichen Bedingungen in den neuen Bundesländern wirkte sich nach 1990 sehr unterschiedlich auf die historisch entstanden Kulturlandschaften aus. Besonders betroffen waren die Städte mit ihren Umlandregionen, aber auch die ländlichen Räume veränderten sich stark. Zahlreiche problemorientierte landeskundliche Forschungen begleiten diesen Wandel der Kulturlandschaft und versuchen, Zusammenhänge zu erkennen und Impulse für raumplanerische Entscheidungen im Sinne ausgewogener Strategien zur Bewahrung oder Neuorientierung zu vermitteln.¹² Das erfordert nicht nur die konkrete analytische Erfassung und Inventarisierung von Einzelsiedlungen und ihren Teilelementen, sondern auch die Berücksichtigung ihrer räumlichen Zusammenhänge und Vernetzungen in einem Raum, der vorwiegend von der landwirtschaftlichen Produktion geprägt war und über große Freiflächen verfügt. Die historisch angelegte und einem ständigen Wandel unterliegende Kulturlandschaft »Ländlicher Raum« umfasst

10 Luise Grundmann, »Ortsbeschreibungen in der Buchreihe Werte der deutschen Heimat«, in Eugen Reinhard (Hg.), *Gemeindebeschreibungen und Ortschroniken in ihrer Bedeutung für die Landeskunde*, Stuttgart 1999, S. 19–32.

11 Dieter Scholz, »Die Siedlungen des Leipziger Landes«, in Edgar Lehmann (Hg.), *Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Länderkunde* N.F. 21/22 (1964), S. 347–380.

12 Frank Bröcklin, »Integrierte Ländliche Regionalentwicklung und Kulturlandschaft – Beiträge zur Kulturlandschaftspflege«, in Frank Bröcklin u. a. (Hg.), *Stand und Perspektiven der deutschsprachigen Geographie des ländlichen Raumes*, Münster 2004, S. 33–39.

in diesem Sinne als funktionale Einheit die bewirtschafteten Freiräume und die ländlichen Siedlungen gleichermaßen. Sie sind mit einer Vielfalt von natürlichen, erwerbs- und produktionsstrukturellen und kulturlandlandschaftlichen Potenzialen ausgestattet und tragen erkennbare Spuren jahrhundertelanger spezifischer Bewirtschaftung.¹³

In der klassischen Auffassung wird der ländliche Raum als naturnaher, weitgehend von der Land- und Forstwirtschaft geprägter Siedlungs- und Lebensraum für die ländliche Bevölkerung definiert, der sich durch eine geringe Bevölkerungs- und Siedlungsdichte mit geringer Zentralität seiner Siedlungen von anderen Räumen unterscheidet.¹⁴ Konnte bis in die 1960er Jahre unter dem Begriff »Ländlicher Raum« ein relativ einheitlicher Siedlungsraum verstanden werden, so trifft dieses Bild inzwischen nicht mehr zu. Es ist eher von einem differenzierten Muster unterschiedlich entwickelter Räume auszugehen, die auch unterschiedlich stark vom Strukturwandel betroffen sind.¹⁵

Das Siedlungsnetz im ländlichen Raum, d. h. die Verteilung und Anordnung der Siedlungen im Raum, ist in seiner heutigen Konfiguration das Ergebnis eines langen und für Mitteldeutschland gut erforschten »Besiedlungsganges«: Im Zusammenhang mit der frühen Landnahme im Laufe des 7. Jahrhunderts bis etwa 1100 n. Chr. entstanden auf Flächen mit günstigen Bewirtschaftungsbedingungen (Boden, Relief und Wasser), im sogenannten Altsiedelland, erste Ansiedlungen. In der folgenden Siedlungsphase des hochmittelalterlichen Landesausbaus, im Zuge der deutschen Ostkolonisation, wurden neue Siedlungen angelegt bzw. bestehende ausgebaut. In diesem Zeitraum erfolgte auch die Gründung von Städten bzw. der Aufstieg von Marktsiedlungen zu Städten. Nach einer folgenden spätmittelalterlichen Wüstungsperiode mit einer Reduzierung der Siedlungen bewirkte der frühneuzeitliche Landesausbau eine Konsolidierung des Siedlungsnetzes von 1500 an, die sich bis zum Beginn der Industrialisierung fortsetzte. Im Zuge der frühen Industrialisierung vom beginnenden 19. Jahrhundert bis zur Hochindustrialisierung im 20. Jahrhundert erhielten die Städte einen enormen Bevölkerungszuwachs durch Zuzüge aus den Dörfern und einen wirtschaftlichen Bedeutungszuwachs gegenüber dem »Land«. Einige Städte übersprangen die Einwohnergrenze von über 100 000 Einwohnern und wurden zur Großstadt. Wirtschaftliche und politische Ver-

13 Meike Wollkopf, »Ländliche Räume zwischen Tradition und Neubeginn«, in Andreas Berkner u. a. (Hg.), *Exkursionsführer Mitteldeutschland*, Braunschweig 2001, S. 93–100.

14 Gerhard Henkel, *Der ländliche Raum*, vierte Neubearb. Aufl., Stuttgart 2004.

15 Ingo Mose, »Ländliche Räume«, in Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Handwörterbuch der Raumplanung*, Hannover 2005, S. 573–579.

änderungen hinterließen in jeder der Entwicklungsphasen Spuren – sowohl in den Siedlungen als auch in den unbebauten Freiräumen. Die ursprünglichen landwirtschaftlich geprägten Dörfer in Großstadtnähe wurden in diesen »Verstädterungsprozess« um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert durch Eingemeindungen direkt in die Stadtverbände einbezogen, andere wandelten sich zu Industriedörfern durch Ansiedlung von Fabriken. Auch kleinere und mittlere Städte im ländlichen Raum übernahmen in diesem Prozess industrielle Funktionen.

Die räumliche Differenzierung zwischen Stadt und Dorf, später als Landgemeinde oder verkürzt als Gemeinde bezeichnet, wird neben den vorherrschenden Produktionsweisen zunehmend mit Merkmalen bzw. statistischen Kennziffern beschrieben, die auf die Verdichtung von Siedlungen und Bevölkerung im Bezug auf die Fläche hinweisen: Bevölkerungsdichte (Einwohner/km²), die Siedlungsdichte (Einwohner/km² Siedlungsfläche) sowie der Anteil der bebauten Siedlungsfläche an der Gemarkungsfläche. Diese Kennziffern werden auf der Basis von Gemeinden statistisch erhoben und können aufgrund der Ausbreitung in der Fläche räumlich zusammengefasst werden. In Sachsen tritt der Begriff der »Landgemeinde« erstmals in den Entwürfen zur Sächsischen Gemeindeordnung 1831 auf. Er ersetzt im Folgenden die Bezeichnung »Dorf«. Mit den durch nachfolgende Gebietsreformen eingeleiteten Zusammenschlüssen von Gemeinden zu größeren kommunalen Einheiten bzw. durch Eingemeindungen müssen solche Dichtekennziffern kritisch betrachtet und neue Aspekte zur Abgrenzung ländlicher Räume einbezogen werden. So werden ergänzend zu Verdichtungskennziffern und siedlungsstrukturellen Merkmalen die Lageverhältnisse der ländlichen Siedlung im Bezug auf die Erreichbarkeit von Städten und deren Zentralität betrachtet und Merkmale wie die Arbeitsmarktsituation, das Einkommensniveau sowie die Wirtschafts- und Steuerkraft der ländlichen Gemeinden zur Abgrenzung herangezogen.¹⁶

Mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust der landwirtschaftlichen Produktion übernimmt der ländliche Raum neue Funktionen – hervorgehoben wird nun vor allem seine »Multifunktionalität«.¹⁷ Neben die Agrarproduktionsfunktion treten ökologischen Funktionen, wie eine umweltgerechte Bodenbewirtschaftung, Aufgaben zum Erhalt und zur Pflege der Freiräume

16 Reinhard Wiesner, »Ländliche Räume in Deutschland«, in *Geographische Rundschau* 51, 6/1999, S. 300–304.

17 Dietrich Denecke, »Themenfelder, Elemente und Betrachtungsansätze von Erfassungen und Darstellungen von Siedlungsräumen, der Siedlung und der Bausubstanz«, in Denecke und Porada, *Die Erfassung* (Fn.1), S. 19–40.

und des ökologischen Gleichgewichtes oder die Einbeziehung des Natur- und Landschaftsschutzes.¹⁸ Der Schutz der Freiräume zwischen den Siedlungen, des Bodens, des Reliefs, der Gewässer und Wälder als des natürlichen Lebensraumes des Menschen weisen dem ländlichen Raum besondere Funktionen zu.¹⁹ So erhalten landschaftlich begünstigte Regionen auch neue Entwicklungsimpulse, wenn ihre Erholungsfunktion ausgebaut und damit eine neue Erwerbsgrundlage für die ländliche Bevölkerung geschaffen wird. Der ländliche Raum bietet zudem genügend Flächen für neu anzusiedelndes Gewerbe, für Handels- oder Verkehrseinrichtungen.

Mit solchen ergänzenden oder neuen Funktionen kann der ländliche Raum Aufgaben übernehmen, die in Städten und Verdichtungsräumen nicht mehr zu realisieren sind, weil diese einen zu hohen Flächenbedarf haben. Damit erhält der bisher oft vernachlässigte ländliche Raum als »Ergänzungsraum«, als »Ökologischer Ausgleichsraum« und nicht mehr als »Restraum«²⁰ eine stärkere Bedeutung für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der ländlichen Bevölkerung.

3. Auswirkungen des Strukturwandels auf Siedlungen im ländlichen Raum

3.1. Veränderungen zwischen 1945 und 1990

Wie im gesamten östlichen Teil Deutschlands brachte die Nachkriegsentwicklung auch für den ländlichen Raum Mitteldeutschlands einschneidende Veränderungen mit sich, die sich deutlich von denen im westlichen Teil Deutschlands unterschieden. Die Entwicklung im Osten Deutschlands, die stark durch wirtschaftspolitische Entscheidungen geprägt war, verlief im Wesentlichen in zwei Phasen: Die Verordnung zur Durchsetzung der »Bodenreform« in der damaligen sowjetischen Besatzungszone bewirkte einen ersten, politisch bestimmten Eingriff in die ländlichen Strukturen. Die Folgen waren bekanntermaßen die Enteignung von Großbauern und Großgrundbesitzern und die Neuverteilung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen an Kleinbauern und neu

18 Dietrich Denecke und Haik Thomas Porada, »Der ländliche Siedlungsraum«, in *Berichte zur Deutschen Landeskunde*, Band 82, 1/2008, S. 5–53.

19 Günther Schönfelder, »Freiraumschutz und Freiraumentwicklung durch Raumplanung«, in Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Arbeitsmaterial* Nr. 349 (2009), S. 8–29.

20 Cornelia Korf und Jörg Stadelbauer, »Ländliche Räume im Wandel«, in Hans Gebhard (Hg.), *Geographie Baden-Württembergs*, Stuttgart 2008, S. 165–176.

angesiedelte Flüchtlinge. In den Dörfern erfolgte eine Aufsiedlung mit den sogenannten Neubauernhöfen an den Dorfrändern und eine Belegung enteigneter Gutshäuser vorwiegend mit Flüchtlingen, soweit diese Häuser nicht durch Beschluss der Militäradministration dem Abriss zum Opfer fielen. In Sachsen wurden in der Nachkriegsentwicklung beispielsweise 300 Schlösser und Gutshäuser, oft auch mit den umgebenden Parkanlagen, zerstört, durch Umnutzung teilweise baulich verändert und allmählich dem Verfall preisgegeben.²¹ Abriss und Verfall zerstörten nicht nur das Bild der historischen Ortskerne, es entstand auch ein Verlust wertvoller Kulturgüter im ländlichen Bereich. Allerdings erhielt sich die bäuerliche Grundstruktur der Gemeinden mit der kleinteiligen Flurbewirtschaftung. Auch die weitere Nutzung bäuerlicher Wohn- und Wirtschaftsgebäude war gewährleistet. Eine Großflächenbewirtschaftung übernahmen die neuen Staatsgüter, die späteren »Volkseigenen Güter«, die vor allem in den Gutsdörfern unter Nutzung des Gutsbesitzes angesiedelt wurden.

Wesentlich gravierender waren die Auswirkungen auf die Siedlungen und Fluren, die von der verordneten, seit 1952 schrittweise durchgesetzten »Kollektivierung« der Landwirtschaft ausgelöst wurden, bei der nach sowjetischen Vorbild Bauern mit ihrem Besitz in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) unterschiedlichen Typs zusammengeschlossen wurden. »Das vollgenossenschaftliche Dorf« wurde zum Gütezeichen einer Gemeinde stilisiert, in der alle Bauern die Landbewirtschaftung in Genossenschaften durchführten und der bäuerliche Besitz in Genossenschaftseigentum überführt war. Die zunehmende industriemäßige landwirtschaftlich Produktion in großen, zusammengelegten Wirtschaftseinheiten und Schlägen in der einstigen kleinteiligen Struktur der Feldfluren beseitigte nicht nur einzelne Landschaftselemente und Wegeführungen, sie griff auch in die Struktur der Siedlung, in die Ortsgrundrisse, Ortskerne und Bebauungsstruktur der bäuerlichen Gehöfte ein. Die örtliche Trennung von Ackerbau und Viehhaltung verstärkte diesen Prozess. Für die großen Produktionseinheiten entstanden Stallanlagen, Futtersilos und Wasserspeicheranlagen für Bewässerungszwecke an den Ortsrändern. Von den einstigen Hofanlagen, in der Mehrheit Drei- und Vierseitenhöfe, blieben oft nur die Wohnteile in Nutzung, die Wirtschaftsgebäude blieben zum Teil ungenutzt und verfielen. Bei steigendem Wohnraumbedarf wurden die Siedlungen an den Ortsrändern mit neuen Wohnhäusern erweitert – mit ortsfremden, meist mehrgeschossigen Plattenbauten. Die

21 Sächsisches Staatsministerium des Innern, *Besonders gefährdete Kulturdenkmäler in Sachsen – Schlösser und Herrenhäuser* (Schriftenreihe für Baukultur, Architektur und Denkmalpflege, Reihe B), Dresden 1994.

topographischen Karten verzeichnen diese neuen Ortsgrundrisse.²² Siedlungen mit wirtschaftlich exponierten Genossenschaften erhielten als die sogenannten »Zentralsiedlungen« bevorzugt neue Wohnbauten, Schulen, Kindergärten, Verkaufsstellen des Einzelhandels und Einrichtungen für die medizinische Versorgung. Diese Siedlungen übernahmen zentralörtliche Funktionen des täglichen Bedarfs auch für Nachbargemeinden. Die landwirtschaftliche Produktion in den Produktionsgenossenschaften war die Hauptfunktion der Siedlungen, ein Teil der Bewohner pendelte in benachbarte Städte aus, vorwiegend in den Industriesektor. Auch die Industriedörfer und Kleinstädte erweiterten ihre Industrieanlagen (Molkereien, Textilbetriebe, Maschinenbaubetriebe), meist waren es Zweigbetriebe großer Werke in den Städten. Bezogen auf die Siedlungsstruktur setzten sich hier städtisch-ländliche Mischformen durch, die bis heute das Ortsbild dominieren, obgleich die meisten Betriebe geschlossen und als Brachflächen ungenutzt sind.²³

3.2. Strukturwandel nach 1990

Der mit der Wiedervereinigung 1990 verbundene politische und wirtschaftliche Umbruch führte auch in den bestehenden ländlichen Strukturen zu tiefgreifenden Veränderungen, die im Einigungsvertrag in Grundzügen geregelt wurden. Besonders die rechtliche Situation bei der Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion musste berücksichtigt werden – die »Rückübertragung«, die »Reprivatisierung« genossenschaftlichen Eigentums an die einstigen Bauern, die Regelungen zum Besitz der von der Bodenreform Betroffenen und die Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Jahr 1991 schufen neue Voraussetzungen für die weitere landwirtschaftliche Produktion. Die Schließungen zahlreicher örtlicher Industriebetriebe entzogen dem ländlichen Raum oft bisherige Wirtschaftsgrundlagen. Die Auswirkungen betrafen vor allem den Arbeitsmarkt, der von einem starken Beschäftigungsrückgang geprägt war. Auch die Situation der Großstadtreionen beeinflusste die Entwicklung im ländlichen Raum. So ging zwangsläufig auch der Anteil der Arbeitspendler zurück, da auch in den Städten Arbeitsplätze wegfielen.

Rechtlich war im Einigungsvertrag die Fortführung der landwirtschaftlichen Produktion in verschiedenen Rechtsformen gesichert. Es konnten so-

22 Dieter Brunner und Meike Wollkopf, »LPG – Zentralsiedlungen und ihre Veränderungen seit 1990«, in Nationalatlas, Band 5 (Fn. 9), S. 68–69.

23 Gerhard Henkel, *Der ländliche Raum in den neuen Bundesländern*, Paderborn 1992.

wohl juristische Personen Produktionsbetriebe übernehmen, etwa Agrar-genossenschaften oder -gesellschaften, als auch Personengesellschaften oder Einzelunternehmer, darunter die »Wiedereinrichter«, die ehemaligen Landwirte. Ein stark reduzierter Arbeitskräftebesatz in den neuen Einrichtungen und fehlende andere Beschäftigungsmöglichkeiten führten in der Folge zur Abwanderung von arbeitsfähiger Bevölkerung. Der insgesamt in allen neuen Bundesländern nach 1990 einsetzende Rückgang der Bevölkerungszahlen, bedingt durch Geburtenrückgang und Abwanderung in die alten Bundesländer, betraf besonders die Gemeinden in peripherer Lage. Dagegen erhielten die Gemeinden im Umland aller Großstädte neue Entwicklungsimpulse. Ausgelöst durch einen Investitionsdruck auf die Städte übernahmen diese Gemeinden z. T. städtische Aufgaben, die aus unterschiedlichen Gründen von den Städten selbst nicht bewältigt werden konnten, und stellten große Flächen für neue Wohnsiedlungen, für Einrichtungen des Handels und des Gewerbes bereit. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse, Altlasten auf städtischen Flächen, überhöhte Baulandpreise in den Städten oder ungenügender Vorlauf in der Flächennutzungsplanung bzw. eine bestimmte Rechtsunsicherheit führten ebenso zu einem Ausweichen auf das Umland. Unter diesen Vorzeichen wurde der Prozess der »Suburbanisierung« ausgelöst.²⁴

Innerhalb eines kurzen Zeitraums verloren alle Großstädte wichtige Funktionen zunächst als Standort für großflächige Einzelhandels- und Gewerbesiedlungen und seit 1992 auch für den Wohnungsbau an die Umlandgemeinden, gefördert durch Sonderabschreibungen. Die Neubauten entstanden fast ausschließlich auf landwirtschaftlichen Flächen am Rand der Siedlungen – »auf der grünen Wiese«. Statistisch lässt sich dieser Suburbanisierungsprozess mit Bevölkerungsgewinn der Umlandgemeinden durch Zuzüge aus der Stadt, im Anwachsen der Siedlungs- und Verkehrsflächen und im Rückgang der landwirtschaftlichen Flächen belegen. Erst Ende der 1990er Jahre verlangsamte sich der Prozess wieder zugunsten der Städte, unterstützt durch Maßnahmen für eine Revitalisierung der Innenstädte. Der Bedarf an neuen Bauflächen ging in den Umlandgemeinden seitdem wieder zurück. Beispielsweise wurden in Thüringen vor 1999 im Durchschnitt noch fast 4 ha Fläche täglich neu bebaut, im Zeitraum von 2005 bis 2008 halbierte sich der Bedarf an neuer Siedlungs- und Verkehrsfläche auf etwa 2 ha pro Tag. Der zunächst sehr starke Rückgang der landwirtschaftlich genutzten Flächen wurde seitdem in allen drei Ländern eingedämmt, nicht zuletzt auch der nachlassenden Investitionsnachfrage geschuldet.

24 Günter Herfert, »Aktuelle Suburbanisierungsprozesse«, in Andreas Berkner u. a. (Hg.), *Exkursionsführer Mitteldeutschland*, Braunschweig 2001, S. 33–42.

4. Der ländliche Raum als Kategorie der Raumordnung

In der Raumplanung und Raumordnung der Bundesrepublik Deutschland wird der »Ländliche Raum« als eine spezifische Raumkategorie behandelt, die sich grundsätzlich von den Räumen unterscheidet, die von den großen Städten geprägt sind und als »Agglomerationen«, »Stadtregionen«, »Verdichtungsräume« und aktuell als »Metropolregionen« bezeichnet werden.

Der »Ländliche Raum« wird von der Raumordnung als eine Gebietskategorie eingestuft, die als eine historisch gewachsene Kulturlandschaft mit einer spezifischen Siedlungs- und Flächennutzungsstruktur nachhaltig zu entwickeln ist. Diese auf Verdichtungskennziffern der Gemeinden abgegrenzte Kategorie ist allerdings keinesfalls ein einheitlicher Raum-Typus, sondern vereint Räume, die sich hinsichtlich der Lage, der Sonderfunktionen und der Wirtschaftlichkeit weiter differenzieren lassen. Auf Bundesebene gibt es üblicherweise eine Einteilung in fünf Typen ländlicher Räume, wie sie im Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen der Ministerkonferenz für Raumordnung von 1995 formuliert ist.²⁵ Diese Typen sind sowohl analytisch als ein Siedlungsraaster für die Raumbeobachtung als auch programmatisch hinsichtlich einer Zuweisung von Funktionen eingestuft worden. Die Zuordnung wird auch durch äußere Einflüsse als eine Folge der allgemeinen Globalisierung modifiziert.²⁶ Folgende Differenzierungen sind vorgenommen worden:

1. Ländliche Räume in Nähe von Agglomerationsräumen und großräumigen Verkehrsachsen
2. Attraktive Räume für den Tourismus
3. Räume mit günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft
4. Gering verdichtete ländliche Räume mit wirtschaftlicher Entwicklungsdynamik
5. Strukturschwache periphere Räume

Nach 1990 übernahmen die neuen Bundesländer die geltenden Richtlinien der bundesdeutschen Raumordnung und setzten sie in die entsprechenden landesplanerischen Aufgaben um. Das betraf auch Festlegungen zur Abgrenzung des Raumtyps »Ländlicher Raum«. Bereits die ersten Landesentwicklungspläne der mitteldeutschen Länder (1994) haben die raumstrukturelle Gliederung der Landesfläche beinhaltet. Alle Gemeinden wurden bestimmten Raum-

²⁵ Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, *Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen*, Bonn 1995.

²⁶ Ingo Mose, »Ländliche Räume« (Fn. 15), S. 573–579.

typen zugeordnet und es wurden entsprechende Richtlinien für ihre Entwicklung festgelegt. Bei der Typisierung sind landeskundliche Kenntnisse über den Siedlungsraum nach siedlungs- und wirtschaftsstrukturellen Merkmalen eingeflossen. Für alle Länder konnte so der Raumtyp »Verdichtungsräume«, dies sind die großen Städte mit ihren dicht besiedelten und wirtschaftlich entwickelten Umlandgemeinden, gegenüber dem »Ländlichen Raum« auf der Grundlage der Gemeindedaten bzw. nach den Landkreisen abgegrenzt werden. Die Überarbeitung der Pläne und ihre Neufassungen (2003 bzw. 2005) halten mit Variationen an dieser Raumgliederung fest. Im Bezug auf die Gemeindegröße (Einwohnerzahl), Bevölkerungs- und Siedlungsdichte wohnen auf dem Territorium der drei Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen etwa 30 % der Bevölkerung außerhalb der Verdichtungsräume, die Siedlungen im ländlichen Raum verteilen sich auf etwa 70 % der Gesamtfläche.

Grobe Anhaltspunkte der Raumdifferenzierungen vermitteln statistische Übersichten über die Gemeindegröße und die Verteilung der Gemeinden und Städte in der Landesfläche, wie eine kartographische Umsetzung für den Freistaat Sachsen zeigt (Abb. 3). Bereits daraus ist die Konzentration der Siedlungen

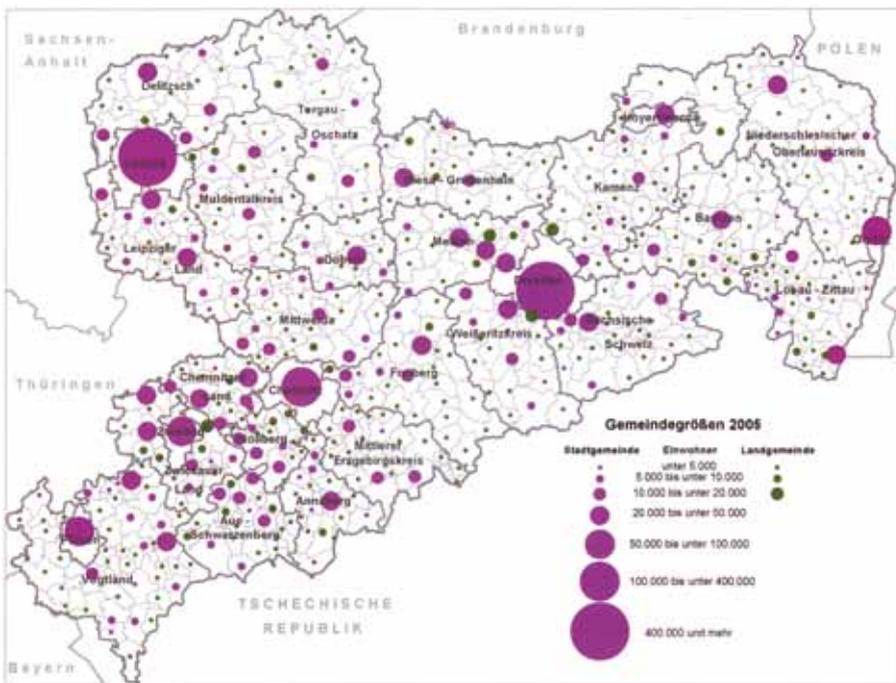


Abb. 3: Gemeindegrößen im Freistaat Sachsen 2005. Quelle: Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern, »Landesentwicklungsbericht 2006«, Dresden 2006, S. 45.

und der Bevölkerung in den »Verdichtungsräumen« um Dresden, Chemnitz und Leipzig ersichtlich.

Tabelle 1 zeigt einen Vergleich der Gemeindezahlen und der Zahl der Einwohner nach Gemeindegrößengruppen im Freistaat Sachsen im Jahr 1990 und 2002. Darin stellt man nicht nur einen Rückgang der Landesbevölkerung insgesamt, sondern auch einen Rückgang der Zahl der selbstständigen Gemeinden/Städte von ehemals über 1 600 (ca. 4,764 Mio. Einwohner) auf 485 Gemeinden/Städte (ca. 4,168 Mio. Einwohner) fest. Diese starke Reduzierung der Gemeindezahlen ist das Ergebnis mehrerer Gebietsreformen in diesem Zeitraum. Durch Eingemeindungen bzw. Gemeindezusammenschluss verloren insbesondere die kleineren Gemeinden mit ehemals weniger als 5 000 Bewohnern ihre Selbstständigkeit. Dagegen vergrößerte sich die Zahl der Gemeinden mit über 5 000 Einwohnern.

Tab. 1: Bevölkerungsverteilung auf Gemeinden in Sachsen²⁷

Gemeindegröße	Anzahl der Gemeinden		Einwohner (EW)	
	abs.	%	abs.	%
1990				
< 5 000 EW	1 502	92,4	1 527 616	32,1
> 5 000 EW	124	7,6	3 236 685	67,9
Insgesamt	1 626	100	4 764 311	100
2009				
< 5 000 EW	323	66,6	852 016	20,4
> 5 000 EW	162	33,4	3 316 716	79,6
Insgesamt	485	100	4 168 732	100

Der Landesentwicklungsplan Sachsen weist auch in der überarbeiteten Form und unter Berücksichtigung der Regionalplanungsentwürfe für 2003 die Differenzierung nach den Hauptkategorien Verdichtungsraum und ländlicher Raum auf. Allerdings wird innerhalb des ländlichen Raumes ein verdichteter Bereich gesondert ausgegliedert, so dass drei Raumtypen ausgewiesen sind (Abb. 4):

1. Verdichtungsraum
2. Verdichteter Bereich im ländlichen Raum
3. Ländlicher Raum

²⁷ Statistisches Landesamt (Hg.), *Statistisches Jahrbuch Freistaat Sachsen 2009*, Dresden 2010.

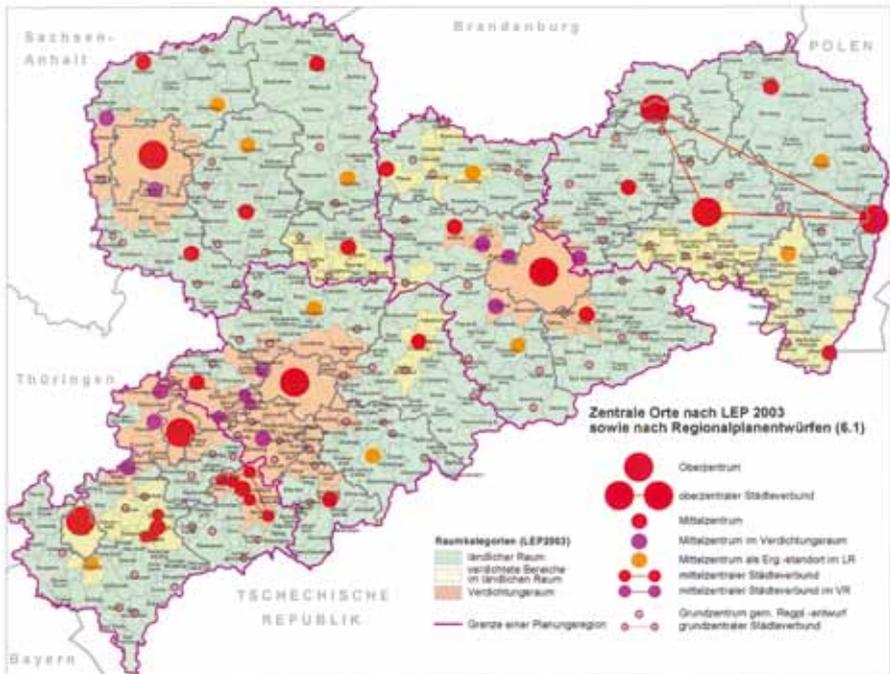


Abb. 4: Zentrale Orte und Raumkategorien im Freistaat Sachsen nach Landesentwicklungsplan 2003, Grundzentren nach Regionalplänenentwürfen. Quelle: Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern, »Landesentwicklungsbericht 2006«, Dresden 2006, S. 42.

Die Tabelle 2 veranschaulicht die Verteilung der Gemeinden im Freistaat Sachsen nach Bevölkerung und Fläche im Jahr 2005 auf diese Raumkategorien.

Tab. 2: Zuordnung der Gemeinden zu Raumkategorien in Sachsen 2005²⁸

Raumkategorie	Anzahl der Gemeinden	Bevölkerungsanteil	Flächenanteil
Verdichtungsräume	88	52 %	17 %
Verdichtete Bereiche im ländlichen Raum	64	13 %	10 %
Ländlicher Raum	359	35 %	73 %

Durch Gemeindereformen, d. h. durch den Zusammenschluss von Gemeinden oder Eingemeindungen der letzten Jahre, ergeben sich geringfügige Zuord-

²⁸ Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern (Hg.), »Entwicklung räumlicher Strukturen«, in *Landesentwicklungsbericht 2006*, Dresden 2007, S. 41–44.

nungsveränderungen, insbesondere zu den Verdichtungsräumen. Der verdichtete Bereich im ländlichen Raum umfasste auf der Grundlage der gewählten Kriterien 2005 noch 64 Gemeinden, die durch ihre historisch angelegte gewerbliche Ausstattung, durch die Industrialisierung gegenüber dem übrigen ländlichen Raum und durch einen höheren Verdichtungsgrad nach Bevölkerungszahl und Anzahl der Siedlungen charakterisiert sind.²⁹ Die Siedlungsstruktur besteht im verdichteten Bereich vorwiegend aus Industriedörfern und kleineren Mittelstädten mit zentralörtlicher Ausstattung, die Kristallisationskerne der weiteren Entwicklung für den Gewerbe- und Dienstleistungssektor in der Oberlausitz, dem Umland von Riesa, dem Muldetal, im Raum Freiberg und Plauen bilden können.

Dem ländlichen Raum im engeren Sinn sind auf einer Fläche von 73 % der Landesfläche 359 Gemeinden und Kleinstädte zugeordnet, vorwiegend kleine ehemalige Dörfer. Hier wohnen immerhin noch 35 % der sächsischen Bevölkerung. Die Kleinstädte übernehmen als zentrale Orte einer niedrigen Zentralitätsstufe als »Unterzentren« Funktionen der Grundversorgung der Bevölkerung, die in vielen kleinen Siedlungen nicht mehr vorhanden sind (Handel, Gesundheitswesen, Schulen und Betreuungseinrichtungen). Die aktuelle Entwicklung deutet in der Einstufung der zentralen Orte eine Zweistufigkeit an, eine Differenzierung in Ober- und Mittelzentren.

Neuere Überlegungen über die Zuordnung bzw. den Zusammenschluss von Räumen zu sogenannten »Metropolregionen« im europäischen und deutschlandweiten Maßstab ergeben sich nicht nur für die Verdichtungsgebiete sondern auch für die ländlichen Räume. Der Zusammenschluss soll in erster Linie der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Regionen dienen. »Der Begriff der Metropolregion ist sowohl eine funktionale wie auch räumliche Kategorie. Im funktionalen Sinne ist eine Metropolregion ein Standort von metropolitanen Einrichtungen, die großräumig wirksame Steuerungs-, Innovations- und Dienstleistungsfunktionen ausüben und insofern als Motoren der Regional- und Landesentwicklung wirken. Im räumlichen Sinne besteht eine Metropolregion aus einer oder mehreren nahe beieinander liegenden Städten einschließlich ihrer Umlandräume, soweit diese eine vergleichbare Standortqualität besitzen.«³⁰ Bereits 1995 wurden für die Bundesrepublik Deutschland von der Ministerkonferenz der Raumplanung fünf »Metropolregionen« ausgewiesen. 1997 kamen weitere dazu, darunter die Metropolregion »Halle/Leipzig

29 Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern, *Landesentwicklungsplan Sachsen 2003*, Dresden 2003.

30 Hans Heinrich Blotevogel, »Metropolregionen«, in Handwörterbuch der Raumordnung (Fn. 15), S. 642–647.

Sachsendreieck«, die inzwischen um große Teile Sachsen-Anhalts und Thüringens erweitert ist und als »Metropolregion Mitteldeutschland« bezeichnet wird.³¹ 2010 sind bundesweit 11 Metropolregionen in der Raumordnung ausgewiesen, die auch auf der Basis von Kreisen kartographisch festgehalten sind.³² Für den mitteldeutschen Raum bedeutet das eine Zuordnung zahlreicher ehemals als ländlicher Raum bezeichneter Landesteile, vor allem in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dieses eindeutig als entwicklungsorientiert gekennzeichnete Raumkonzept eröffnet auch den ländlichen Bereichen neue Entwicklungschancen, indem sie von den Vorzügen und Strukturstärken der Städte Magdeburg, Halle, Leipzig, Zwickau, Chemnitz und Dresden stärker profitieren sollen.

5. Perspektiven und Förderprogramme

Während in den Umlandgemeinden der Städte die Bevölkerungszahlen anstiegen und sich die Beschäftigten- und Sozialstrukturen änderten, waren und sind die ländlichen Siedlungen außerhalb der Verdichtungsräume besonders stark vom demographischen Wandel betroffen. Das zeigt sich im Rückgang der Einwohnerzahlen, ausgelöst durch natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburtenrückgang) und besonders durch Abwanderung junger Menschen mit daraus resultierender Überalterung der Bevölkerung.

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung 1990 bis 2020 in Sachsen nach Raumkategorien (Prognose)

	<i>Verdichtungsraum</i>	<i>Verdichteter Bereich im ländlichen Raum</i>	<i>Ländlicher Raum</i>
Bevölkerung in 1 000			
1990	2 546,0	688,5	78,3
2005	2 241,9	560,3	1 471,5
2020	2 133,9	475,6	1 265,2
Bevölkerungsdichte			
1990	836 EW/km ²	387 EW/km ²	123 EW/km ²
2005	736 EW/km ²	315 EW/km ²	108 EW/km ²
2020	701 EW/km ²	267 EW/km ²	93 EW/km ²

31 Hans Heinrich Blotevogel, »Raumordnung und Metropolregionen«, in *Geographische Rundschau* 62, 11/2010, S. 4–14.

32 Sandra Passlik und Achim Prosek »Das Raumordnungskonzept der Europäischen Metropolregionen«, in *Geographische Rundschau* (Fn. 31), S. 14–21.

Nach diesen Berechnungen würde sich die Einwohnerzahl im ländlichen Raum von 2005 bis 2020 um etwa 14% verringern und das Durchschnittsalter von 44,4 Jahre auf 49,9 Jahre erhöhen (1990: 38 Jahre).³³

Diese auf der aktuellen Datengrundlage in der Raumb Beobachtung (2008) basierende Bevölkerungsprognose und eine Einschätzung der Möglichkeiten zur Ausstattung mit neuen Funktionen durch Investitionen besagt, dass die ländlichen Räume in den vergangenen 15 Jahren stark vom »demographischen Wandel« (Geburtenrückgang, Abwanderung, Überalterung) betroffen waren und dass sich dieser Trend auch in den nächsten 10 Jahren fortsetzen wird. Zudem haben sich die Lebensbedingungen durch Schließung von Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen in den kleinen Siedlungen und durch den landesweit eingetretenen Rückzug des öffentlichen Nahverkehrs aus der Fläche zusätzlich verschlechtert. Der hohe Motorisierungsgrad kann diesen Wegfall zwar für junge Menschen ausgleichen, für Kinder und alte Menschen sind die Einrichtungen in benachbarten Mittelzentren aber nur eingeschränkt erreichbar. Hinsichtlich der Bevölkerungssituation, der Ausstattung mit Versorgungseinrichtungen und einer geringen Investitionstätigkeit werden diese Räume weiter »Schrumpfräume« bleiben, falls nicht wirksame Strategien zur Erhaltung bzw. Aufwertung eingesetzt werden. In den Landesentwicklungsplänen sind deshalb Maßnahmen vorgesehen, um die Lebensbedingungen zu verbessern und endogene Kräfte für eine positivere Entwicklung zu aktivieren. Das setzt voraus, dass bisher weniger beachtete Faktoren und materielle Ressourcen neu zu bewerten sind.³⁴

Dafür sind bereits Konzepte entwickelt worden, die sowohl auf den Raum bezogen als auch für die Siedlungen wirksam sind.³⁵ Umgesetzt werden sie durch Fördermittel des Bundes, der Länder und der Europäischen Kommission. Regionale Entwicklungskonzepte zielen auf eine integrierte Entwicklung von kleineren Räumen mit einer ähnlichen wirtschaftlichen Struktur, die sich als Städt netze bzw. Städteverbände oder als Aktionsräume der Regionalent-

33 Freistaat Sachsen, Staatsministerium des Innern, *Materialien zum Umgang mit dem demographischen Wandel* (bearb. von Rainer Winkel), Dresden 2008.

34 Hansjörg Bucher, »Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Deutschland«, in Frank Bröcklin u. a. (Hg.), *Stand und Perspektiven der deutschsprachigen Geographie des ländlichen Raumes*, Münster 2004, S. 4–11.

35 Rainer Danielzyk und Rainer Winkel »Anforderungen an Steuerungsansätze der Stadt und Regionalentwicklung unter Schrumpfungsb edingungen. Schrumpfung – neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen«, in Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), *Arbeitsmaterial* Nr. 303 (2008), S. 125–139.

wicklung verstehen. Darin schließen sich Kommunen zusammen, um wirtschaftliche und natürliche Ressourcen gemeinsam zu nutzen.

Speziell für den ländlichen Raum bieten integrierte ländliche Entwicklungskonzepte die Möglichkeiten zum Zusammenschluss von Gemeinden, deren wirtschaftliche Entwicklung stark von der Land- und Forstwirtschaft geprägt ist, die über eine kleinteilige Siedlungsstruktur verfügen und die ökologische Aufgaben für den Erhalt des Naturraumes übernehmen. Dazu sind in den Ländern seit etwa 1992 Förderprogramme aufgestellt, die eine ganzheitliche nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes mit seinen dörflichen Siedlungen und seiner natürlichen Ausstattung sichern sollen. Das »Sächsische Dorfentwicklungsprogramm«, das seit 1993 in etwa einem Drittel der Dörfer wirksam ist, stellte Fördermittel bereit, die vor allem den Erhalt und die Sanierung der historischen Siedlungsformen und des Baubestandes in den Ortskernen finanziell unterstützen, besonders den Ausbau von Wohnraum. Fördergelder können auch zur Bewahrung von Relikten des bäuerlichen Wirtschaftens und Lebens eingesetzt werden und damit identitätsstiftend wirken. Auch für die Gestaltung von Freiräumen im Ort, einschließlich der historischen Parkanlagen, sowie für die Beseitigung von ungenutzten Brachflächen stehen Gelder zur Verfügung. Unterstützt werden die Gemeinden hinsichtlich ihrer Ansiedlungsbestrebungen für neue Wirtschaftsformen und Dienstleistungen auf entsprechend in den Flächennutzungsplänen ausgewiesenen Gebieten. Besonderer Wert wird dabei auf die Konzentration innerhalb des Siedlungsgebietes und Schonung der Freiräume gelegt. Im Zeitraum von 2003 bis 2005 flossen über 550 Mio. Euro Fördergelder in die sächsischen Gemeinden. Über 60 % der Mittel konnten für Maßnahmen der Dorferneuerung eingesetzt werden.

Weitere Instrumente zur Erhaltung des ländlichen Raumes sind Maßnahmen zur Stabilisierung und Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion im Rahmen der agrarstrukturellen Entwicklungsplanung, die eine ländliche Neuordnung, Flurbereinigung und die Regelung von Eigentumsfragen beinhaltet. Fördermittel stehen auch für die ökologische Landschaftsgestaltung, für die Einhaltung von Schutzmaßnahmen für Landschaft und natürliche Ressourcen sowie für die Verbesserung der Infrastruktur durch den Ausbau des Straßen- und Wegenetzes in und zwischen den Gemeinden, für den Gewässerausbau und für den Landtourismus zur Verfügung. Durch den Zusammenschluss von Gemeinden zu sogenannten lokalen Aktionsgruppen können Fördermittel der Europäischen Union unproblematischer abgerufen werden. Ob und welche Impulse zur Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen und Lebensverhältnisse in den peripheren ländlichen Räumen durch ihre planerische Einbindung in die »Metropolregion Mitteldeutschland« ausgehen, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

Michael Stock

Ur- und frühgeschichtliche Archäologie und Landeskunde – Beispiele aus Sachsen-Anhalt

Die Landeskunde befasst sich mit der interdisziplinären Erforschung einer Region in historischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. Einer der beteiligten Wissenschaftszweige ist die prähistorische Archäologie, die als Einzige auch für die schriftlose Zeit Quellen zu diesen Fragestellungen untersucht. Für die darauffolgenden Zeitabschnitte liefert sie Beiträge zu all diesen Aspekten.

1. Die Zeit bis zur Gründung des Provinzialmuseums

Die Herausbildung einer selbstständigen Wissenschaft, die sich auf der Grundlage archäologischer Bodenfunde mit der menschlichen Geschichte in Deutschland beschäftigt, war ein vielschichtiger Prozess mit verschiedenen Wurzeln und geistigen Strömungen, von denen einige in ihrer Entwicklung stecken blieben, zu denen dafür aber neue hinzukamen.¹ Die Anfänge archäologischer Forschung sind also vielfältig; Beispiele einer ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit archäologischen Funden wie auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt lassen sich in jedem Teil Deutschlands finden. Zu den frühesten Belegen zählt die ungedruckte Chronik von Bartholomäus Schwaneberg, in der die Ausgrabung eines Grabhügels bei Bernburg durch Fürst Joachim Ernst von Anhalt (1536–1586) überliefert ist.²

Philipp Melanchthon maß der archäologischen Quelle offensichtlich noch keine große Bedeutung bei, denn aus seinen Vorlesungen an der Wittenberger

1 Johan Callmer, »Coming of Age? The Establishment of Pre- and Protohistoric Archaeology as an Academic Discipline«, in Johan Callmer u. a. (Hg.), *Die Anfänge der ur- und frühgeschichtlichen Archäologie als akademisches Fach (1890–1930) im europäischen Vergleich*, Rahden/Westf. 2006, S. 13–22.

2 Wilhelm Albert von Brunn, »Kenntnis und Pflege der Bodendenkmäler in Anhalt«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 41/42 (1958), S. 28–71, hier S. 31.

Universität bis zum Jahr 1560 ist nur eine Passage überliefert, die ebenfalls auf die Ausgrabung eines Grabhügels eingeht, und zwar bei Landsberg, Saalekreis. Der Geschichtsforscher und Geologe Peter Albinus unternahm als Professor derselben Universität 1587 eine Ausgrabung von Hügelgräbern bei Zahna, Landkreis Wittenberg, mit der Fragestellung, ob die Urnen Naturgebilde oder wirklich Leichenbrandbehälter sind. Der bis zur Schließung der Wittenberger Universität 1813 dort tätige Historiker Karl Heinrich Ludwig Pölitz entwarf unter Hinzuziehung archäologischer und ethnographischer Quellen ein evolutionistisches Geschichtsbild der menschlichen Frühgeschichte.³

Auch im Raum Halle gibt es erste Aktivitäten auf dem Gebiet der Ur- und Frühgeschichte zu verzeichnen, ohne dass die Beteiligung von Universitätsangehörigen nachweisbar ist. Der Theologe David Sigmund Büttner veröffentlichte 1695 in Halle mehrere Fundberichte, u. a. zum Urnengräberfeld in Liederstedt, Burgenlandkreis.⁴ Johann Christoph Olearius verfasste 1701 sowie 1707/08 Abhandlungen zu archäologischen Objekten und Münzen. Einige der damals in Mode gekommenen Naturalienkabinette enthielten auch archäologische Bodenfunde, z. B. die der Familie Olearius oder von August Hermann Francke (1663–1727). Der Historiker der Stadt Halle und des Saalkreises Johann Christoph von Dreyhaupt (1699–1768) äußerte sich in seinen Schriften verschiedentlich zu diesem Thema, ebenso erwähnt Paul Christian Hoepfner in seiner 1726 in Halle erschienenen »Germania Antiqua ...« Fundstücke.⁵

Die Ernennung Johann Gustav Gottlieb Büschings 1817 zum Ordinarius in Breslau brachte die erste Einrichtung eines Lehrstuhls für Prähistorie (auch Vor-/Ur- und Frühgeschichte) in Deutschland mit sich, der allerdings anschließend nicht wieder besetzt wurde.⁶

Das während der napoleonischen Kriege aufkeimende Nationalbewusstsein führte in Deutschland nach der Befreiung zur Gründung von Vereinen, die sich mit den Ursprüngen deutscher Geschichte beschäftigten. In der nach dem Wiener Kongress neu geschaffenen preußischen Provinz Sachsen war das seit 1817 der *Unstrutverein für vaterländische Alterthümer in Geschichte und*

3 Friedrich Schlette, »Die Anfänge einer Ur- und Frühgeschichtsforschung in Halle bis zur Gründung des Provinzialmuseums«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 67 (1984), S. 9–27, hier S. 10 f.

4 Werner Coblenz, »Ein Bericht über ›Urnengraben‹ aus dem Kreis Querfurt mit kulturgeschichtlichen Deutungsversuchen aus dem Jahr 1695«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 72 (1989), S. 19–38.

5 Ebd., S. 11.

6 Ulrike Sommer und Ruth Struwe, »Bemerkungen zur prähistorischen Archäologie an deutschen Universitäten im 19. Jh.«, in Callmer, *Anfänge* (Fn. 1), S. 23–42, hier S. 25 ff.

Kunst, der 1819 in dem *Thüringisch-Sächsischen Verein für Erforschung des vaterländischen Alterthums und Erhaltung seiner Denkmale* aufging. Bereits 1822 empfiehlt eine Verfügung des preußischen Kulturministers eine Verbindung des Vereins mit der Universität Halle zur Sicherung seiner Sammlungen. Daraufhin zog der Verein im Folgejahr in die Neue Residenz in Halle und wurde 1826 zur Universitätseinrichtung erklärt – zu dieser Zeit ein einmaliger Vorgang in Deutschland.⁷

Ein Büsching-Schüler, Friedrich Karl Hermann Kruse, erhielt 1821 eine außerordentliche Professur in Halle. Bis zu seinem Weggang 1828 erlebte die Ur- und Frühgeschichtsforschung des Thüringisch-Sächsischen Vereins mit ihm als Sekretär ihren Höhepunkt. Kruses wissenschaftliches Konzept – nur der überregionale Vergleich archäologischer Funde unter Berücksichtigung der Schriftquellen und geographischen Gegebenheiten ermöglicht verallgemeinerbare historische Aussagen – erhob die Arbeit des Vereins über die eines Heimatvereins. Zu den Mitgliedern zählten Goethe, die beiden Humboldts und die Brüder Grimm.⁸

Kruse formulierte für seine Zeit einzigartige methodische Grundsätze für das Ausgraben und Dokumentieren. Dazu gehörten die genaue Lokalisation, der geschlossene Fund, das Erfassen des Befundes und der natürlichen Umwelt. Weiterhin forderte er ein zentrales archäologisches Archiv aller Grabungsprotokolle. Aus dem geographischen Ansatz heraus entwickelte er archäologische Fundortkarten als wichtiges Arbeitsmittel. An Fragestellungen verfolgte er vor allem die ethnische Zuordnung der Fundstücke und Gräber sowie auf dieser Grundlage die geographisch-historische Rekonstruktion Deutschlands in germanischer Zeit.⁹

Ein Mitglied des Thüringisch-Sächsischen Vereins, Johann Friedrich Danneil, führte seit den 1820er Jahren Ausgrabungen u. a. bei Salzwedel und Gusesfeld, Altmarkkreis Salzwedel, durch und stellte ein Inventar von 142 Großsteingräbern der Altmark mit Lage, Datierungsansatz, gegebenenfalls Funden, ethnischer Zugehörigkeit, Zustand und Maßen nebst einfachen Verteilungskarten zusammen. In einem Generalbericht des Vereins modellierte er 1836 unabhängig von Christian Jürgen Thomsen und Friedrich Lisch das Dreiperiodensystem als Schlussfolgerung seiner langjährigen Grabungspraxis. Im selben Jahr gründete er in Salzwedel den *Altmärkischen Verein für vaterländische Geschichte*, der seit 1838 Jahresberichte herausgibt.¹⁰

7 Schlette, Anfänge (Fn. 3), S. 11 f.

8 Ebd., S. 9 f., 13.

9 Ebd., S. 15 ff.

10 Josef Beranek, *Johann Friedrich Danneil*, Halle 1969, S. 13, 16 ff., 21 ff., 31 ff.

Weitere Vereine entstanden – die aufgrund ihrer Publikationsorgane bekanntesten sind 1864 der *Verein für Geschichte und Alterthümer der Grafschaft Mansfeld* in Eisleben mit den *Mansfelder Blättern*, 1866 der *Verein für Geschichte und Alterthumskunde des Herzogthums und Erzstifts Magdeburg* in Magdeburg mit den *Geschichtsblättern für Stadt und Land Magdeburg* und 1868 der *Harzverein für Geschichte und Alterthumskunde* in Wernigerode mit der *Harzzeitung*.¹¹

In den 1870er Jahren erwies sich die Raumsituation in der Neuen Residenz als nicht mehr ausreichend für die Sammlung archäologischer Objekte des Thüringisch-Sächsischen Vereins. Dieser beantragte 1876 beim Provinziallandtag Unterstützung bei der Beschaffung geeigneter Räumlichkeiten. Daraufhin wurde die Historische Kommission der Provinz Sachsen gebildet mit dem Auftrag der Errichtung eines Provinzialmuseums und der Bündelung der wissenschaftlichen Interessen aller Geschichts- und Altertumsvereine in der Provinz.¹²

Eines der für die Ur- und Frühgeschichte wichtigsten Mitglieder der Historischen Kommission war der 1875 in Jena zum Professor berufene Friedrich Klopffleisch, der am Ende seiner Lehrtätigkeit auf rund 150 Ausgrabungen im späteren Sachsen-Anhalt und darüber hinaus zurückblicken konnte, so z. B. die Untersuchung des Leubinger Grabhügels (Abb. 1).

Er erkannte die Bedeutung der Fundgattung Keramik für eine zeitliche und ethnische Einordnung von Befunden neben den Werkstoffen Stein, Bronze und Eisen. 1883 erschien sein Inventarband: »Vorgeschichtliche Alterthümer der Provinz Sachsen«. Sein wohl bekanntester Schüler, Alfred Götze, verfasste 1891 die erste auf prähistorisches Material bezogene Dissertation mit dem Thema: »Die Gefäßformen der neolithischen schnurverzierten Keramik im Flussgebiet der Saale«.¹³

Unter den von der Historischen Kommission initiierten Projekten stellt das Verzeichnen und Kartieren von Wüstungen und Flurnamen auf Messtischblättern (Maßstab 1:25 000) seit Anfang der 1880er Jahre für die Archäologie eine unverzichtbare Arbeitsgrundlage dar. Dazu gehören auch Wüstungsbücher mit einem Plan der Gewanne und Wege für jede Wüstung sowie Feldwannenbücher mit den Flurnamen und -bezeichnungen bzw. der Größe und Gestalt der Gewanne für jede Wüstung.¹⁴

11 Schlette, Anfänge (Fn. 3), S. 23.

12 Ebd., S. 21 f., 25 f.

13 Gotthard Neumann, »Dr. Friedrich Klopffleisch, Professor der Kunstgeschichte an der Universität Jena, Begründer der thüringischen Urgeschichtsforschung«, in *Mannus* 24 (1932), S. 134–146, hier S. 141 ff., 145 f.

14 Gustav Reischel, »Die Historische Kommission von Sachsen-Anhalt und ihre Karten- und Wüstungswerke«, in *Sachsen und Anhalt* 1 (1925), S. 344–387, hier S. 344 ff.; siehe

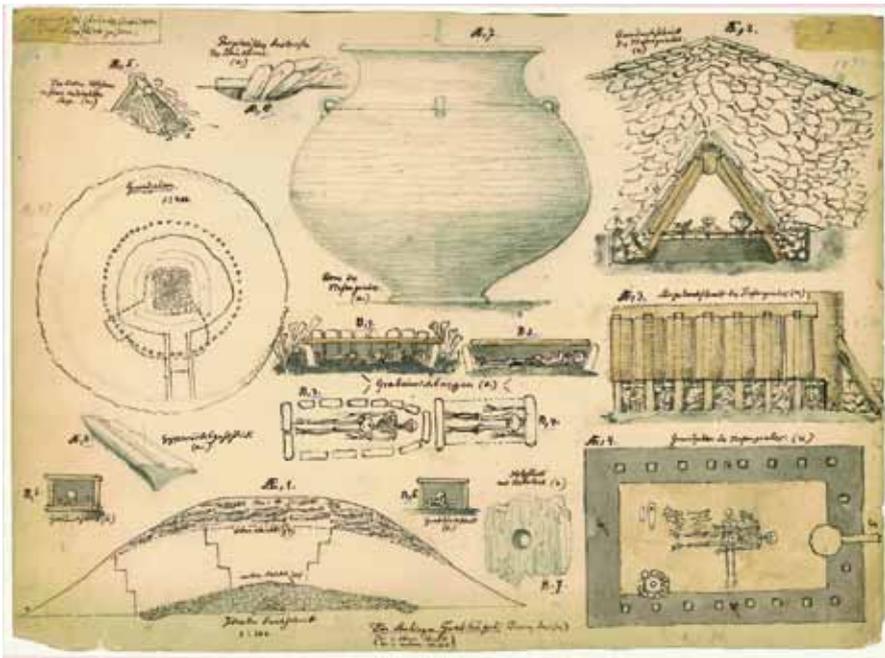


Abb. 1: Zeichnung aus der Grabungsdokumentation Friedrich Klopffleischs.¹⁵

2. Von der Gründung des Provinzialmuseums bis zum Ende der Ära Hahne

1884 übergab die Provinzialverwaltung als Standort eines Museums für heimatliche Geschichte und Alterthumskunde der Provinz Sachsen in Halle 14 Räume in der Neuen Residenz, die die Universität 30 Jahre mietfrei zur Verfügung stellte, an die Historische Kommission zur Betreuung. Die Gesamtfläche von 502 m² erwies sich in den Folgejahren als zu beengt und 1911–1913 entstand in Halle das erste Museumsgebäude für prähistorische Archäologie in Deutschland nach einem Konzept von Hans Hahne,¹⁶ das sich im Wesentlichen bis zur politischen Wende 1989 bewährte.

auch z. B. Levin von Wintzingeroda-Knorr, »Wüstungskarte der Kreise Duderstadt, Worbis, Heiligenstadt und Mühlhausen«, hg. von der Historischen Kommission für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt, Aschersleben/Halle 1903.

15 Manuela Schwarz, »Reich geworden durch Kupfer und Salz«, in Harald Meller (Hg.), *Schönheit, Macht und Tod*, Halle 2001, hier S. 64.

16 Brigitte Rüter, »Geschichte des Museums von 1884 bis 1912«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 67 (1984), S. 72–86, hier S. 73 ff., 83 ff.

Die Historische Kommission beschloss 1886, interessierte Laien als Pflieger zur Unterstützung des Provinzialmuseums bei seiner Arbeit im Land zu bestellen.¹⁷ Das wird als der Beginn der amtlichen Bodendenkmalpflege in der Provinz angesehen.¹⁸ Bereits 1821 erschien die Hardenbergsche Verordnung zur Erhaltung von Denkmalen aller Art, die durch eine Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ergänzt wurde.¹⁹ Eine erste Zirkularverfügung zum Schutz archäologischer Denkmale erließ Preußen 1844. Im Jahr 1914 wurde das Preußische Ausgrabungsgesetz veröffentlicht und 1920 erschienen die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen. Weitere gesetzliche Grundlagen folgten.²⁰

Ab 1933 versiebenfachte sich die Zahl der prähistorischen Universitätsinstitute in Deutschland im Vergleich zur Weimarer Republik. Die Nationalsozialisten suchten insbesondere mit Hilfe des Forschungsstandes in Volkskunde, Rassenkunde und Prähistorie wissenschaftliche Bestätigung für ihre ideologischen Vorstellungen. Diese Disziplinen erfuhren damit besondere Förderung.²¹

Als typisches Beispiel für die damalige Geisteshaltung, die die völkische Weltanschauung wissenschaftlich verbrämte und bewusst dem Nationalsozialismus zuarbeitete, kann in Sachsen-Anhalt diejenige Hans Hahnes gelten, der 1905–1907 bei Gustaf Kossina in Berlin germanische Altertumskunde studierte²² und so von der durch Kossina in die Ur- und Frühgeschichtsforschung eingeführten und nach dessen Verständnis von ihm sogenannten Siedlungsarchäologie geprägt wurde, bei der Kossina archäologische Funde kartierte und Fundverbreitungsräume mit Volksgebieten gleichsetzte. Die Ergebnisse begründeten sein germanozentrisches Weltbild mit einem kulturellen Nord-Süd-Gefälle²³ – Auffassungen, die sich ganz deutlich auch bei Hahne finden.²⁴ Im Unterschied dazu erforscht die Siedlungsarchäologie heute zunächst unab-

17 Ebd., S. 77.

18 Dieter Kaufmann, »Provinzialmuseum – Landesanstalt – Landesmuseum – Landesamt für Archäologie. Zur Geschichte des Museums«, in Meller, Schönheit (Fn. 15), S. 24–36, hier S. 26.

19 Schlette, Anfänge (Fn. 3), S. 18.

20 Kaufmann, Provinzialmuseum (Fn. 18), S. 24 ff.

21 Achim Leube, »Die Prähistorie an den deutschen Universitäten 1933–1945. Das Beispiel Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin«, in Callmer, Anfänge (Fn. 1), S. 127–148, hier S. 127, 145.

22 Irene Ziehe, *Hans Hahne (1875–1935), sein Leben und sein Wirken*, Halle 1996, S. 16, 22.

23 Heinz Grünert, *Gustaf Kossina*, Rahden/Westf. 2002, S. 71 ff., 109, 244 ff.

24 Ziehe, Hahne (Fn. 22), S. 24.

hängig von infrage kommenden ethnischen Gruppen Besiedlungsvorgänge im Zusammenhang mit den naturräumlichen Gegebenheiten bzw. die Ansiedlungen selbst.²⁵

Seit 1912 stand Hahne dem Provinzialmuseum in Halle als erster ausgebildeter Prähistoriker vor.²⁶ Ziehe²⁷ bewertet ihn als eine von Kollegen, Freunden und der Familie geschätzte Persönlichkeit, einerseits mit wissenschaftlichen Leistungen, professioneller Museumsarbeit und pädagogischem Talent, andererseits mit einer deutschtümelerischen Philosophie und irrationalen Hypothesen.

Volkskunde, Anthropologie und Vorgeschichte verschmolz er zur Volkheitskunde. Dieses Programm fand seinen sichtbaren Ausdruck in der Umbenennung des Provinzialmuseums 1934 in Landesanstalt für Volkheitskunde.²⁸ Hahnes Haltungen prädestinierten ihn, 1933/34 in Halle zum Professor für Volkheitskunde und zum Rektor der Universität berufen zu werden.²⁹ Damit wurden das Museum und das Prähistorische Institut bis 1959 in Personalunion geleitet.³⁰

Entsprechend Hahnes wissenschaftlichen Intentionen war die Landesanstalt für Vorgeschichte (seit 1922 so benannt)³¹, ab 1928 Landesstelle des Deutschen Volkskundeatlasses, eine Notgemeinschaft für Deutsche Wissenschaft. Hier wurden alle Informationen zu Bräuchen in den einzelnen Orten gesammelt, in ihrer Entwicklung und Ausbreitung erforscht, mit denen anderer Regionen verglichen und ihr Niederschlag im künstlerischen Bereich dokumentiert. Bis 1945 erschienen in sechs Lieferungen 120 Karten.³² Das in Halle gesammelte Material gilt als verschollen.³³

Ethnographische Kenntnisse dienen auch der Deutung archäologischer Funde und Befunde. Für die Ableitung gesellschaftlicher Verhältnisse aus archäologischen Ergebnissen werden aktuelle Parallelen in Bevölkerungsgruppen herangezogen mit vergleichbarer Sachkultur und ähnlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie sie im archäologischen Befund erkennbar sind. Dabei geht man kritisch davon aus, dass sich die ursprünglichen sozialen Ver-

25 Herbert Jankuhn, *Einführung in die Siedlungsarchäologie*, Berlin/New York 1977, S. 6.

26 Kaufmann, Provinzialmuseum (Fn. 18), S. 28.

27 Ziehe, Hahne (Fn. 22), S. 89 f.

28 Ebd., S. 32 f.

29 Ebd., S. 71 f.

30 Kaufmann, Provinzialmuseum (Fn. 18), S. 32.

31 Ziehe, Hahne (Fn. 22), S. 33.

32 Heidi Gansohr-Meinel, *Fragen an das Volk*, Würzburg 1993, S. 183.

33 Ebd., S. 51 f.

hältnisse aufgrund der jahrhundertlangen Stagnationserscheinungen gesellschaftlicher Entwicklung verändert haben. Hahnes Ansatz, über das Brauchtum aus der Gegenwart auf vorgeschichtliche Verhältnisse zu schließen, wird wegen der zu erwartenden unüberschaubaren Zahl von Einflussfaktoren heute als überzogen angesehen.

3. Erfassung ur- und frühgeschichtlicher Befestigungen

Nach dem Tod Hahnes 1935 wurde die Volkheitskunde von seinem Nachfolger Walter Schulz nicht weiter als Schwerpunkt betrieben.³⁴ Neben mehreren anderen Forschungsprojekten ist im Zusammenhang mit der Landeskunde ein Unternehmen zu nennen, das die 1927 gegründete Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der nord- und ostdeutschen vor- und frühgeschichtlichen Wall- und Wehranlagen koordinierte und das im Arbeitsgebiet Werner Hülle für die Altmark und den Raum östlich der Elbe/Saale bzw. Paul Grimm für das übrige Gebiet westlich von Elbe und Saale betreuten. Paul Grimm legte 1958 das Ergebnis dazu vor, das heute noch für Sachsen-Anhalt die Ausgangsbasis der Burgenforschung darstellt. Dabei galt damals wie heute, dass die archäologische Untersuchung der meisten Beispiele dieser für die Siedlungsgeschichte so wichtigen Quellenkategorie noch aussteht.³⁵

Bereits mit den ersten Bauern lassen sich im Frühneolithikum Sachsen-Anhalts solche Anlagen belegen,³⁶ die auch im Mittelneolithikum eine Rolle spielen.³⁷ In den darauffolgenden Perioden verschwinden sie allerdings nach Grimms Kenntnisstand aus dem Siedlungsbild, bis sie in der jüngeren Bronzezeit und frühen Eisenzeit wieder nachweisbar sind.³⁸ Für das Spätneolithikum ist seit 1958 nur ein Befund der Schönfelder Kultur in Magdeburg hinzugekommen.³⁹ In der älteren Bronzezeit deutet sich allerdings in den letzten Jahren eine Gruppe von Höhensiedlungen an, die die Funktionen von Burgen erfüllt haben könnten.⁴⁰

34 Johannes Schneider, »Geschichte des Museums 1912 bis 1945«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 67 (1984), S. 87–115, hier S. 111.

35 Paul Grimm, *Die ur- und frühgeschichtlichen Burgwälle der Bezirke Halle und Magdeburg*, Berlin 1958, S. XX, 181.

36 Ebd., S. 1 f.

37 Ebd., S. 10 f.

38 Ebd., S. 12 f.

39 Jörg Petrasch, »Erdwerke«, in Joachim Preuß (Hg.), *Das Neolithikum in Mitteleuropa*, Weißbach 1998, S. 187–198, hier S. 194 und Karte 11.

40 Klaus Simon, »Höhensiedlungen der älteren Bronzezeit im Elbsaalegebiet«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 73 (1990), S. 287–330, hier Abb. 11 f.

Auf die frühe Eisenzeit folgt für Grimm erneut eine aus seiner Sicht »befestigungslose« Zeit, die im Arbeitsgebiet wahrscheinlich bis in die Völkerwanderungszeit anhalten sollte.⁴¹ Neben der von ihm selbst behandelten späteisenzeitlichen Wallburg auf dem Questenberg bei Sangerhausen⁴² sind der Bartenberg bei Harzgerode⁴³ und ein wahrscheinlich bis in die Latènezeit benutztes Grabenwerk bei Halle-Queis im Gespräch.⁴⁴ Für die späte Eisenzeit und römische Kaiserzeit wurden eventuell infrage kommende Anlagen von Gerhard Mildener kartiert und besprochen.⁴⁵ Ab der Völkerwanderungszeit ist die Burg als Siedlungstyp kontinuierlich mit wechselnden Erscheinungsformen anzutreffen.⁴⁶

Unter Paul Grimm wurde 1935–1979 die Kaiserpfalz Tilleda nahezu vollständig ausgegraben.⁴⁷ Älteste frühmittelalterliche Funde stammen aus dem 7./8. Jahrhundert von der Spornspitze des Pfingstberges. Im 9./10. Jahrhundert schützte ein Wall den östlichen Teil des Areals. Im Innern dieser Anlage entstanden neben Gruben- und Pfostenhäusern zwei Bauten mit Fensterscheiben aus Marienglas und mit einer Heißluftheizung. In der Vorburg nimmt die Befundzahl für diese Zeit zu. Das kann als Ausdruck des Aufstiegs der Liudolfinger zum deutschen Königtum verstanden werden. Ende des 10./Anfang des 11. Jahrhunderts zerstörte ein Feuer Teile der Pfalz. Die neu errichtete Hauptburg weist eine steinerne Kirche, zwei große Pfostenhallen zur Unterbringung des Gefolges und an der Spornspitze zwei steinerne Bauten mit Wehr-, Repräsentations- und Wohnfunktion auf. Mindestens eines dieser Gebäude hatte einen Schmuckfußboden. Grubenhäuser des 11. Jahrhunderts mitten auf dem Hof der Hauptburg weisen auf einen Bedeutungsverlust der Pfalz mit der Errichtung der Burg Kyffhausen hin. Ein neuer Wall des 11. Jahrhunderts scheint in Zusammenhang mit dem Sachsenaufstand (1073–1088) zu stehen. Im 12. Jahrhundert wurden die Holzaufbauten des Walls und die Repräsentationsbauten in der Hauptburg niedergebrannt, wohl im Ergebnis der Nieder-

41 Grimm, Burgwälle (Fn. 35), S. 25 ff.

42 Paul Grimm, »Die Wallburg auf dem Questenberg bei Questenberg«, in *Jahreschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 28 (1930), S. 163–168, hier S. 165.

43 Berthold Schmidt und Waldemar Nitzschke, »Der Bartenberg. Eine früheisenzeitliche und latènezeitliche Wallburg im Harz«, in *Ausgrabungen und Funde* 20 (1975), S. 32–38.

44 Kathrin Balfanz, »Jastorf- und Latènekultur im Bereich Ostkuppe«, in Matthias Becker u. a., *Ein weites Feld. Ausgrabungen im Gewerbegebiet Halle/Queis*, Halle 2003, S. 93.

45 Gerhard Mildener, *Germanische Burgen*, Münster 1978, hier Karten 2–4.

46 Ebd., S. 29 ff.

47 Paul Grimm, *Tilleda: Eine Königspfalz am Kyffhäuser. Teil 1: Die Hauptburg, Teil 2: Die Vorburg und Zusammenfassung*, Berlin 1968 (Teil 1) und 1990 (Teil 2).



Abb.2: Kaiserpfalz Tilleda. Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Luftbild 2439–16.

lage Heinrichs V. gegen den sächsischen Adel in der Schlacht am Welfesholz 1115.⁴⁸

Nach 1945 beschäftigte sich Friedrich Schlette mit den neolithischen Befestigungen. Unter seiner Leitung führte das Universitätsinstitut für Ur- und Frühgeschichte in Halle 1960–1966 archäologische Untersuchungen auf dem Steinkuhlenberg bei Derenburg im Nordharzvorland durch. Der Berg wurde schon begangen, als Träger der Bernburger Kultur hier eine befestigte Siedlung errichteten. Funde bis in die vorrömische Eisenzeit belegen seine wiederholte Nutzung.⁴⁹ Ein Vergleich der Häufigkeiten der verschiedenen Keramikgefäßtypen legt eine annähernde Gleichzeitigkeit der Bernburger Siedlung mit der noch anzusprechenden auf der Schalkenburg bei Quenstedt nahe.⁵⁰

Die Bösenburg auf dem Kirch- oder Burgberg, die in der Forschungsgeschichte mit dem Thüringerkönig Bisin (um 500) in Verbindung gebracht

48 Michael Dapper, »Das Reisekönigtum und die Pfalz Tilleda«, in Matthias Puhle und Claus-Peter Hasse (Hg.), *Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation 962–1806*, Katalog, Dresden 2006, S. 120–121.

49 Andreas Hille, *Die Besiedlung des Steinkuhlenberges bei Derenburg, Kreis Wernigerode*, Diplomarbeit, Manuskript, Halle 1986, hier S. 53 ff., 80.

50 Ebd., S. 74 f.

wurde, untersuchte 1960–1965 Berthold Schmidt. Er wies eine 12 ha große befestigte Höhensiedlung der Jungbronzezeit und eine 7 ha große Wallburg des 8.–10. Jahrhunderts nach. Die bronzezeitliche Anlage wurde in der frühen Eisenzeit durch eine Brandkatastrophe zerstört. Das zugehörige birituelle Gräberfeld liegt östlich davon auf dem Goldberg. Mit 120 untersuchten Steinpackungsgräbern und Kreisgräben sowie vielen weiteren zu erwartenden Gräbern ist es der größte Bestattungsort der Helmsdorfer Gruppe.⁵¹

Die frühmittelalterliche Anlage war durch zwei Abschnittswälle und einen Abschnittsgraben gesichert. Der zugehörige Friedhof liegt im Bereich des jetzigen Dorffriedhofs innerhalb der Burg. Die heutige Kirche aus dem 12./13. Jahrhundert muss eine Vorgängerin besitzen. Eine ständige Besiedlung der Burg konnte nur für das frühe 10. Jahrhundert nachgewiesen werden, ansonsten scheint es sich um eine Fluchtburg gehandelt zu haben, die jedoch zugleich religiöser Mittelpunkt und zentraler Bestattungsort war. Seit dem 12. Jahrhundert tagte dort das Landgericht, als die Burg schon aufgegeben war.⁵²

Im Zeitraum 1967–1986 führte Erhard Schröter Ausgrabungen unter Leitung von Hermann Behrens auf der Schalkenburg bei Quenstedt im Mansfelder Land durch. Der hervorstechendste Befund ist ein fünfgliedriges Palisadenringsystem einer Anlage des Frühneolithikums, die als Kultstätte gedeutet wird.⁵³ Daneben bestanden dort später die bereits erwähnte und befestigte mittelneolithische Siedlung der Bernburger Kultur und eine jungbronzezeitliche Siedlung, die durch einen Abschnittswall und zwei Abschnittsgräben befestigt war.⁵⁴ In den siedlungsfreien Perioden nutzte man den Berg im Mittel- und Spätneolithikum sowie in der frühen Bronzezeit als Bestattungsort.⁵⁵

51 Berthold Schmidt, »Jungbronzezeitliche Burgen und Höhensiedlungen im nordöstlichen und östlichen Harzvorland«, in *Beiträge zum bronzezeitlichen Burgenbau in Mitteleuropa*, Berlin/Nitra 1982, S. 345–354, hier S. 351 f.

52 Berthold Schmidt, »Bösenburg«, in Joachim Herrmann (Hg.), *Archäologie in der Deutschen Demokratischen Republik*, Leipzig/Jena/Berlin 1989, S. 714 f.

53 Erhard Schröter, »Die Schalkenburg bei Quenstedt, Kr. Hettstedt, eine frühneolithische Rondellanlage«, in Friedrich Schlette und Dieter Kaufmann (Hg.), *Religion und Kult in ur- und frühgeschichtlicher Zeit*, Berlin 1989, S. 193–201.

54 Dieter Kaufmann, »Die Ausgrabungen auf der Schalkenburg bei Quenstedt, Landkreis Mansfelder Land (Sachsen-Anhalt), und die Palisadenringanlage«, in Bernhard Hänsel und Etela Studeniková (Hg.), *Zwischen Karpaten und Ägäis. Neolithikum und ältere Bronzezeit*, Rahden/Westf. 2004, S. 395–410, hier S. 398 ff.

55 Hermann Behrens und Erhard Schröter, *Siedlungen und Gräber der Trichterbecherkultur und Schnurkeramik*, Berlin 1980, hier S. 93.

Das bis dahin älteste und mit etwa 50 ha größte mittelneolithische Befestigungssystem in Mittel- und Nordeuropa wurde 1962–1984 in der Dölauer Heide bei Halle untersucht. Von den Bewohnern sind einige Gräber nachgewiesen.⁵⁶ In einem kleinen Teilbereich dieser Fortifikation errichteten Träger der Bernburger Kultur später eine befestigte Siedlung.⁵⁷ Daneben wurden auch Siedlungsbefunde der jüngeren Bronzezeit und frühen Eisenzeit entdeckt.⁵⁸ Im Spätneolithikum und in der Bronzezeit nutzte man das Gelände auch als Bestattungsort.⁵⁹

Dieter Kaufmann erforschte 1974–1989 das frühneolithische Erdwerk bei Eilsleben und gelangte u. a. zu folgenden Ergebnissen: Diese Befestigung umfasste zunächst 3 ha und wurde in einer zweiten Bauphase auf 4 ha ausgedehnt. Möglicherweise ging beiden Bauphasen noch eine ältere voraus.⁶⁰ Die Erweiterung der zweiten Bauphase weg von der Allerniederung könnte mit einer klimageschichtlich bedingten Feuchtphase in Zusammenhang stehen. Die aufwendige Anlage spricht dafür, dass ihre Bewohner kein Wanderbauerntum, sondern eine Wanderfeldwirtschaft bei relativer Sesshaftigkeit betrieben.⁶¹ Zahlreiche Befunde künden von den religiösen Vorstellungen der Bevölkerung, die auch Menschenopfer einschlossen. Auf die Befestigungszeit folgten Siedlungen weiterer Kulturgruppen, so auch der Bernburger Kultur.⁶²

4. Der Mitteldeutsche Heimatatlas

1935–1942 erschien von Seiten der Landeskunde in mehreren Lieferungen ein historisch-geographisches Kartenwerk, das damals für die archäologische Forschung in Mitteldeutschland von grundlegender Bedeutung war und auch noch heute in seiner zweiten Auflage zu einzelnen Fragestellungen herangezogen wird: der Mitteldeutsche Heimatatlas von Otto Schlüter (die zweite Auflage zusammen mit Oscar August).

Im Mitteldeutschen Heimatatlas werden die räumlichen Aussagen verschiedener Forschungsdisziplinen zur Siedlungsgeschichte nebeneinander gestellt und ermöglichen das Erkennen von übergreifenden Zusammenhängen. Der

56 Ebd., S. 30 ff., Beilage V.

57 Ebd., S. 30 ff.

58 Ebd., S. 9, 13, 151.

59 Ebd., S. 30 ff., Beilage V.

60 Dieter Kaufmann, »Ausgrabungen im Bereich linienbandkeramischer Erdwerke bei Eilsleben, Kr. Wanzleben«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 73 (1990), S. 15–28, hier S. 17, 19 f.

61 Ebd., S. 26 f.

62 Ebd., S. 21 f., 26.

Beitrag der Archäologie besteht in Fundortkarten vom Neolithikum bis in die slawische Siedlungszeit, wobei Walter Schulz in beiden Auflagen die Abschnitte bis in die Völkerwanderungszeit erarbeitete, während die slawische Zeit in der ersten Auflage archäologisch von Werner Hülle und in der zweiten Auflage von Paul Grimm bearbeitet wurde.

Im Weiteren werden herausragende archäologische Forschungsaktivitäten in Sachsen-Anhalt zu den einzelnen, besonders von der Archäologie betreuten Problemfeldern im Mitteldeutschen Heimatatlas und der Kenntniszuwachs gegenüber seiner zweiten Auflage angesprochen.

4.1. Naturräumliche Bedingungen

Auf historische Umweltbedingungen wird im Mitteldeutschen Heimatatlas entsprechend dem damaligen Forschungsstand mit einer Karte frühgeschichtlicher Wohnflächen und mit Beispielen für Veränderungen der Flussläufe in historischer Zeit eingegangen.⁶³ In den 1990er Jahren konnte diese Thematik temporär durch die Schaffung des Lehrstuhls für Geoarchäologie und prähistorische Ökologie an der Universität Halle vertieft werden.

Für das noch anzuspreekende Handbuch des Prähistorischen Instituts der Universität Halle zum Neolithikum Mitteleuropas wurden Karten mit der Verbreitung der einzelnen dort nachgewiesenen archäologischen Kulturen angefertigt.⁶⁴ Beim Vergleich mit geobotanischen Karten desselben Maßstabs für Mitteleuropa fällt die präzise Übereinstimmung des Vorkommens der Linienbandkeramik mit dem der heutigen Steppenheidevegetation auf (Abb. 3). Über die Schlussfolgerungen wird noch diskutiert.⁶⁵

Stratigraphische Befunde an Mudden, Torfen, Binnenwasserkalken und begrabenen Böden sowie in Höhlen des mitteleuropäischen Binnenlandes zeigen einen mehrfachen Wechsel von Trocken- und Feuchtperioden im Holozän Mitteleuropas an, der sich korrelieren lässt mit der wechselnden Dichte und

63 Otto Schlüter und Oscar August, *Atlas des Saale- und mittleren Elbegebietes*, 2., völlig Neubearb. Aufl. des Werkes *Mitteldeutscher Heimatatlas*, Leipzig 1959–1961, hier Karten 5, 7.

64 Preuß, Neolithikum (Fn. 39), hier Karten 1–10.

65 Klaus-Dieter Jäger und Robert Neuhäusl, »Interactions between natural environment and Neolithic man in Central Europe – an investigation based on comparative studies on vegetation and settlement with special emphasis on the view of natural sciences«, in Burkhard Frenzel (Hg.), *Evaluation of land surfaces cleared from forests by prehistoric man in Early Neolithic times and the time of migration Germanic tribes*, Stuttgart/Jena/New York 1992, S. 75–81, hier S. 79 f.

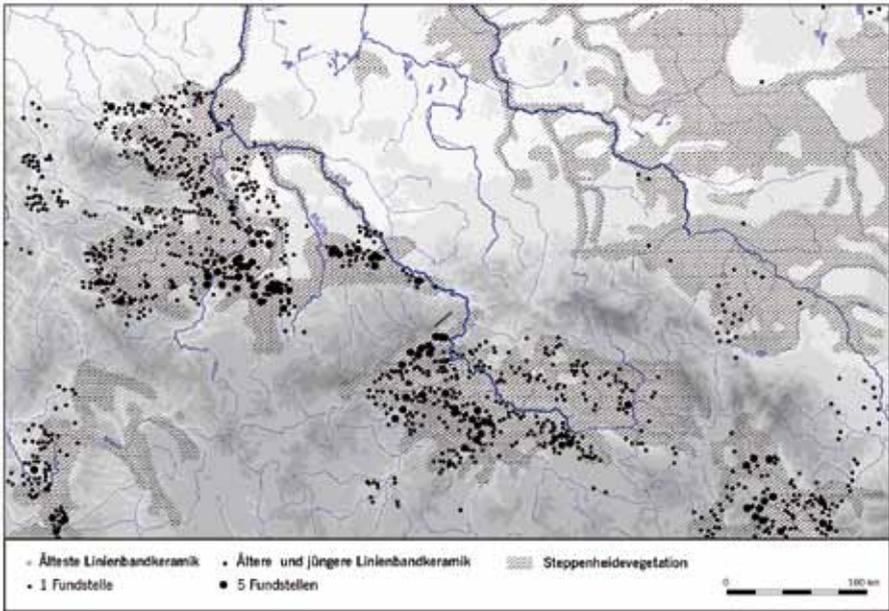


Abb. 3: Räumliche Verteilung linienbandkeramischer Fundstellen und der heutigen Steppenheidevegetation in Mitteleuropa.⁶⁶

Intensität menschlicher Besiedlung Mitteleuropas, der wechselnden Höhe von Besiedlungsgrenzen in den mitteleuropäischen Gebirgen und dem Wechsel von Meerestransgression sowie -regression in den Küstengebieten. Die Intervalle haben dabei eine Länge von etwa 450 bis 900 Jahren.⁶⁷

Aus Lößablagerungen und der Ausrichtung von Dünen in Dünenfeldern der letzten Kaltzeit des Pleistozäns ergeben sich Folgerungen für die vorherrschenden Windrichtungen und damit die Luftdruckverhältnisse. Danach waren die Sommer in Mittel- und Westeuropa relativ warm und trocken.⁶⁸

⁶⁶ LDA Sachsen-Anhalt, Nora Seeländer, nach ebd., Fig. 1.

⁶⁷ Klaus-Dieter Jäger, »Klimawandel und Besiedlungsgeschichte in Mitteleuropa während der Nacheiszeit«, in *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin* 100 (2009), S. 81–131; Bob Peter Hageman und Klaus-Dieter Jäger, »Zur stratigraphischen Verknüpfung holozäner Meeresspiegelschwankungen im Küstenraum der Nordsee mit Klimaschwankungen im mitteleuropäischen Binnenland«, in Konrad Billwitz, Klaus-Dieter Jäger und Wolfgang Janke (Hg.), *Jungquartäre Landschaftsräume*, Berlin u. a. 1992, S. 157–169, hier S. 165 ff.

⁶⁸ Klaus-Dieter Jäger, »Umweltbedingungen und Umweltwandel während der letzten Kaltzeit in Mitteleuropa«, in Herbert Ullrich (Hg.), *Man and environment in the Paleolithic*, Liège 1995, S. 67–75, hier S. 68 f.

Knochenreste des Graulemmings (*Lagurus lagurus*) in diesen hochglazialen Lößablagerungen erlauben die klimatischen Bedingungen des heutigen Verbreitungsgebietes auf die damaligen Verhältnisse in Mitteleuropa zu übertragen und zu präzisieren: hohe Temperaturen und eine mindestens einmonatige Dürreperiode im Sommer, niedrige Temperaturen und starke Niederschläge im Winter.⁶⁹

Angesichts widersprüchlicher Ergebnisse der Pollenanalyse, der Untersuchung von Molluskenfaunen und bodenkundlicher Forschungen sowie der Unklarheit über Bildungsbedingungen der Waldsteppen-Schwarzerden kann derzeit nicht von der Schwarzerdeverbreitung im zirkumherzynen Trockengebiet auf dessen Charakter als Wald- oder Offenlandschaft zu Beginn des Neolithikums geschlossen werden.⁷⁰

4.2. Paläolithikum/Mesolithikum (400000–5500 v. u. Z.)

In dem Erläuterungsheft zur zweiten Auflage des Mitteldeutschen Heimatatlases werden Fundstellenkarten für die frühesten und längsten Perioden der Menschheitsgeschichte, das Paläolithikum und Mesolithikum, gebracht, ohne die einzelnen Fundpunkte in den Abbildungen zu benennen – was generell einige Male in diesem Atlas vorkommt.⁷¹ Dietrich Mania gibt eine aktuelle Aufzählung der für das Paläolithikum wichtigen Fundstellen,⁷² die im Wesentlichen von Thomas Weber kartiert wurden.⁷³ Er erwähnt zusätzlich eine Gruppe von Fundstellen (Schotterfunde in Ablagerungen eiszeitlicher Flüsse), die aufgrund der anzunehmenden sekundären Lagerung bzw. der archäologisch völlig unzureichenden Bergungsmöglichkeiten beim industriellen Kiesabbau unter Wasser eine zeitliche Einordnung nur anhand der Datierung der geologischen Formation oder über die technologischen Eigenschaften der

69 Ebd., S. 70 f.

70 Ernst Ewald, Klaus-Dieter Jäger und Elsbeth Lange, »Das Problem Wald. Offenland im zirkumherzynen Trockengebiet vor der neolithischen Besiedlung sowie die Entstehung der zirkumherzynen Schwarzerden«, in Renate Rolle und Frank M. Andraschko (Hg.), *Frühe Nutzung pflanzlicher Ressourcen*, Hamburg 1999, S. 12–34, hier S. 27 f.

71 Walter Schulz, »Vor- und Frühgeschichte«, in Schlüter und August, Heimatatlas (Fn. 63), 1. Teil, Leipzig 1959, S. 23–36, hier S. 23 f.

72 Dietrich Mania, »Jäger und Sammler der Eiszeit im mittleren Elbe-Saale-Gebiet«, in Harald Meller (Hg.), *Paläolithikum und Mesolithikum*, Halle 2004, S. 35–60, hier S. 42 f., 46, 50 f., 54.

73 Thomas Weber, »Das Paläolithikum und Mesolithikum in Mitteldeutschland«, in *Archäologie in Sachsen-Anhalt* 6 (1996), S. 3–14, hier Abb. 1.

Steinartefakte ermöglichen.⁷⁴ Für einen Teil des Jungpaläolithikums liegt von Mario Küssner eine Kartierung aller Fundstellen nicht nur für Sachsen-Anhalt, sondern ganz Mitteldeutschland vor.⁷⁵

Das Verhältnis der Fundstellenzahl zur Dauer des Eiszeitalters ist mit Abstand das ungünstigste für alle von der Archäologie untersuchten Phasen. Umso erstaunlicher ist das Wissen, das wir bereits über das Leben des eiszeitlichen und nacheiszeitlichen Menschen zur Verfügung haben, zur Klimageschichte und den Bodenbildungsprozessen, zu seiner konstitutionellen Entwicklung, Umwelt und Lebensweise sowie zur Technologie der Steinartefakte. Dazu tragen u. a. die beiden folgenden bedeutenden Ausgrabungen bei:

Seit 1969 läuft unter jahrzehntelanger Betreuung des Landesmuseums für Vorgeschichte in Halle die Forschungsgrabung im thüringischen Bilzingsleben. Dort konserviert eine Travertinplatte den Rastplatz von Urmenschen aus einer Warmphase des Eiszeitalters vor mehr als 350 000 Jahren an einem See, der von einer Quelle gespeist wurde, deren Kalkausscheidungen die angesprochene Travertinschicht erzeugten. Diese besondere Situation erlaubt es, in ungewöhnlich detaillierter Weise die Umwelt, Sachkultur und ihre Herstellung, Lebens- und Ernährungsgewohnheiten der dort saisonal lagernden Menschengruppen zu rekonstruieren. Von ihnen selbst sind einige Knochenfragmente überkommen.⁷⁶

Die Sedimente der 1985 entdeckten interglazialen Seebecken im Tagebau Neumark-Nord ermöglichen den Nachweis warm- und kaltzeitlicher Ablagerungen. In einigen von ihnen fanden sich Steinartefakte des mittelpaläolithischen Menschen und Skelettfragmente seiner Jagdafauna. Pollenanalysen, pflanzliche Makroreste sowie die Relikte der Tierwelt gestatten die Rekon-

74 Thomas Weber, »Das »Baggerpaläolithikum« im Mittelelbe-Saale-Gebiet«, in Meller, Paläolithikum (Fn. 72), S. 113–119; Thomas Weber und Jochen Thum, »Prospektion in Tagebaugebieten und Rekonstruktion der Siedlungsgeschichte im Paläolithikum«, in Bernhard Gramsch und Günter Wetzel (Hg.), *Archäologische Erkundung und Rettungsarbeit in Tagebauten Mitteleuropas*. Berlin 1991, S. 21–25, hier Abb. 2.

75 Mario Küssner, »Mitteldeutsche Fundstellen der Zeit zwischen dem Weichsel-Pleniglazial und dem Ende der Allerød im Kartenbild«, in Archäologische Gesellschaft in Thüringen e. V. (Hg.), *Terra Praehistorica, Festschrift für Klaus-Dieter Jäger zum 70. Geburtstag*, Langenweißbach 2007, S. 211–223.

76 Dietrich Mania, »Der Urmensch von Bilzingsleben. Seine Kultur und Umwelt«, in Meller, Paläolithikum (Fn. 72), S. 69–101; Ronzon Mallik u. a., »Anwendung der Uranreihen-Mikroprobenatierung an quartären Travertinvorkommen Thüringens«, in *Praehistoria Thuringica* 4/Mai 2000, S. 95–100, hier S. 99.

truktion seiner Umwelt.⁷⁷ Diese eiszeitliche Flora und Fauna wurde in der Sonderausstellung »Elefantenreich. Eine Fossilwelt in Europa« vom 26.3.–3.10.2010 im Landesmuseum für Vorgeschichte Halle präsentiert (Abb. 4).



Abb. 4: Skelett eines Eurasischen Altelefanten von Neumark-Nord 1 im Atrium des Landesmuseums für Vorgeschichte Halle. Aus: Harald Meller (Hg.), *Elefantenreich. Eine Fossilwelt in Europa*, Halle 2010.

4.3. Neolithikum (5500–2200 v. u. Z.)

Im Zeitraum von 1950–1955 führten das Landesmuseum für Vorgeschichte und das Prähistorische Institut, die seinerzeit noch in Personalunion geleitet wurden, eine Forschungsgrabung bei Wahlitz durch. Es wurden u. a. 5 000 m²

⁷⁷ Dietrich Mania u. a., »Quartärforschung im Tagebau Neumark-Nord, Geiseltal (Sachsen-Anhalt) und ihre bisherigen Ergebnisse«, in Dietrich Mania u. a., *Neumark Nord – Ein interglaziales Ökosystem des mittelpaläolithischen Menschen*, Halle 2010, S. 11–70, hier S. 11.

einer frühneolithischen Siedlung der Rössener Kultur mit Lehmtennen und Pflostenpuren von Häusern, Herdstellen, Backöfen, Vorratsgruben mit verkohltem Getreide und Feuersteinschlagplätzen freigelegt. Rinderzähne deuten auf Viehhaltung.⁷⁸

Von der spätneolithischen Schönfelder Kultur liegen 44 Brandgräber vor. Die zugehörige Siedlung konnte nachgewiesen werden. Drei hufeisenförmige Gräbchenanlagen werden als Hausbefunde diskutiert.⁷⁹

Die großen Forschungsgrabungen zu befestigten neolithischen Siedlungen sind bereits bei den ur- und frühgeschichtlichen Befestigungen in diesem Beitrag angesprochen worden. Das für die prähistorische Archäologie zuständige Institut der Universität Halle hat den Forschungsstand der 1990er Jahre zum Neolithikum Mitteleuropas in einer umfassenden Publikation zur Chronologie, Umwelt, Wirtschaft, Religion, Anthropologie, Sprache, zum Siedlungsweisen, zu den Bestattungssitten und einzelnen Kulturen mit Verbreitungskarten aufgearbeitet.⁸⁰

4.4. Bronzezeit (2200–720 v. u. Z.)

Die bereits angesprochene Forschungsgrabung bei Wahlitz belegt einen kontinuierlichen Übergang von der Jungsteinzeit zur Bronzezeit in diesem Raum durch die neun Bestattungen der Einzelgrabkultur sowie die bereits erwähnten 44 Brandgräber der Schönfelder Kultur aus dem Spätneolithikum einerseits und die mehr als 80 frühbronzezeitlichen Gräber der Aunjetitzer Kultur andererseits. Eine Reihe von Gräberstratigraphien erlaubt eine Feinchronologie des Fundmaterials.⁸¹

Siedlungen und Gräber der frühbronzezeitlichen Aunjetitzer Kultur nördlich der Mittelgebirge konzentrieren sich um den Harz, in Sachsen, in der Niederlausitz und in Mittelschlesien. Ihre Hortfunde zeigen jedoch eine weit darüber hinausgehende Verbreitung und damit interkulturelle Kon-

78 Werner Rothmaler, »Die neolithischen Getreidefunde von Wahlitz aus den Jahren 1951/52«, in Werner Rothmaler und Wolfgang Padberg (Hg.), *Beiträge zur Frühgeschichte der Landwirtschaft II*, Berlin 1957, S. 35–50; Berthold Schmidt, »Die Landschaft östlich von Magdeburg im Neolithikum«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 54 (1970), S. 83–136, hier S. 90 ff., 115 f.

79 Ebd., S. 118 ff., 124 f.; Friedrich Schlette, »Hufeisenförmiger ›Haus‹grundriß von Wahlitz«, in Rothmaler und Padberg, *Beiträge* (Fn. 78), S. 105–112.

80 Preuß, *Neolithikum* (Fn. 39).

81 Theodor Voigt, »Der Wahlitzer Raum am Übergang von der Stein- zur Bronzezeit«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 54 (1970), S. 137–168, hier S. 140, 152, 161 f.

takte, hauptsächlich nach Norden in die zur Ostsee offenen Landschaften gerichtet.⁸²

Die aus dem Fundkomplex um die Himmelscheibe von Nebra erschließbaren weitreichenden Beziehungen der frühbronzezeitlichen Bevölkerung auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt wurden in einer Sonderausstellung vom 15.10.2004 bis 24.4.2005 in Halle visualisiert.⁸³

Der Mitteldeutsche Heimatatlas verzichtet auf eine Kartierung für die mittlere Bronzezeit. Die mittlere und jüngere Bronzezeit in Ostdeutschland und die westlich anschließenden Gebiete bis zur Elbmündung wurden im Rahmen eines BMBF-Forschungsprojektes unter Leitung von Prof. Klaus-Dieter Jäger durch Andreas Neubert kartiert und ausgewertet. Die relative Befundarmut in weiten Teilen des Arbeitsgebietes während der mittleren Bronzezeit (900 Fundplätze) im Vergleich zur jüngeren Urnenfelderbronzezeit (2200 Fundplätze) kann man mit Klimaveränderungen in Beziehung setzen. Intensive Landnutzung mit einhergehender Entwaldung und Offenlanderweiterung sind als Ursache dafür eher unwahrscheinlich. Nachgewiesen wurden jedoch für das prähistorische Mitteleuropa wiederholte Schwankungen im Niederschlagsangebot für den Landschaftswasserhaushalt.⁸⁴

4.5. Eisenzeit (720–15 v. u. Z.)

Die Hausurnenkultur als erste eisenzeitliche Erscheinung im Gebiet von der Magdeburger Börde bis zur unteren Mulde wird im Mitteldeutschen Heimatatlas nicht gesondert ausgewiesen. Eine moderne Zusammenstellung der 135 bekannten Hausurnen führt zu dem Ergebnis, dass es neben dem genannten Verbreitungsgebiet noch eine lockere Streuung um die Ostsee gibt. Diese Verteilung ist ein Hinweis auf Kontakte, wahrscheinlich über den Salzhandel vom Raum an der unteren Saale ausgehend. Ein ganz ähnlicher Urnentyp, die Hüttenurne, tritt am Übergang von der Bronze- zur Eisenzeit auch an der Westküste Mittelitaliens auf. Möglicherweise stammt die Anregung für die Hausurnen von dort.⁸⁵

82 Bernd Zich, *Studien zur regionalen und chronologischen Gliederung der nördlichen Aunjetitzer Kultur*, Berlin/New York 1996, hier S. 3, 25 ff., Karten 1 f.

83 Harald Meller (Hg.), *Der geschmiedete Himmel: die weite Welt im Herzen Europas vor 3600 Jahren*, Stuttgart 2008.

84 Ebd., S. 8, 23.

85 Serena Sabatini, *House urns: A European Late Bronze Age trans-cultural phenomenon*, Göteborg 2007, hier S. 175, Fig. 4 f., 81 f.

Jochen Brandt bearbeitete den Fundstoff zur Eisenzeit im Gebiet der Jastorfkultur (einschließlich Sachsen-Anhalt). Der Forschungsstand dazu beruht fast ausschließlich auf Gräbern.⁸⁶ Sachsen-Anhalt zerfiel nach den archäologischen Quellen damals in drei Regionen,⁸⁷ die von unterschiedlichen Nachbarkulturen beeinflusst wurden.⁸⁸ Auf der Grundlage der Kartierung aussagekräftiger Fundkategorien sucht Brandt unter Anwendung von Modellen zur Sozialstruktur Ursachen für die aus den Gräbern ablesbare soziale Differenzierung sowie Zusammenhänge zwischen dieser und der Beeinflussung des Formenschatzes der Jastorf-Sachkultur durch die Latènekultur im Süden (Latènisierung) in der jüngeren Eisenzeit.⁸⁹

Der Mitteldeutsche Heimatatlas zeigt die Bestattungssitten, keltische Münzen und Höhensiedlungen sowie germanische Bevölkerungsbewegungen und Siedlungsgebiete der »Germanen« bzw. »Kelten«.⁹⁰

Die Latènisierung ist nicht auf geregelte Handelsbeziehungen zwischen beiden Kulturräumen zurückzuführen, da ein Großteil der entsprechend beeinflussten Formen im Gebiet der Jastorfkultur entstand.⁹¹ Das heißt nicht, dass es keine Handelsbeziehungen gab, z. B. wird die reichhaltige lokale Gruppe der Halleschen Kultur in Sachsen-Anhalt mit dem Salzhandel in Verbindung gebracht.⁹²

Aus den Formveränderungen im Zuge der Latènisierung lässt sich erst mit dem Aufkommen von Statussymbolen in der Spätlatènezeit eine gesellschaftliche Wandlung ableiten. Materielle bzw. technologische Innovationen sind nicht als Ursachen dafür erkennbar. Aber es ist bekannt, dass das Klima ab etwa 150 v. u. Z. wärmer und trockener wurde. Das könnte die zu Beginn der jüngeren vorrömischen Eisenzeit feststellbare Verlagerung der Siedlungen auf schwere Böden und in die Niederungen motiviert haben.⁹³

In diesem Zusammenhang sind im archäologischen Material auch Bevölkerungsverschiebungen zu beobachten, so die Ausbreitung der Przeworsk-kultur von der mittleren Oder über Sachsen-Anhalt bis zum Rhein,⁹⁴ was mit den in den antiken Schriftquellen des 1. Jahrhunderts v. u. Z. erwähnten Sueben

86 Jochen Brandt, *Jastorf und Latène*, Rahden/Westf. 2001, S. 27, Karten IV f.

87 Ebd., Karten I, VI.

88 Rosemarie Müller, »Die Eisenzeit nördlich der Mittelgebirge«, in Wilfried Menghin und Dieter Planck (Hg.), *Menschen – Zeiten – Räume*, Berlin 2002, S. 220–221.

89 Brandt, *Jastorf* (Fn. 86), S. 289, Karten 1–22.

90 Schlüter und August, *Heimatatlas* (Fn. 63), Karte 10, Abb. 23.

91 Ebd., S. 290.

92 Müller, *Eisenzeit* (Fn. 88).

93 Brandt, *Jastorf* (Fn. 86), S. 250 f., 290.

94 Ebd., S. 292.

unter Ariovist in Verbindung gebracht wird.⁹⁵ Der für die Siedlungsverlagerungen und die Wanderungen notwendige organisatorische Aufwand stärkte möglicherweise Führungspositionen und führte zu einem Prestigedenken.⁹⁶

Während sich Jochen Brandt insbesondere mit dem Einfluss der Latènekultur auf die Jastorfkultur auseinandersetzt, zeigt der Fall der Siedlung Remda zwischen Ilm und oberer Saale die gegenseitige räumliche Durchdringung beider Kulturkreise.⁹⁷

4.6. Römische Kaiserzeit (15 v. u. Z.–375 u. Z.)

Das vollständig untersuchte Gräberfeld, das u. a. bei der mehrmals angesprochenen Forschungsgrabung von Wahlitz zu Tage trat, bestand aus 368 Brandgräbern und dem Grab einer Körperbestattung aus der Zeit von etwa 350 v. u. Z. bis 250 u. Z. in einer teilweisen horizontalen Stratigraphie. Die Verteilung der Toten auf die einzelnen Zeitabschnitte weist auf die anfängliche Existenz eines Hofes, zu dem in der späten Eisenzeit zwei bis drei Höfe hinzukamen, die dann im 3. Jahrhundert alle aufgelassen wurden. Die Zahl der Bewohner wird zuletzt 20–25 betragen haben.⁹⁸

Mit der Auswertung des früheisen- bis spätkaiserzeitlichen Gräberfeldes umriss Erika Schmidt-Thielbeer gleichzeitig den damaligen Kenntnisstand zur frühen römischen Kaiserzeit im nördlichen Mitteldeutschland. Die Verbreitungskarte zeigt die dichte Besiedlung gerade auf minderwertigen Böden. Die Hauptwirtschaftsform wird damit wahrscheinlich die Viehzucht gewesen sein. Die drei erkennbaren Besiedlungsschwerpunkte können mit Stämmen in Verbindung gebracht werden, die in den antiken Quellen auftauchen: im Haveland die Semnonen, südlich des Fläming an der Elbe die Hermunduren und in der Altmark die Langobarden. Die Annahme getrenntgeschlechtlicher Friedhöfe konnte nach dem archäologischen Befund nicht bestätigt werden.⁹⁹ Diese Einschätzung wurde dann für Mitteldeutschland erweitert.¹⁰⁰

95 Karl Peschel, *Anfänge germanischer Besiedlung im Mittelgebirgsraum*, Berlin 1978, hier S. 65 ff.

96 Brandt, Jastorf (Fn. 86), S. 292.

97 Torsten Montag, *Remda – Siedlungsfunde und -befunde aus dem Zeitraum Spätlatène- und ältere römische Kaiserzeit*, Magisterarbeit Universität Halle, Manuskript, hier S. 97, 99.

98 Ebd., S. 2, 20f.

99 Erika Schmidt-Thielbeer, *Das Gräberfeld von Wahlitz, Kr. Burg*, Berlin 1967, hier S. 29, 33f., Karte 6.

100 Erika Schmidt-Thielbeer, »Die südlichen Elbgermanen«, in Bruno Krüger u. a.

Im Mitteldeutschen Heimatatlas wird in der Hauptverbreitungskarte¹⁰¹ nicht zwischen früher und später römischer Kaiserzeit sowie zwischen Siedlungen, Brand- und Körpergräbern unterschieden. Einen ersten Eindruck der Besiedlung Sachsen-Anhalts während der römischen Kaiserzeit aus heutiger Sicht vermittelt die Karte römischer Importfunde,¹⁰² wobei auch hier nicht differenziert wird. Die Zahl der Funde ist gegenüber dem Stand im Mitteldeutschen Heimatatlas¹⁰³ nach Eggers¹⁰⁴ enorm angestiegen, wenn man sich die Funde nach Sachgruppen geordnet ansieht.¹⁰⁵

Eine moderne Bearbeitung für die Phase der Brandbestattung während der römischen Kaiserzeit im Süden des Arbeitsgebietes weist Gräber und Siedlungen getrennt aus. Für diese Zeit zeigen die Gräber eine Platzkontinuität. In der frühen römischen Kaiserzeit ist das Fundmaterial im Westen des Untersuchungsraumes rhein-weser-germanisch und im Osten elbgermanisch geprägt. In der späten römischen Kaiserzeit nivellieren sich solche Unterschiede. An den Grabinventaren ist eine Oberschicht ablesbar. In der frühen Phase stellt römischer Import ein Statussymbol dar, um dann in der Spätphase zur Massenware zu werden.¹⁰⁶

Nach aufwendigen Restaurierungsarbeiten konnte das 1990 geborgene außergewöhnlich reich ausgestattete Grab eines germanischen Fürsten von Gommern bei Burg aus dem späten 3./frühen 4. Jahrhundert in einer Sonderausstellung vom 18.10.2000 bis zum 28.2.2001 in Halle der Öffentlichkeit vorgestellt werden.¹⁰⁷ Eine Kartierung der Grabinventare der jüngeren römischen Kaiserzeit macht eine unterschiedliche Verbreitungsdichte deutlich, die unterschieden im Forschungsstand in den einzelnen Regionen geschuldet sein kann. Auf den untersuchten Friedhöfen sind Männer, Frauen und Kinder in Gruppen beigesetzt, hinter denen Familienverbände vermutet werden.¹⁰⁸ Für eine

(Hg.), *Die Germanen 1*, Berlin 1983, S. 399–408.

101 Schlüter und August, Heimatatlas (Fn. 63), Karte 11/I.

102 Matthias Becker u. a., *Corpus der römischen Funde im europäischen Barbaricum. Deutschland Band 6. Land Sachsen-Anhalt*, Bonn 2006, hier Beilage.

103 Schlüter und August, Heimatatlas (Fn. 63), Abb. 24f.

104 Hans Jürgen Eggers, *Der römische Import im freien Germanien, Atlas der Urgeschichte 1*, Hamburg 1951.

105 Becker, Corpus (Fn. 102), S. 254ff.

106 Matthias Becker, *Untersuchungen zur römischen Kaiserzeit zwischen südlichem Harzrand, Thüringer Becken und Weißer Elster*, Halle 1996, hier S. 11, 65f., Abb. 2–4.

107 Siegfried Fröhlich (Hg.), *Gold für die Ewigkeit – das germanische Fürstengrab von Gommern*, Halle 2000.

108 Jan Bemann, »Fundplätze und Fundverbreitung in Mitteldeutschland«, in Ebd., S. 32–38, hier S. 33f.



Abb. 5: Teil des Grabinventars aus dem Fürstengrab von Gommern.¹⁰⁹

Verbreitungskarte der bekannten Siedlungen dieser Phase muss man auf ältere Veröffentlichungen zurückgreifen.¹¹⁰

In der Altmark ist die Arbeit von Rosemarie Leineweber zur spätrömischen Zeit maßgebend. Dort sind alle Fundstellen kartiert.¹¹¹ Ihre Zahl ist gegenüber der im Mitteldeutschen Heimatatlas¹¹² auf 383 angestiegen.¹¹³

Wanderungsbewegungen im Zusammenhang mit den Markomannenkriegen führten im letzten Drittel des 2. Jahrhunderts u. Z. zur Aufsiedelung der in der frühen römischen Kaiserzeit entvölkerten Altmark.¹¹⁴ Die sich seit dem Neolithikum abzeichnende Unterteilung in eine Ost- und Westregion ist auch in der römischen Kaiserzeit feststellbar. Diese Gliederung war bedingt durch sumpfige Flussauen und wirkt sich noch auf die spätere Grenzziehung zwischen den Bistümern Verden und Halberstadt¹¹⁵ und damit bis auf die historische Entwicklung in der Neuzeit aus.

109 Matthias Becker, »Luxuriöser Haushalt für den Toten«, in Fröhlich, Gold (Fn. 107), S. 148–162, hier S. 162.

110 Berthold Schmidt, »Die Thüringer«, in Bruno Krüger u. a. (Hg.), *Die Germanen 2*, Berlin 1983, S. 502–547, hier Abb. 157.

111 Rosemarie Leineweber, *Die Altmark in spätrömischer Zeit*, 1997, hier Karten 1–4.

112 Schlüter und August, Heimatatlas (Fn. 63), Karte 11/II.

113 Leineweber, *Altmark* (Fn. 111), S. 21.

114 Ebd., S. 131, 135, 138.

115 Ebd., S. 98 ff.

Die Analyse der Gebrauchsgüter, Bestattungssitte, Tracht und Verteilung römischen Imports zeigt im Westen im Wesentlichen aus dem Niederelberaum zugewanderte »langobardisch« geprägte Siedlergruppen, während sich im Osten vor allem ostgermanische Bevölkerungsteile aus allen Nachbargebieten vermischten.¹¹⁶ Auf den Gräberfeldern deutet der zahlenmäßige Rückgang von Bestattungen des 4. Jahrhunderts auf erneute Abwanderungen hin, was vielleicht in Beziehung mit dem historisch überlieferten Erscheinen von Langobarden in Niederösterreich bzw. Pannonien im 5. bzw. 6. Jahrhundert gesetzt werden kann.¹¹⁷

4.7. Völkerwanderungszeit (375 bis 450)

Aus dem Mitteldeutschen Heimatatlas lässt sich eine Fundstellenverteilung nicht herauslesen, da dieser Zeitabschnitt auf zwei Karten mit größeren Zeiträumen aufgeteilt ist.¹¹⁸ Ein Katalog stellt die heute bekannten Körpergräber dieser Periode zusammen mit denen der vorhergehenden vor, leider ohne eine Karte.¹¹⁹ Eine solche findet man bei Berthold Schmidt.¹²⁰ Auch hier bildet diese Befundkategorie mit ca. 390 Bestattungen die wesentliche Grundlage des Kenntnisstandes. Die Belegung der Gräberfelder und das aus dem einheimischen Formenrepertoire heraus entwickelte Sachgut sprechen für eine Bevölkerungskontinuität in Mitteldeutschland von der jüngeren römischen Kaiserzeit bis in die Reihengräberzeit im 5. Jahrhundert. Allerdings weisen die fundleeren Gebiete südlich des Harzes und im Thüringer Becken auf Abwanderungen hin.¹²¹

116 Ebd., S. 134 f.

117 Ebd., S. 131 f., 136.

118 Schlüter und August, Heimatatlas (Fn. 63), Karte 11/I und VI.

119 Berthold Schmidt und Jan Bemann, *Körpergräber der jüngeren römischen Kaiserzeit und der Völkerwanderungszeit Mitteldeutschlands*, Halle 2008.

120 Berthold Schmidt, *Die späte Völkerwanderungszeit in Mitteldeutschland*, Halle 1961, hier Verbreitungskarte 1.

121 Jan Bemann, »Zur Frage der Kontinuität von der jüngeren römischen Kaiserzeit zur Völkerwanderungszeit in Mitteldeutschland«, in Magdalena Mączyńska und Tadeusz Grabarczyk (Hg.), *Die spätrömische Kaiserzeit und die frühe Völkerwanderungszeit in Mittel- und Osteuropa*, Łódź 2000, S. 76–104, hier S. 89 f., Abb. 8.

4.8. Frühes Mittelalter (450 bis 1024)

Zum 5./6. Jahrhundert liegt eine Neubearbeitung der Chronologie vor, die sich auf 128 von Berthold Schmidt¹²² erfasste Frauengräber stützt. Die Männergräber wurden ausgeklammert, da sie nicht so beigabenreich sind.¹²³ Bei dem Gräberfeld Weimar (Nordfriedhof) sind andeutungsweise zwei räumliche Bereiche erkennbar, die sich im Vorkommen bestimmter Beigaben ausschließen. Andere kurzlebige Fundtypen treten in beiden Arealen auf, was Christina M. Hansen veranlasst, hier nicht so sehr eine zeitliche Ordnung der Belegung zu sehen, sondern zwei Familien. Möglicherweise kann dies u. U. bestehende verwandtschaftliche Prinzip für die damalige Gräberfeldbelegung verallgemeinert werden (Sippenfriedhöfe),¹²⁴ wie es schon für die jüngere römische Kaiserzeit vermutet wurde.

Archäologische Quellen belegen, dass sich im Thüringer Becken während der Merowingerzeit ein Wandel im Siedlungsmuster vollzieht. Während die Fundplatzverteilung der älteren Phase (450–600) an die der späten römischen Kaiserzeit anknüpft, entwickelt sich in der jüngeren Merowingerzeit (600 – um 700) eine Besiedlungsstruktur, die zu den heutigen Ortslagen deutlichere Beziehungen aufweist.¹²⁵

Das 7. Jahrhundert stellt Berthold Schmidt¹²⁶ in einer Karte dar. Einen Teil dieser Fundstellen kann man in seiner Verbreitungskarte 3 identifizieren.¹²⁷ Der Mitteldeutsche Heimatatlas hat nichts in dieser Art zu bieten. Für diese Zeit ist ein fränkischer Herzog überliefert, der das Land verwaltete. Das archäologische Sachgut hat nichts spezifisch Thüringisches mehr und es tritt eine Vielzahl fränkischen Imports auf. Auch sind fränkische Burgen, Straßenstationen und Gräber nachgewiesen.¹²⁸

Als überprüfungsbedürftig muss man den Forschungsstand von Hansjürgen Brachmann zu den Slawen einschätzen. Immerhin erfasst die bei ihm zugrunde gelegte Fundstellenkartierung nicht nur die Burgwälle wie im Mittel-

122 Schmidt, *Völkerwanderungszeit* (Fn. 120).

123 Christina M. Hansen, *Frauengräber im Thüringerreich*, Basel 2004, hier S. 13, 121, Abb. 2.

124 Ebd., S. 30 ff., 163 f.

125 Volker Schimpff, *Beiträge zur Besiedlungsarchäologie des Thüringer Beckens in der Merowingerzeit*, Diplomarbeit Universität Halle, Manuskript, hier S. 35 f., 191, 196.

126 Berthold Schmidt, »Das Königreich der Thüringer und seine Eingliederung in das Frankenreich«, in Alfried Wieczorek u. a. (Hg.), *Die Franken. Wegbereiter Europas*, Mainz 1996, S. 285–297, hier Abb. 235.

127 Schmidt, *Völkerwanderungszeit* (Fn. 120).

128 Schmidt, *Thüringer* (Fn. 126), S. 295 f.

deutschen Heimatatlas,¹²⁹ sondern auch Siedlungen, Gräber und Einzelfunde. Die Westausbreitung der Slawen über die Elbe-Saale-Linie wird deutlich, wobei ihre Burgen meistens diese Trennlinie respektieren – mit Ausnahme des Gebietes an der Ohre.¹³⁰

Im 6./7. Jahrhundert wanderte eine Siedlergruppe aus Böhmen und Mähren entlang der Elbe bis zur mittleren Havel.¹³¹ Diese Gruppe geht in einer slawischen Bevölkerung auf, die von Norden/Nordosten bis an die Elbe vorstieß.¹³² Das Mittelelbe-Saale-Gebiet südlich davon wird wenig später von Sorben eingenommen, die gleichfalls aus Böhmen und Mähren stammen.¹³³

Noch älter ist der Bearbeitungsstand der Reihengräberfelder des 8.–11. Jahrhunderts, zu denen der Mitteldeutsche Heimatatlas ebenfalls keine entsprechende Karte enthält. Die langen Laufzeiten und die geringe Variabilität der einzelnen Fundtypen erschweren eine Feindatierung. Die Verbreitungskarte zeigt die slawischen Gräberfelder mit Ausnahme des Köthener Landes vorwiegend an den großen Flüssen, während westlich der Elbe-Saale-Linie eine dichtere Besiedlung durch die Friedhöfe der germanischen Bevölkerung erkennbar ist.¹³⁴

Westlich der Elbe-Saale-Linie hält die germanische Reihengräberzivilisation mit ihrem charakteristischen Fundgut noch bis ins 8., nördlich des Harzes bis ins 9. Jahrhundert an, ehe bei ihr die Beigabensitte abklingt. Östlich dieser Linie siedelten ab dem 7. Jahrhundert Sorben, die zunächst ihre Toten verbrennen und dann unter westlichem Einfluss zur Körperbestattung übergehen. Bei den Slawen herrschte die Beigabensitte bis in das 12. Jahrhundert. Zahlreiche Fundstücke slawischer Prägung in Körpergräbern machen ein Einsickern slawischer Bevölkerungsgruppen in das westliche Gebiet seit dem 8. Jahrhundert wahrscheinlich.¹³⁵ Das bekräftigt auch die Verbreitung slawischer bzw. slawisch-deutscher Ortsnamen westlich der Elbe und Saale.¹³⁶

129 Schlüter und August, Heimatatlas (Fn. 63), Karte 14/II–VI.

130 Hansjürgen Brachmann, *Slawische Stämme an Elbe und Saale*, Berlin 1978, hier Beilagen 1 f.

131 Ebd., S. 7 ff., 17, Abb. 1.

132 Ebd., S. 40 ff.

133 Ebd., S. 57, 105, 136, 242, Abb. 47.

134 Heinrich Rempel, *Reihengräberfriedhöfe des 8.–11. Jahrhunderts*, Berlin 1966, hier S. 79, Abb. 14.

135 Ebd., S. 79 f.

136 Hans Walther, »Die Ausbreitung der slawischen Besiedlung westlich von Elbe/Saale und Böhmerwald«, in Joachim Herrmann (Hg.), *Die Slawen in Deutschland*, Berlin 1970, S. 25–32.

4.9. Luftbildarchäologie und die Erfassung archäologischer Denkmale

Eine Fundstellenverteilung, die im Mitteldeutschen Heimatatlas nicht berücksichtigt werden konnte, ist die seit 1991 vom (im selben Jahr gebildeten) Landesamt für Archäologie Sachsen-Anhalt kontinuierlich angewandte Luftbildprospektion, die den Archäologen deutlich macht, dass sie es nicht nur mit einzelnen Fundstellen zu tun haben, sondern dass der Erhaltungszustand des Bodenaarchivs das Erkennen ganzer prähistorischer Siedlungslandschaften erlaubt. Bis 2001 sind durch die Luftbildarchäologie 5 067 Fundstellen dokumentiert worden, von denen ein beträchtlicher Teil bis dahin nicht bekannt war.¹³⁷ Den aktuellen Stand schildert Ralf Schwarz.¹³⁸ Diese neue Qualität des archäologischen Denkmalbestandes führt zu einer Vielzahl neuer Hypothesen, bei denen Luftbildbefunde aufgrund morphologischer Merkmale funktionell und zeitlich eingeordnet werden.¹³⁹

Diese Neuentdeckungen waren extrem wichtig für die Erfassung archäologischer Denkmale in Listen, die zu führen das Landesamt seit 1991 durch das Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt verpflichtet ist. Diese Listen helfen bei Entscheidungen zu Investitionsvorhaben und bei der Raumplanung.

5. Aktuelle Forschungstendenzen

Die kontinuierliche bodendenkmalpflegerische Tätigkeit und die laufenden Forschungsvorhaben mit ihren Ergebnissen ermöglichen und erfordern sowohl die weitere Aktualisierung archäologischer (Fundort-)Karten als auch die kartographische Darstellung neuer räumlicher Zusammenhänge in der Ur- und Frühgeschichtsforschung. Das mögen folgende Beispiele zeigen:

137 Ralf Schwarz, *Pilotstudien. 12 Jahre Luftbildarchäologie in Sachsen-Anhalt*, Halle 2003, hier S. 11, 17.

138 Ralf Schwarz, »Flugprospektion 2004 in Sachsen-Anhalt. Ergebnisbericht«, in *Jahresschrift für mitteldeutsche Vorgeschichte* 90 (2006), S. 401–425.

139 Schwarz, *Pilotstudien* (Fn. 137), S. 15 f.

5.1. Grabenwerke und Megalithgräber bei Haldensleben und Hundisburg

Im Rahmen des Forschungsprojektes ist die gezielte Begehung und neue Vermessung sowohl der Verdachtsflächen als auch der bekannten Großsteingräber im Haldenslebener Forst geplant, wo noch so manches Megalithgrab zu vermuten ist. Bei Hundisburg, 1 km südöstlich des Haldenslebener Forstes, liegen das Grabenwerk vom Olbetal südlich und eine Megalithgrabgruppe nördlich des Bebertals. Zusammen mit einer großflächigen Siedlung und einem Gräberfeld bilden sie ein besonderes Denkmalensemble, das geophysikalisch und mittels Luftbildprospektion erkundet sowie durch gezielte Sondagen untersucht werden soll.

Eine Kombination aus paläoökologischen Daten, pollenanalytischen und sedimentologischen Analysen, Prospektionen, Grabuntersuchungen und Siedlungs- bzw. Erdwerkssondagen soll das Verhältnis zwischen neolithischer Monumentalarchitektur (Abb. 6), Siedlungsstrukturen und Umweltveränderungen klären. Dabei wird den Fragen nachgegangen: Wie kann die hohe Zahl von 130 Megalithgräbern der Trichterbecherkultur in diesem Gebiet erklärt werden (Erhaltungsbedingung, chronologische Differenzierung, vielleicht Bevölkerungsdichte etc.)? Wie und wann entsteht die Megalithgrabsitte in der Region? Steht diese chronologisch in Zusammenhang mit der Anlage von Grabenwer-



Abb. 6: Das Großsteingrab Lüdelsen 6.¹⁴⁰

¹⁴⁰ Hartmut Bock, Barbara Fritsch und Lothar Mittag, *Großsteingräber der Altmark*, Calbe 2006, hier S. 122 f.

ken? Wie ist das Verhältnis zwischen Megalithgräbern, Siedlungen und Grabenwerken zu beschreiben und zu erklären? Lassen sich bestimmte Raumordnungsfaktoren nachvollziehen? Welchen Einfluss auf die natürliche Umwelt können wir warum im Arbeitsgebiet feststellen (human impact, Bevölkerungsdichte)? Welchen Einfluss hat die geographische Lage im landschaftlichen Grenzbereich auf die kulturellen Beziehungen in der Kontaktzone zwischen nördlicher und südlicher Trichterbecherkultur? Welche Bedeutung hat die Ost-West-Achse (Braunschweiger Land – Elbe)? Welche Aussagen zur Gesellschaftsstruktur sind möglich (wertebesetzte Artefakte, Arbeitsteilung, Verwandtschaftsanalysen)? Welche Bedeutung hat die Monumentalität in diesem Kontext?¹⁴¹

5.2. Frühbronzezeit Mitteldeutschlands

Angeregt durch den spektakulären Fund der Himmelscheibe von Nebra wird die Frühbronzezeit Mitteldeutschlands im Rahmen eines DFG-Projekts durch das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt in Kooperation mit Instituten der Universitäten Poznań, Halle, Jena, Tübingen, Mainz, München und Bochum neu bearbeitet.¹⁴² Neben gezielten Feldforschungen und Aufarbeitungen von Fundkomplexen sollen die Vorkommen von Kupfer, Zinn und Gold in Mitteleuropa erfasst und mit naturwissenschaftlichen Methoden charakteristische Kombinationen von Spurenelementen extrahiert werden. Auf kartografischer Grundlage wird so die Herkunft dieser Rohmaterialien für die einzelnen archäologischen Funde und die Handelswege dieser Rohstoffe verdeutlicht.

Für die Erforschung der kulturhistorischen Bedeutung der Himmelscheibe ist es erforderlich, ihren kultischen Hintergrund auszuleuchten. In diesem Zusammenhang untersucht das Institut für Kunstgeschichte und Archäologien Europas der Universität Halle die Kreisgräben in Sachsen-Anhalt und stellt sie vergleichbaren Anlagen im übrigen Mitteleuropa gegenüber. Die Kartierung vermittelt eine Vorstellung ihrer Verbreitung und hilft, das »Henge«phänomen zu klären.¹⁴³

141 Johannes Müller, *Entstehung, Funktion und Landschaftsbezug von Großsteingräbern, Grabenwerken und Siedlungen der Trichterbecherkulturen in der Region Haldensleben-Hundisburg*, <http://www.monument.ufg.uni-kiel.de/projekte/megalithik-haldensleben/> (28.3.2010).

142 François Bertemes, *Aufbruch zu neuen Horizonten*, <http://mars.geographie.uni-halle.de/for550/> (5.3.2010).

143 Andre Spatzier, »Nach Bandkeramik und Lengyel – Kreisgrabenanlagen in Sachsen-Anhalt und Mitteleuropa vom Jungneolithikum bis zur frühen Eisenzeit«, in Harald Meller und François Bertemes (Hg.), *Neolithische Kreisgrabenanlagen in Europa. Internationale Arbeitstagung in Goseck (Sachsen-Anhalt) 7.–9. Mai 2004*, Halle in Vorbereitung.

Erst die Untersuchung der wirtschaftlichen Grundlagen, deren Charakteristikum für das südliche Sachsen-Anhalt die Salzproduktion darstellt, ermöglicht das umfassende Verständnis der religiösen Vorstellungen in der frühen Bronzezeit dieses Gebietes. Auf der Grundlage von Erz- und Salzvorkommen bildete sich eine sozial bereits stark differenzierte Gesellschaft mit weitreichenden Handelsbeziehungen heraus. Die Kartierung der einzelnen damit verbundenen Aspekte wie Bestattungen, Import- und Hortfunde sowie Produktionsüberreste wird Zusammenhänge zwischen ihnen verdeutlichen.

Da der Fundort der Himmelscheibe auf dem Mittelberg bei Nebra liegt, stellt sich die Frage nach der Funktion der bereits in Zusammenhang mit den Burgen angesprochenen frühbronzezeitlichen Höhensiedlungen in Mitteldeutschland.

Der Fund der Himmelscheibe von Nebra wird aber nicht nur für die wissenschaftliche Grundlagenforschung genutzt, sondern verkörpert eingebunden in ein touristisches Vermarktungskonzept, den »Himmelswegen«, einen Wirtschaftsfaktor in der Region.

5.3. Stadtarchäologie

Aus stadtgeschichtlichen Quellen sollen im Rahmen einer akademischen Qualifizierungsarbeit an der Universität Bamberg Strukturbereiche in der Entwicklung heutiger Städte im 9.–13. Jahrhundert bestimmt und ihre konkreten Ausprägungen im westlichen Mitteldeutschland untersucht werden. Diese Gliederungen in Strukturbereiche sollen zu Stadtentwicklungstypen zusammengefasst und deren historische Relevanz durch andere mit ihnen in Beziehung stehende natürliche und historische Sachverhalte in den Städten verifiziert werden. Die überregionale Bedeutung dieser Stadtentwicklungstypen wird durch Vergleichsbeispiele in anderen Regionen Mitteleuropas unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands verdeutlicht. Dies alles soll die Rolle der herausgearbeiteten Stadtentwicklungstypen bei den weiteren historischen Abläufen bis heute klären, den Wirkungsgrad der erkannten Zusammenhänge für die städtische Dynamik bestimmen und künftige Entwicklungsmöglichkeiten erkennbar machen.

5.4. Großgrabungen an Verkehrswegen und im Vorfeld der Rohstoffindustrie

Bei Großprojekten besteht für die archäologische Denkmalpflege immer erheblicher Handlungsbedarf. Solche umfangreichen Bodeneingriffe bieten aber auch jeweils die Chance, vielfältige Einblicke in die kulturgeschichtlichen Abläufe

zu gewinnen. Einerseits werden die konkrete Landnutzung durch den prähistorischen Menschen und die dadurch verursachten Landschaftsveränderungen deutlich, andererseits die Erhaltungsbedingen solcher Befunde. Diese Informationen ermöglichen erst bei der Größe der aufgedeckten Flächen eine einigermaßen realistische Einschätzung des archäologischen Potentials der betreffenden Region. Die Ausdehnung der Flächen erlaubt bei entsprechendem Zuschnitt auch größere Siedlungs- und Landnutzungsstrukturen im Ganzen zu erfassen.¹⁴⁴

Die möglichst im Vorfeld der geplanten Investitionsmaßnahmen stattfindenden Untersuchungen setzen an Stellen an, die durch bisherige archäologische Aktivitäten sowie Oberflächen-, geophysikalische und Luftbildprospektionen als vielversprechende Flächen ermittelt wurden. Die dort geborgenen Befunde werden naturwissenschaftlichen Analysen unterzogen, um die angesprochenen einmaligen Aussagemöglichkeiten in ihrer vollen Tragweite auszuwerten. Dazu zählen bodenkundliche, anthropologische, paläozoologische und paläobotanische Fragestellungen.¹⁴⁵



Abb. 7: Ausgrabung an der A 38 bei Alberstedt, Landkreis Merseburg-Querfurt.¹⁴⁶

144 Helge Jarecki, »Großangelegte Suche: Die Befund- und Fundverteilung im Zentral- und Nordostbereich«, in Becker u. a., Ein weites Feld. (Fn. 44), S. 32–34; Helge Jarecki, »Feld- und Flureinteilungen im archäologischen Befund«, in Ebd., S. 135–138; Veit Dresely, »Quer-Schnitt«, in Harald Meller (Hg.), *Quer-Schnitt. Ausgrabungen an der B6n. Band 1: Benzingerode – Heimburg*, Halle 2005, S. 7–12, hier S. 7 f.

145 Ebd., S. 9.

146 Harald Meller (Hg.), »Archäologie auf der Überholspur«, *Archäologie in Sachsen-Anhalt*, Sonderband 5, Halle 2006, hier S. 6.

Michael Börngen und Mathias Deutsch

»Historisch-geographische Probleme« – Quellensammlungen zur mitteleuropäischen Witterungsgeschichte

Einführung

Seit mehr als 100 Jahren sind immer wieder chronologische Verzeichnisse bemerkenswerter Witterungsereignisse angelegt worden. Die umfassendste von einer Einzelperson erarbeitete Zusammenstellung ist zweifellos die des Berliner Bankangestellten Curt Weikinn (1888–1966). Spätestens seit den 1920er Jahren hat er verschiedenste Druckwerke nach Meldungen zu extremen meteorologischen und hydrologischen Ereignissen der letzten zwei Jahrtausende in Europa durchgesehen und seine Funde dann handschriftlich in einer chronologisch geordneten Zettelsammlung abgelegt. Die bis heute noch nicht abgeschlossene Veröffentlichung der Notizen begann 1958 mit dem Erscheinen des ersten Teiles der »Quellentexte zur Witterungsgeschichte Europas von der Zeitenwende bis zum Jahre 1850«.¹ Folgt man dem Vorwort zu diesem Werk, führt Weikinn seine Sammeltätigkeit in erster Linie auf zwei Aufrufe zurück, die in den Jahren 1905 und 1906 von Meteorologen bzw. Historikern herausgegeben wurden. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Veröffentlichung »Historisch-geographische Probleme« aus dem Jahr 1906. Die nähere Beschäftigung mit diesem so unspektakulär betitelten Aufsatz von Oswald Redlich (1858–1944) zeigt, dass die Ausführungen speziell für einen auf dem Gebiet der Witterungsgeschichte tätigen Wissenschaftler auch heute noch gültige Richtlinien zum fachgerechten Umgang mit historischen Quellen bieten. Da Weikinn zudem in seinem Vorwort verschiedene kritische Anmerkungen wie auch einige Literaturzitate dieser Arbeit entlehnt hat, sollen einige Teile des Aufsatzes von Oswald Redlich kommentiert wiedergegeben werden, bevor auf die Weikinn'schen Quellentexte eingegangen wird.

¹ Curt Weikinn, *Quellentexte zur Witterungsgeschichte Europas von der Zeitwende bis zum Jahre 1850*, Hydrographie Teil 1: Zeitenwende–1500, Berlin 1958.

Oswald Redlichs Aufsatz »Historisch-geographische Probleme« aus dem Jahr 1906

Der Historiker und Archivar Oswald Redlich (Abb. 1) wurde am 17. September 1858 in Innsbruck geboren. Er studierte Geschichte und Geographie in seiner Heimatstadt und am Institut für Österreichische Geschichtsforschung in Wien. Nach seiner Promotion arbeitete Redlich von 1881 bis 1892 als Archivar in Innsbruck, wo er sich 1887 habilitierte. 1893 kehrte er nach Wien zurück. Dort war er am Institut für Österreichische Geschichtsforschung zunächst als außerordentlicher und dann ab 1897 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1934 als ordentlicher Professor tätig. In den Jahren 1911/12 war Redlich Rektor der Wiener Universität. Als Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften fungierte er von 1919 bis 1938. Oswald Redlich verstarb am 20. Januar 1944 in Wien. Zehn Jahre später wurde nach ihm in Wien-Floridsdorf (21. Bezirk) eine Straße benannt.² Anlässlich seines 100. Geburtstages ehrte man Redlich durch die Herausgabe einer Sondermarke.



Abb. 1: Oswald Redlich (1858–1944), Porträt auf einer Briefmarke der Österreichischen Bundespost anlässlich seines 100. Geburtstages im Jahr 1958.

Am 19. April 1906 hielt Oswald Redlich auf dem 9. Deutschen Historikertag in Stuttgart den bereits erwähnten Vortrag, der noch im gleichen Jahr mit wenigen Änderungen und Zusätzen publiziert wurde.³ Redlich, der zu diesem Zeitpunkt verstärkt in die Arbeiten zum *Historischen Atlas der österreichischen Alpenländer* eingebunden war, erklärt in der Einleitung, dass ihn »die Verknüpfung der Wissensgebiete von Geschichte und Geographie von jeher interessirt«⁴ habe und dass in Fragen der historischen Geographie bei den Historikern ein gewisser Nachholebedarf bestehe.

² http://de.wikipedia.org/wiki/Oswald_Redlich (26.11.2010).

³ Oswald Redlich, »Historisch-geographische Probleme«, in *Mitteilungen des Instituts für Oesterreichische Geschichtsforschung*, Bd. 27 (1906), S. 545–559.

⁴ Ebd., S. 545.

Redlich führte aus, dass namentlich mit dem Wirken Friedrich Ratzels (1844–1904, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften seit 1886) in der Entwicklung der Geographie eine Richtung eingesetzt hätte, »welche wieder den gegenseitigen Zusammenhang und Einfluss von Erdenraum und Mensch zu erforschen strebt. [...] In seiner ›Anthropogeographie‹ und in seiner ›Politischen Geographie‹ hat er [Ratzel] mit der ihm eigenen bewundernswerten Vielseitigkeit des Geistes und Wissens gleichsam eine Theorie des Einflusses der Naturbedingungen auf die Geschichte und Völkerentwicklung [...] gegeben«. ⁵

Redlich betonte, dass damit auf den Historiker neue Aufgaben zukommen. »Die Geographen selber sind es, die nach der Mithilfe des Historikers bei der Lösung *jener* Aufgaben verlangen, die man eben in tieferem Sinne historisch-geographische nennen muss. Denn nur ein geringer Teil der Quellen, aus denen die historische Landschafts- und die historische Länderkunde zu schöpfen haben, ist physischer Natur. So etwa die Formveränderungen der Erdoberfläche an Meeresküsten, die Verschiebungen von Flussläufen, und Ähnliches, was in der Natur selbst seine Spuren zurücklässt, Reste der organischen Welt in Torfmooren und Grabeinschlüssen, Verbreitung von Pflanzen und von Tieren. Aber alle derartigen Quellen werden seit dem Beginne geschichtlicher Zeiten und schriftkundiger Völker an Fülle und Wichtigkeit mehr und mehr durch die schriftlichen Zeugnisse, also durch eigentlich historischen Quellen überboten. Von den Thontafeln Babylons, den Hieroglyphen und Papyri Ägyptens zu den griechischen Historikern und Geographen, von den Ortsnamenschichten, den Urkunden und Chroniken des frühen Mittelalters bis zu den reichlicher fließenden Urbaren [Besitzrechtsverzeichnisse], Amtsbüchern und Akten späterer und zu den Reisebeschreibungen und Karten der letzten Jahrhunderte ist unendlicher Quellenstoff aufgehäuft. Quellenstoff für alle die verschiedenartigen Aufgaben historischer Landschaftskunde und historischer Anthropogeographie: für die Geschichte der natürlichen Veränderungen der Erdoberfläche, für die Wandlungen der Pflanzen- und Tierwelt, [...]«. ⁶

Es muss hier vermerkt werden, dass in den mehr als 100 Jahren, die seit Redlichs Vortrag vergangen sind, sehr viele Quellen physischer Natur erschlossen wurden – man denke beispielsweise nur an die Forschungen im Bereich der Dendrochronologie –, so dass sich das Verhältnis vielleicht wieder etwas zu Ungunsten der Archive der Gesellschaft verschoben hat.

Ohne Einschränkung ist aber der nachfolgenden Anmerkung zuzustimmen, »dass dieselben natürlichen Bedingungen durchaus nicht immer diesel-

⁵ Ebd., S. 546.

⁶ Ebd., S. 549–550.

ben geschichtlichen Wirkungen hervorgebracht haben, weil neben den physisch-geographischen Faktoren auch noch andere in Betracht kommen«, und der Forderung, dass ein vielgestaltiger Quellenstoff für historische Geographie »mit historisch-kritischen Methoden und Hilfsmitteln gesammelt, gesichtet, bearbeitet und verwertet werden«⁷ muss.

Fast der gesamte zweite Teil von Redlichs Vortrag widmete sich Fragen des Klimas. Dazu heißt es: »Unter den physisch-geographischen Faktoren hat man schon seit den Zeiten Montesquieu's dem Klima einen besonders grossen Einfluss auf menschliche Entwicklungen zugeschrieben. Diese Meinungen sind durch die neue Begründung der Anthropogeographie gewiss mit Recht stark eingeschränkt worden. Dafür wurden aber gerade auf diesem Gebiete der physischen Geographie neue Erkenntnisse angebahnt, welche in der Tat in sehr bedeutsame Beziehungen zu den geschichtlichen Dingen gebracht werden können. Seit anderthalb Dezennien ist die Frage der Klimaschwankungen neu belebt und ihre Lösung wesentlich gefördert worden. Klimaschwankungen sind zu unterscheiden von dauernden Klimaänderungen. Die Frage von dauernden Klimaänderungen in historischer Zeit ist eine offene. Die Existenz jedoch von periodischen Schwankungen des Klimas um eine Mittellage auch in historischer Zeit ist seit dem 1890 erschienenen Werke [⁸ (Abb. 2)] Eduard Brückners [(1862–1927; Geograph, Klimatologe und Glaziologe)] erwiesen. »Klimaschwankungen bestehen in Schwankungen der Temperatur, des Luftdruckes und des Regenfalles, die sich auf der ganzen Erde gleichzeitig vollziehen«. Diese Schwankungen machen sich auf den Kontinenten geltend als ein Wechsel von feuchten und kalten mit warmen und trockenen Perioden. Die mittlere, durchschnittliche Dauer vom Zentrum einer kalten und feuchten oder warmen und trockenen Periode bis zum nächsten gleichartigen Maximum beträgt nach Brückners Annahme 35 Jahre. Vielleicht sind aber diese 35jährigen Schwankungen nur gewissermassen kleinere Oscillationen grösserer, länger dauernder Schwankungsperioden.«⁹

Die »Brückner'sche Periode« hat sich, wie wir seit etwa 1940 wissen, als nicht persistent erwiesen. Ungeachtet dieser Tatsache ist Brückner als Vorreiter der modernen Betrachtungsweise in der Klimatologie anzusehen.¹⁰

7 Ebd., S. 550.

8 Eduard Brückner, *Klimaschwankungen seit 1700 nebst Bemerkungen über die Klimaschwankungen der Diluvialzeit* (Geographische Abhandlungen, Bd. IV, H. 2), Wien/Olmütz 1890.

9 Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 553.

10 Peter Hupfer und Lutz Jaeger, »Der Wasserhaushalt der Erde – Vor 100 Jahren legte Eduard Brückner erste Berechnungen vor«, in *Naturwissenschaftliche Rundschau* 59. Jg., H. 7 (2006), S. 353–359.



Abb. 2: Titelblatt des 1890 von Eduard Brückner (1862–1927) vorgelegten Buches »Klimaschwankungen«.

»Brückner gewann seine Ergebnisse vor allem auf Grund sorgfältiger physisch-geographischer Forschungen über Schwankungen des Wasserstandes von Seen und Flüssen, der Vereisung von Flüssen, der Gletscherbewegungen, der Regenmenge, Luftdruck und Temperatur, wofür ihm exaktes und zahlreiches Material aus dem 18. und 19. Jahrhundert vorlag. Lassen sich aber für die letzten zwei Jahrhunderte regelmässige Klimaschwankungen nachweisen, so müssen sie auch in früheren Zeiten stattgefunden haben. Es liegt daher unmittelbar nahe zu fragen, ob sie sich nicht weiter zurückverfolgen lassen. Auch Brückner hat dies schon versucht. Er benützte hie[r]zu den Zeitpunkt der Weinernte, wofür bei einer Reihe von Weinorten Frankreichs und der Westschweiz archivalisches Material publiziert ist; zweitens die Häufigkeit kalter Winter, wofür Brückner eine alte Zusammenstellung aus dem 18. Jahrhundert verwendete.«¹¹

¹¹ Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 553–554.

»Hier drängt es den Historiker einzuspringen«, fährt Redlich fort. »Die Quellen bergen ja eine Fülle von Stoff für diese und verwandte Fragen der physischen Geographie. Die Klimaschwankungen fanden ja ihren handgreiflichen Ausdruck in strengen Wintern, in häufigen und starken Regen, in früher Vereisung, in Überschwemmungen, im Vorrücken der Gletscher; andererseits in heissen Sommern und regenarmen Zeiten, im Wassermangel der Flüsse, Zurückgehen von Seen und Gletschern; dann in den nächsten Folgeerscheinungen, in früher und guter oder später und schlechter Ernte von Getreide und Wein, in Dürre, Misswachs, Teuerung, Hungersnot, Seuchen. Unsere alten Annalen mit ihren oft verspotteten simplen Nachrichten über solche Dinge können da zu Ehren kommen. Überhaupt können alle möglichen Quellen bedeutsam werden.«¹² Redlich erwähnt hier als Beispiel Getreidezehnte als Gradmesser für Ernterträge.

»Freilich ist dieser Quellenstoff vielfach inexakt, unklar und ungenau. Allein durch systematische allgemeine Sammlung, kritische Sichtung und sorgsame Beachtung der Fehlerquellen kann dennoch daraus entschieden vieles gewonnen werden. Aber dies kann nur der Historiker mit seiner kritisch geschärften Methode durchführen. Wie zahllos sind z. B. die Verwandtschaften und wörtlichen Entlehnungen mittelalterlicher Annalen, die ohne Gewissensbisse auch lokale Naturereignisse von einander abschrieben und z. B. was in Belgien passierte, auch im Elsass geschehen liessen. Die Chronologie der angegebenen Daten, die Beurteilung der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit, die richtige Interpretation, das sind kritische Voraussetzungen, die nur der historische Geschulte erfüllen kann. So hat Eduard Richter [(1847–1905; österreichischer Geograph, Historiker, Gletscherforscher und Alpinist)] in seiner ›Geschichte der Schwankungen der Alpengletscher‹ die bis dahin nur entstellt, ungenau und unvollständig bekannten Nachrichten, welche Geographen und Geologen zu falschen Schlüssen verleitet hatten, gesammelt, kritisch gesichtet, ihre Überlieferung und deren Verderbnisse festgestellt, ihren relativen Wert beurteilt, und konnte auf Grund dieser gereinigten Quellen an ihre erfolgreiche Verwertung auch für die Fragen des Gletscherphänomens sowie der Klimaschwankungen herantreten.«¹³

Redlich kommt nun zu folgender wichtigen Schlussfolgerung: »So gelangen wir von dieser Seite her zur Forderung einer *allgemeinen und kritischen Sammlung der Nachrichten über Elementarereignisse und physisch-geographische Verhältnisse der Vergangenheit*. Dass die Sammlung eine streng kritisch gesichtete sein muss, ergaben die vorausgehenden Erörterungen. Dass sie eine

12 Ebd., S. 554.

13 Ebd.

allgemeine werden muss, das heisst nicht lokal, territorial oder auch zeitlich beschränkt bleiben darf, ergibt die allgemeine, die ganz Erdoberfläche oder grosse Teile derselben berührende Verbreitung und Bedeutung nicht bloss der Klimaschwankungen, sondern überhaupt der elementaren Ereignisse und physisch-geographischen Verhältnisse. Die Forderung einer solchen allgemeinen Sammlung muss theoretisch gestellt werden, praktisch lässt sie sich zunächst nur territorial und nur nach und nach erfüllen.«¹⁴

Nun erwähnt Redlich das Preisausschreiben des *Reale Istituto Lombardi di scienze e lettere* in Mailand vom Januar 1898, welches forderte, einen Katalog außergewöhnlicher Witterungsereignisse bis 1800 anzufertigen. Der ausgesetzte Preis von 1 200 Lire wurde zu gleichen Teilen an drei erfolgreiche Bewerber verteilt. Neben zwei Italienern, die sich auf eine Witterungsgeschichte ihres Heimatlandes beschränkt hatten, war der dritte Preisträger der deutsche Meteorologe Richard Hennig (1874–1951). Seine Sammlung wurde auf Zureden von Gustav Hellmann (1854–1939) leicht ergänzt im Jahr 1904 als »Katalog bemerkenswerter Witterungsereignisse von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1800« herausgegeben.¹⁵

Redlich, wie später auch Weikinn, schätzte den Katalog kritisch ein: »Die Leistung ist bedeutsam als Versuch einer ganz Europa und alle Jahrhunderte umfassenden Sammlung. Aber der Meteorologe – und das bedeutet natürlich keinen Vorwurf – ist kein Historiker, die Arbeit ist vom historisch-kritischen Standpunkt aus ganz unzulänglich, sie liefert einen schlagenden Beweis für die Notwendigkeit historisch-geographischen Zusammenarbeitens in solchen Fragen. Das Bedürfnis nach Sammlung des Quellenmaterials zur Frage der Periodizität abnormer Witterungserscheinungen vom meteorologischen, aber auch vom hydrotechnischen Standpunkt aus betont ein Antrag des k. k. Hydrographischen Zentralbureaus in Wien, welcher einer Meteorologenversammlung im Jahre 1905 vorgelegt wurde.«¹⁶ Gemeint ist die Internationale Meteorologische Direktorenkonferenz, die im September 1905 in Innsbruck tagte.

Eine Fußnote hierzu informiert, das die Aussage über den Antrag auf eine Mitteilung von Anton Swarowsky (1863–1937; Hydrograph) beruht, der ein Jahr später, im September 1906, in Wien auf der Hauptversammlung des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine darüber referieren wolle. Sowohl Swarowsky wie auch Redlich haben dann tatsächlich auf der

14 Ebd., S. 555.

15 Richard Hennig, *Katalog bemerkenswerter Witterungsereignisse, von den ältesten Zeiten bis zum Jahre 1800* (Abhandlungen des Preussischen Meteorologischen Instituts; 2, 4), Berlin 1904.

16 Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 555.

Versammlung gesprochen. Es wurde nochmals festgestellt, dass eine systematische Sammlung der Nachrichten über Elementarereignisse und physisch-geographische Verhältnisse, die alle ungewöhnlichen Ereignisse und Verhältnisse dieser Art, wie Überschwemmungen, strenge Winter, Sommerdürren, Erdbeben, Stürme usw., einzuschließen hätte, der Geschichtswissenschaft bei der überall hervortretenden Abhängigkeit des Menschen von der ihn umgebenden Natur für die Beurteilung historischer Ereignisse wesentliche Dienste zu leisten und auch im praktischen Leben manchen Nutzen zu gewähren vermag. Diese Erkenntnis führte dazu, dass der Gesamtverein in Wien die Einsetzung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Organisation einer solchen Sammlung beschloss. Nach Weikinn gehörte diesem Ausschuss auch Eduard Brückner an.

Im Jahr 1907 wurde auf der Hauptversammlung in Mannheim schließlich der Vorschlag des Ausschusses genehmigt, wobei die Durchforschung der mittelalterlichen Geschichtsquellen nach entsprechenden Meldungen zum Wetter und zur Witterung zunächst jungen Historikern überlassen werden sollte. Zur Finanzierung hatte jeder Verein nach seinen Möglichkeiten einen festen Betrag auf 5 Jahre zu bewilligen. Recherchen in den territorialen und lokalen Geschichtsquellen der Neuzeit durch die Geschichtsvereine selbst sollten dagegen der Zukunft vorbehalten sein.¹⁷ Nach Weikinn erschienen 1914 als Ergebnis der Forschungen des *Gesamtvereins der Deutschen Geschichts- und Altertums-Vereine* die von Jakob Weiss gesammelten »Elementarereignisse vom Beginn unserer Zeitrechnung bis zum Jahre 900«.¹⁸

Die weitere Entwicklung dieses groß angelegten Vorhabens ist noch zu untersuchen. Bisherige Literaturrecherchen lassen jedoch schon jetzt die Vermutung zu, dass dieses Projekt, wie man sagt, im Sande verlief. Sicher mag dabei der Erste Weltkrieg eine Rolle gespielt haben. Aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und nicht zuletzt unter dem Einfluss der beginnenden Luftfahrt, vollzog sich in der Meteorologie eine rasante Entwicklung. Insbesondere durch die Arbeiten von Vilhelm Bjerknes (1862–1951, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften seit 1913) ging das Interesse

17 Friedrich Stuhr, »Jahresbericht des Vereins für Mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde: Schwerin, 1. Juli 1909«, in *Verein für Mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde: Jahrbücher des Vereins für Mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde*, Bd. 74 (1909), S. 6–7.

18 *Elementarereignisse im Gebiete Deutschlands: Systematische Sammlung der Nachrichten über Elementarereignisse und physisch-geographische Verhältnisse*, veranlasst von dem Gesamtverein der Deutschen Geschichts- und Altertums-Vereine, Teil I: Die Elementarereignisse vom Beginn unserer Zeitrechnung bis zum Jahre 900, ges. und mit Erl. vers. von Jakob Weiss, Wien 1914.

vieler Meteorologen weg von der Beobachtung des Wettergeschehen und hin zur theoretischen Interpretation der Atmosphärenbewegung (Dynamische Meteorologie). Vielleicht erklärt das ein wenig, dass es im Grunde genommen ein Seiteneinsteiger war, nämlich eben Curt Weikinn, der das Vorhaben konsequent weiterverfolgte.

Doch kehren wir noch einmal zurück in das Jahr 1906, als die Sammlung von Elementarereignissen noch hauptsächlich von Meteorologen betrieben wurde; wenn auch nicht nur von diesen, worauf Redlich hinweist. So hat der Kunst- und Kulturhistoriker Alwin Schultz (1838–1909) – als Beitrag zum Milieu damaligen Lebens – im ersten Band seines Werkes über das höfische Leben zur Zeit der Minnesänger¹⁹ Nachrichten über die Witterung und damit zusammenhängende Erscheinungen für den Zeitraum 1100 bis 1315 gesammelt. Karl Lamprecht (1856–1915, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften seit 1892) bietet in seinem »Deutschen Wirtschaftsleben im Mittelalter«²⁰ hauptsächlich für das Moselland entsprechende Zusammenstellungen. Auf Lamprechts Anregung hin beschäftigte sich Fritz Curschmann (1874–1946) mit Hungersnöten im Mittelalter. Das von diesem vorgelegte Buch²¹ enthält im zweiten Teil eine beachtenswerte »Chronik der elementaren Ereignisse« für Deutschland und große Teile Frankreichs von 700 bis 1317.

Im Hinblick auf die letztgenannten Arbeiten gibt Redlich zu bedenken: »Wie sehr können aber auch diese wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten durch die stärkere Beachtung physisch-geographischer Bedingungen befruchtet werden. Hier ist der Punkt, um wieder auf unsere Frage der Klimaschwankungen zurückzukommen und nunmehr den Zusammenhang mit historischen Vorgängen zu beleuchten.«²² Diesbezüglich verweist Redlich auf Brückners Studie über den Einfluss der Klimaschwankungen auf die Ernten und die Höhe der Getreidepreise. So brachte die feuchte Periode zu Beginn des 19. Jahrhunderts für Westeuropa Missernten, wohingegen in Russland die Ernten gut ausfielen und eine verstärkte Getreideausfuhr nach Westen einsetzte. Interessanterweise, dies sei ergänzend vermerkt, fiel das Jahr 1816, das sogenannte »Jahr ohne Sommer«, in diese Periode. Missernte der nächsten feuchten Periode um 1840–1850

19 Alwin Schultz, *Das höfische Leben zur Zeit der Minnesänger*, Bd. 1, Leipzig 1879.

20 Karl Lamprecht, *Deutsches Wirtschaftsleben – Untersuchungen über die Entwicklung der materiellen Kultur des platten Landes auf Grund der Quellen zunächst des Mosellandes*, in 3 Bänden, Leipzig 1885/1886.

21 Fritz Curschmann, *Hungersnöte im Mittelalter – Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte des 8. bis 13. Jahrhunderts* (Leipziger Studien aus dem Gebiete der Geschichte, Bd. 6. H. 1), Leipzig 1900.

22 Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 556.

führte in Irland zu den berühmten Hungersnöten in den Jahren 1846 bis 1849. In der Folge wanderten etwa zwei Millionen Iren zwischen 1847 und 1851 nach Amerika aus.

»Gestatten uns die reichlichen Quellen und bekannten Tatsachen neuerer Zeiten leichter die Erkenntnis solcher Zusammenhänge«, hofft Redlich, »so gewähren derartige Ergebnisse die Zuversicht, dass wir auch für weiter zurückliegende Jahrhunderte mit solchen Gesichtspunkten tiefer in den Konnex analoger Erscheinungen eindringen können. Es ist bei diesem Anlasse nur möglich, einige Ausblicke zu geben, doch es dürfte genügen, um auf die mannigfachen Fragen wenigstens hinzudeuten, die sich da ergeben.«²³

»Verfolgen wir in Curschmanns Tabellen«, führt Redlich weiter aus, »die allgemeinen über Deutschland und die Nachbargebiete sich erstreckenden Hungersnöte. Da stellt sich heraus, wie diese allgemeinen Hungersnöte, die auch auf allgemein wirkende Ursachen schliessen lassen, sich in bestimmten Zeitabschnitten wiederholen: um 1005, um 1045, um 1090–1100, um 1125, 1145–1151, 1196–1200, um 1225, 1270–1275, 1310–1317. Vergleichen wir diese Daten mit Brückners vorläufig aufgestellten Perioden der Klimaschwankungen [24] so findet sich, dass diese allgemeineren Hungersnöte in der Regel mit den kaltfeuchten Perioden zusammentreffen, die eben im westlichen Europa für die Ernten gefährlicher sind als die trockenen und warmen Perioden, und daher zu Missernten und deren Folgen führten. Und wenn Curschmann wiederholt von den zufälligen Ursachen der Hungersnöte, dem zufälligen Auftreten und Zusammentreffen von Elementarereignissen spricht, so waren dies eben keine Zufälle, sondern sie hängen zusammen mit den regelmässigen Schwankungen des Klimas und die Klimaschwankungen mit ihren natürlichen Folgen wurden die Ursachen wirtschaftlicher Katastrophen.«²⁵

Ob tatsächlich die von Curschmann erkannten allgemeinen Hungersnöte den von Brückner analysierten ungünstigen Witterungsperioden entsprechen, soll hier nicht beurteilt werden. Zutreffend ist zweifelsohne Redlichs Feststellung: »Als eine der ständigen Folgen solcher Misswachs- und Hungersperioden finden wir Wanderungen der Menschen aus den betroffenen Gegenden in andere von Not und Hunger noch mehr verschonte Gebiete.«²⁶ Diese Zusammenhänge können im Zuge des Klimawandels höchst aktuell werden: Es ist zu befürchten, dass die gemäßigten Breiten in der Zukunft verstärkt mit sogenannten Klimaflüchtlingen zu tun haben werden.

23 Ebd., S. 557.

24 Brückner, Klimaschwankungen (Fn. 8), S. 271.

25 Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 557.

26 Ebd.

Auch in der Geschichte der Epidemien als Folge von Misswachs, Teuerung und Hungersnot müsse laut Redlich der Rhythmus des Klimas beachtet werden. Bei der Auswertung der Kirchenbücher von Schwäbisch-Hall habe man sogar eine auffallende und unverkennbare Regelmäßigkeit in der Zu- und Abnahme der Geburten mit einer Periodenlänge von 33 bis 34 Jahren gefunden. Wie schon oben festgestellt, hat sich die von Brückner gefundene Periode von rund 35 Jahren als nicht persistent erwiesen. Aber auch ohne auf eine bestimmte Periodizität zu beharren, dürften viele der damals beschriebenen Zusammenhänge durchaus real sein.

Am Ende seines Vortrages resümiert Redlich: »Wir wollen durchaus nicht vergessen und ich möchte es noch nachdrücklich betonen, dass besonders diese letzten Ausblicke nur Möglichkeiten darstellen und beileibe nicht mehr, dass sie gewissermassen nur einen Anreiz geben wollen, nun erst mit exakter Forschung, mit reicherem, gesicherterem Material an solche Fragen heranzutreten. So viel wird man allerdings wohl heute schon sagen dürfen: diese Fragen verdienen Beachtung, sie können uns doch wohl ein Stück tiefer führen in der Erkenntnis des uralten Problems: Mensch und Natur. Das ist ja das echte, das eigentliche historisch-geographische Problem. Geschichte und Geographie, historische Methode und geographische Betrachtungsweise können sich hier organisch verknüpfen. Der Geographie sei das volle Mass naturwissenschaftlichen Gehaltes gewahrt und zugestanden, allein dies soll und kann nicht hindern, dass die Vertreter der Natur- und der Geschichtswissenschaft sich die Hand reichen auf dem ihnen beiden gemeinsamen Gebiete der historischen Geographie zu dem nur gemeinsam zu vollbringenden Werke.«²⁷

Curt Weikinn und seine Quellentexte zu historischen meteorologischen und hydrologischen Extremereignissen in Europa

Über das Leben von Curt Weikinn (Abb. 3) ist wenig bekannt. Als wichtigste biographische Quelle muss nach wie vor der von Wilfried Schröder abgefasste Nachruf auf Weikinn von 1968²⁸ angesehen werden. Die in den letzten Jahren unternommenen Versuche, weiterführende Angaben zum privaten und beruflichen Leben von Weikinn zu ermitteln, verliefen im Wesentlichen ohne Erfolg. Durch den Fund des Grabsteins aber wissen wir inzwischen, dass Curt

²⁷ Ebd., S. 559.

²⁸ Wilfried Schröder, »Curt Weikinn †«, in *Zeitschrift für Meteorologie*, Bd. 20, 1968, S. 195–196.



Abb. 3: Curt Weikinn
(1888–1966).
Aus: W. Schröder, »Curt
Weikinn †«, in *Zeitschrift für
Meteorologie*, Bd. 20, 1968,
S. 195–196, hier S. 195.

Weikinn verheiratet war. Seine Frau Helene (geb. Bergmann) war 19 Jahre jünger als er, verstarb aber schon neun Jahre vor ihm.²⁹

Curt Weikinn wurde am 2. Mai 1888 in Berlin geboren und besuchte nach der Grundschule das dortige Andreas-Realgymnasium. Nach dem Abitur hörte er an der Berliner Universität bei Gustav Hellmann meteorologische Vorlesungen. Wahrscheinlich war er aber nur Gasthörer, denn verschiedene Schriftstücke weisen Weikinn eindeutig als Bankbeamten aus. Es ist bislang unbekannt, bei welchem Kreditinstitut er gearbeitet hat. Die Tätigkeit in der Bank empfand Weikinn offensichtlich als nicht befriedigend, denn er bemühte sich im September 1929 um eine Anstellung am Preußischen Meteorologischen Institut. Sein Gesuch wurde jedoch aufgrund fehlender Stellen abgelehnt.

Nach Datumsvermerken auf mehreren Weikinn'schen Literaturzetteln hatte er bereits zu dieser Zeit damit begonnen, eine systematische Sammlung

²⁹ Michael Börngen und Mathias Deutsch, »Zum Erscheinen der Quellentexte zur Witterungsgeschichte Europas von Curt Weikinn vor 50 Jahren«, in *DMG, Mitteilungen* 04 (2008), S. 6–8.

von Berichten über historische Witterungsereignisse anzulegen. Im ersten Teilband seiner Quellentexte erwähnt er, dass diese Arbeiten »in der Zeit nach dem Zusammenbruch« [gemeint ist die Zeit nach dem Kriegsende im April 1945] schwieriger wurden, »da viele der in Frage kommenden Werke der ehemaligen ›Preußischen Staatsbibliothek‹ durch Kriegseinwirkungen verlorengegangen sind«. ³⁰

Im Laufe mehrerer Jahrzehnte hat Curt Weikinn Tausende heimatkundlicher Werke, insbesondere Stadtchroniken, witterungskundliche Publikationen usw., nach sachrelevanten Meldungen durchgesehen. Die Quellenauszüge wurden zunächst nach einem bestimmten Schema auf kleinen, etwa 10 cm breiten und 15 cm hohen Zetteln notiert und diese schließlich chronologisch geordnet. Insgesamt beläuft sich die von Weikinn auf diese Weise zusammengestellte Materialsammlung auf ca. 100 000 Zettel (Abb. 4). Sie ist heute im Besitz des Leibniz-Instituts für Länderkunde Leipzig.



Abb. 4: Weikinn hat alle gefundenen Texte zu Witterungsereignissen mit Zeit-, Orts- und Quellenangabe auf kleinen Zetteln (Originalgröße ca. 10 cm × 14 cm) notiert und chronologisch geordnet in Kästen, wie sie das Bild zeigt, abgelegt. Ein Kasten enthält durchschnittlich 2 300 Zettel. Allein der meteorologische Sammlungsteil umfasst 36 Kästen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Weikinn von Hans Ertel (1904–1971) unterstützt. Ertel leitete das damalige Institut für Physikalische Hydrographie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, deren Vizepräsident er auch zeitweise war. Spätestens seit November 1950 scheint Weikinn im Auftrag Ertels gearbeitet zu haben, was aus einem Antrag für ein Stipendium für Weikinn hervorgeht. Darin schreibt Ertel u. a., »dass die von Herrn

30 Weikinn, Quellentexte Teil 1 (Fn. 1), S. VI.

Weikinn gesammelten Un[ter]lagen [...] das beste Material dieser Art darstellen, das in ganz Deutschland, wahrscheinlich sogar in Europa vorhanden ist«. ³¹

Ob Weikinn das beantragte Stipendium schließlich auch erhalten hat, geht aus den Akten nicht hervor. Aus anderen Schreiben wissen wir jedoch, dass er zumindest ab 1952 als wissenschaftliche Hilfskraft angestellt und damit finanziell abgesichert war. Die Bruttovergütung betrug immerhin 875 Mark. Seinen Arbeitsplatz hatte er in Berlin im Akademiegebäude in der Otto-Nuschke-Str. 22/23, der heutigen Jägerstraße.

Es sei hier bemerkt, dass man sich bei der Veröffentlichung der Weikinn'schen Quellentexte auf zwei Bände geeinigt hatte: einen Band Hydrographie (Band I) und einen Band Meteorologie (Band II), wobei beide Bände aus mehreren Teilen bestehen sollten. Aus Sicht vieler Nutzer ist diese Gliederung unglücklich gewählt; statt »Band« wäre die Bezeichnung »Abteilung« und deren Untergliederung in »Bände« wohl besser gewesen. Dass zuerst die Quellentexte zu hydrographischen Erscheinungen, wie z. B. Sturmfluten und Überschwemmungen, und nicht, was eigentlich näher gelegen hätte, die meteorologischen Beobachtungen zur Veröffentlichung gebracht wurden, ist sicher aus der Anbindung Weikinn's an das damalige Institut für Physikalische Hydrographie zu erklären.

Im Jahr 1958, Curt Weikinn war inzwischen 70 Jahre alt, erschien im Akademie-Verlag Berlin der erste Teilband der Weikinn'schen Quellensammlung ³² mit einer Auflagenhöhe von 500 Exemplaren. In einem relativ ausführlichen Vorwort geht der Verfasser auf die seinerzeit vorhandenen Witterungskataloge ein, wobei, wie eingangs betont, in vielen Passagen der Einfluss von Redlichs Vortrag aus dem Jahr 1906 nicht zu übersehen ist. Über den Vortrag hinaus verweist er auf einige wertvolle Wetterbeobachtungen aus der zweiten Hälfte des 16. und der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Explizit nennt er den Pfarrer Wolfgang Haller (1525–1601, Beobachtungen zwischen 1545 und 1576 in Zürich und Umgebung) ³³, die Astronomen Tycho Brahe (1546–1601, Beobachtungen 1582 bis 1597 auf der Insel Hven im Sund) ³⁴ und Johannes Kepler (1571–1630,

31 Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW), Akademiearchiv, Bestand Akademieleitung, Personalien, Nr. 663.

32 Weikinn, Quellentexte Teil 1 (Fn. 1).

33 Rudolf Wolf, »Tägliche Beobachtungen von Wolfgang Haller«, in extenso abgedruckt, in *Schweizerische meteorologische Beobachtungen*, Bd. 9 (1872), S. 411–413, 462–465, 513–517; Bd. 10 (1873), S. 44–48, 96–101; Supplementband (1885), S. 180–181.

34 T. R. Friis u. a. (Hg.), *Tyge Brahes Meteorologiske Dagbog, holdt paa Uraniborg for aarene 1582-1597*: Udgiven som appendix til Collectanea meteorologica af det kgl. Danske Videnskabernes Selskab, ved dets meteorologiske Comité, Kjøbenhavn 1876.

Beobachtungen zwischen 1594 und 1629 u. a. in Graz, Prag und Linz)³⁵ sowie Landgraf Hermann IV von Hessen (Uranophilus Cyriandrus, 1607–1658, Beobachtungen 1623 bis 1646 in Kassel und Rotenburg/Fulda)³⁶.

Die Aufnahme des ersten Teiles der Weikinn'schen Quellentexte in der Fachpresse war positiv. So lobte der Klimatologe Karl Knoch (1883–1972) »den großen Eifer und den Willen der Exaktheit, mit dem der Verfasser sich in das Aufspüren der Quellen und ihr Studium versenkt hat, eine Arbeit, die nur mit einer gewissen Verbissenheit bewältigt werden kann«³⁷. Knoch drückte zugleich seine Hoffnung aus, dass man in absehbarer Zeit auch die Folgebände der Öffentlichkeit übergeben möge. Das war zunächst auch der Fall; im Abstand von ein bis zwei Jahren, und zwar 1960, 1961 und 1963, erschienen drei weitere Teilbände.³⁸

Aber nicht nur an diesen großen Publikationen arbeitete Weikinn mit Energie und Ausdauer. Seit Mitte der 60er Jahre hat er auch einige kleinere Arbeiten zu speziellen historisch-hydrologischen oder meteorologischen Themen in den »Acta Hydrophysica«, der Hauszeitschrift des Instituts für physikalische Hydrographie, vorgelegt. Darin beschäftigt er sich mit den Dürrejahren im Zeitraum 1500 bis 1850 in den Flussgebieten der DDR,³⁹ mit der Hochwasserhäufigkeit im östlichen Erzgebirge⁴⁰ sowie mit bedeutenden Hagelfällen zwischen 1100 und 1400.⁴¹

35 Christian Frisch (Hg.), *Joannis Kepleri astronomi opera omnia*, Frankfurt a. M./Erlangen 1858–1871.

36 Uranophilus Cyriandrus, *Historia Meteorologica, Das ist Vier vnd zwanzig Jährige eigentliche vnd trefwleißige Observation vnd tägl. verzeichniss des Gewitters, vom 1. Jan. 1623 an bis zum letzten Dec. 1646 [...]*, Cassel 1651; siehe auch: Walter Lenke, »Klimadaten von 1621 bis 1650 nach Beobachtungen des Landgrafen Hermann IV von Hessen (Uranophilus Cyriandrus)«, in *Berichte des Deutschen Wetterdienstes* Nr. 63 (1960).

37 Karl Knoch, Buchbesprechung, in *Gerlands Beiträge zur Geophysik*, Bd. 68 (1959), S. 318–320.

38 Curt Weikinn, *Quellentexte zur Witterungsgeschichte Europas von der Zeitwende bis zum Jahre 1850*, Hydrographie Teil 2 (1501–1600), Berlin 1960; ... Teil 3 (1601–1700), Berlin 1961; ... Teil 4 (1701–1750), Berlin 1963.

39 Curt Weikinn, »Katastrophale Dürrejahre während des Zeitraums 1500–1850 in den Flußgebieten der heutigen Deutschen Demokratischen Republik«, in *Acta Hydrophysica* 10 (1965/66a), S. 33–54.

40 Curt Weikinn, »Ein Beitrag zur Hochwasserhäufigkeit im östlichen Erzgebirge«, in *Acta Hydrophysica* 10 (1965/66b), S. 163–176 u. 11 (1966/67a), S. 121–132.

41 Curt Weikinn, »Bemerkenswerte hydrometeorologische Erscheinungen früherer Jahrhunderte in Europa«, I. Teil: »Sehr starke bzw. verbreitete Hagelfälle in den Jahren 1100–1400«, in *Acta Hydrophysica* 11 (1966/67b), S. 181–206.

Am 27. Dezember 1966 erlag Curt Weikinn den Folgen einer akuten Lungenentzündung. Die vollständige Publikation seiner hydrographischen und meteorologischen Quellentextsammlung durfte Curt Weikinn also nicht mehr erleben. Die bereits weitestgehend fertiggestellten Manuskripte für die Teilbände 5 und 6, in denen er die Quellentexte der Zeiträume 1751 bis 1800 bzw. 1801 bis 1850 bearbeitet hatte, blieben vorerst ungedruckt.

Vermutlich gegen Ende der 70er Jahre gelangten die Manuskripte sowie die gesamte Zettelsammlung in das Archiv des Instituts für Geographie und Geoökologie der Akademie der Wissenschaften der DDR in Leipzig, aus dem 1992 das Leibniz-Institut für Länderkunde hervorging. Mitte der 90er Jahre konnte endlich, nicht zuletzt durch eine finanzielle Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die Edition fortgeführt werden. Zunächst wurden durch Michael Börngen und Gerd Tetzlaff die Manuskripte für die Teilbände 5 und 6 am Institut für Meteorologie der Universität Leipzig bearbeitet und vom Borntraeger-Verlag herausgegeben,⁴² womit der Abschluss des Bandes »Hydrographie« erreicht war.

Die bisher veröffentlichten sechs hydrographischen Teilbände enthalten über 23 000 Einträge, für die ungefähr 2 500 Quellen herangezogen wurden. Sie beschreiben im Wesentlichen drei Ereignisformen: Sturmfluten an der Nord- und Ostseeküste, Eisverhältnisse an den Binnengewässern sowie an der Nord- und Ostsee und abnorme Wasserstände (Niedrigwasser oder Hochwasser bzw. Überschwemmungen). Die letzte Gruppe ist zahlenmäßig die größte, am ausführlichsten beschrieben sind die Sturmfluten. Vielfach wird auf die meteorologischen Ursachen der hydrographischen Ereignisse kurz hingewiesen, also auf die Wind-, die Temperatur- und die Niederschlagsverhältnisse. Naturgemäß ist eine Zunahme der Meldungen zur Gegenwart hin zu beobachten, wobei allerdings dieser Anstieg für das 17. Jahrhundert infolge des Dreißigjährigen Krieges nicht so ausgeprägt ist. Diesem allgemeinen Verlauf der Meldungsdichte sind kurzfristige Schwankungen überlagert. Die Peaks korrelieren mit dem Auftreten ungewöhnlicher hydro-meteorologischer Erscheinungen, welche im Allgemeinen die schriftstellerische Aktivität befördern. Zu nennen sind u. a. die Hochwasserjahre von 1784 und 1799, für die sich in der Zettelsammlung überdurchschnittlich viele Berichte finden.

Im Titel der Weikinnbände heißt es »Witterungsgeschichte Europas«, wobei diese Festlegung zu relativieren ist; der überwiegende Teil der von Curt Weikinn erfassten Meldungen bezieht sich auf den deutschsprachigen Raum

42 Curt Weikinn, *Quellentexte zur Witterungsgeschichte Europas von der Zeitwende bis zum Jahr 1850*, Hydrographie Teil 5 (1751–1800) u. Teil 6 (1801–1850), herausgegeben und bearbeitet von Michael Börngen und Gerd Tetzlaff, Berlin/Stuttgart 2000 bzw. 2002.

(einschließlich der ehemals deutschen Staatsgebiete) sowie auf Frankreich. Über Italien, die Iberische Halbinsel, Großbritannien, Skandinavien, Russland (außer dem ehemaligen Ostpreußen) und den Balkan (außer Siebenbürgen) finden sich nur gelegentlich Quellentexte.

Seit März 2006 werden – wieder im Rahmen eines DFG-Projektes, aber nun unter dem Dach der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig – die bislang unbearbeiteten meteorologischen Texte der Weikinn-Sammlung schrittweise erschlossen. Der zur Zeit in Bearbeitung befindliche Band »Meteorologie« enthält schätzungsweise rund 80 000 Einträge, die vor allem über die Wetter- und Klimatelemente Temperatur und Niederschlag informieren.

Curt Weikinn und die nachfolgenden Herausgeber haben im vollen Umfang Redlichs Forderung nach einer systematischen Sammlung von Elementarereignissen entsprochen. Jedoch die von Redlich eindringlich vorgebrachte Mahnung, dass Sammlung, Sichtung, Bearbeitung und Verwertung der Quellen mit historisch-kritischen Methoden und Hilfsmitteln geschehen muss, ist bisher nicht immer ausreichend berücksichtigt worden. Bei genauerer Betrachtung der Weikinn'schen Sammlung zeigt sich, dass zahlreiche Texte aus Druckwerken stammen, die mitunter erst Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte nach einem Ereignis erschienen sind. Gerade derartige Einträge sind sehr problematisch, da hier die Gefahr falscher Jahreszahlen, ungenauer Schadensdaten usw. besonders hoch ist. Trotzdem können sie das notwendige ›Fünkchen Wahrheit‹ enthalten und müssen nicht gänzlich verworfen werden. Hier sei an die bereits oben zitierten Sätze Redlichs erinnert: »Allein durch systematische allgemeine Sammlung, kritische Sichtung und sorgsame Beachtung der Fehlerquellen kann dennoch daraus entschieden vieles gewonnen werden. Aber dies kann nur der Historiker mit seiner kritisch geschärften Methode durchführen.«⁴³

Angesichts dieser keineswegs antiquierten Anforderungen werden in der laufenden Projektphase (2008–2011) zur quellenkritischen Absicherung, aber auch zur Ergänzung der Weikinn'schen Sammlung externe, originäre Meldungen sowie Datensätze mit berücksichtigt (s. Abb. 5 u. 6). Die Arbeiten umfassen in erster Linie umfangreiche Quellenrecherchen in über 30 staatlichen bzw. kommunalen Archiven und Bibliotheken. Dort konnten bisher Hunderte zeitgenössische gedruckte oder handschriftliche Texte aufgenommen werden. Angesichts der sehr großen Quellenbestände bzw. Datenmengen muss sich die Arbeit vor allem auf das Gebiet der heutigen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen konzentrieren. In diesem Raum erfolgt parallel zur

43 Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 554.

Archivarbeit auch die Erfassung gegenständlicher Zeugnisse zur Witterungsgeschichte. Zu nennen sind u. a. die Dokumentation von Hochwassermarken sowie die Erfassung von Inschriften auf sogenannten »Unwetter-Gedenksteinen« und »Dürrestein«.

Die Weikinn'schen Quellentexte und die ergänzend dazu erfassten Archivalien lieferten bisher für mehrere Publikationen grundlegende Informationen. So konnten anhand der Weikinn'schen Hochwasserangaben und hunderter Handschriften oder Drucke sogenannte »Historische Hochwasserchronologien« für die Flüsse Werra, Elbe und Oder erstellt werden.⁴⁴ Außerdem wurden herausragende Einzelereignisse, wie z. B. das Hochwasser von 1342 und das bereits oben erwähnte »Jahr ohne Sommer« (1816), untersucht.⁴⁵

Schlussbemerkungen

Unbestritten bietet die Weikinn'sche Quellensammlung zur Witterungsgeschichte trotz aller Einschränkungen insbesondere für verschiedenste Forschungsprojekte eine stabile Basis. So ermöglichen die Texte, zumal bei gleichzeitiger Nutzung ergänzender Quellenbefunde aus Archiven und Bibliotheken, u. a. den Aufbau von Chronologien hydrologischer oder meteorologischer Ereignisse, die im günstigsten Fall statistische Untersuchungen zulassen. Zudem liefert die Weikinn'sammlung wichtige Grundinformationen und/oder Basisdaten für Untersuchungen zu einzelnen, herausragenden Witterungsereignissen der Vergangenheit.

Die Verfasser sind sich bewusst, dass die Weikinn'sche Sammlung verschiedene Mängel, vor allem hinsichtlich der Quellenkritik und Quellenkonsistenz, aufweist. Aber selbst die größten Kritiker der Weikinn'texte mussten in den letzten Jahrzehnten erkennen, dass mit der Quellensammlung nicht nur tausende Einzelmeldungen und Daten vorliegen, sondern der Nutzer auch eine hervorragende Bibliographie für weiterführende Recherchen in die Hand be-

44 Manfred Mudelsee u. a., »Trends in flood risk of the River Werra (Germany) over the past 500 years«, in *Hydrological Sciences Journal – des Sciences Hydrologiques*, vol. 51 (5), October 2006, Special issue: Historical Hydrology, pp. 818–833; Manfred Mudelsee u. a., »No upwards trends in the occurrence of extreme flood in central Europe«, in *Nature* 425 (2003), S. 166–169.

45 Gerd Tetzlaff u. a., »Das Jahrtausendhochwasser von 1342 am Main aus meteorologisch-hydrographischer Sicht«, in *Wasser & Boden* 54/10, Berlin 2002, S. 41–49; Michael Börngen u. a., »Zu den Niederschlags- und Abflussverhältnissen in Europa im Jahr 1816, dem »Jahr ohne Sommer«, in *Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Institut für Meteorologie der Universität Leipzig* 26 (2002), S. 73–80.

kommt. Das erspart nicht nur Zeit bei den Rechercharbeiten, sondern lenkt zugleich die Aufmerksamkeit auf herausragende Witterungsereignisse der zurückliegenden Jahrhunderte. Hinzu kommt, dass mit der Textsammlung von Curt Weikinn heute noch Auszüge von Druckwerken zu Verfügung stehen, die in den Bibliotheken entweder nicht mehr vorhanden oder selbst in bedeutenden Forschungsbibliotheken aufgrund einer unzureichenden Erschließung nur sehr schwer zu finden sind.

Insbesondere die vier von 1958 bis 1963 erschienenen Weikinn'schen Quellenbände haben inzwischen einen festen Platz in der klimatologischen Literatur gefunden. Es ist zu hoffen, dass die jetzt in Bearbeitung befindlichen Teilbände von der Fachwelt ebenso positiv angenommen werden. Gerade in den letzten zwei Jahrzehnten bestätigen Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen immer wieder den großen Wert des Weikinn'schen Quellenmaterials. Zugleich wird von vielen Fachkollegen im In- und Ausland gefordert, die noch nicht publizierten Teile der Weikinn-Sammlung endlich der Forschung zur Verfügung zu stellen. Das sehen die Verfasser als Aufgabe und Verpflichtung an. Insbesondere die Aufnahme sämtlicher Weikinn-Zettel zur Witterungsgeschichte Mitteleuropas muss kontinuierlich fortgeführt und letztlich durch eine Veröffentlichung zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.

Eine fachübergreifende Erforschung der Klima- und Umweltgeschichte, insbesondere im mitteldeutschen Raum, sollte zu den langfristigen Projekten an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig zählen. Dazu ist erforderlich, und hierzu sei nochmals Oswald Redlich zitiert, »dass die Vertreter der Natur- und der Geschichtswissenschaft sich die Hand reichen auf dem ihnen beiden gemeinsamen Gebiete der historischen Geographie zu dem nur gemeinsam zu vollbringenden Werke.«⁴⁶

46 Redlich, Probleme (Fn. 3), S. 559.

Diskussionen

Hans Wiesmeth

Energie und Umwelt. Perspektiven für Mitteldeutschland

1. Rahmenbedingungen

Mit dem im September 2010 beschlossenen Energiekonzept will die Bundesregierung konsequent den Weg in das regenerative Zeitalter beschreiten. Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimafreundlichkeit sollen die Energieinfrastruktur Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten charakterisieren, dem Ausbau der Energieerzeugung und -versorgung aus alternativen oder – nach allgemeinem Sprachgebrauch – erneuerbaren Energiequellen soll dabei besondere Beachtung zukommen.¹

Mitteldeutschland ist von dieser Fokussierung auf die alternativen Energiequellen aus verschiedenen Gründen in besonderem Maße betroffen. So lagern in den Revieren Mitteldeutschlands einschließlich der Lausitz nahezu unerschöpfliche Vorräte an Braunkohle, wenngleich der größte Teil davon noch nicht erschlossen ist. Dieser Energieträger garantiert prinzipiell Versorgungssicherheit, führt aber bei der Verbrennung zu nicht unerheblichen Emissionen an Treibhausgasen, insbesondere CO₂. Die stofflich hochwertige bitumenreiche mitteldeutsche Braunkohle wird jedoch für die energetische Nutzung zunehmend als zu wertvoll erachtet.² Andererseits ist, ebenfalls nicht ganz unwichtig, in Mitteldeutschland in den letzten Jahren ein dichtes Geflecht von Unternehmen entstanden, die innovative Technologien für die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energiequellen entwickeln und produzieren.

Nun ist allerdings der Erfolg des deutschen Energiekonzepts nicht unabhängig von entsprechenden Plänen der europäischen Nachbarländer und der

1 Aus der Einleitung zum Energiekonzept der Bundesregierung vom 28. September 2010. Vgl. BMWI und BMU (Hg.), *Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung*, <http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/46394/44790> (1.2.2011), S. 3.

2 Beispielsweise vertritt das »Innovationsforum Innovative Braunkohlen Integration in Mitteldeutschland ibi« diese Position. Vgl. <http://www.ibi-mitteldeutschland.de>.

Energiepolitik der Europäischen Union insgesamt und auch dem Umweltschutz kommt auf internationaler Ebene in Hinblick auf die Emission von Treibhausgasen eine immer wichtigere Rolle zu. An erster Stelle sind die aktuellen Bemühungen zu nennen, eine international koordinierte Klimaschutzpolitik zu etablieren – mit verbindlichen Reduktionszielen für Treibhausgasemissionen. Insofern greifen nationale Energie- und Umweltpolitik ineinander, treffen dabei auf die Energiepläne des benachbarten Auslands und kommen in den Strudel der internationalen Verhandlungen zum Schutz des Weltklimas. All das hat Konsequenzen für viele Bereiche unseres Lebens, auch in Mitteldeutschland, und hier insbesondere für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Der folgende Beitrag soll Perspektiven dieser politischen Entscheidungen und weltpolitischen Entwicklungen für Mitteldeutschland aufzeigen, Chancen und Risiken herausarbeiten sowie aus volkswirtschaftlicher Sicht Überlegungen skizzieren, die für den Erhalt und die Schaffung innovativer Arbeitsplätze in der Region unerlässlich sind.

2. Deutschlands Energiewirtschaft im nationalen und internationalen Kontext

Mit dem unlängst verabschiedeten Energiekonzept befindet sich Deutschland – und in analoger Weise auch die übrigen EU-Staaten – nach nicht nur gelegentlich geäußelter Ansicht in einem nicht unbedenklichen energie- und umweltpolitischen Alleingang.³ Konkret sieht das deutsche Energiekonzept zunächst vor, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch 35 % bis 2020 und 80 % bis 2050 betragen soll. Der Primärenergieverbrauch soll um 20 % bis 2020 und um 50 % bis 2050 gegenüber dem Jahr 2008 zurückgehen. Die CO₂-Emissionen sollen sich damit um 40 % bis 2020 und um 80 % bis 2050 gegenüber dem Jahr 1990 verringern. Dies sind ambitionierte Ziele, die nur über konkrete Maßnahmen und diese unterstützende Rahmenbedingungen zu erreichen sein werden.⁴

Zu den konkreten Maßnahmen gehören nach Angaben der Bundesregierung der substantielle Ausbau der Windenergie, vor allem durch Off-

3 Einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung McKinsey zufolge ließen sich die Kosten durch einen europaweit koordinierten Ausbau von Wind- und Solarenergie deutlich senken. Vgl. Jürgen Flauger, »Nationale Alleingänge verschleudern Milliarden«, in *Handelsblatt*, 16.9.2010, <http://www.handelsblatt.com/politik/international/nationale-alleingange-verschleudern-milliarden/3540768.html> (1.2.2011).

4 Es ist möglich, dass diese Ziele infolge der aktuellen politischen Entwicklungen nach der Reaktorkatastrophe in Japan neu adjustiert werden.

shore-Anlagen, die nachhaltige Nutzung und Erzeugung von Bioenergie, eine stärkere Nutzung der erneuerbaren Energien für die Erzeugung von Wärme und Kälte sowie deren bessere Integration in die Energieversorgung insgesamt. Der Energieeffizienz wird dabei besondere Bedeutung zugemessen, insbesondere in Hinblick auf die energetische Sanierung des Gebäudebestands.

Nachdem die mit dem Energiekonzept 2010 geplante Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre nach der Reaktor-katastrophe in Japan aller Voraussicht nach nicht realisiert werden wird, kann die Kernenergie in Deutschland nur begrenzt als Brückentechnologie zur Verfügung stehen – um Zeit zu schaffen für den zügigen Ausbau des Stromnetzes und den Aufbau von Stromspeichern, die zur Integration der erneuerbaren Energien notwendig sind. Zur teilweisen Finanzierung dieser Vorhaben sollten – nun allerdings unsichere – Mehrgewinne aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke herangezogen werden, ebenso ein Großteil der Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikatehandel ab 2013. Die Braunkohle wird nur indirekt erwähnt. Sie soll im Energiemix bleiben und die Kraftwerksanlagen sollen dahingehend modernisiert werden.⁵

Wie steht es um die Realisierungschancen des Energiekonzepts der Bundesregierung, vor allem in Hinblick auf den nun diskutierten »blitzartigen Atom-Ausstieg«?⁶ Mit Sicherheit bedarf die beabsichtigte substantielle Drehung des Primärenergieverbrauchs in Richtung erneuerbare Energien in den kommenden Jahren aus rein technischen Gründen einer Vielzahl von Abstimmungen über Transitnetze und Speicherreserven, zumindest in der EU. Allerdings ist der Energiemarkt der EU zurzeit nach wie vor substantiell von nationalen Energieinteressen geprägt, wodurch das übergreifende Anliegen teilweise ausgeblendet wird.⁷

Der für den 4. Februar 2011 vorgesehene EU-Energiegipfel in Brüssel war, wie erwartet, mehr von Diskussionen über die Zukunft des Euro geprägt, als von Diskussionen über die EU-Energiepolitik. Der Ausbau der europäischen Strom- und Gasnetze stand auf der Tagesordnung, jedoch bleiben die Mitgliedsstaaten der EU doch zurückhaltend in Hinblick auf die öffentliche Finanzierung des Infrastrukturausbaus. Die Durchleitungsgebühren bzw. die Netzgebühren sollen demzufolge marktgerecht angesetzt werden, so dass sich private Investitionen wie die Anbindung von Windparks lohnen. Nur in begrenztem Umfang will die EU selbst Mittel aus dem Haushalt bereitstellen; dies

5 Energiekonzept der Bundesregierung (Fn. 1), S. 3 ff.

6 Überschrift in der FAZ vom 16. April 2011, S. 1.

7 Flauger, »Nationale Alleingänge« (Fn. 3).

auch nur für Projekte, die sich nicht privat finanzieren lassen, aber wichtig für die Versorgungssicherheit insgesamt sind.

Der jüngste Monitoring-Bericht der Bundesregierung zur Versorgungssicherheit mit Elektrizität weist auf notwendige Maßnahmen für das deutsche Stromnetz hin: »Das zeitliche Auseinanderlaufen des rasanten Zubaus von Erneuerbaren-Energien-Kapazitäten mit dem nur schleppend verlaufenden Ausbau der Stromnetze wird zunehmend zu strukturellen Problemen und Risiken für die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland führen, falls keine geeigneten Maßnahmen in der nahen Zukunft getroffen werden.«⁸ In Deutschland baut sich mittlerweile allerdings schon Widerstand gegen die geplanten Trassenverläufe für Höchstspannungsleitungen auf, die den Strom aus den Windkraftanlagen in der Nord- und Ostsee in die Verbrauchszentren in der Mitte und im Süden Deutschlands transportieren sollen.

Des Weiteren fehlen verlässliche Abkommen auf internationaler Ebene. Das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll hat in Bezug auf die Reduktion der globalen CO₂-Emissionen nichts oder fast nichts gebracht – wenn man einmal davon absieht, dass das Thema »Klimawandel« und »Klimaschutz« dadurch zumindest nachhaltig ins öffentliche Bewusstsein gelangt ist. Die gegenwärtig laufenden Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen (Kopenhagen 2009, Cancun 2010, Durban 2011) haben zu grundsätzlichen Diskussionen zwischen einigen Industriestaaten, allen voran die USA, und einigen Schwellenländern geführt, allen voran China. Noch sind die Verhandlungen nicht abgeschlossen, jedoch werden sich die USA engagierter einbringen müssen und die Industriestaaten werden die Schwellenländer aller Voraussicht nach finanziell oder durch Technologietransfer unterstützen müssen, falls eine baldige, deutliche und nachhaltige Reduzierung der globalen CO₂-Emissionen zum Schutz des Weltklimas erreicht werden soll.

Auch in Hinblick auf die geplante, nun aber zumindest temporär ausgesetzte Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke hat der jüngste EU-Energiegipfel keine Abstimmung mit den Nachbarstaaten über deren weitere Nutzung der Kernenergie gebracht. Rund um Deutschland herum werden Kernkraftwerke in Betrieb bleiben und sogar, wie jüngst in Polen oder in den Niederlanden, neue geplant und gebaut werden. In China sind in der gegenwärtigen Dekade offenbar 25 Anlagen im Bau oder in der Projektierung. Daran

8 Monitoring-Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie nach § 51 EnWG zur Versorgungssicherheit im Bereich der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität, Januar 2011, <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/M-O/monitoring-bericht-bmwi-versorgungssicherheit-bereich-leitungsgebundene-versorgung-elektrizitaet.pdf> (1.2.2011), S. 23.

hat auch die Reaktorkatastrophe in Japan nichts Grundsätzliches geändert. Abgesehen von kleineren zeitlichen Verzögerungen werden die vorgesehenen Ausbau- und Umbaupläne für kerntechnische Anlagen in den Nachbarländern Deutschlands sowie in China weiter verfolgt.

3. Energie und Umwelt in Mitteldeutschland

3.1. Die Braunkohle

Wie schon eingangs erwähnt, prägen zwei relevante Aspekte die Energiesituation in Mitteldeutschland: Der Braunkohlentagebau mit den großen Braunkohlekraftwerken sowie die vielfältige Industrie zur Entwicklung und Produktion von Technologien zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen, allen voran die Solartechnologie, die in Mitteldeutschland eine Heimat gefunden hat.⁹

Die umfangreichen Braunkohlevorräte in der Lausitz und im sogenannten mitteldeutschen Revier um Halle und Leipzig beinhalten einen geologischen Vorrat von rund 22 Milliarden Tonnen. Etwa 2,6 Milliarden Tonnen lagern in den erschlossenen und geplanten Tagebauen. Nach der Wiedervereinigung musste aus wirtschaftlichen und vor allem aus ökologischen Gründen eine Vielzahl von Tagebauen und Veredlungsbetrieben geschlossen werden. Allerdings konnte die wettbewerbsnotwendige Produktivität im Vergleich zu früher inzwischen deutlich gesteigert werden. Bei der gegenwärtigen Förderkapazität würden die mitteldeutschen Braunkohlereserven aus den derzeit erschlossenen und geplanten Tagebauen noch etwa 30 Jahre reichen und selbst bei wachsendem Verbrauch wäre die Reichweite der Reserven, also die »dynamische Reichweite«, immer noch vergleichsweise hoch, insbesondere, wenn man die gesamten Vorräte berücksichtigt.¹⁰

Die Braunkohle hatte 2007 deutschlandweit einen Anteil von etwa 20 % am Primärenergieverbrauch, wobei der Anteil in Mitteldeutschland noch deutlich höher lag. In Sachsen waren dem Energiebericht 2009/2010 zufolge 80 % des in 2007 erzeugten Stroms »Braunkohlestrom«.¹¹ Dem Umweltbe-

9 Die Industrie für die Solartechnologie ist in Mitteldeutschland an vielen Standorten, insbesondere aber in Bitterfeld-Wolfen, Dresden, Erfurt, Freiberg und Jena ansässig geworden.

10 DEBRIV Bundesverband Braunkohle, »Braunkohle Wissen: Fakten, Informationen & Hintergründe zur deutschen Braunkohle«, <http://www.braunkohle-wissen.de/bwissen03.html> (1.2.2011).

11 Die Braunkohle hatte 2007 einen Anteil von 43,7 % am Primärenergieverbrauch in Sachsen. Vgl. hierzu Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Freistaat

richt 2007 des Freistaats Sachsen zufolge entfallen ca. 61 % der sächsischen CO₂-Emissionen auf die Braunkohleverstromung.¹² Dabei ist zu beachten, dass das Verheizen von Braunkohle in Kraftwerken mit 1 153 Gramm CO₂-Äquivalent pro erzeugter Kilowattstunde Strom zu den höchsten spezifischen Treibhausgasemissionen der Stromerzeugung führt, mit 428 Gramm stellt sich die entsprechende Klimabilanz für ein Erdgaskraftwerk deutlich besser dar und selbst ein Steinkohlekraftwerk liegt mit 949 Gramm deutlich darunter. Alle Zahlen sind dabei als Lebenszykluszahlen zu verstehen, beinhalten also den Kraftwerksbau und -rückbau, die Rohstoffförderung und dessen Transport.¹³

Man darf dabei nicht übersehen, dass etwa in Sachsen die Braunkohle mit einem Anteil von etwa 40 % zwar wichtigster Primärenergieträger ist, dass aber der Verbrauch an Elektrizität in Sachsen um deutlich mehr als ein Drittel geringer ist, als in Sachsen selbst erzeugt wird. Generell wird die Braunkohle vor diesem Hintergrund in Mitteldeutschland und darüber hinaus als stabile Brücke hin zur langfristigen Energieversorgung auf Basis der erneuerbaren Energieträger gesehen.

Zurzeit wird an der Entwicklung einer neuen Kraftwerksgeneration gearbeitet. Eine Pilotanlage für Kraftwerke mit CCS-Technologie (Carbon Capture and Storage-Technologie) zur CO₂-Abscheidung ist 2008 am Standort Schwarze Pumpe in Betrieb gegangen. Mit den daraus zu erzielenden Erkenntnissen soll letztlich eine klimaschonende Kraftwerkstechnik für den kommerziellen Einsatz entwickelt werden, insbesondere für die Umrüstung der bestehenden Kraftwerke.¹⁴

Selbstverständlich sind für den Braunkohlenbergbau mittlerweile strenge Umweltstandards vorgeschrieben, die sowohl die Rahmenbedingungen für die Gewinnung und Aufbereitung der Braunkohle vorgeben als auch die Wieder-

Sachsen (Hg.), *Energiebericht Sachsen 2009/2010*, http://www.smwa.sachsen.de/set/431/SMWA_SO_Energiebericht_09_10_WEB_Endversion.pdf (1.2.2011), S. 9.

12 Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Freistaat Sachsen (Hg.), *Umweltbericht 2007*, <https://publikationen.sachsen.de/bdb/download.do?id=415242> (1.2.2011), S. 21.

13 Vgl. <http://www.co2-emissionen-vergleichen.de/Stromerzeugung/CO2-Vergleich-Stromerzeugung.html#CO2-Vergleich-Stromerzeugung> (1.2.2011).

14 Hier ist anzumerken, dass die CCS-Technologie wegen des damit verbundenen Energieeinsatzes, aber vermutlich auch wegen eines erwarteten Widerstands in der Bevölkerung gegen die Einlagerung von CO₂ in den Hintergrund zu rücken scheint. Der Kabinettsbeschluss vom 13. April 2011 für ein Gesetz zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid, das es den Bundesländern ermöglichen soll, diese Speicherung auf ihrem Gebiet zu verhindern, bestärkt diese Einschätzung.

nutzbarmachung der Bergbauflächen nach der Nutzung betreffen. Insofern orientiert sich der Bergbau, gerade auch der Tagebergbau, an den Prinzipien des »ressourcenschonenden und nachhaltigen Wirtschaftens«.¹⁵

3.2. Erneuerbare Energiequellen

Erneuerbare Energien leisten in Mitteldeutschland bereits einen beträchtlichen Beitrag zur Stromerzeugung. So wurden im Freistaat Sachsen im Jahr 2007 bereits 2 851 Gigawattstunden (GWh) Strom aus erneuerbaren Energien in das Netz der allgemeinen Versorgung eingespeist. Damit machte ihr Anteil am Stromverbrauch 2007 knapp 14 % aus – ein deutlicher Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen entfielen in Sachsen 2007 auf die Windenergie 7,6 %, auf Biomasse/Biogas 4,5 %, auf die Wasserkraft 1,6 % und auf die Photovoltaik 0,3 %.¹⁶

Anlagentechnisch stellt sich die Situation im Freistaat Sachsen im Jahr 2009 nach Angaben der Sächsischen Energieagentur (SAENA) wie folgt dar: Bei der Windenergie speisten 800 Anlagen 1 362 GWh Strom in das Netz der allgemeinen Versorgung ein. Die zweitgrößte Menge stellten 305 Biomasse-/gasanlagen mit einer Einspeisung von 906 GWh dar. 271 Wasserkraftanlagen erzeugten 300 GWh und 11 800 Anlagen der Photovoltaik 196 GWh Strom.¹⁷

Die erneuerbaren Energien tragen auch deutlich zur Wirtschaftsentwicklung bei. In diesem Industriezweig wurden 2008 nach Angaben der SAENA allein in Sachsen rund 2,7 Mrd. Euro erwirtschaftet und 9 000 Menschen beschäftigt. Eine Schlüsselposition nimmt dabei die Photovoltaikbranche ein. Sie ist mit der gesamten Wertschöpfungskette, von den Grundmaterialien über Wafer und Zellen bis hin zur Modulfertigung, in Sachsen vorzufinden. Allein in dieser Branche gab es im Jahr 2009 ca. 5 400 Arbeitsplätze, die einen Umsatz von ca. 2 Mrd. Euro erwirtschafteten.¹⁸ Dabei haben sich im Raum Mit-

15 Vgl. dazu beispielsweise den Webauftritt der MIBRAG: <http://www.mibrag.de/index.php?id=156&#>.

16 Energiebericht Sachsen 2009/2010 (Fn. 11), S. 21.

17 Vgl. die Informationen der Sächsischen Energieagentur (SAENA): http://www.sachsen-erneuerbar.de/Startseite/Erneuerbare_Energien_FS.html (1.2.2011).

18 SAENA (Hg.), *Erfassung der Beschäftigungs- und Umsatzentwicklungen durch die Nutzung Erneuerbarer Energien im Freistaat Sachsen für das Jahr 2008*, <http://www.sachsen-erneuerbar.de/tycon/file.php?id=5235> (1.2.2011), S. 11–13. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass das »Industrielle Netzwerk Erneuerbare Energien Sachsen« (eesa) zu anderen Zahlen kommt. Beispielsweise werden der Photovoltaik in Sachsen 2 700 Arbeits-

teldeutsland weltmarktführende Anlagen- und Maschinenbauer angesiedelt, die mit ihrem Know-how Automatisierungslösungen und Sondermaschinen entwickeln und die Photovoltaik-Industrie beliefern.

4. Generelle Bedeutung dieser Entwicklungen für Mitteldeutschland

Warum sind diese Facetten der nationalen und internationalen Energiepolitik und Umweltpolitik für Mitteldeutschland so wichtig? Welche Chancen und Risiken ergeben sich aus diesen Rahmenbedingungen insbesondere für den Erhalt und die Schaffung innovativer Arbeitsplätze im Raum Mitteldeutschland?

Man muss an dieser Stelle zunächst konstatieren, dass, wie schon eingangs angemerkt, viele Überlegungen und Entscheidungen, die für Mitteldeutschland Relevanz besitzen, außerhalb Mitteldeutschlands getroffen werden und damit aus der Region heraus, wenn überhaupt, nur indirekt beeinflusst werden können. Mit einer derartigen Situation sind ganz klar Risiken verbunden, weil man diesen Gegebenheiten in gewisser Hinsicht ausgeliefert ist. Andererseits bieten sie aber auch Chancen für eine Umstrukturierung der regionalen Wirtschaft, für eine Neuausrichtung der heimischen Wirtschaft in innovative Bereiche mit Zukunft, wenn man versucht, sich von diesen Abhängigkeiten – soweit es geht – zu befreien. Diese Chancen und Risiken sollen im Folgenden kurz erörtert und analysiert werden.

4.1. Kompetenzverlust in der Kernenergietechnik

Die auf die lange Frist orientierten Zielsetzungen der deutschen Energiepolitik: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimafreundlichkeit, beinhalten auch, vornehmlich aus Sicherheitserwägungen heraus, den Verzicht auf die Nutzung der Kernkraft. Die bisher vorgesehene Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden Kernkraftwerke um durchschnittlich zwölf Jahre wird aller Voraussicht nach nun durch den schon erwähnten »blitzartigen Atom-Ausstieg«¹⁹ abgelöst werden.

plätze und ein Umsatz von 1 Mrd. Euro zugewiesen. Vgl. <http://www.eesa-sachsen.de/erneuerbare-energien-in-sachsen-1/photovoltaik> (1.2.2011). Offenbar wird mit verschiedenen Abgrenzungen gearbeitet.

¹⁹ Vgl. FAZ vom 16. April 2011 (Fn. 6).

In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass Deutschland momentan noch in der Weltspitze der relevanten Technologieanbieter vertreten ist. Nach wie vor wird der Erhalt und die Erweiterung kerntechnischer Kompetenz für die Gewährleistung der Sicherheit von heutigen und zukünftigen Reaktorsystemen an den betroffenen Hochschulen für unverzichtbar eingestuft, beispielsweise an der TU Dresden. Auch wird allgemein argumentiert, dass es aufgrund des Sicherheitsstandards deutscher kerntechnischer Anlagen und der weltweit anerkannten Expertise in der Forschung für Reaktorsicherheit sowie für innovative Reaktorsysteme zwingend erforderlich ist, dass Deutschland auch zukünftig wesentlichen Einfluss auf die Formulierung von Zielen und Inhalten von internationalen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen behält.

In absehbarer Zeit wird Deutschland aber die Kompetenz zum Bau und zum Betrieb von Kernkraftwerken verlieren, zumindest wird sie Deutschland nicht mehr abgenommen werden. Eine ähnliche Entwicklung war bei der Magnetschwebbahn nach dem »Technologietransfer« nach China schon zu beobachten. Ob das aber so gut ist in Hinblick auf die Sicherheit der Kernkraftwerke, die um Deutschland herum in Betrieb sind bzw. künftig gebaut werden sollen, ist zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen.

Dieser Kompetenzverlust wird sich früher oder später in den an den Hochschulen Mitteldeutschlands angebotenen Studienrichtungen und Forschungsgebieten bemerkbar machen. Spätestens dann wird dieser Kompetenzverlust in der Kernenergie-technik aber Tatsache sein und auf längere Sicht auch unumkehrbar sein.

4.2. Was wird aus der Braunkohle?

Die längerfristige Verstromung der mitteldeutschen Braunkohle wird vor allem in Hinblick auf die damit verbundenen vergleichsweise hohen spezifischen Treibhausgasemissionen in Frage gestellt. Jedoch ist zu beachten, dass die globalen CO₂-Emissionen, zurzeit jedenfalls, kaum durch die Verstromungsaktivitäten in den mitteldeutschen Braunkohlekraftwerken beeinflusst werden. Die Braunkohle, die wir aufgrund unserer energie- und umweltpolitischen Anstrengungen in diesem Jahr nicht zur Stromerzeugung benötigen, wird über den europäischen Zertifikatehandel indirekt anderen Mitgliedsländern der EU zur Verfügung gestellt. Unsere Vermeidungsanstrengungen führen möglicherweise sogar zu einem Druck auf den Zertifikatepreis, der wiederum den Anreiz in den Nachbarländern für Investitionen in neue Technologien reduziert. Unabhängig davon werden die aufstrebenden Schwellenländer das Öl, das wir durch unsere verschiedenen Aktivitäten einsparen, gerne importieren und

für ihre eigenen wirtschaftlichen Zwecke verwenden. Insgesamt stehen wir in Deutschland mit unseren etwa 800 Mio. Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr dem Klimawandel sowieso hilflos gegenüber, wenn nicht beispielsweise die USA und große Schwellenländer wie China mit jeweils ca. 7 Mrd. Tonnen substantiell in die Reduktionsbemühungen eingebunden werden können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die pro-Kopf-Emissionen in China zwar stark wachsen, derzeit aber in Deutschland noch um den Faktor zwei höher sind als in China. Das diesbezügliche Entwicklungspotential in China und anderen Schwellenländern sollte man folglich nicht unterschätzen.²⁰

Zusammenfassend stellt sich die Frage, was mit der Braunkohleverstromung längerfristig geschehen soll. Einerseits garantiert sie Versorgungssicherheit weit über Mitteldeutschland hinaus, andererseits wird sie in Hinblick auf die Klimaschutzbemühungen als problematisch angesehen, wenngleich das de facto aufgrund der noch ausstehenden grenzüberschreitenden Klimaschutzvereinbarungen derzeit nicht so ist.²¹

4.3. Technologien für erneuerbare Energiequellen

Mitteldeutschland ist, wie oben dargelegt, substantiell in die Umstrukturierung der deutschen Energiewirtschaft in Richtung erneuerbare Energien eingebunden. Allerdings sind diese Erfolge zu einem nicht unwesentlichen Teil auf staatliche Eingriffe und Rahmenbedingungen zurückzuführen. Im Mittelpunkt steht dabei das »Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien« aus dem Jahr 2004. In seiner letzten Änderung vom 11.8.2010 regelt es in § 5, Abs. 1, zunächst den Anschluss von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen:

Netzbetreiber sind verpflichtet, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien und aus Grubengas unverzüglich vorrangig an der Stelle an ihr Netz anzuschließen (Verknüpfungspunkt), die im Hinblick auf die Spannungsebene geeignet ist, und die in der Luftlinie kürzeste Entfernung zum Standort der Anlage aufweist, wenn nicht ein anderes Netz einen technisch und wirtschaftlich günstigeren Verknüpfungspunkt aufweist ...

20 Natürlich gibt es auch in den USA sowie vor allem in China nicht unbedeutende Bemühungen, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Allerdings beschränken diese Aktivitäten zurzeit höchstens den Zuwachs an Emissionen in diesen Ländern.

21 Die internationalen Klimaschutzverhandlungen, die im November 2011 in Durban fortgesetzt werden sollen, haben gerade die Einbindung aller wesentlichen CO₂-Emittenten, insbesondere auch der großen Schwellenländer, zum Ziel.

In § 16, Abs. 1, wird schließlich der Vergütungsanspruch für die Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energiequellen grundsätzlich definiert:

Netzbetreiber müssen Anlagenbetreiberinnen und -betreibern Strom aus Anlagen, die ausschließlich Erneuerbare Energien oder Grubengas einsetzen, mindestens nach Maßgabe der §§ 18 bis 33 vergüten.

Die konkreten Vergütungen sinken jährlich um bestimmte Prozentsätze, beispielsweise um 9,0% für Strom aus Anlagen solarer Strahlungsenergie (vgl. § 20, Abs. 2), die ab dem 1. Januar 2010 in Betrieb genommen wurden. Gemäß § 32, Abs. 1, beträgt die Vergütung für Strom aus Anlagen solarer Strahlungsenergie allgemein zurzeit etwa 29 Cent je Kilowattstunde. Für Anlagen an oder auf einem Gebäude oder einer Lärmschutzwand können die Vergütungen auch höher sein (vgl. § 33, Abs. 1).

Vergleichbares gilt, wenngleich mit in der Regel weitaus geringeren Vergütungssätzen, auch für Strom aus anderen regenerativen Energieträgern. Entscheidend ist aber, dass diese Rahmenbedingungen nicht nur den Absatz von Strom aus erneuerbaren Energieträgern rasch erhöhen – die Zuwachsraten sind exorbitant –, sondern auch die Entwicklung und die Produktion von den hierzu benötigten Technologien schnell vorantreiben. Eben das geschieht zurzeit in Mitteldeutschland und schafft interessante Arbeitsplätze für viele Menschen.

Aus umweltökonomischer Sicht kann man diese Art einer Subvention im Grundsatz rechtfertigen: Externe Effekte würden sonst die zumindest zurzeit kostenintensivere Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern unmöglich machen, auch wenn ihr flächendeckender Einsatz aus volkswirtschaftlicher und umweltpolitischer Sicht vorteilhaft einzustufen wäre. Da im Prinzip jeder vom Einsatz dieser klimafreundlichen Technologie profitiert, unabhängig von einer etwaigen Beteiligung an den Kosten, würden derartige Technologien ohne diese Rahmenbedingungen kurzfristig kaum gewinnbringend produziert und eingesetzt werden können.

Allerdings ist die passende Festlegung der Einspeisevergütungen nicht ganz unproblematisch, da viele Unsicherheiten eine exakte Bestimmung nahezu unmöglich machen. Gelegentliche Anpassungen werden also vonnöten sein. Auch stellt sich die eher grundsätzlichere Frage nach der geeigneten Form einer Subventionierung der betreffenden Technologien: Sollte man nicht besser die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern allgemein unterstützen als jede einzelne Technologie separat? Letztlich muss auch die Frage beantwortet werden, ob der Nutzen für die Allgemeinheit eine Subventionierung derartiger Technologien überhaupt rechtfertigt. Diesen Fragen soll hier nicht weiter nachgegangen werden, sie weisen allerdings hin auf die prinzipiellen Unsicherheiten, die mit dieser Form der staatlichen Förderung innovativer Tech-

nologien unter dem Einfluss von externen Effekten einhergehen.²² Tatsächlich machen die gegenwärtigen Diskussionen um das Für und Wider und die Höhe der garantierten Einspeisevergütungen auf genau diese letztlich systemimmanente Schwachstelle aufmerksam.

Das vergleichsweise einfache Geschäftsmodell für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern, das durch die garantierten Abnahmepreise entsteht (die Nachfrageseite, also die Kundengewinnung und -bindung, die für die meisten Unternehmen die eigentliche unternehmerische Herausforderung darstellt, ist hier für einen langen Zeitraum klar berechenbar vorgegeben), hat in kürzester Zeit, nicht ganz überraschend, viele Interessenten gefunden, auch aus dem Ausland.

Aktuellen Pressemitteilungen zufolge wird die Solarindustrie in China, Taiwan und Korea durch die deutsche Ökostromförderung mitunterstützt. Schon jetzt wird jedes zweite Solarpanel, das in Deutschland zum Einsatz kommt, aus diesen Ländern importiert. Genauer stammt wohl mehr als die Hälfte des Zubaus von etwa 7 000 Megawatt Leistung aus Asien, mit steigender Tendenz. Bis Ende Oktober 2010 wurden Solarzellen im Wert von 4,6 Mrd. Euro aus China nach Deutschland eingeführt. In Frankreich hat der dort noch stärkere Importdruck aus Asien schon zu einem dreimonatigen Einfuhrstopp für Solarmodule aus China geführt. Gerechtfertigt wird diese Maßnahme mit dem Hinweis, dass man nicht die chinesische Volkswirtschaft subventionieren, sondern in Frankreich Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten wolle.

Insgesamt führen diese Außenhandelsaktivitäten, die zurzeit jedenfalls wesentlich durch die deutschen und europäischen Einspeisevergütungen mit befördert werden, zu weiteren Unsicherheiten für die Anbieter in Mitteldeutschland. Die Situation wird noch verschärft durch einen ebenfalls von Herstellern in Asien ausgehenden Kostendruck für kristalline Solarmodule.

Zusammenfassend ergeben sich aus diesen Entwicklungen Unsicherheiten für die mitteldeutsche Braunkohlenförderung aber auch für die regionalen Hersteller von Technologien zur Erzeugung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen. Gravierend ist die Abhängigkeit von staatlichen Förderprogrammen sowie der nationalen und internationalen Energie- und Umweltpolitik, die von Mitteldeutschland aus kaum beeinflusst werden können. Doch sind auch Chancen mit dieser Situation verbunden, wenn sie denn angemessen genutzt werden.

²² Hans Wiesmeth, *Umweltökonomie: Theorie und Praxis im Gleichgewicht*, Heidelberg 2002. Der Frage nach der ökonomischen Sinnhaftigkeit einer neuen Technologie wird dort im Abschnitt 9.3 nachgegangen.

5. Chancen für Mitteldeutschland

5.1. Innovative Nutzung der Braunkohle

Um sich auf die Stärken Mitteldeutschlands zu besinnen, ist ein kurzer Blick in die Geschichte, beispielsweise des Freistaats Sachsen angebracht. Nachdem im 12. Jahrhundert in der Nähe des heutigen Freiberg Silber entdeckt worden war, profitierte die gesamte Region davon bis in die Zeit August des Starken, noch lange nach der Blütezeit des Silberbergbaus.

Ohne ein »großes Bergeschrei« auszulösen, könnte auch heute dem Bergbau wieder eine größere Aufmerksamkeit zukommen, gerade auch dem Braunkohlenbergbau.²³ Immerhin gibt es in Mitteldeutschland, vornehmlich in Sachsen und in Sachsen-Anhalt, erhebliche Bemühungen, die Braunkohle aus den mitteldeutschen Revieren als wichtigen Rohstoff für die ebenfalls im Raum ansässige chemische Industrie zu entwickeln. Dazu soll ein Forschungszentrum »Kohle als Chemierohstoff« im traditionsreichen Chemiedreieck Mitteldeutschlands angesiedelt werden, so dass die gesamte Wertschöpfungskette vom Bergbau bis zur Veredelung der Braunkohle am Standort Mitteldeutschland vertreten sein könnte. Von einer derartigen Entwicklung könnten in der Tat viele Unternehmen – von der Chemieindustrie bis hin zum Anlagenbau – profitieren und Arbeitsplätze mit interessanten Tätigkeiten schaffen.²⁴

Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, ist es allerdings erforderlich, dass allmählich Ersatz geschaffen wird für die auf längere Frist noch unverzichtbare Braunkohleverstromung. Dafür könnte die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen den richtigen Ansatz darstellen.

5.2. Nutzung regenerativer Energieträger

Als eine wesentliche Stärke der sächsischen Industrie im Bereich der Photovoltaik wird die Abdeckung der gesamten Wertschöpfungskette, von den Grundmaterialien (Silizium) über Wafer und Zellen bis hin zur Modulfertigung gesehen. Weiterhin gehören sächsische Maschinen- und Anlagenbauer zu den führenden Herstellern von Automatisierungslösungen und Sondermaschi-

²³ Die derzeitigen Überlegungen, den Bergbau auch für andere wertvolle Rohstoffe wie Silber und Kupfer wieder aufleben zu lassen, sollen hier nicht weiter betrachtet werden, wenngleich sie in dieselbe Richtung weisen.

²⁴ Vgl. die Information zu den Innovationsforen: <http://www.hightech-strategie.de/de/2052.php> (1.2.2011).

nen für die Produzenten von Solartechnologien, wobei der Erschließung von Kostensenkungspotenzialen zunehmende Aufmerksamkeit zukommt.²⁵

Diese aktuelle Information von der SAENA ist entscheidend für die Weiterentwicklung der entsprechenden Technologien in Mitteldeutschland, unabhängig von einer kurz- oder langfristigen Fortsetzung der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen. Insbesondere muss es der diesbezüglichen Industrie im Raum Mitteldeutschland gelingen, den technologischen Abstand zur weltweiten Konkurrenz, insbesondere zu den Anbietern in schnell aufstrebenden Schwellenländern zu wahren. Der mittelfristige Abbau der staatlichen Förderprogramme, der auf den ersten Blick bedenkliche Konsequenzen für die Arbeitsplätze in der Region haben könnte, wäre dabei möglicherweise sogar hilfreich. Die Reduzierung der Subventionen trifft nämlich die ausländischen Anbieter gleichermaßen: Auch sie müssen sich dann sowohl in preislicher Hinsicht als auch in qualitativer Hinsicht dem Wettbewerb stellen. Dies könnte eine Chance für innovative Anbieter aus Mitteldeutschland sein.

Dies setzt allerdings voraus, dass den erneuerbaren Energieträgern von Seiten der nationalen und internationalen Politik auch weiterhin die nötige Aufmerksamkeit zukommt und dass insbesondere die technischen Voraussetzungen für deren flächendeckenden Einsatz geschaffen werden. Denn wenn wir unsere Energiewirtschaft umstrukturieren wollen, um technologisch »Erster« zu sein, also um einen »First-Mover-Advantage« zu haben, bis andere Länder nachziehen, oder um einfach unabhängiger zu werden vom Import von Öl oder Gas aus politisch wenig stabilen Ländern, um eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten, so müssen nicht nur Offshore-Windkraftanlagen gebaut werden, sondern auch die nötigen neuen Leitungen gelegt und Speicherreserven in Deutschland und in Europa aufgebaut werden. Abgesehen von den schon erwähnten nationalen Energieinteressen wird der Widerstand aus der Bevölkerung heraus diesbezüglich zunehmen, genauso wie der Widerstand gegen Lagerstätten für abgedichtetes CO₂ sich schon jetzt aufbaut – siehe Schleswig-Holstein.

Insofern wird die Energiewirtschaft Deutschlands, aber bis zu einem gewissen Grad auch die der aufstrebenden Schwellenländer, in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich davon abhängen, wo wir mit unseren energiepolitischen Ambitionen landen, vor allem wie weit wir auch andere Länder in der EU und unter den großen Schwellenländern von unseren Absichten überzeugen werden können.

All dies wird den Raum Mitteldeutschland besonders berühren – in positiver wie in negativer Hinsicht, je nach Verlauf der nationalen und globalen Entwicklungen.

²⁵ Vgl. SAENA (Hg.), Erfassung der Beschäftigungs- und Umsatzentwicklungen (Fn. 18).

Eva Sternfeld

Ein Wirtschaftswunder gebaut auf Kohle – Herausforderungen für Chinas Energiesektor und den Klimaschutz

Chinas wirtschaftlicher Aufschwung, der seit der Aufnahme des Landes in die Welthandelsorganisation im Jahr 2001 deutlich an Fahrt gewonnen hat, geht einher mit einem historisch beispiellosen Anstieg des Energieverbrauchs. In der vergangenen Dekade, in der China zur Fabrik der Welt und zu einem führenden Exportland aufstieg, stieg der Verbrauch von Primärenergie um mehr als 100%.¹ Hatte das Land zu Beginn des Millenniums nur halb so viel Energie verbraucht wie die USA, so hat es diese innerhalb von nicht einmal 10 Jahren als weltweit führender Energieverbraucher mittlerweile abgelöst. Dabei partizipieren noch längst nicht alle Einwohner des bevölkerungsreichsten Landes der Welt an diesem Wirtschaftswunder. Der Pro-Kopf-Energieverbrauch im Landesdurchschnitt beträgt gegenwärtig erst etwa ein Drittel des Durchschnitts der OECD-Länder. Angesichts des anhaltenden Trends zur Urbanisierung² und des damit verbundenen höheren Lebensstandards und Ressourcenbedarfs gehen Prognosen davon aus, dass eine Sättigung des chinesischen Energiehungerers mittelfristig nicht in Sicht ist.³ Der folgende Artikel beleuchtet die Herausforderungen, die die Energiefrage an das aufstrebende Schwellenland stellt, und untersucht die Strategien, die zur Gewährleistung von Energiesicherheit, Umwelt- und Klimaschutz verfolgt werden.

1 Zwischen 2000 und 2009 stieg Chinas Verbrauch an Primärenergie von 967 Millionen Tonnen auf 2 177 Milliarden Tonnen Öläquivalent. Quelle: *BP Statistical Review of World Energy 2010, Historical data, Primary Energy Consumption from 1965*, www.bp.com/statisticalreview (28.1.2011).

2 Der Anteil der städtischen Bevölkerung stieg von 19,4% (1980) auf 45,7% (2008). National Bureau of Statistics of China (Hg), *China Statistical Yearbook 2009*, Beijing 2009, S. 89.

3 So erwartet die International Energy Agency (IEA), dass Chinas Energiebedarf zwischen 2008 und 2035 um weitere 75% ansteigen wird und Chinas Anteil am globalen Energiebedarf auf 22% (von gegenwärtig 17%) steigen wird. Vgl. *World Energy Outlook 2010*, http://www.worldenergyoutlook.org/docs/weo2010/weo2010_es_german.pdf (28.1.2011), die deutsche Zusammenfassung findet sich auf S.6. Siehe auch *BP Energy Outlook 2030*, www.bp.com (28.1.2011).

Dominanz der Kohle

Spricht man weltweit vom nahenden Ende des »Ölzeitalters«, so hat die mittlerweile größte Exportnation der Welt, gemessen an ihrer wichtigsten Energiequelle, dieses Ende nie erreicht. China hat seinen rasanten ökonomischen Aufschwung bislang vor allem mit Kohle befeuert. Fast 70 % der Primärenergie und 80 % der Elektrizität werden aus Kohle gewonnen.⁴ Ohne einen massiven Ausbau der Kohleproduktion hätte die Energienachfrage des letzten Jahrzehnts nicht geschultert werden können. Fast die Hälfte der weltweiten Kohleproduktion wird inzwischen in China gefördert und auch dort verbraucht.⁵ Hauptursache für den massiven Anstieg des Energiebedarfs ist der Ausbau der überwiegend auf Kohlekraftwerken basierenden Elektrizitätsversorgung. Innerhalb von 30 Jahren stieg die installierte Leistung von Chinas Kraftwerken von 57 Gigawatt (GW) (1978) auf 793 GW (2008). Die Internationale Energie Agentur (IEA) erwartet, dass China bis 2030 über eine installierte Leistung von 1 935 GW, entsprechend den heutigen gesamten Elektrizitätsversorgungskapazitäten von USA und EU, verfügen wird.⁶

Tab. 1: Entwicklung des Kohleverbrauchs für ausgewählte Länder in Millionen Tonnen (short tons)

	1980	1990	2000	2009
Deutschland	535	534	270	249
USA	703	904	1 084	1 000
China	647	1 124	1 239	3 474

Quelle: US Energy Information Administration (EIA), *International Energy Statistics*, März 2010, www.eia.doe.gov (7.2.2011).

4 Vgl. z. B. National Bureau of Statistics of China (Hg.), *China Statistical Yearbook 2009* (Fn. 2), S. 243. Damit unterscheidet sich die chinesische Energiestruktur deutlich vom globalen Durchschnitt, für den der Anteil der Kohle mit etwa 30 % und der des Öls mit 34 % ermittelt wurde. Vgl. BP Statistical Review of World Energy 2010 (Fn. 1), S. 41.

5 2009 wurden nach Berechnungen der US Energy Information Agency (EIA) 44,2 % (3,36 Mrd. Tonnen) der weltweiten Kohleproduktion in China gefördert, der Anteil am weltweiten Verbrauch betrug 46,3 % (bzw. 3,4 Mrd. Tonnen), vgl. www.eia.doe.gov/fuelcoal.html (7.2.2011). China verbraucht damit etwa so viel Kohle wie Nord- und Südamerika, die EU, Russland und Afrika zusammen.

6 Craig Hart und Hengwei Liu, »Advancing Carbon Capture and Sequestration in China: A Global Learning Laboratory«, in *China Environment Series 11*, Washington 2010, S. 99.

Aufgrund des raschen Trends zur Urbanisierung und des wachsenden Energiebedarfs einer zunehmend wohlhabenderen städtischen Mittelschicht ist zumindest mittelfristig ein Abbau der Abhängigkeit von der Kohle nicht in Sicht. Kohle ist der einzige fossile Energieträger, von dem das Land über so große nachgewiesene Ressourcen verfügt, dass diese auch mit dem prognostizierten Anstieg der Energienachfrage in den kommenden Dekaden mithalten können.⁷ Die US Energy Information Agency (EIA) erwartet, dass sich Chinas Kohleproduktion in den kommenden 25 Jahren noch einmal verdoppeln wird.⁸

Für diese Abhängigkeit zahlt das Land bereits heute einen hohen Preis. Der gigantische Verbrauch von Kohle ist verbunden mit erheblichen Auswirkungen auf die Umweltqualität, die Volksgesundheit und die Verkehrssituation. Seit vielen Jahren führen chinesische Städte die Weltbank-Negativliste der Orte mit der weltweit schlechtesten Luftqualität an.⁹ Aufgrund der Luftverschmutzung werden in den betroffenen Orten signifikante Häufungen von Erkrankungen der Atemwege und auf diese Krankheiten zurückzuführende Todesfälle verzeichnet. Eine 2007 veröffentlichte Studie der Weltbank schätzt die durch Luftverschmutzung verursachten volkswirtschaftlichen Schäden auf bis zu 3,8 % des Bruttoinlandprodukts.¹⁰ Auch die direkten Umweltkosten, die durch den Kohleabbau entstehen, sind erheblich. Die chinesische Regierung schätzt die Kosten, die durch Umweltverschmutzung als Folge des Kohlebergbaus, Landschaftszerstörung und Bodenabsenkungen entstehen, auf jährlich 30 Milliarden RMB.¹¹

7 China verfügt mit Russland und den USA über die größten Kohlevorkommen der Welt. Etwa 13 % der heute bekannten Vorkommen weltweit befinden sich auf chinesischem Boden. Die nach dem derzeitigen Stand der Technik erschließbaren Vorkommen werden derzeit auf 1021 Gigatonnen (GT) geschätzt, sicher nachgewiesen sind davon bereits 189 GT, ausreichend für den Bedarf von weiteren 70 Jahren. Vgl. OECD und IEA (Hg.), *Cleaner Coal in China*, 2009, http://www.iea.org/Textbase/nppdf/free/2009/Coal_china2009_annexes.pdf (7.2.2011), S. 37.

8 Vgl. z.B. *International Energy outlook 2010 – coal*, www.eia.doe/oiaf/ieo/coal (7.2.2011).

9 Über die Hälfte der 341 chinesischen Städte, deren Umweltämter regelmäßige Werte für Luftqualität veröffentlichen, verzeichneten jährliche Feinstaub- (PM_{10})-Belastungen von durchschnittlich $100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und damit das Doppelte des in den USA vorgeschriebenen Grenzwertes. Bei 21 % der Städte (darunter auch die Hauptstadt Beijing) überschritt der jährliche Durchschnittswert für PM_{10} $150 \mu\text{g}/\text{m}^3$. 20 % der Städte verzeichneten Werte für SO_2 von $100 \mu\text{g}$ und mehr. Vgl. The World Bank, State Environmental Protection Administration (Hg.), *The Cost of Pollution in China*, 2007, http://siteresources.worldbank.org/INTEAPREGTOPENVIRONMENT/Resources/China_Cost_of_Pollution.pdf (7.2.2011), S. 4.

10 Ebd., S. xiii.

11 Landesweit sind etwa 45000 km^2 von Bodenabsenkungen betroffen. Abraum aus

Zugleich ächzt die Infrastruktur des Landes unter der Last der Kohletransporte. Gut die Hälfte der Frachtkapazitäten der chinesischen Eisenbahnen wird für Kohletransporte genutzt.¹² Auch das mittlerweile gut ausgebaute Straßensystem kann die Masse der LKWs, die die Kohle aus den Bergbauregionen im Norden und Nordwesten des Landes in die energiehungrigen Industriezentren an der Ostküste transportieren, nicht verkraften. Megastaus sind an der Tagesordnung.¹³ Werden die Transportlinien durch Unfälle oder Witterungskatastrophen länger unterbrochen, wie dies im Januar 2008 nach einem ungewöhnlichen Kälteeinbruch und Schneefällen in Südchina der Fall war, droht innerhalb weniger Tage der Black-out in Chinas wichtigsten Wirtschaftszentren.¹⁴ Chinas Bergwerke gehören zu den gefährlichsten der Welt. Jahr für Jahr kommen bis zu 7 000 Menschen bei Bergwerksunfällen ums Leben. Auch wenn in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen wurden, die Sicherheitsvorkehrungen und Rettungsmaßnahmen zu verbessern, und sich die Zahl der tödlichen Unfälle pro geförderter Gigatonne Kohle drastisch verringert hat, sorgt jedes Grubenunglück, über das die Medien berichten, für sozialen Sprengstoff.¹⁵ Nach offiziellen Schätzungen sind 600 000 ehemalige Bergarbeiter an Staublunge erkrankt, dabei dürften die wahren Zahlen deutlich höher liegen, da die Statistiken nur die Mitarbeiter von Zechen in Staatsbesitz, nicht jedoch der privaten und Kollektivbetriebe erfassen.¹⁶

Auswirkungen auf den Klimawandel

Der steile Zuwachs der Kohleproduktion führte zu einem sprunghaften Anstieg der CO₂-Emissionen und ist die wesentliche Ursache dafür, dass China 2007 zum weltweit größten Verursacher von Treibhausgasen avancierte und damit in den Fokus der internationalen Klimaverhandlungen rückte.

dem Kohlebergbau wird auf ca. 16 000 km² (einer Fläche etwa so groß wie Thüringen) gelagert. OECD und IEA (Hg.), *Cleaner Coal in China* (Fn. 7), S. 46.

12 Ebd., S. 48.

13 Im Spätsommer meldeten internationale Medien einen Rekord-Stau. Eine Woche lang stauten sich LKWs auf der Autobahn von der Inneren Mongolei nach Beijing auf einer Strecke von über 100 km. Vgl. z. B. Tom Hillenbrand, »Verkehrskollaps in China: Gefangen im Superstau«, in *Der Spiegel*, 24.8.2010, <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,713525,00.html> (4.2.2011).

14 Vgl. z. B. »Coal shortage, electricity rationing continue in China as cold weather lingers«, 11.1.2008, und »President Hu calls on coal mines, ports to safeguard supplies«, 31.1.2008, www.chinaview.cn (4.2.2011).

15 OECD und IEA (Hg.), *Cleaner Coal in China* (Fn. 7), S. 45.

16 Ebd., S. 45.

Tab.2: Anstieg der durch Kohleverbrauch verursachten CO₂-Emissionen (Mio. Tonnen CO₂)

	1980	1990	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
USA	1434	1799	2144	2083	2092	2130	2154	2162	2134
China	1173	1928	2273	2396	2689	3281	3922	4448	4946
Welt	6581	8409	8856	8992	9290	10091	10946	11511	12064

Quelle: EIA, *International Coal data*, www.eia.doe.gov/eia/coal (7.2.2011).

Mittlerweile trägt China etwa 20 % zu den weltweiten CO₂-Emissionen bei. Die IEA erwartet, dass der Anteil sich bis 2030 auf etwa 29 % erhöhen könnte.¹⁷ Damit wird die Entwicklung des chinesischen Energiesektors entscheiden, ob die Ziele der internationalen Klimapolitik noch erreicht werden können oder aber weit verfehlt werden.

Für den Fall eines Scheiterns klimapolitischer Interventionen sind die Prognosen des Weltklimarats dramatisch. China gehört zu den Staaten, die sich auf erhebliche ökologische, ökonomische und soziale Verwerfungen als Folge der globalen Klimaerwärmung einstellen müssen. Bei einem erwarteten durchschnittlichen Temperaturanstieg von bis zu 2 °C bis 2020 im Vergleich zu 1961–1990 wird bereits heute eine deutliche Häufung von extremen Witterungsereignissen, wie Dürren in Nordchina und Zunahme der Intensität von Taifunen, von denen insbesondere der Süden des Landes betroffen ist, verzeichnet.¹⁸ Große Sorgen bereiten insbesondere die prognostizierten Einbrüche in der landwirtschaftlichen Produktion, die erhebliche Auswirkungen auf die globale Nahrungsmittelsicherheit haben könnten. Die Szenarien für 2020 prognostizieren Ertragsrückgänge bei Reis bis zu 18 %, bei Weizen bis zu 22 % und Mais bis zu 30 %.¹⁹ Das tibetische Hochplateau, Quellgebiet der großen asiatischen Flüsse, ist direkt und massiv von der Klimaerwärmung betroffen. In den vergangenen 40 Jahren sind dort die Gletscher um 3 790 km² (entsprechend etwa 7 % der Gletscherfläche) abgeschmolzen. Klimaforscher erwarteten, dass sich dieser Trend dramatisch zuspitzt und bis zu 27 % der heute bekannten Gletscherfläche bis 2050 verschwunden sein wird. Die Gletscherschmelze

¹⁷ Hart und Liu, »Advancing Carbon Capture and Sequestration in China« (Fn. 6), S. 100.

¹⁸ Vgl. *Fourth Assessment Report of the International Panel on Climate Change 2007*, Contribution of Working Group II, Geneva 2007, S. 476.

¹⁹ Piao Shilong u. a., »The Impacts of Climate Change on water resources and agriculture in China«, in *Nature*, Vol. 467, September 2010, S. 43–51.

führt kurzfristig zu größerer Überschwemmungsgefahr, langfristig zu einem dramatischen Rückgang der Wasserführung der großen Flüsse, begleitet von Temperaturanstieg, größerer Trockenheit und Sandstürmen. Chinesische Wissenschaftler befürchten, dass das Abschmelzen der Gletscher zu einer völligen Neuordnung der Wassersysteme in großen Teilen Westchinas führen wird und zahlreiche Flussoasen aufgegeben werden müssen.²⁰ Millionen von Umweltflüchtlingen wären die Folge. Für Chinas Küsten erwartet der vierte Sachstandsbericht des Weltklimarats einen Anstieg des Meeresspiegels von 40–60 cm bis zum Jahr 2100, hiervon werden Chinas wichtigste Wirtschaftsregionen, das Perflussdelta sowie die Region um Shanghai, massiv betroffen sein.²¹

Die chinesische Energie- und Klimapolitik

Unter dem gegenwärtigen Kyoto-Protokoll unterliegt China als Schwellenland keinen quantifizierten Verpflichtungen zur Reduzierung von Treibhausgasen. Angesichts des rapiden Anstiegs des in China emittierten CO₂ steigt der internationale Druck, die Volksrepublik in einem Post-Kyoto-Szenario auf messbare Reduktionsverpflichtungen festzulegen. Dem haben sich chinesische Vertreter auf den UN-Klimaverhandlungen mit Hinweis auf die historische Verantwortung der Industrieländer und das Recht der nachholenden Entwicklung der heutigen Schwellenländer bislang widersetzt. In westlichen Ländern entstand der Eindruck, China torpediere damit jegliche internationalen Anstrengungen zum Klimaschutz.²² Auch wenn auf dem Parkett der UN-Klimaverhandlungen bislang wenig Bewegung in der chinesischen Position zu bemerken war, ist seit der Veröffentlichung des letzten Sachstandsberichts des IPCC, dem auch renommierte chinesische Klimaforscher zugearbeitet haben, eine aktivere Klimapolitik innerhalb der Volksrepublik zu registrieren. Seither ist eine Reihe von energiepolitischen Maßnahmen auf den Weg gebracht worden, die für die Gewährleistung der Energiesicherheit der rasant wachsenden Volkswirtschaft, aber auch für die Reduzierung der erheblichen Umweltbelastung durch Kohle und den Klimaschutz Relevanz besitzen. Dazu gehören konkret Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, Verringerung der Emissionen

20 Ebd., S. 48.

21 IPCC Fourth Assessment Report, Working Group II (Fn. 18), S. 481.

22 Vgl. z. B. Mark Lynas, »How do I know China wrecked the Copenhagen deal. I was in the room«, 2009, www.guardian.co.uk/.../copenhagen-climate-change-mark-lynas (18.2.2011).

aus Kohleverbrennung sowie umwelt- und klimaverträgliche Alternativen zur Kohle.

Bereits der 11. Fünfjahresplan (2006–2010) hatte erstmals das konkrete Ziel einer Verbesserung der Energieeffizienz um 20 % pro Einheit BIP und Zielvorgaben für die Entwicklung von erneuerbaren Energien gesetzt.²³ Ebenfalls 2006 trat ein Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien in Kraft. 2007 folgte ein nationaler Aktionsplan zum Klimaschutz. Im gleichen Jahr trat ein Plan für die mittel- und langfristige Entwicklung von erneuerbaren Energien in Kraft. Seit Ende 2009 wird das Energieeffizienzziel auch in seiner Relevanz für den Klimaschutz bewertet. Im Vorfeld der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen gab China bekannt, die CO₂-Intensität pro Einheit BIP von 2005 bis 2020 um 40 bis 45 % zu reduzieren. Der im März 2011 verabschiedete 12. Fünfjahresplan (2011–2015) bestätigte die eingeschlagene Strategie. In den kommenden fünf Jahren soll die Energieeffizienz um weitere 16 % pro Einheit BIP verbessert werden. Erstmals setzt ein Fünfjahresplan auch ein konkretes Ziel für den Ausstoß von Treibhausgasen, die CO₂-Intensität pro Einheit BIP soll während der Laufzeit des 12. Fünfjahresplans um 17 % reduziert werden. Schließlich wird eine Erhöhung des Anteils der nicht-fossilen Energien am Primärenergiemix von derzeit 8,3 % auf 11,4 % angestrebt.²⁴

Förderung der Erneuerbaren Energien

Zugleich setzt China auf die Entwicklung von Erneuerbaren Energien und Kernkraft. Bis 2020 möchte China den Anteil von nicht-fossilen Energieträgern an der Primärenergie von derzeit 9,9 % auf 15 % erhöhen. Dass China entschlossen ist, die gesetzten Ziele umzusetzen, lässt sich an dem Umfang der Investitionen, die in diesen Sektor fließen sollen, ablesen. Die Volksrepublik hat das weltweit größte Investitionsprogramm für die Förderung von alternativen Energien und Kernkraft angekündigt. In den kommenden 10 Jahren wird

23 Anfang Januar 2011 gab die nationale Reform- und Entwicklungskommission (NRDC) bekannt, dass das gesetzte Energieeffizienzziel »im wesentlichen erreicht sei«. Genaue Zahlen wurden allerdings nicht gemeldet. »China meets 5-year target to cut energy intensity: report.«, <http://www.reuters.com/article/2011/01/06/us-china-energy-intensity-idUSTRE7051OE20110106> (18.2.2011).

24 Vgl. Barbara Finamore, »The Next Five Years of Clean Energy and Climate Protection in China«, http://switchboard.nrdc.org/blogs/bfinamore/the_next_five_years.html (23.3.2011).

sie bis zu 600 Mrd. US \$ in diesen Sektor investieren.²⁵ Dass dies keine reinen Absichtserklärungen sind, zeigen die Daten aus dem Jahr 2009. In diesem Jahr wurden in China 34,6 Mrd. US \$ für die Förderung von »sauberen Energiequellen« ausgegeben, etwa doppelt so viel, wie in den USA für diesen Bereich im gleichen Zeitraum investiert wurde.²⁶

Die politische und finanzielle Förderung trägt schon jetzt erkennbare Früchte. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre hat China in den Energiesparten Wasser, Wind und Solar nicht nur in Bezug auf die installierten Kapazitäten, sondern auch, was das Niveau der technologischen Entwicklung betrifft, auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien zu den führenden Nationen aufgeschlossen. Bereits seit vielen Jahren ist das Land führend in der Nutzung von Wasserkraft. 2009 betrug die installierte Leistung der chinesischen Wasserkraftwerke 196 GW. In China befindet sich das größte Wasserkraftwerk der Welt, der Drei-Schluchten-Staudamm mit einer Leistung von 22 GW, zugleich ist China auch das Land mit der größten Anzahl von kleinen Wasserkraftwerken mit Leistungen von bis zu 50 MW. 70 % aller kleinen Wasserkraftwerke weltweit, das sind rund 44000 Einheiten, befinden sich auf chinesischem Boden. Sie generieren etwa 51 Mio. kWh im Jahr und leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Elektrifizierung von abgelegenen ländlichen Regionen.²⁷ Mittlerweile sind chinesische Staudämme auch ein Exportschlager. In zahlreichen Ländern der dritten Welt sind chinesische Ingenieurfirmen in Staudammprojekten tätig.

Die Förderung der Windenergie ist eine weitere Erfolgsgeschichte. 2005 lag die installierte Leistung der chinesischen Windparks noch bei etwa 2,4 GW. Der langfristige Plan für die Förderung von Erneuerbaren Energien hatte für das Jahr 2030 eine Kapazität von 30 GW vorgesehen. Tatsächlich verlief die Entwicklung des Windsektors deutlich schneller. Daran hatten auch Projekte, die im Rahmen des Cleaner Development Mechanism (CDM), einem Instrument des Kyoto-Protokolls, gefördert wurden, einen erheblichen Anteil. Bei einer jährlichen Verdopplung der installierten Kapazitäten standen Ende 2010 bereits Windparks mit 42,3 GW Leistung auf chinesischem Boden. Damit hat China inzwischen bei der installierten Leistung von Windkraftanlagen die USA und Deutschland überholt.²⁸ Angesichts des Windkraftbooms halten

25 Barbara Finamore, »China Records its Climate Actions by Copenhagen Deadline«, 2010, <http://switchboard.nrdc.org/blogs/bfinamore/china-renews> (17.2.2011).

26 Vgl. Jake Schmidt, »China leading the Clean Energy Race – Check out the Facts«, 2010, <http://switchboard.nrdc.org/blogs/jschmidt/> (17.2.2011).

27 China Statistical Yearbook 2009 (Fn. 2), S. 453.

28 »Wind for the East«, http://www.economist.com/blogs/dailychart/2011/02/daily_chart_alternative_energy (22.2.2011).

chinesische Planer nun einen Ausbau der Windkraft auf 150 GW und mehr für nicht mehr ausgeschlossen.²⁹

Auch bei Windkrafttechnologie holen chinesische Hersteller auf. Wurden vor wenigen Jahren in China noch überwiegend Anlagen internationaler Hersteller installiert, so ist deren Anteil inzwischen auf 11 % gesunken. Die drei großen chinesischen Hersteller Sinovel, Goldwind und Dongfang liefern inzwischen fast 60 % der Windkraftanlagen in China und haben damit zu den großen internationalen Windkraftfirmen aufgeschlossen.³⁰ Derzeit gelten die chinesischen Hersteller noch als »Technologiefolger«, die überwiegend lizenzierte ältere Technologien westlicher Windkraftunternehmen herstellen.³¹ Dies könnte sich allerdings angesichts der rasanten Entwicklung in China schon sehr bald ändern.

Deutlich bescheidener präsentiert sich zur Zeit noch der Solarsektor. Und dies, obwohl der Norden und Nordwesten des Landes mit über 3000 Sonnenstunden pro Jahr hervorragende Bedingungen für die Erschließung von Solarenergie besitzen. 2010 erreichte die neu installierte Leistung in China gerade 370 MW, in Deutschland lag sie bei über 800 MW.³² China hat Solarenergie bislang vorrangig als dezentrale Energieversorgung für abgelegene ländliche Regionen (z. B. in Tibet, Xinjiang und der Inneren Mongolei) gefördert, die noch nicht an die Netze der großen Stromversorger angeschlossen sind. Zugleich ist das Land weltweit führend beim Einsatz von solarthermischen Warmwassergeräten. Zur Zeit nutzen bereits 10 % aller chinesischen Haushalte Solarthermie zur Wassererhitzung.³³ Trotz des bisherigen Nischendaseins im einheimischen Energiesektor spielen die Hersteller von Photovoltaik international eine bedeutende Rolle. Etwa 15 % der PV-Paneele weltweit werden in China hergestellt. Die sieben großen chinesischen Hersteller werden nach Einschätzung von Experten in diesem Jahr eine Produktionskapazität von über 6 GW erreichen.³⁴ Auch technologisch haben die chinesischen Hersteller mittlerweile aufgeholt, dies betrifft insbesondere die Solarzellenproduktion und die

29 Natural Resources Defense Council (NRDC), *Identifying Near-term Opportunities For Carbon Capture and Sequestration (CCS) in China*, 2010, S. 22.

30 »Wind in China's sails for clean energy race«, scmp.com (1.10.2010).

31 So hat Goldwind z. B. Lizenzen der deutschen Firma Re Power übernommen.

32 Heiko Schwarzbürger, »Tiger ohne Hinterland«, in *Erneuerbare Energien*, Januar 2011, <http://www.erneuerbareenergien.de/tiger-ohne-hinterland/150/479/29999/> (2.2.2011), S. 80. Die deutschen Zahlen lagen in den Jahren 2008 und 2009 bei fast 1,5 GW, waren 2010 wegen zurückgehender Fördermittel rückläufig.

33 Kevin Martin, »Solarenergie in China: Entwicklungsstand, staatliche Förderung, wirtschaftliches Potenzial«, in *China Analysis* 72, 2009, S. 12.

34 Schwarzbürger, »Tiger ohne Hinterland« (Fn. 32), S. 76.

Produktion von polykristallinem Silizium. Derzeit stammt bereits die Hälfte aller in Deutschland installierten Solarmodule aus chinesischer Produktion. Daher wirkt sich der derzeitige Einbruch in der deutschen Solarbranche auch massiv auf die chinesischen Hersteller aus. Zugleich könnte aber auch die Absatzflaute im Export die Entwicklung der netzgekoppelten Photovoltaik im eigenen Land fördern. Für 2011 wurde eine Verdopplung der neu installierten Leistung auf 778 MW erwartet, 2012 könnte dann bei der neuinstallierten Leistung erstmals die 1 GW-Marke übertroffen werden.³⁵

Außerdem besitzen Chinas große Wüsten ein großes Potenzial für solarthermische Kraftwerke. Im Vergleich zu dem europäischen DESERTEC-Vorhaben, das den Bau solcher Anlagen in nordafrikanischen Wüstenregionen projektiert, dürfte die chinesische Variante weniger bürokratische und politische Hürden zu überwinden haben. In der Inneren Mongolei und in der Provinz Qinghai sind solche Großanlagen geplant. Die Anlage in Qinghai soll nach Angaben der Betreiber langfristig auf bis zu ein GW ausgebaut werden.³⁶

Kernkraft

Als eines der wenigen Länder der Welt setzt China noch auf einen erheblichen Ausbau der Kernenergie. Sie wird in einem Atemzug mit den Erneuerbaren als »saubere Energien« genannt und gefördert. Das Land ist erst relativ spät zum Nutzer von Atomkraft geworden, die ersten AKWs gingen Mitte der 90er Jahre ans Netz. Ein nennenswerter Ausbau findet jedoch erst seit der letzten Dekade – einhergehend mit dem ökonomischen Aufschwung – statt. Atomkraft soll vor allem den Energiehunger der Wirtschaftsboomregionen an der Ostküste stillen. Auch wenn der Anteil der AKWs an der Gesamtenergiebilanz vergleichsweise bescheiden ist, erzeugen die Küstenprovinzen Guangdong und Zhejiang bereits bis zu 10 % ihrer Elektrizitätsversorgung aus Atomstrom. Derzeit ist China mit 13 in Betrieb befindlichen Reaktoren und einer installierten Leistung von 10 GW ein Zwerg im Vergleich zu den führenden AKW-Ländern Frankreich und USA. Dies wird sich jedoch in wenigen Jahren ändern. Für die Kernenergie wird bis 2020 eine Erhöhung des Anteils am Energiemix von derzeit 2,5 % auf 5 % angestrebt. Obwohl dies im Vergleich zu westlichen Staaten ein relativ bescheidener Anteil am Energiemix ist, bedeutet es angesichts der

35 Ebd. S. 80.

36 »Giant Solar Power Project planned in Qinghai«, http://www.china.tu-berlin.de/fileadmin/fg57/Lehre/1011/Sternfeld/Energie/Giant_solar_power_project_planned_in_Qinghai.pdf (7.2.2011).

Größe des chinesischen Energiesektors ein massives Programm zum Bau von weiteren AKWs. Anfang 2011 befanden sich bereits weitere 25 Reaktoreinheiten in Bau. Zumindes bis Fukushima waren die weiteren Ausbaupläne äußerst ambitioniert. Im März 2011 verabschiedete der Volkskongress für den 12. Fünfjahresplan zunächst offensichtlich unbeeindruckt von der Reaktorkatastrophe in Japan einen Ausbau der Nuklearkapazitäten bis auf 43 GW entsprechend einer Vervierfachung der derzeitigen Kapazitäten innerhalb von fünf Jahren. Langfristig wird bis 2020 ein Ausbau der installierten Leistung auf 80 GW angestrebt, bis 2030 sollen 200 GW erreicht sein.³⁷ Spätestens dann wäre China die größte Atomnation der Welt.

Tab. 3: Atomkraftwerke in Betrieb (Stand 2.3.2011)

AKW Block	Provinz	Leistung (MW)	Typ	Betreiber	Inbetriebnahme
Daya Bay 1 & 2	Guangdong	944 MW	PWR, Frankreich	CGNPC	1994
Qinshan Phase 1	Zhejiang	279 MW	PWR, China	CNNC	1994
Qinshan Phase II, 1 & 2	Zhejiang	610 MW	PWR, China	CNNC	2002, 2004
Qinshan Phase III, 1 & 2	Zhejiang	665 MW	PHWR, Kanada	CNNC	2002, 2003
Lingao 1 & 2	Guangdong	935 MW	PWR, Frankreich	CGNPC	2002, 2003
Tianwan 1 & 2	Jiangsu	1 000 MW	PWR (VVER), Russland	CNNC	2007
Lingao Phase II, 1	Guangdong	1 037 MW	PWR, Frankreich	CGNPC	2010
Gesamt		10 234 MW			

CGNPC = China Guangdong Nuclear Power, CNNC = China National Nuclear Corporation, PWR= Pressurized Water Reactor (Druckwasserreaktor), PHWR = Pressurized Heavy Water Reactor (Schwerwasserreaktor).

Quelle: World Nuclear Association, 2011, www.world-nuclear.org/info/inf63.html (7.2.2011).

³⁷ Vgl. www.world-nuclear.org/info/inf63.html (7.2.2011).

Momentan befinden sich die Standorte sämtlicher AKWs, die bereits in Betrieb oder in Bau sind, in den dicht bevölkerten Küstenprovinzen im Osten des Landes. Aber auch einige Binnenprovinzen haben bereits Atomprojekte angekündigt. Die Folgen von Fukushima auf Chinas weitere Atompläne sind derzeit noch nicht abzusehen. Erstmals gibt es unter dem Eindruck der Katastrophe in Japan so etwas wie eine öffentliche Debatte um Sicherheitsaspekte der Atomenergie. Nur zwei Tage nach der offiziellen Verabschiedung des Atomprogramms für den 12. Fünfjahresplan verkündete Ministerpräsident Wen Jiabao am 16. März, dass bis zum Inkrafttreten neuer Sicherheitsstandards und der Überprüfung der bestehenden Anlagen keine neuen Projekte mehr genehmigt werden. Wie lange das Moratorium dauern wird, ist unklar. Es liegt allerdings nahe, dass es eher auf die kurzfristige Beruhigung der Öffentlichkeit als auf eine langfristige Wende in der Energiepolitik abzielt.³⁸ Schon beeilen sich chinesische Energiepolitiker zu beruhigen, dass eine ähnliche Katastrophe wie in Fukushima in China kaum denkbar und die Nutzung der Atomkraft im Vergleich zur Kohle wesentlich sicherer sei.³⁹

Tatsächlich erfolgte Chinas Einstieg in die Atomenergie vergleichsweise spät, daher verfügen sämtliche Atomkraftwerke über Technologien der sogenannten zweiten Generation, die nach Tschernobyl entwickelt wurden. Die chinesische Nuklearindustrie stützt sich derzeit hauptsächlich auf Druckwasserreaktoren und Schwerwasserreaktoren kanadischer, französischer und russischer Hersteller sowie auf Druckwasserreaktoren, die in China entwickelt wurden. Weiterhin befinden sich zwei AKWs in Bau, die mit Reaktoren vom Typ AP 1000 von Westinghouse/Toshiba ausgestattet werden. China wird damit das erste Land sein, das diese Reaktoren der sogenannten dritten Generation im kommerziellen Betrieb erprobt. Dafür gestattet Westinghouse China, Reaktoren vom Typ AP 1000 in Lizenz zu fertigen. Schließlich arbeitet China gemeinsam mit Russland an der Entwicklung von sogenannten »Schnellen Brüttern«. 2012 soll der Bau eines 800-MW-Reaktors bei Sanming

38 Vgl. Antony Froggatt, *What next for Chinese nuclear?*, www.chinadialogue.net/article/show/single/en/4168-What-next... (21.3.2011); Jutta Lietsch, »China verfügt Moratorium für neue AKWs«, in *taz*, 24.3.2011.

39 Vgl. »Nuclear safer than coal, Chinese atomic official says.«, Reuters, 25.3.2011, www.reuters.com/assets/print?aid=USL3E7EP01B20110325 (29.3.2011). Tatsächlich ist die chinesische Atomindustrie den offiziellen Sicherheitsbeweis bisher der Öffentlichkeit schuldig geblieben. China hat zwar die Konvention zur Atomsicherheit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) ebenso wie eine Konvention zur sicheren Behandlung von verbrauchten Brennstäben und radioaktiven Abfällen unterzeichnet, hat aber bisher keine nationalen Berichte veröffentlicht. Vgl. hierzu Froggatt, *What next* (Fn. 38).

in Fujian beginnen, der mit der russischen BN-800-Technologie ausgestattet ist.⁴⁰

Die Verfügbarkeit von Uran könnte einem allzu extensiven Ausbau langfristig Grenzen setzen. Chinas eigene nachgewiesene Uranvorkommen liegen derzeit bei 100 000 Tonnen, dies würde langfristig nicht ausreichen, um die Nachfrage des rasch wachsenden Sektors zu stillen. Auch wenn sich das Land durch eine vorausschauende Rohstoffstrategie bereits den Zugang zu Uran in verschiedenen Regionen der Welt gesichert hat, könnten die Abhängigkeit von den internationalen Rohstoffmärkten und deren Preisdynamik einer allzu rasanten Entwicklung des chinesischen Atomsektors entgegenstehen.

Mit längerer Betriebszeit werden auch die Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung und Endlagerung von verbrauchten Brennelementen zu einem drängenden Problem.⁴¹ Im Westen des Landes in der Provinz Gansu ist in Zusammenarbeit mit dem französischen Atomkonzern Areva der Bau einer Wiederaufbereitungsanlage und einer Anlage zur Herstellung von Mischoxid-Brennelementen geplant.⁴² Anfang 2011 meldete China zudem den Durchbruch bei der Entwicklung eines eigenen Wiederaufbereitungsverfahrens, das angeblich die Probleme der Uranversorgung vorerst lösen soll. Die Meldung ist jedoch bisher von der internationalen Fachwelt nicht bestätigt worden.⁴³

Wie andere Atomstaaten verfügt auch China bislang über keine Einrichtung zur Endlagerung von Atommüll. Bereits seit den 90er Jahren werden drei mögliche Standorte im unbewohnten Ödland des Beishan-Gebirges am Rande der Wüste in der Provinz Gansu erkundet. Als nächster Schritt soll dort in einem Granitstollen ein unterirdisches Labor eingerichtet werden. Die Endlagerung kann dort frühestens ab 2050 erfolgen.⁴⁴

Auch ohne die Zäsur, die die Katastrophe in Fukushima zweifellos in der Atomenergieentwicklung in China setzen wird, sind einer landesweiten Ver-

40 Vgl. auch Eva Sternfeld, »China setzt auf Kernenergie«, in EU-China Civil Society Forum, Hintergrundinformationen 16, <http://www.eu-china.net/web/cms/upload/pdf/materialien/eu-china-hintergrundinformation16-10.pdf> (7.2.2011).

41 Nach Schätzungen von Xu Mi, einem Cheffingenieur der China National Nuclear Corporation, werden in den kommenden acht Jahren bis zu 2400 Tonnen verbrauchte Brennstäbe anfallen. Vgl. »Nuclear threat from mountain of spent fuel«, in *South China Morning Post*, 1.4.2011, scmp.com (2.4.2011).

42 Eva Sternfeld, »China setzt auf Kernenergie« (Fn. 40), S. 4.

43 Vgl. z. B. »Erneuerbar«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.1.2011, S. 10.

44 Vgl. Wang Ju, Lin Sen und Li Cheng, »Deep Geological Disposal of High-Level Radioactive Waste in China: A Three Step Strategy and Latest Progress«, in Paul A. Witherspoon und Gudmundur S. Bodvarsson, *Geological Challenges in Radioactive Waste Isolation*, 4th World Wide Review, Earth Science Division, Berkeley 2006.

breitung finanzielle und technologische Grenzen gesetzt. Schon vor Fukushima war der Behörde für Atomsicherheit beim chinesischen Umweltministerium das angestrebte Tempo der Entwicklung unheimlich. So äußerte sich Zhou Shirong, der stellvertretende Leiter der Behörde, in einem Interview besorgt darüber, dass für die rasch wachsende Zahl der AKWs nicht genügend oder ausreichend ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen könnte.⁴⁵ Die bislang hauptsächlich eingesetzten Druckwasserreaktoren sind keine Option für die wasserarmen Regionen des Landes. Andere Regionen – darunter das Einzugsgebiet von Beijing – werden aufgrund der Erdbebengefährdung auch langfristig auf Atomkraft verzichten, schließlich dürften die begrenzten Vorkommen an Uran und die bisher noch nicht gelöste Frage der Endlagerung eine allzu rasche Entwicklung bremsen.

Kernfusion

Gemeinsam mit der EU, Indien, Japan, Korea, Russland und den USA ist China an dem Forschungsprojekt International Thermonuclear Experimental Reactor (ITER) beteiligt. China zahlt etwa 10% des Projekts zur Erforschung der Kernfusion, von dem sich die internationale Gemeinschaft den Durchbruch bei der Suche nach einer effizienten, sichereren Energieversorgung erhofft. Aus China sind Wissenschaftler des Instituts für Plasmaphysik der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und des Süd-West-Instituts für Physik sowie das Zentrum für Nuklear Fusion Theorie und Simulation der Zhejiang Universität beteiligt.

2006 meldete das Institut für Plasmaphysik einen entscheidenden Fortschritt beim Kontrollieren von Hoch-Temperatur-Reaktionen einer experimentellen Tokamak-Fusions-Vorrichtung.⁴⁶ Bis Kernfusion zur tatsächlichen Alternative für die Energieversorgung werden kann, werden allerdings noch einige Jahrzehnte vergehen. Der Bau eines Forschungsreaktors in Südfrankreich hat gerade erst begonnen.⁴⁷ Mit einer möglichen kommerziellen Nutzung wird derzeit nicht vor 2050 gerechnet.

45 Meng Dengke und Cao Haidong, »Demystifying nuclear power«, 24.8.2010, www.chinadialogue.net/article/show/single/en/3785-Demystifying-nuclear-power.html (7.3.2011).

46 »Fusion test a success, say scientist«, in *South China Morning Post*, 29.9.2006.

47 www.iter.org (7.3.2011).

Energieeffizienz und Förderung von »Sauberem« Kohle- technologien

Trotz der massiven Investitionen in sogenannte »saubere Energien« erwarten chinesische Energieplaner, dass deren Anteil bis 2020 nicht mehr als 15 % am Energiemix betragen wird. Die Suche nach Strategien zur Verbesserung der Energieeffizienz und der sogenannten »sauberem« Kohletechnologie bekommt damit eine hohe Relevanz. Trotz des – in einem erheblichen Kraftakt – erreichten Energieeffizienzziels des 11. Fünfjahresplans bewegt sich China im internationalen Vergleich bei der Energieeffizienz im Verhältnis zum BIP noch im unteren Mittelfeld. Damit schneidet es zwar besser ab als zum Beispiel Russland, jedoch deutlich schlechter als westliche Industrieländer, aber auch andere Schwellenländer (z. B. Indien).⁴⁸ Große Einsparpotentiale sind dabei nicht nur bei der industriellen Produktion und der Elektrizitätsversorgung vorhanden, sondern auch im Bausektor. So wird derzeit in Nordchina im Winter etwa zwei- bis dreimal mehr Heizenergie pro qm aufgewendet als in den klimatisch vergleichbaren Regionen Nordeuropas und Nordamerikas. Ursache sind nicht nur die schlecht isolierten Gebäude, sondern auch die Heizsysteme, die den Verbrauchern kaum Möglichkeiten zur individuellen Regulierung geben. Auch fehlen ökonomische Anreize, die Heizkosten durch individuelles Verhalten zu reduzieren. Ähnliches trifft für die Kühlung von Gebäuden durch Klimaanlage während der heißen Sommermonate zu.

Erhebliche Investitionen fließen derzeit bereits in die Modernisierung von Kohlekraftwerken. Zahlreiche kleinere veraltete Anlagen sind in den letzten Jahren stillgelegt und durch Großkraftwerke modernster Technologie ersetzt worden. So ist China inzwischen führend bei Anlagen mit zirkulierender Wirbelschichtverbrennung und sogenannten überkritischen und ultra-überkritischen Kraftwerken mit deutlich besseren Wirkungsgraden als herkömmliche Kohlekraftwerke und bis zu 20 % geringeren Emissionen.⁴⁹ Noch ist der Nachholbedarf groß, 2006 waren erst 30 % aller Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungsanlagen versehen, langfristig sollen 90 % der bestehenden Kraftwerke damit ausgestattet werden.

48 Vgl. z. B. <http://yearbook.enerdata.net/energy-intensity-GDP-by-region.html> (1.3.2011).

49 2007 waren in China bereits 2671 Anlagen mit zirkulierender Wirbelschichtverbrennung in Betrieb. 17,8 % der aus Kohle erzeugten Elektrizität wurden von sogenannten überkritischen Kraftwerken geliefert. (Vgl. NRDC Identifying Near-term Opportunities [Fn.29], S.12). Aktuellere Zahlen liegen leider nicht vor, der Anteil dürfte sich jedoch noch deutlich erhöht haben.

Bei Tianjin ist ein erstes Pilotprojekt zur Erprobung der IGCC-Technologie⁵⁰ in Betrieb gegangen. Beim Betrieb des Kombikraftwerks mit integrierter Kohlevergasung werden pro Tag etwa 3 000 Tonnen CO₂ abgeschieden, die anschließend in der Getränkeindustrie genutzt werden.

Tab. 4: Technologie zur Elektrizitätserzeugung aus fossilen Energieträgern in China (GW)

	2005	2006	2007	2020	2030
Leistung	515	624	713	1 500	2 000–2 300
Kohle	368	454	524	1 040	1 200
– Unterkritisch	355	419	524	700	440
– Überkritisch	13	32	50	200–220	440
– Ultra-überkritisch	0	3	10	80–90	270–280
– IGCC	0	0	0	80–90	170
Gas und Öl	22	30	40	60	200
Gesamte Wärmekapazität	390	484	564	1 100	1 400
Entschwefelungs-Anlage	53	162	270	700–800	1 000–1 100

Quelle: OECD und IEA (Hg.), Cleaner Coal in China (Fn. 7), S. 101.

Zugleich werden Möglichkeiten gesucht, die umwelt- und klimaschädlichen Emissionen aus der Kohleverbrennung zu reduzieren. China evaluiert Möglichkeiten der CCS-Technologie⁵¹, d.h. von CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung. Erkundungen für Möglichkeiten der unterirdischen CO₂-Speicherung werden unter anderem in den erschöpften Öl- und Gasfeldern von Daqing und Jilin durchgeführt.⁵² Noch steht der Einsatz dieser Technologien ganz am Anfang. Die hohen Kosten, die bei der Abscheidung, Komprimierung, beim Transport und bei der Verpressung von CO₂ entstehen, stehen derzeit einer raschen Verbreitung entgegen. Beim gegenwärtigen Stand der Technik würde CCS die Stromproduktion um bis zu 75 % verteuern. Auch würde die CCS-Technologie zwar die klimaschädliche Wirkung von Kohle reduzieren, jedoch nicht die übrigen eingangs erwähnten Umwelt- und Infrastrukturprobleme lösen.

50 Integrated Gasification Combined Cycle.

51 Carbon Capture and Sequestration.

52 Zu den Möglichkeiten der CCS-Technologie siehe z. B. das white paper des Natural Resources Defense Council (NRDC), Identifying Near-term Opportunities (Fn. 29).

Schlussbemerkung

So ergibt sich in der Gesamtschau ein zwiespältiges Bild. Zumindest mittelfristig wird Kohle den chinesischen Energiesektor dominieren. Der chinesische Energiehunger wird maßgeblich dafür verantwortlich sein, dass in den kommenden Dekaden weltweit der Bedarf an Energie und der Ausstoß an Treibhausgasen noch weiter ansteigen wird. Zugleich besitzt China die Motivation und das Potential, zur Avantgarde bei der Entwicklung von alternativen Energieressourcen und neuen Technologien zu werden.

Berichte & Notizen

Bericht über das interdisziplinäre Symposium »Skin Meets Gut«, Leipzig, 29.–30. Januar 2010

Unter der Schirmherrschaft der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und unter der wissenschaftlichen Leitung von Jan C. Simon¹ und Joachim Mössner²

Die Entstehung von Entzündungen in Haut und Darm stand im Mittelpunkt eines zweitägigen Symposiums an der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Entzündliche Erkrankungen an Grenzflächen wie der Haut haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen, so ist beispielsweise die Häufigkeit des Vorkommens von Allergien mittlerweile besorgniserregend. Nach dem großen Erfolg der ersten Veranstaltung »Skin Meets Gut« fand dieses interdisziplinäre Symposium nun zum zweiten Mal statt. Es sollte sowohl etablierten Ärzten und Wissenschaftlern als auch dem akademischen Nachwuchs aus den Bereichen Dermatologie, Gastroenterologie und klinische Immunologie ein stimulierendes Diskussionsforum bieten. Trotz der auf allen Seiten immer knapper werdenden Zeit bot dieses Symposium die Gelegenheit, »über den eigenen Tellerrand zu schauen«, Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Ideen und Visionen auszutauschen sowie Kontakte und Kooperationen zu fördern. Neben den wissenschaftlichen Schwerpunktthemen »Barriere«, »antimikrobielle Peptide« und »Genetik« wurden wichtige forschungspolitische Zukunftsthemen mit Vertretern der verschiedenen Fachdisziplinen, Förderinstitutionen und der Industrie diskutiert. Dazu war es gelungen, renommierte Referenten und Moderatoren zu gewinnen.

Damit setzte dieses zweite Symposium die Tradition des 2009 erfolgreich abgehaltenen Symposiums »Skin Meets Gut« fort. Ziel war es, das Einende und das Trennende der beiden Grenzorgane herauszuarbeiten, in erster Linie durch die Betrachtung des angeborenen Immunsystems an Paradebeispielen sehr komplexer Erkrankungen wie der Psoriasis und des Morbus Crohn.

1 Direktor der Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie, Universitätsklinikum Leipzig, AöR, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

2 Direktor der Klinik und Poliklinik für Gastroenterologie und Rheumatologie, Universitätsklinikum Leipzig, AöR, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

Die erste Sitzung »Aufgaben des angeborenen Immunsystems an den Grenzflächen Haut und Darm« wurde von R. Kalden (Erlangen) moderiert. U. Mrowitz (Kiel) erläuterte am Beispiel der Psoriasis die Komponenten des »innate« Immunsystems, beginnend mit der Barriere der Haut, die sich physikalisch, chemisch, zellulär und immunologisch erklärt. Keratinozyten und interzelluläre Lipide ahmen ein Ziegel-und-Mörtel-Modell (»brick-mortar-model«) nach. Langerhans-Zellen repräsentieren die erste immunologische Barriere, Blutgefäße mit Granulozyten, Makrophagen, dermalen dendritischen Zellen die zweite immunologische Abwehrfront. Natürlich gehen Mechanismen der angeborenen Immunabwehr in solche der erworbenen über. Die antimikrobiellen Peptide vermögen neben der Abtötung von Bakterien zahlreiche andere biologische Vorgänge zu aktivieren. Darüber hinaus wurde auf die sogenannten Toll-like-Rezeptoren eingegangen. Auch die genetisch determinierten Strukturproteine tragen als epidermaler Differenzierungskomplex im Sinne von »late cornified envelope proteins« zur Abwehr bei. Filaggrine gehören aufgrund ihrer hohen Wasserbindungsfähigkeit zum »natural moisturizing factor«. Nicht zuletzt begünstigt der neurohormonale Stress (»corticotropin releasing factor«, Proopiomelanocortine) das Abwehrverhalten der Haut und den »cross talk« mit T-Zell-abhängigen Aktivierungen von Zytokinen wie Interleukin-22, -17 und Interferon- γ . Die Psoriasis wird nach dieser neuen Auffassung als Barrieredefekt definiert, der Entzündungsmechanismen und T-Zell-abhängige Immunreaktionen auslöst.

M. F. Neurath (Erlangen) erläuterte die pathogenetischen Vorstellungen beim Morbus Crohn anhand eigener Arbeiten mit genetisch defizienten Mausstämmen. So zeigt sich modellhaft eine chronisch entzündliche Darmerkrankung bei Mäusen, in denen der Inhibitor von NF- κ B I κ B defekt ist. Ähnliche Phänotypen lassen sich auch bei Mausstämmen, die defizient für die Zytokine IL-17 und IL-22 sind, beobachten. Besondere Bedeutung scheint in letzteren Modellen den CD11c-positiven dendritischen Zellen in der lamina propria des terminalen Ileums zuzukommen. Desweiteren stellte M. Neurath neue technische Entwicklungen wie die konfokale Laser-Endomikroskopie vor, die eine nahezu der mikroskopischen Histologie gleichwertige Auflösung endoskopischer Bilder erlaubt.

In der zweiten Sitzung wurde »die natürliche Barriere an Haut und Darm: antimikrobielle Peptide (AMP)« besprochen (Moderation U.-F. Haustein, Leipzig). R. Gläser (Kiel) betonte, dass das erste AMP 1995 aus Psoriasissschuppen (Psoriasisin) in Kiel entdeckt wurde. Seither ist die Zahl der AMP auf über 1 500 angewachsen. Es handelt sich um hoch konservierte Peptide, die bereits bei Bakterien vorkommen (Antibiose). Ein großer Teil wird von Epithelzellen exprimiert, so die β -Defensine und die RNase 7. Sie töten grampositive

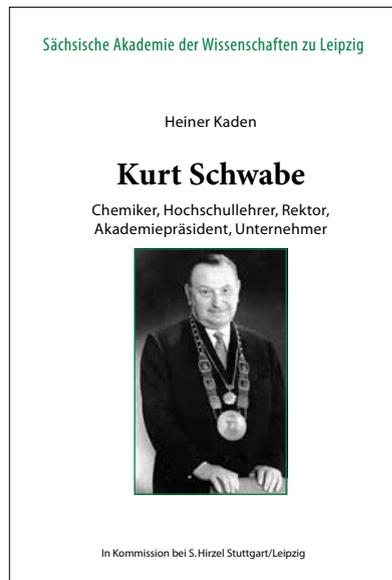
und gramnegative Bakterien (z. B. *E. coli*) sowie Hefepilze ab und bieten eine Erklärung, warum die Psoriasis-Haut trotz ihres Barriere-defektes keine bakteriellen Hautinfektionen aufweist. Die erhöhten Werte von β -Defensin im Serum von Psoriasispatienten korrelieren gut mit der Krankheitsaktivität im PASI-Score. Einige AMP stammen aus Granulozyten (Cathelicidin = LL37, Lysozym), Dermcidin aus dem Schweiß. Bei der Psoriasis sind die AMP deutlich erhöht. Bei der atopischen Dermatitis finden sich trotz der erwarteten Erniedrigung weniger deutliche Steigerungen der AMP als bei Psoriasis, wobei Dermcidin, das aus Schweißdrüsenepithelien stammt, bei der atopischen Dermatitis erniedrigt ist. Die Frage bleibt offen, warum die vorhandenen AMP-Konzentrationen bei der atopischen Dermatitis nicht ausreichen, eine Besiedelung und Sekundärinfektion mit *Staphylococcus aureus* zu verhindern. Im Rahmen experimenteller Barriestörungen durch »tape-stripping« konnte bei gesunden Probanden eine sehr schnelle und effektive Induktion von Psoriasis erreicht werden.

E. F. Stange (Stuttgart) beschrieb den Morbus Crohn als eine bakterielle Erkrankung, bei der eine defizitäre Bildung von AMP seitens der in der Tiefe der Krypten gelegenen Paneth-Zellen auf der Basis eines genetischen Defektes nachgewiesen wurde. Unter anderem konnte er zeigen, dass durch Probiotika die Synthese von Defensinen induziert wird. Für ihn ist die lange Zeit diskutierte Autoimmunogenese von entzündlichen Darmerkrankungen obsolet. Die beobachteten Immunphänomene bei M. Crohn und Colitis ulcerosa seien sekundär zu einer vorbestehenden Barriestörung.

In der dritten Sitzung wurde die Bedeutung genetischer Faktoren für Ätiologie und Pathogenese chronischer Entzündungen an Haut und Darm unter Moderation von W.-H. Boehnke (Frankfurt) besprochen. K. Reich (Hamburg) erläuterte zunächst moderne Verfahren zur Populationsgenetik. Er ging danach auf krankheitsassoziierte Gene bei der Psoriasis ein. Die größte Assoziation zeigt sich im sogenannten PSORS1-Lokus mit HLA-Cw6. Weitere Loci mit geringeren LOD-Scores wurden kürzlich im TNF α -Locus sowie in den IL12-, IL23- und IL23-Rezeptor-Loci beschrieben. Interessanterweise ergeben sich Unterschiede zwischen einer Psoriasis mit ausschließlicher Hautbeteiligung (Psoriasis vulgaris) und einer Psoriasis Arthritis. W. Schreiber (Kiel) stellte seine umfangreichen Arbeiten zur Genetik des Morbus Crohn vor. Die stärksten Assoziationen finden sich im NOD2-Gen. Interessanterweise prädisponieren »single nucleotide polymorphisms« (SNPs) im NOD2-Gen auch für eine Reihe anderer chronisch entzündlicher Erkrankungen wie Asthma bronchiale. Gen-Umwelt-Interaktionen sind möglicherweise für diese unterschiedlichen Krankheitsphänotypen verantwortlich. Um diese Interaktionen aufzuklären, sei eine Umkehrung des bisherigen Forschungsansatzes notwendig, d. h. der Rückschluss vom Patientenphänotyp zurück auf den Genotyp.

In der vierten und fünften Sitzung zu den Themen »Translationale Forschung und ihre Umsetzung in klinischen Studien: Was brauchen wir in Deutschland?« (Moderation W. Fleig, Leipzig) und »Förderung klinischer Forschung über Drittmittel und Industrie – ein Interessenkonflikt?« (Moderation J. Mössner, Leipzig) wurden durch die Präsidenten der Deutschen Dermatologischen Gesellschaft (T. Luger, Münster) und der Deutschen Gesellschaft für Verdauungs- und Stoffwechselkrankheiten (G. Adler, Ulm) sowie C. Sorg (Freiburg), B. Witlig (Wiesbaden) und M. Löffler (Leipzig) die Erfordernisse für eine erfolgreiche biomedizinische Forschung in Deutschland diskutiert. Als Ergebnis soll ein Memorandum zur Politikberatung erarbeitet werden. In der abschließenden sechsten Sitzung »Zukunftsthemen in der Forschung« (Moderation J. Simon, Leipzig) stellten M. Röcken (Tübingen) und M. Zeitz (Berlin) dar, welche Forschungsthemen sie für die Grenzflächenorgane Haut und Darm für zukunftssträftig halten.

Uwe-Frithjof Hausteiner, Jan C. Simon und Joachim Mössner



Kurt Schwabe. Chemiker, Hochschullehrer, Rektor, Akademiepräsident, Unternehmer

Von Heiner Kaden, S. Hirzel, Stuttgart/Leipzig 2011, 285 Seiten, 56 Abbildungen, 4 Tabellen, Festeinband

Die Wahl des Chemikers Kurt Schwabe zum Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig im Jahr 1965 war der Höhepunkt im Leben eines Wissenschaftlers, der stets die wissenschaftliche Arbeit als Elektrochemiker im Mittelpunkt seines Schaffens gesehen hat.

Mit dem jetzt erschienenen Buch liegt erstmals eine ausführliche Schilderung des Lebensweges und der Leistungen von Schwabe vor. Für die Biographie wurden zahlreiche Originaldokumente und Unterlagen von Archiven in Berlin, Bonn, Dresden, Hainichen, Leipzig, Reichenbach/Vogtl. und Waldheim/Sa. ausgewertet. Außerdem wurden Zeitschriften, Buchdokumente, Briefe und andere Quellen zu Rate gezogen.

Das Vorwort des Buches hat Professor Elke Blumenthal, Ordentliches Mitglied der Philologisch-historischen Klasse der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, geschrieben. In ihrem Beitrag nimmt sie Bezug auf eine persönliche Begegnung mit Schwabe. Sie macht darauf aufmerksam, dass sich Schwabe in der Zeit seiner Präsidentschaft besonders um die Zuwahl von Geisteswissenschaftlern in die Akademie bemüht hat, um die Ausgeglichenheit der Mitgliederzahl von Naturwissenschaftlern und Medizinern einerseits und Geisteswissenschaftlern andererseits herzustellen.

Von 1949 bis 1970 war Schwabe Ordentlicher Professor für Elektrochemie und physikalische Chemie sowie Direktor des gleichnamigen Instituts der Technischen Hochschule bzw. Technischen Universität Dresden. In dieser Zeit hat er einen bedeutenden Teil seiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen verfasst, es sind mehr als 500. Ihre Aufstellung wird erstmals vollständig vorgelegt. Die Publikationen sind zum großen Teil in angesehenen internationalen Zeitschriften erschienen. Mit etwa 520 Diplomanden und 280 Doktoranden, die bei ihm gearbeitet haben, hat er einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung von Studenten in den Naturwissenschaften und zu ihrer Qualifizierung geleistet. Trotz einer gewissen Strenge war er in der Studentenschaft sehr beliebt. Deshalb und wegen seines hohen wissenschaftlichen Ansehens bewarben sich Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen bei ihm, so neben Chemikern u. a. Physiker und Elektroniker.

Im Jahr 1961 wurde Schwabe zum ersten Rektor der Technischen Universität Dresden, die aus der Technischen Hochschule Dresden hervorging, gewählt. Er hatte das Amt bis 1965 inne. Dresden wurde so Standort der erst zweiten Technischen Universität in Gesamtdeutschland – nach Westberlin – überhaupt. Schwabes Arbeit als Hochschullehrer und seine nicht einfache Mission als Rektor werden im Buch ausführlich dargestellt.

In den Forschungsarbeiten Schwabes dominierten zwei Richtungen: die Elektrochemie und die Papier- und Zellstoffforschung. Letztere nahm auf seinen Lebensweg einen entscheidenden Einfluss. Als er 1933, nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland Fuß gefasst hatte, nicht in den Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbund eintreten wollte, musste er die hauptamtliche Tätigkeit an der Technischen Hochschule aufgeben. Auf Vermittlung seines Studienfreundes Dr. Horst Niethammer konnte er eine Stelle als Chemiker in der Fa. Kübler & Niethammer, Kriebstein im Kreis Hainichen/Sachsen, antreten. Er arbeitete später in einer Zweigstelle dieser Firma in Meinsberg b. Waldheim, im heutigen Landkreis Mittelsachsen gelegen, wo er 1945 ein eigenes Forschungsinstitut gegründet hat. Die Entstehungs- und Erfolgsgeschichte des Instituts, die ersten schwierigen Jahre in der sowjetischen Besatzungszone und die Beibehaltung des privaten Status des Instituts bis an das Lebensende Schwabes werden ausführlich erläutert. Auch wird über die Anbindung des Instituts an die Technische Universität Dresden berichtet; sie hatte allerdings keinen Bestand, denn Schwabe sah sich wenige Jahre vor seinem Tod aus verschiedenen Gründen veranlasst, die Zuordnung des Instituts zu verändern. Die Papier- und Zellstoffforschung, die anfangs in Meinsberg eine wesentliche Rolle gespielt hatte, wurde später zugunsten der elektroanalytischen Chemie, speziell der pH-Messung, allmählich verlassen. Dennoch spielte auch sie in den nachfolgenden Jahren noch eine gewisse Rolle.

Im Lauf der Jahre widmete Schwabe sich mehreren Spezialgebieten der Elektrochemie, von denen genannt seien: Korrosion und Korrosionsschutz, Theorie der Elektrolyte, elektroanalytische Chemie, speziell die pH-Messung, und die Polarographie. Sein fortwährendes Bestreben, wissenschaftliche Forschungsergebnisse in die Praxis umzusetzen, führte zur Gründung der »Zentralstelle für Korrosionsschutz« in Dresden, einer Einrichtung, die richtungweisende Forschungen über die Ursachen der Korrosion und deren Verhinderung ausführte und mehrere Jahre von ihm geleitet wurde. Forschungen zu galvanischen Stromquellen veranlassten ihn, in Pirna eine praxisnahe Einrichtung für Batterieforschung und -entwicklung zu errichten, die einige Zeit ebenfalls unter seiner Leitung stand.

Bereits 1950, also etwa ein Jahr nach seiner Berufung zum Hochschulprofessor in Dresden, wurde Schwabe zum Ordentlichen Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig gewählt. Er beteiligte sich am Leben der Akademie mit vielen Arbeiten und Vorträgen. In die Zeit seiner Präsidentschaft fiel eine besorgniserregende Entwicklung, die zum Ziel hatte, die Selbständigkeit der Leipziger Akademie aufzuheben und sie der damaligen Akademie der Wissenschaften in Berlin zuzuordnen. Mit großem diplomatischem Geschick und großer Standhaftigkeit konnte er die Eigenständigkeit der Leipziger Akademie bewahren.

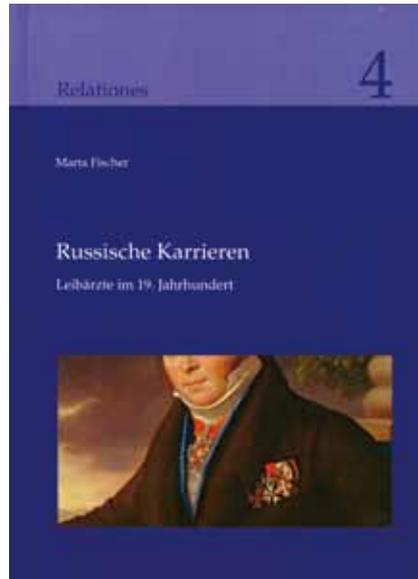
Ein gesondertes Kapitel ist der Position Schwabes als Wissenschaftler und Hochschullehrer unter den politischen Umständen in der DDR gewidmet. Dazu wurde die nach 1990 erschienene Literatur kritisch ausgewertet, in der oft eine pauschale Zuordnung von DDR-Wissenschaftlern zu einer sogenannten Systemnähe vorgenommen wird und in der man Vokabeln wie »innere Sowjetisierung«, »Schaffung einer sozialistischen Intelligenz« und »Politisierungsprozess« an den Universitäten findet. Aus Zeugnissen seiner Schüler und Kollegen, aus seinem Handeln geht jedoch hervor, dass er sich, wie zahlreiche andere Wissenschaftler seiner Zeit auch, eine Unabhängigkeit der Weltanschauung bewahrt hat. Er brachte schwierige Zeiten mit Anstand hinter sich, ohne sich moralisch zu verbiegen und ohne zu weitgehende Zugeständnisse an die herrschenden politischen Umstände zu machen.

Swabes Hingabe an die wissenschaftliche Arbeit und seine Bereitschaft, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, waren legendär. Seinen Mitarbeitern und Studenten nötigte diese Einstellung Bewunderung ab. So wurde er in gewisser Weise zum Vorbild, auch wenn man wusste, dass man ihm nicht nachzueifern konnte oder wollte.

Schwabe ist zahlreichen großen Naturwissenschaftlern und Technikwissenschaftlern seiner Zeit, besonders Chemikern und Physikern, begegnet: Heinrich Barkhausen, Fritz Foerster, Erich Müller, Manfred Eigen, Rudolf

Mößbauer, Manfred von Ardenne, Klaus Fuchs, Max Steenbeck, Kurt Mothes, den russischen Physikochemikern Alexander N. Frumkin und Pjotr A. Rebin-der, aber auch vielen Geisteswissenschaftlern, unter ihnen Theodor Frings und Siegfried Morenz. Als Direktor eines Instituts im Zentralinstitut für Kernfor-schung Rossendorf bei Dresden hatte er erheblichen Einfluss auf die Ausrich-tung der Kernforschung in der DDR. Insgesamt liest sich so der Bericht über das Leben Schwabes wie ein Ausschnitt aus der Wissenschaftsgeschichte Ost-deutschlands, besonders zwischen 1945 und 1983.

Heiner Kaden



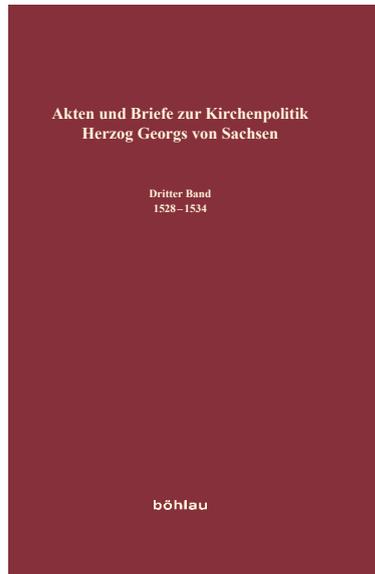
Russische Karrieren. Leibärzte im 19. Jahrhundert

Von Marta Fischer (Relationes. Schriftenreihe des Vorhabens »Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert zwischen Deutschland und Russland auf den Gebieten Chemie, Pharmazie und Medizin« bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Band 4), Shaker, Aachen 2010. XXXVII + 310 Seiten, 115 Abbildungen, 10 Tafeln, Festeinband

Ein wichtiges Modul im Akademievorhaben *Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert zwischen Deutschland und Russland auf den Gebieten Chemie, Pharmazie und Medizin* ist die Erstellung eines biobibliographischen Lexikons derjenigen Akteure, die beim Austausch von Ideen und Konzepten eine tragende und nachhaltige Rolle spielten. Während die inzwischen angelegten Datensätze insgesamt zur Online-Publikation vorbereitet werden, wurde die Gruppe der Leibärzte der russischen Zaren und Großfürsten für eine Einzelveröffentlichung in Buchform ausgewählt: Obwohl dieser Personenkreis zur medizinischen Elite Russlands zählte, gibt es nämlich über Lebensläufe und Tätigkeitsbereiche nur wenig an aufschlussreicher Forschungsliteratur. Die 2003 erstmals erschienene umfangreiche Darstellung des Medizinhistorikers Boris Aleksandrovič Nachapetov beschränkt sich auf wenige (nach Publikumswirksamkeit) ausgewählte Leibärzte der Romanov-Dynastie, enthält aber immerhin eine tabellarische Übersicht über sämtliche 169 Ärzte am Zarenhof. Diese war der Ausgangspunkt für den vorliegenden Band, für den auf dieser

Basis 80 Biobibliographien von deutschen, baltischen und russischen Medizinern bearbeitet wurden. Für die restlichen Personen trafen die Kriterien nicht zu (andere Nationalitäten, andere Zeiträume) oder es konnten keine wie immer gearteten bilateralen Wissenschaftsbeziehungen ermittelt werden. 21 wissenschaftlich aktive Leibärzte anderer russischer Adliger wurden zusätzlich aufgenommen. Nach der Angabe von Namen(svariationen), Lebensdaten, Eltern, Ehefrau und Nachkommen werden die Stationen des wissenschaftlichen Werdegangs und der Biographie sowie Ehrungen und besondere Leistungen, Nachwirkungen und Mitgliedschaften in Akademien und Gesellschaften zusammengestellt. Neben Hinweisen zu gedruckten Publikationsverzeichnissen sind wichtige Veröffentlichungen in Auswahl bibliographisch erfasst. Hinweise auf Archivalien, Sekundärliteratur und Portraits runden die Einträge ab; die großzügige Bebilderung stellt eine Quelle *sui generis* dar. In akribischer Arbeit wurden bei Unklarheiten und Widersprüchen in den ausgewerteten gedruckten und elektronischen Nachschlagewerken eine Verifizierung durch Primärquellen und eine Korrektur durch Autopsie angestrebt. Die in Lexika sonst fehlenden Anmerkungen erzielen maximale Transparenz hinsichtlich des Forschungsstandes und machen erstmals offenbar, auf welchem schwankendem Boden sich biographische Register und damit unser Wissen tatsächlich bewegen. Ebenfalls ungewöhnlich und außerordentlich hilfreich ist ein Index zu sämtlichen erwähnten Personen, durch den Vernetzungen erkennbar werden. Insgesamt zeigt sich, dass bei allen Vorteilen des Internet das gedruckte Buch Spezifika der Informationsvermittlung erreichen kann, die diese Publikationsform nach wie vor unverzichtbar machen.

Ortrun Riha



**Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen.
Dritter Band 1528–1534**

Herausgegeben von Heiko Jadzatz und Christian Winter, Böhlau Verlag, Köln/Weimar/Wien 2010, 911 Seiten, Festeinband

Mit dem dritten Band der »Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen« wird eine wichtige Editionsreihe zur Reichs- und Landesgeschichte in der Frühneuzeit fortgesetzt, deren erste beiden Bände – herausgegeben von Felician Geß – bereits 1905 und 1917 erschienen sind (Reprint 1985). Die Arbeiten wurden zwar durch Geß und Elisabeth Werl fortgeführt, doch kam zunächst keine weitere Veröffentlichung zustande. Im Jahr 2002 wurde durch Heiko Jadzatz und Christian Winter im Rahmen des Akademieprojekts *Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte* die Editionsarbeit zu Herzog Georg von Sachsen (1471–1539) wieder aufgenommen. Georg – genannt der Bärtige – nimmt als einer der wichtigsten Luthergegner eine bedeutende Position in der Reformationsgeschichte ein. Als letzter altgläubiger Herzog von Sachsen war er von der Notwendigkeit der Reform der bestehenden Kirche tief überzeugt und bemühte sich energisch darum. Er lehnte aber eine Reformation ohne Zustimmung des Papstes und damit die Reformation Martin Luthers entschieden ab. Sein Bemühen, die altgläubige Reformpolitik auch nach Beginn der Reformation fortzusetzen, scheiterte aber schließlich. Die geistlichen Würdenträger versagten sich in der Mehrheit diesen

Reformversuchen, und die Reformwilligen orientierten sich fast durchweg an Luther.

Trotz dieses Scheiterns stellte Georgs Politik grundlegende Weichen für die weitere politische und kirchliche Entwicklung in den sächsischen Territorien und im Reich insgesamt. Der innerwettinische Konflikt der albertinischen Herzöge mit ihren ernestinischen Vettern sowie die Nähe zum Kaiser und zum Haus Habsburg prägten die weitere Politik der Albertiner im 16. Jahrhundert. Die engagierte Wirtschafts- und Finanzpolitik Herzog Georgs förderte den Wohlstand des Landes und legte einen Grundstein für den Aufstieg des albertinischen Sachsen zu einem politisch und ökonomisch gewichtigen Territorium des Reiches, das unter Georgs Neffen Moritz – der zeitweise bei Herzog Georg in Dresden erzogen wurde – zur Führungsmacht des Protestantismus in Deutschland werden konnte.

Der Schwerpunkt der edierten Dokumente¹ liegt auf kirchenpolitischen Texten, doch ist eine strenge inhaltliche Abgrenzung häufig nicht möglich. Daher finden sich unter den Quellen auch Aufzeichnungen zu Reichstags- und Landtagsverhandlungen, Aussagen zur Finanzpolitik Herzog Georgs, zu den Türkenkriegen und weiteren militärischen Auseinandersetzungen, zum nachbarlichen Verhältnis zu Böhmen und Brandenburg und besonders zu den vielschichtigen Auseinandersetzungen zwischen Albertinern und Ernestinern. Die edierten Stücke werden, um in dem vorgegebenen Zeitraum und dem Umfang von insgesamt vier Bänden zu bleiben, überwiegend in Regestform geboten, wobei grundlegende Aussagen zur religiösen Haltung und dem kirchenpolitischen Handeln Herzog Georgs im Wortlaut ediert bzw. in ausführlichen Zitaten wiedergegeben werden.

¹ Bestände folgender Archive und Bibliotheken wurden bearbeitet: Thüringisches Staatsarchiv Altenburg; Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin; Archives Générales du Royaume Bruxelles; Stadtarchiv Chemnitz; Anhaltische Landesbücherei Dessau; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Abteilung Dessau; Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden; Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden; Stadtarchiv Dresden; Forschungsbibliothek Gotha; Stadtarchiv Göttingen; Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg; Stadtarchiv Hannover; Dänische Königliche Bibliothek Kopenhagen; Universiteitsbibliotheek Leiden; Sächsisches Staatsarchiv Leipzig; Stadtarchiv Leipzig; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt Magdeburg; Hessisches Staatsarchiv Marburg; Stadtarchiv Mühlhausen; Staatsarchiv Nürnberg; Landeshauptarchiv Schwerin; Archives et Bibliothèque de la ville de Strasbourg; Archivio Segreto Vaticano; Biblioteca Apostolica Vaticana; Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar; Österreichisches Staatsarchiv – Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien; Österreichische Nationalbibliothek Wien; Biblioteka Uniwersytecka Wrocław.

Zu den Themen des von 1528 bis 1534 reichenden dritten Bandes gehören zunächst die durch den herzoglichen Rat Otto von Pack ausgelösten sogenannten »Packschen Händel«, die das Reich im Frühjahr 1528 fast an den Rand eines Religionskrieges brachten. Georg sowie sein Schwiegersohn Landgraf Philipp von Hessen standen im Zentrum der propagandistischen Auseinandersetzung. Der Konflikt konnte zwar noch auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden, es zeigte sich aber bereits das tief verwurzelte Misstrauen zwischen den Religionsparteien. Herzog Georgs Reichspolitik war daneben gekennzeichnet durch die Anstrengungen zur Abwendung der »Türkengefahr«. Besonders die Jahre 1529 und 1532 standen im Zeichen der Verteidigung gegen die Osmanen, die dem Herzog ein ehrliches Anliegen war.

Die albertinische Politik auf den Reichstagen war schon seit Ende des 15. Jahrhunderts bestimmt von dem langwierigen Sessionsstreit mit dem Haus Bayern/Pfalz (Wittelsbach). In der Folge dieses Konfliktes um die Präzedenz auf den Reichstagen und den dadurch ausgedrückten Rang im Reichsverband hatte Herzog Georg die Reichstage seit 1524 nicht mehr persönlich besucht. Hingegen reiste der Herzog zum Reichstag 1530 in Augsburg, auf dem auch wieder Kaiser Karl V. zugegen war. Georg trat auf diesem Reichstag mit einer eigenhändig überlieferten Denkschrift zum Religionsstreit hervor. Dringend forderte er die Einberufung eines Konzils. Zugleich behinderten jedoch die Präzedenzstreitigkeiten ein stärkeres religionspolitisches Engagement. Auch auf dem Reichstag 1532 in Regensburg unterstützte Georg die kaiserliche Politik. Die Wahl Ferdinands, des Bruders Karls V., zum Römischen König 1531 erkannte der Herzog bedingungslos an und fungierte mehrfach als Vermittler in den Auseinandersetzungen des Habsburgers um Ungarn und um Württemberg. Daneben war Kardinal Albrecht, Erzbischof von Mainz und Magdeburg, der Reichsfürst, zu dem Georg die engsten Verbindungen unterhielt. Die Bestrebungen Georgs, Albrechts und weiterer altgläubiger Stände, sich in einem Landfriedensbund zusammenzuschließen, führten 1533 zum Vertrag von Halle (Hallesche Einung).

Einen breiten Raum nehmen die Dokumente zu den innerwettinischen Streitigkeiten ein. Schon unter Kurfürst Johann war Georgs Verhältnis zu den Ernestinern durch verschiedene aus der Leipziger Teilung 1485 herrührende Streitfälle und besonders durch die kirchlichen Neuordnung in Kursachsen belastet. Zu einer merklichen Verschärfung kam es mit dem Regierungsantritt Kurfürst Johann Friedrichs, der auch gegenüber Herzog Georg weitaus offensiver vorging als sein Vater. Zahlreiche Konflikte gab es um Lehen und Einkünfte, die geistlichen Einrichtungen eines Territoriums im jeweils anderen Gebiet zustanden (»vermengte Lehen«). Im Grimmaischen Machtspruch (1531) und im Grimmaischen Vertrag (1533) konnten sich beide Parteien durch Ver-

handlungen der Landstände zumindest vorerst über eine Beilegung der Streitigkeiten verständigen.

Auch die persönliche Auseinandersetzung zwischen Herzog Georg und Martin Luther setzte sich 1528/29 fort. Daneben steht Georgs Bemühen, evangelische Einflüsse von seiner Familie fernzuhalten, besonders von seiner Schwiegertochter Herzogin Elisabeth und seinem in Freiberg residierenden Bruder Herzog Heinrich. Als Landesherr war Georg bemüht, die evangelische Bewegung in seinem Land zu unterbinden. Er bemühte sich, die wirtschaftliche Basis der Priester in den Pfarrkirchen und der Klöster im Land zu sichern. Druckereiwesen und Buchmarkt wurden überwacht. Mandate forderten die Untertanen auf, sich den »neuen Lehren« nicht anzuschließen. Dennoch zeigten sich besonders die Bürger der Städte für Luther begeistert. 1532 kam es zur Ausweisung evangelischer Bürger in Leipzig, Oschatz und Delitzsch. Auch Vertreter des Adels – so aus den Familien von Einsiedel auf Gnadstein, Spiegel auf Neuhaus, Pack zu Delitzsch, Leimbach auf Zschepplin, Hopfgarten auf Mülverstedt, Schönberg –, einzelne Pfarrer oder auch Bauern wandten sich dem evangelischen Glauben zu. Entschieden ging Georg gegen die Täuferbewegung vor, die besonders in Thüringen aktiv blieb.

Christian Winter

Vier Neuerscheinungen im Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen

Zum planmäßigen Abschluss des Projektes *Historischer Atlas von Sachsen (Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen)* zum Jahresende 2010 konnten vier Kartenthemen der Öffentlichkeit übergeben werden, die sowohl chronologisch als auch thematisch ein breites Spektrum aufweisen: »A 11 Geschützte Gebiete«, »BI 1.1–1.5 Ur- und Frühgeschichte Sachsens«, »FIV 4 Waldflächen 1800 und 2000« sowie »G II 5 Deutsche Siedlungsnamen der hochmittelalterlichen Ostsiedlung«. Noch stehen zwei weitere Themen aus – »C III 1 Die wettinischen Länder von der Leipziger Teilung 1485 bis zum Naumburger Vertrag 1554« sowie »E III 1 Gliederung der evangelischen Kirche 1752«, beide von Karlheinz Blaschke –, die im Laufe des ersten Halbjahres 2011 nach dem Druck der Kartenblätter in den Verkauf beim Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen gehen werden. Dort können auch alle anderen bisher erschienenen Karten und Beihefte weiterhin käuflich erworben werden.¹

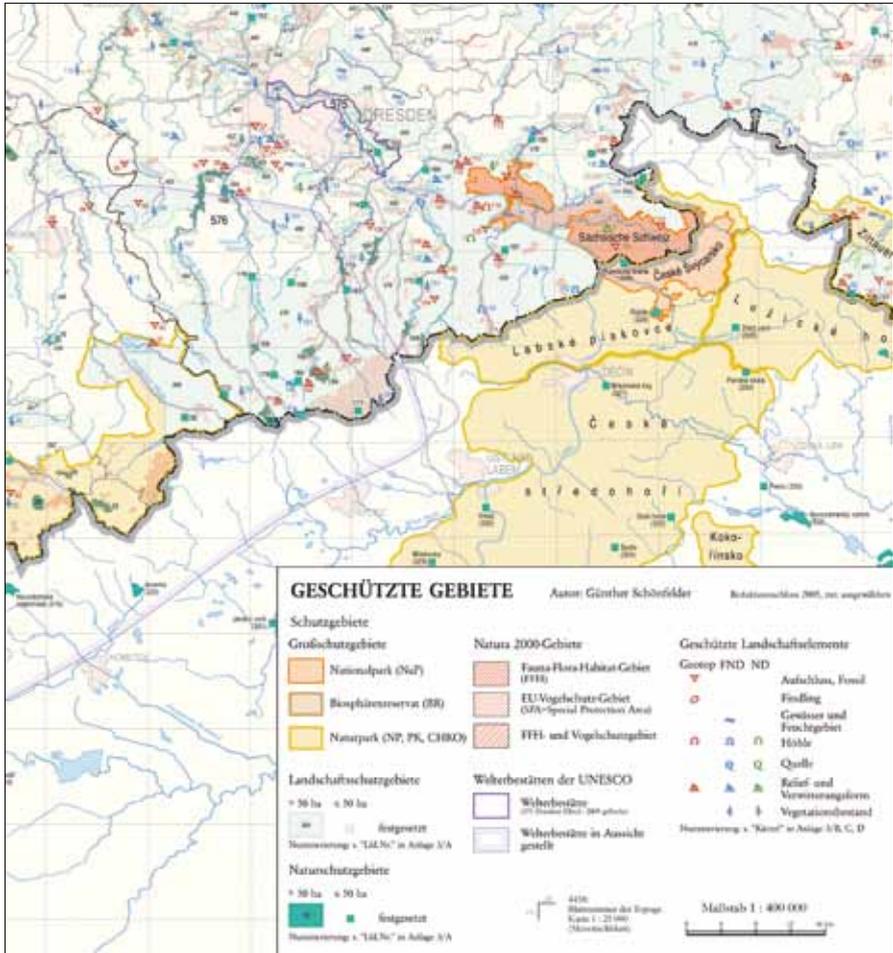
Karte und Beiheft »A 11 Geschützte Gebiete«

Von Günther Schönfelder, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen, Leipzig/Dresden 2010. Karte 1:400 000, Beiheft: 75 Seiten, 3 Abbildungen, 7 Tabellen, 3 Anlagen, Broschur

Zwei der vier Themen repräsentieren die neuere bzw. neueste Zeit und decken historisch-geographische Themen ab. Die Karte der *Geschützten Gebiete* ist ein Beitrag zur Landeskunde und zum aktuellen Zustand (Stand 2007) des Gebietsschutzes in Sachsen.

Der Schutz der natürlichen Elemente unserer Kulturlandschaft sowie die Regelung der gesellschaftlichen Inanspruchnahme schutzwürdiger Gebiete werden durch ein System an Schutzgebieten geregelt. Die Schutzprogramme besitzen unterschiedliche Bedeutung und flächenhafte Ausdehnung. Das vorliegende Kartenblatt stellt den Reichtum schutzwürdiger Gebiete des heutigen Freistaates Sachsen sowie der angrenzenden Staaten und Bundesländer dar. Neben den bekannten Großschutzgebieten wie Nationalpark, Naturpark

¹ Siehe auch <http://www.landesvermessung.sachsen.de/inhalt/produkte/karten/atlas/atlas.html>.



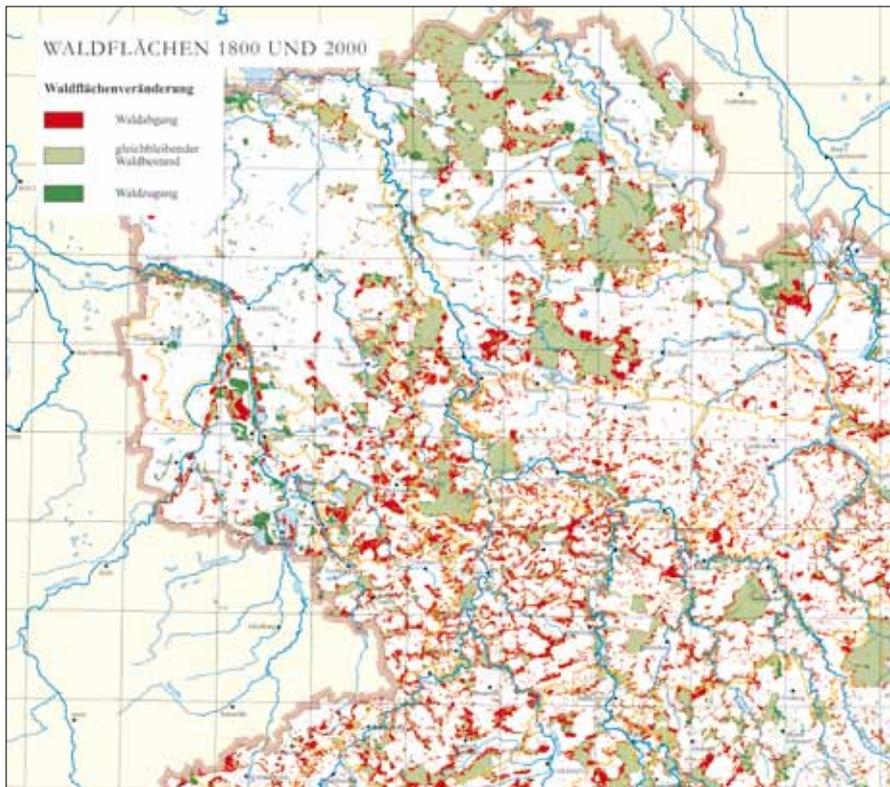
und Biosphärenreservat sowie den Natur- und Landschaftsschutzgebieten (NSG und LSG) werden auch international verankerte Schutzsysteme wie das NATURA-2000-Netz der EU und die UNESCO-Welterbestätten ausgewiesen, wobei gerade bei den UNESCO-Welterbestätten auch strittige Veränderungen der letzten Jahre entsprechend vermerkt wurden. Zusätzlich zeigt die Karte eine Auswahl an lokalen, klein- bis kleinstflächigen geschützten Objekten der belebten (Biotope) wie der unbelebten (Geotope) Natur. Damit vervollständigt sich das Bild einer durch zahlreiche Interessen des Schutzes sowie der menschlichen Nutzung beanspruchten Landschaft. Teilweise lassen sich aktuelle sowie zukünftige Interessenkonflikte zwischen den beiden Polen der Nutzung bereits erkennen. Günther Schönfelder erläutert im Beiheft nicht nur Begrifflichkeiten

und den Gebietsschutz in Sachsen sowie den angrenzenden Ländern, sondern mit dem Anhang wird dem Nutzer auch zusätzlich ein detaillierter Einblick in den Status sowie Benennung, Lage und Größe aller auf der Karte wiedergegebenen geschützten Gebiete gegeben.

Karte und Beiheft »FIV 4 Waldflächen 1800 und 2000«

Von Anka Miethke und Frank Ueberfuhr mit Beiträgen von Jana Moser und Werner Stams, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen, Leipzig/Dresden 2010. Karte 1:400 000, Beiheft: 80 Seiten, 33 Abbildungen, 19 Tabellen, Broschur

Einen wichtigen Beitrag zur sächsischen Landeskunde liefert auch die Karte der *Waldflächen 1800 und 2000*. Durch den Vergleich der Waldverbreitung zu den beiden Zeitschnitten 1800 und 2000 wird es möglich, die Entwicklung des Wal-



des in seiner räumlichen Verbreitung sichtbar zu machen. Zu- und Abnahmen sowie Flächen mit Waldbestand in beiden Zeitschnitten lassen sich deutlich abgrenzen. Zwar können mit dieser Darstellung von Anka Miethke und Frank Ueberfuhr nur Aussagen über die quantitativen Veränderungen getroffen werden, die im Beiheft statistisch mit Zahlen und Diagrammen unterlegt sind. Der Wald in seiner unterschiedlichen Ausprägung ist jedoch für jede gesellschaftliche Entwicklung in Mitteleuropa von entscheidender Bedeutung – beginnend mit seinem Wert als Lebensraum und Nahrungsgrundlage, über Erholungszwecke von der mittelalterlichen Jagd bis zum heutigen Wandertourismus, nicht zuletzt aber auch als Wirtschaftsgrundlage und als wichtiger, aber auch limitierender Faktor für die Industrialisierung. Werner Stams hat daher eine über den thematischen Zeithorizont hinausreichende Geschichte der Waldflächenentwicklung von der Vorzeit bis zur Gegenwart verfasst, die dem Beiheft zur Erläuterung der Gesamtzusammenhänge ebenfalls beigegeben wurde.

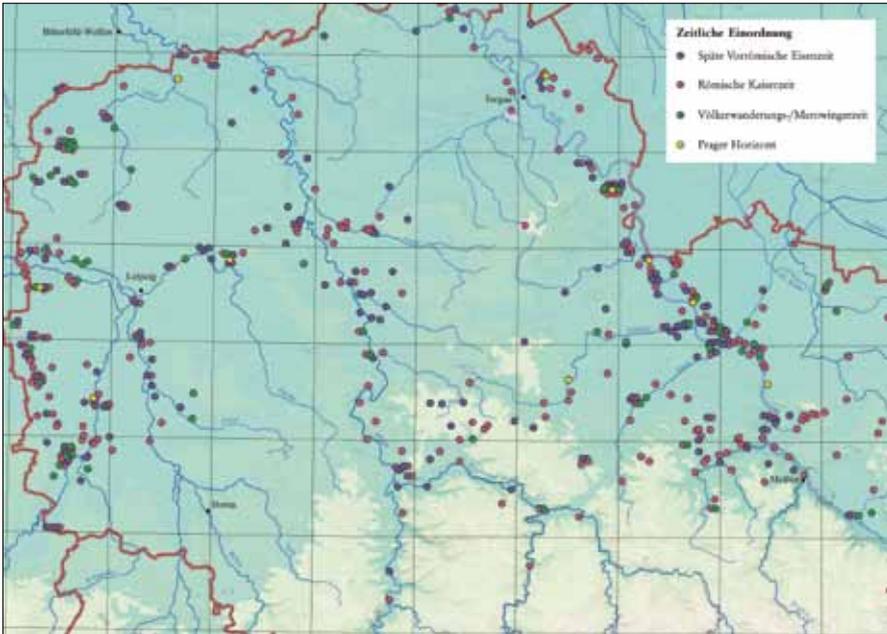
Damit kann auch der Bogen zu den beiden anderen Themen geschlagen werden, die 2010 im *Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen* erschienen sind. Diese behandeln die Zeitepochen von der Vorzeit bis zum Hochmittelalter. Mit den fünf Kartenblättern zur *Ur- und Frühgeschichte Sachsens* und dem dazugehörigen Beiheft im Umfang von knapp 200 Seiten konnte nun auch die Vorgeschichte Sachsens im Rahmen des Atlasprojektes umfassend dokumentiert werden.

Karte und Beiheft »BI 1.1–1.5 Ur- und Frühgeschichte Sachsens«

Von Ronald Heynowski und Robert Reiß (Red.), Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen, Leipzig/Dresden 2010. 5 Karten 1 : 400 000, Beiheft: 198 Seiten, 90 Abbildungen, Broschur

Mit dem inhaltlich vom Landesamt für Archäologie (LfA) betreuten und von zahlreichen Mitarbeitern des LfA verfassten Themenheft liegt zum ersten Mal eine Gesamtdarstellung zur Ur- und Frühgeschichte des sächsischen Raumes vor, die den neuesten Stand der archäologischen Forschung wiedergibt. In acht Abschnitten werden die Epochen von der Altsteinzeit bis in das Jahr 1000 n. Chr. aufbereitet und mit detailreichen Unterkapiteln anschaulich gemacht. Die gleichen Epochen werden auf den fünf Kartenblättern chronologisch so dargestellt, dass Zusammenhänge und Brüche in der geschichtlichen Entwicklung deutlich werden.

Dabei sind Fragen des Verhältnisses von Fundanfall und tatsächlicher Besiedlungsintensität durchaus diskussionswürdig, werden aber im Beiheft gut



Ausschnitt aus der Karte B11.4: Späte Vorrömische Eisenzeit bis Völkerwanderungszeit/Merowingerzeit (250 v. Chr. bis 800 n. Chr.).

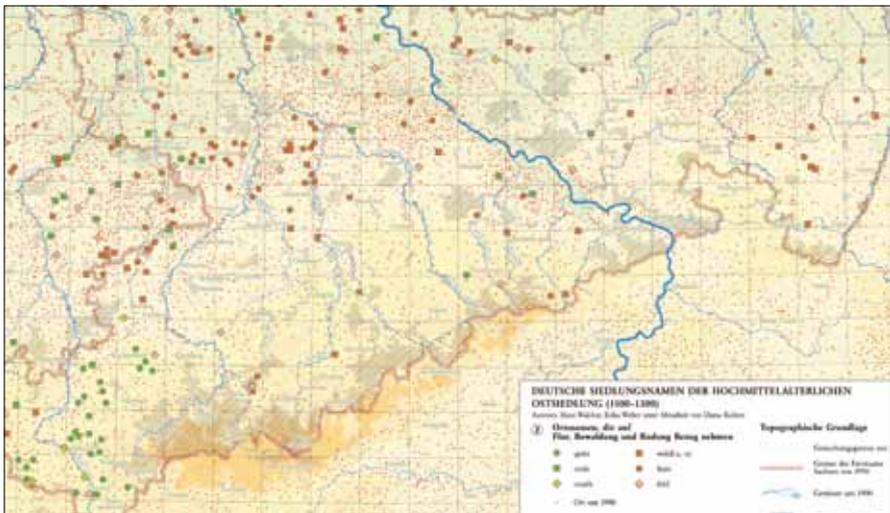
erläutert – schließlich ist die Menge an Funden von verschiedenen Faktoren, wie der geographischen Lage, der Bodenbeschaffenheit, der Bewirtschaftungsintensität und vom persönlichem Engagement Einzelner, abhängig. Trotz des Umstandes, dass die Karten nur den Fundniederschlag, nicht aber eine tatsächliche Besiedlung wiedergeben können, verdeutlichen sie doch eindrucksvoll die große Dynamik der Besiedlungsgeschichte im Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen bis in die Zeit um 1100. So weist beispielsweise die Bronzezeit (zwischen 2000 und 250 v. Chr.; Karte 3) im Vergleich zur nachfolgenden Römischen Kaiserzeit (rund 200 Jahre vor und nach der Zeitenwende; Karte 4) eine hohe Fundstellendichte auf, wohingegen in der zweiten genannten Epoche von einer regelrechten Siedlungslücke ausgegangen werden muss. Details zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausprägung der einzelnen Epochen sowie zu Gründen für die Zu- und Abnahme der scheinbaren Besiedlungsdichte erläutert das Beiheft.

Chronologisch daran anschließend behandelt die vierte Veröffentlichung die *deutschen Siedlungsnamen der hochmittelalterlichen Ostsiedlung*.

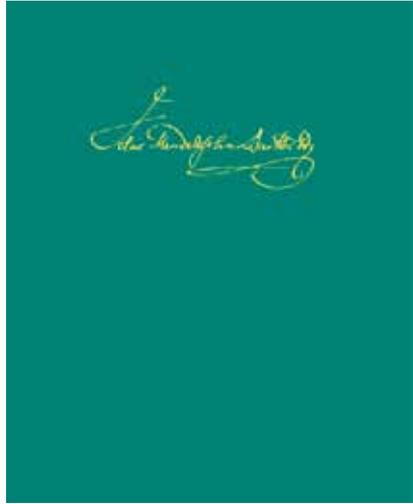
Karte und Beiheft »GII5 Deutsche Siedlungsnamen der hochmittelalterlichen Ostsiedlung (1100–1350)«

Von Hans Walther u. Erika Weber, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig und Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen, Leipzig/Dresden 2010. Karte 1 : 400 000, Beiheft: 99 Seiten, 9 Abbildungen, 62 Tabellen, Broschur

Anknüpfend an die bereits früher erschienenen Karten zu den Ortsnamen (Siedlungs- und Wüstungsnamen) und die Historischen Gewässernamen gehen Hans Walther und Erika Weber nun speziell den deutschen Siedlungsnamen auf den Grund. Die Erfassung von etwa 1 400 deutschen Ortsnamen und deren Typisierung nach dem Grundwort sowie die anschließende Kartierung der meistvertretenen Ortsnamentypen lassen Rückschlüsse auf den Siedlungsgang während der hochmittelalterlichen Ostsiedlung in Sachsen zu. So zeigen manche der Namentypen eine weite Verbreitung über das ganze Territorium (-*dorf*-Namen). Andere Namentypen sind regional stark eingrenzt (Namen auf -*grün* im Vogtland). Wieder andere weisen eine regionale sprachliche Ausdifferenzierung auf (Nau(en)-/Neu(en)-/Nien), woraus die Herkunft der Namen und damit der ersten Siedler abgeleitet werden kann. Neben ausführlichen Namensverzeichnissen mit Angaben zur Lage des Ortes sowie der Erstbelege bietet das Beiheft Erläuterungen zum Forschungsstand und zur Methodik, weitere erläuternde Karten sowie eine umfangreiche Literaturzusammenstellung.



Jana Moser



Ouvertüren I, Arrangements für Klavier. Leipziger Ausgabe der Werke von Felix Mendelssohn Bartholdy, Serie I, Band 8 B

Herausgegeben von Christian Martin Schmidt, Breitkopf & Härtel, Wiesbaden/Leipzig/Paris 2010, XVII + 121 Seiten, Festeinband

Der vorliegende Band bietet die vom Komponisten verfassten Arrangements der Konzert-Ouverturen Nr. 2 *Die Hebriden/The Isles of Fingal* op. 26 MWV P 7 und Nr. 4 *zum Märchen von der schönen Melusine* op. 32 MWV P 12 für Klavier zu vier Händen. Mendelssohns Arrangements der Konzert-Ouverture Nr. 1 *zu Shakespeares Sommernachtstraum* op. 21 MWV P 3 für Klavier zu zwei und vier Händen wurden bereits im Zusammenhang mit der *Musik zu Ein Sommernachtstraum von Shakespeare* op. 61 MWV M 13 in Band V/8A dieser Ausgabe vorgelegt. Von der vierten Komposition der neuen Gattung, der Konzert-Ouverture Nr. 3 *Meeresstille und glückliche Fahrt* op. 27 MWV P 5, hat der Komponist kein Arrangement für Klavier hergestellt.

Felix Mendelssohn Bartholdy komponierte zu einer Zeit, als einerseits das musikalische Verlagswesen nach zögerlichen Anfängen im 18. Jahrhundert in einer ersten Blüte stand und andererseits die Komponisten begannen, in Zusammenarbeit mit ihren Verlegern aktiv an der Publikation und Verbreitung ihrer Werke mitzuwirken. So gab man nicht nur die für eine Aufführung unabdingbaren Materialien wie Stimmen und Partitur in Druck, sondern es wurden zunehmend auch Bearbeitungen für Klavier (sei es zu zwei oder vier Händen, sei es für zwei Klaviere) herausgegeben, denen immer mehr die Bedeutung zuwuchs, die Werke – wenngleich in reduzierter Form – einem brei-

teren Publikum bekannt zu machen. Mit dieser Publikationsform trug man der spezifischen Ausrichtung des Musiklebens im 19. Jahrhundert Rechnung, das ganz zu Recht als »klavierspielendes Jahrhundert« charakterisiert wird. Solche Klavierbearbeitungen entstanden zum Teil auf Initiative der Verlage und wurden von fremden Autoren ausgeführt, viele Komponisten aber übernahmen mehr oder minder bereitwillig auch selbst die Aufgabe, von reinen Orchester- oder orchesterbegleiteten Vokalwerken Fassungen für Klavier auszuarbeiten und zu verantworten. Mendelssohn ist einer der ersten großen Komponisten, der sich mit beträchtlichem Engagement für diese Form der Verbreitung eingesetzt und großen Wert darauf gelegt hat, dass die jeweilige Bearbeitung dem spezifischen Zweck, den sie erfüllen sollte, und dem Benutzerkreis, für den sie gedacht war, gerecht wurde. Von der *Konzert-Ouvertüre zu Shakespeares Sommernachtstraum* op. 21 MWV P 3 beispielsweise hatten bereits kurz nach deren Entstehung die Schwestern des Komponisten Fanny und Rebecka eine Klavierbearbeitung angefertigt; diese entsprach aber nicht den Anforderungen, die der Komponist an eine druckreife Version stellte. Darauf geht er in einem Brief vom 10. März 1832 aus Paris an die Familie in Berlin ein: »[...] die Ouvertüre zum Sommern.str. [...] muß ich hier noch 4händig arrangiren, da Ihr, o Schwestern, sie allzuschwer gemacht für ein kunstliebendes Publikum.« (New York Public Library, Family Letters No. 148). Stellte der für »ein kunstliebendes Publikum« angemessene Schwierigkeitsgrad das eine Kriterium dar, das Mendelssohn für die Beurteilung einer Klavierbearbeitung heranzog, so bestand sein zweiter Bewertungsmaßstab in der Frage, inwieweit die kompositorische Substanz des Werkes in der Bearbeitung bewahrt blieb.

Im Anhang der Edition wird die bis dato unbekannte Bearbeitung der Frühfassung der »Melusinen«-Ouvertüre für Klavier zu vier Händen mitgeteilt, deren Abschrift erst 2010 als Kopie von Carl Klingemann identifiziert werden konnte.

Christian Martin Schmidt

Autoren

Dr. Michael Börngen, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Erschließung und wissenschaftliche Auswertung des meteorologischen Teils der Weikinn'schen Quellensammlung zur Witterungsgeschichte Mitteleuropas, boerngen@uni-leipzig.de

Prof. Dr. Enno Bünz, Universität Leipzig, Historisches Seminar, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V., Dresden, buenz@rz.uni-leipzig.de

Dr. Mathias Deutsch, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Erschließung und wissenschaftliche Auswertung des meteorologischen Teils der Weikinn'schen Quellensammlung zur Witterungsgeschichte Mitteleuropas, amdeutsch@arcor.de

Dr. Luise Grundmann, Mitglied der Kommission für Landeskunde der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Prof. Dr. Uwe-Frithjof Haustein, Professor i. R. für Dermato-Venerologie an der Universität Leipzig, Altpräsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Vorsitzender des Fördervereins der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, ufh@medizin.uni-leipzig.de

Prof. Dr. Heiner Kaden, Kurt-Schwabe-Institut für Mess- und Sensortechnik e. V. Meinsberg, Vizepräsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, kaden@ksi-meinsberg.de

Prof. Dr. Theo Kölzer, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Geschichtswissenschaft, Ordentliches Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste, Korrespondierendes Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Ehrenpräsident der Commission Internationale de Diplomatique, t.koelzer@uni-bonn.de

Prof. Dr. Karl Mannsfeld, Sächsischer Staatsminister für Kultus und Stellvertreter Ministerpräsident a. D., Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, karl.mannsfeld@googlemail.com

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Meyer, Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst a. D., Ehrenmitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, hajomy@web.de

Prof. Dr. Joachim Mössner, Direktor der Klinik und Poliklinik für Gastroenterologie und Rheumatologie, Universitätsklinikum Leipzig, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, moej@medizin.uni-leipzig.de

Dr. Jana Moser, Leibniz-Institut für Länderkunde Leipzig, ehem. Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Historischer Atlas von Sachsen (Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen), jana.moser@t-online.de

Prof. Dr. Rosemarie Pohlack, Landesamt für Denkmalpflege Sachsen, Sächsische Landeskonservatorin, Rosemarie.Pohlack@lfd.smi.sachsen.de

Prof. Dr. Dr. Ortrun Riha, Universität Leipzig, Karl-Sudhoff-Institut, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, riha@medizin.uni-leipzig.de

Prof. Dr. Christian Martin Schmidt, Professor i. R. für Musikwissenschaft an der Technischen Universität Berlin, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Leipziger Ausgabe der Werke von Felix Mendelssohn Bartholdy, muwischmidt@t-online.de

Prof. Dr. Jan C. Simon, Direktor der Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie, Universitätsklinikum Leipzig, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, jan.simon@medizin.uni-leipzig.de

Prof. Dr. Pirmin Stekeler-Weithofer, Universität Leipzig, Institut für Philosophie, Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, praesident@saw-leipzig.de

Dr. Eva Sternfeld, Technische Universität Berlin, Leiterin der Arbeitsstelle für Wissenschafts- und Technikkultur Chinas, Eva.sternfeld@tu-berlin.de

Dr. Michael Stock, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, Leiter der Archive, mstock@lda.mk.sachsen-anhalt.de

Prof. Dr. Jürgen Trabant, Jacobs University Bremen, Freie Universität Berlin, Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, trabant@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Hans Wiesmeth, Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für VWL, insbesondere Allokationstheorie, Ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, hans.wiesmeth@tu-dresden.de

Dr. Christian Winter, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Quellen und Forschungen zur Sächsischen Geschichte, chwinter@uni-leipzig.de